

**Zeitschrift:** Gesetze, Dekrete und Verordnungen des Kantons Bern  
**Herausgeber:** Staatskanzlei des Kantons Bern  
**Band:** 1 (1803-1804)  
  
**Rubrik:** Gesetze, Dekrete und Verordnungen des Kantons Bern

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 13.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**



---

# Proclamation

## über die Einführung der neuen Verfassung.

---

Ludwig von Affry, Landammann der  
Schweiz, an die Einwohner der neunzehn  
bundsgenössigen Cantone.

Der erste Consul der fränkischen Republik hat die Vermittlung gesprochen, welche den Zerwerfungen, wovon die Schweiz bisher den betrübenden Anblick darbot, ein Ziel stecken, und das Schicksal derselben unwiderruflich bestimmen soll. Dieser wichtige Akt, die Frucht langer Unterredungen mit klugen und Ordnung liebenden Männern, ist auf die Bedürfnisse, auf die wesentlichsten Vortheile eines Volks berechnet, bey welchem alles ein Ruf zu den friedlichen Genüssen eines Bestand habenden und unabhängigen Zustandes zu seyn scheint. Fünf Jahre ununterbrochener Verwirrung und zerstörender Erschütterungen zeugten laut wider die Einrichtungen einer Central-Regierung. Nichts konnte den verschiedenen Völkern der Schweiz anständiger seyn, als das alte Bundessystem

durch diejenigen Abänderungen eingeschränkt , zu deren Annahme der Drang der Umstände und das Beispiel zweier benachbarten Mächte eingeladen haben.

Die Vorsehung , diese einzige Stütze gerechter und tugendhafter Regierungen , scheint diesen Zeitpunkt gewählt zu haben , um all dem Unheil ein Ende zu machen , unter dessen Drucke unser Vaterland geseufzet hat ; und sie verspricht uns eine glücklichere Zukunft.

Dieser neue gesellschaftliche Vertrag soll vollzogen werden : die politischen Zerrwürfnisse sollen aufhören ; die Leidenschaften werden zum Stillschweigen gebracht werden. Nur durch weise Willensvereinigung , durch anhaltendes Bestreben , eigennützige Anmaßungen des Privatinteresse zu verdrängen , können wir den Erfolg dieser neuen Einrichtungen sichern ; und dieser Erfolg allein wird unsere Unabhängigkeit bekräftigen.

Der Regierung eines jeden Cantons wird es zustehen , diejenigen Gesetze abzuschließen , die seinen Lokalumständen angemessen , und geeignet sind , den Wohlstand desselben zu befördern. Wie äusserst wichtig ist es also , daß bey den nächsten Ernennungen die Wahl nur auf solche Männer falle , welche mit einer geprüften Rechtschaffenheit die Kenntnisse und die Erfahrung vereinigen , die den einsichtsvollen Regenten bilden , und ihm auf das öffentliche Zutrauen Anspruch geben ! Jeder Vaterlandsfreund wird bey Ertheilung seiner Wahlstimme dem Rufe seines Gewissens allein gehorchen , und jede fremde mit demselben in Widerspruch stehende Eingebung verwerfen.

Dieses sind die Mittel, die uns übrig bleiben, um der schweizerischen Nation jene Achtung wieder zu erwerben, die sie mit so viel Recht genossen hat, und um jene Tage des Glücks und des Friedens wieder zurückzubringen, deren Entfernung uns so schmerzlich, und deren Rückkehr seit langem der Gegenstand unserer heißesten Wünsche gewesen ist.

Gegeben zu Freyburg, den 10. März 1803.

Der Landammann der Schweiz,  
L u d w i g v o n A f f r y.

Im Namen des Landamanns der Schweiz,  
dessen Sekretär,  
A p p e n t h e l.

---

## P u b l i k a t i o n

### der Verfassung des Cantons Bern.

---

Die Reglerungs - Commission des Cantons Bern,  
an ihre Cantons - Mitbürger.

---

**W**ir Präsident und Mitglieder der Reglerungs - Commission des Cantons Bern, thun kund hiermit: Daß Wir Uns, zufolge der von dem Ersten Consul der fränkischen Republik unserm Vaterlande ertheilten Vermittelungsakte, auf den heutigen

Tag konstituiert haben, um, nach dem Uns, in jener Vermittlungsakte, Theil III. Art. 4, gegebenen Auftrage, die dem Canton Bern bestimmte Verfassung in den Gang zu setzen, und die einstweilige Besorgung der Regierungsgeschäfte zu übernehmen.

Indem Wir den Einwohnern des Cantons diese Regierungsveränderung kund thun, geben Wir ihnen, in Erwartung, daß der neu ernannte Landammann der Schweiz, die Vermittlungsakte selbst in allen Cantonen bekannt machen werde, in unten stehender Uebersetzung von derjenigen Verfassung gehörige Bekanntschaft, die für unsern Canton insbesondere bestimmt ist.

Ohne Zweifel werden Unsere lieben Cantons-Mitbürger mit Uns, dem erlauchten Mediator der Schweiz den lebhaftesten Dank zollen, daß er das alte Bundes-System vervollkommnet in unserm Vaterlande einführen, und so viel es die Umstände und die neuen liberalen Grundsätze zugeben konnten, unsere Cantonsverfassung derjenigen nähern will, unter welcher unser Volk so manches Jahrhundert hindurch die goldenen Früchte des Friedens und einer väterlichen Verwaltung genossen hatte.

Wir bergen Uns die gewaltigen Hindernisse nicht, die Wir in Unserer kurzen politischen Laufbahn antreffen werden: Allgemeine Zügellosigkeit, Parthenwuth und gänzlich leere Cassen. Allein da Wir wissen, daß in der jetzigen Lage der Dinge, die Einführung der Uns durch die Mediation gegebenen Verfassung, unser Vaterland einzig von seinem Untergang retten kann; so wird diese

Ueberzeugung Uns Kraft geben , und Wir hoffen , daß die gütige Vorsehung unsere reinen Absichten segnen , und jeder Verständige und Biedere in unserm Volke , Uns durch Gehorsam und vaterländischen Eifer unterstützen werde.

Unser Freystaat war reich ; er ist arm geworden. Unser Volk zeichnete sich vortheilhaft aus , durch Ordnungsliebe , Friedsamkeit und Gehorsam gegen das Gesetz ; die Stürme der verschiedenen Revolutionen haben Leidenschaften aller Art aufgeregt.

Von euch wird es abhängen , ob die neue Regierung so beschaffen sey , daß sie durch Klugheit , Sparsamkeit und Mäßigung , jene Wunden heilen könne.

Damit aber diese Absichten , so viel an Uns ist , um so eher erreicht , Ordnung und Ruhe benbehalten , und der Geschäftsgang nicht gestört werde , so haben Wir bereits in unserer ersten Sitzung beschlossen , und

#### v e r o r d n e n :

1) Die in der neuen Verfassung vorkommende Eintheilung des Cantons in fünf Bezirke , hat blos auf die vorzunehmenden Wahlen Bezug , so daß es bey der gegenwärtigen Eintheilung in Gerichts- und Gemeindsbezirke einstweilen sein Verbleiben haben soll.

2) Alle jetzt bestehenden Cantons - Distrikts - und Gemeindsbehörden sind bis auf weitere Verordnung benbehalten.

3) Die Stelle des Regierungs- Statthalters gehet , zufolge Theil III. Artikel 8. der Vermittlungsakte , ein ;



die derselben nach den bestehenden Gesetzen noch anhängenden Berrichtungen werden von dem Präsidenten der Regierungs-Commission, oder in dessen Namen von einem ihm untergeordneten Statthalter, besorgt werden.

4) Wir, die Regierungs-Commission, treten für unsern Canton an die Stelle der jetzt eingegangenen helvetischen Central-Regierung, und man hat sich für die Einsendung der an die Commission zu gelangenden Begehren, durch die Bezirks- und Cantons-Behörden an dieselbe zu wenden.

5) Alle jetzt bestehenden Gesetze und Verordnungen sind, in so fern sie nicht durch die Vermittlungsakte als aufgehoben anzusehen sind, oder mit derselben in offenbarem Widerspruche stehen, bis auf weitere Verfügung und bestimmte Aufhebung, vorläufig sammtthast bestätigt.

6) Der Bezug der Zölle wird auf bisherigem Fuß fortfahren, bis daß die zusammen zu berufende allgemeine Tagsatzung etwas anders bestimmen wird.

7) Wegen Vergehungen, die sich auf die Revolution beziehen, soll niemand gerichtlich verfolgt werden, sie mögen nun wirklich, oder bloß angeblich, entweder von Partikularen, oder bey Bekleidung irgend eines öffentlichen Amtes, begangen worden seyn.

8) Die helvetischen Farben sind in Aufhebung des Gesetzes vom 14. April 1798. abgeschaffet. Dagegen wird die vormalige rothe und schwarze Farbe, als diejenige des Cantons Bern, wieder eingeführt.

Gegenwärtige Proclamation und Verordnung soll durch den Druck bekannt gemacht, von der Kanzel verlesen, und an gewohnten Orten angeschlagen werden.

Gegeben in Bern, den 10. März 1803.

Der Präsident der Regierungs-Commission,  
N. v o n W a t t e n w y l.

Namens derselben,  
W y t t e n b a c h, Sekretär.

---

## V e r f a s s u n g d e s C a n t o n s B e r n.

---

### E r s t e r T i t e l.

Von der Eintheilung des Landes, und dem politischen Stande der Bürger.

I. Der Canton Bern ist in fünf Bezirke eingetheilt, als nämlich: die Stadt Bern; das Oberland; das Landgericht; das Emmenthal; und das Seeland.

II. Jeder Bezirk ist in dreizehn Zünfte eingetheilt. Die alten Zünfte der Stadt Bern sind wieder hergestellt. Ausser der Stadt werden diese Zünfte aus denjenigen Abtheilungen des Bezirkes zusammengesetzt, welche eine gleichmäßige Bevölkerung haben, und sich so viel möglich am nächsten gelegen sind, ohne Rücksicht auf Begangenschaft, Stand und Beruf.

III. Jeder Schweizer, der im Canton angesessen und sechszehn Jahre alt ist, ist Soldat.

IV. Mitglieder dieser Zünfte sind alle die Bürger oder Bürgersöhne einer Gemeinde des Cantons, die seit Jahresfrist in dem Zunftbezirke angesessen sind, einen unabhängigen Stand haben, in der Miliz eingeschrieben sich befinden, wenn sie unverheirathet sind, dreissig, wenn sie aber wirklich verheirathet oder es gewesen sind, zwanzig Jahre alt sind, und endlich Grundstücke oder Unterpfund tragende Schuldschriften von eintausend Franken für die Stadt Bern, und von fünfhundert Franken für die übrigen Gemeinden des Cantons, besitzen. Jeder Bürger des Cantons kann das Bürgerrecht der Stadt Bern an sich bringen.

## Z w e i t e r   T i t e l.

### Von den politischen Gewalten.

V. Ein grosser Rath von einhundert und fünf und neunzig Mitgliedern macht die Gesetze und Verordnungen, und übt die andern Akten der höchsten souverainen Gewalt aus; er berathschlaget über die Anfragen wegen Zusammenberufung ausserordentlicher Tagsatzungen; ernennt die Abgeordneten des Cantons auf die gewöhnlichen und ausserordentlichen Tagsatzungen; bestimmt die Instruktionen seiner Deputirten; besetzt alle Stellen, deren Amtsverrichtungen sich über den ganzen Canton erstrecken, und läßt sich über die Vollziehung der Gesetze, Verordnungen und andern von ihm ausgehenden Beschlüsse, Rechnung geben.



VI. Ein kleiner Rath, bestehend aus sieben und zwanzig Mitgliedern des großen Rathes, die ihre Stellen noch ferner in demselben beibehalten, und von welchen wenigstens einer aus jedem Bezirke genommen werden muß, ist mit der Vollziehung der von der höchsten Gewalt ausgegangenen Gesetze, Verordnungen und andern Beschlüsse beauftragt. Er schlägt die ihm nöthig scheinenden Gesetze, Verordnungen und andere Beschlüsse vor; er leitet die untern Behörden und hat die Aufsicht über dieselben; er urtheilt in letzter Instanz über alle Streitigkeiten in Verwaltungssachen; er ernennt zu allen Stellen, deren Amtsverrichtungen sich über einen ganzen Bezirk erstrecken; endlich legt er dem großen Rathe über alle Theile der Verwaltung Rechnung ab.

VII. Zwen Schultheisse führen abwechselnd, jeder ein Jahr lang den Vorsitz im großen und kleinen Rathe. Derjenige, welcher nicht am Amte ist, ist des andern Statthalter, und ist ein Mitglied des kleinen Rathes.

VIII. Ein Staatsrath, unter dem Vorstehe desjenigen Schultheissen, welcher Präsident des kleinen Rathes ist, bestehend aus den zwen ältesten und den zwen jüngstgewählten Mitgliedern des kleinen Rathes und dem Seckelmeister, besorgt diejenigen Geschäfte, welche die innere und äussere Sicherheit betreffen, und legt sie der Berathung des einen oder des andern Rathes vor.

IX. Ein Appellationsgericht von dreizehn Mitgliedern des großen Rathes, präsidiert von demjenigen Schultheissen, welcher nicht am Amte ist, urtheilt in höchster Instanz über alle bürgerlichen und peinlichen Rechtsfälle.

Wenn er über die Anklagen eines Verbrechens zu urtheilen hat, welches eine Capitalstrafe nach sich zieht; so werden ihm vier durch das Loos bezeichnete Mitglieder des kleinen Rathes beigeordnet, und stimmen mit zum Urtheil.

X. Der große Rath wird alle sechs Monate auf drei Wochen in Bern versammelt. Der kleine Rath versammelt sich gewöhnlicher Weise. Er kann die Sitzungszeit des großen Rathes verlängern, und denselben auch außerordentlicher Weise zusammen berufen.

XI. Die beiden Schultheiße werden von dem großen Rathe, aus den Mitgliedern des kleinen Rathes, erwählt. Die Mitglieder des kleinen Rathes werden von dem großen Rathe erwählt. Die Mitglieder des großen Rathes dann werden erwählt: Ein Drittheil unmittelbar durch die Zünfte und aus ihrer Mitte; die zwei andern Drittheile durch das Loos, aus der Zahl derjenigen Vorgesetzten, welche die Zünfte ganz unbestimmt aus denjenigen Bezirken genommen haben, zu welchen sie selbst nicht gehören.

XII. Die Mitglieder des kleinen Rathes werden alle zwei Jahre zu einem Drittheil erneuert: die austretenden Mitglieder sind aber stets wieder erwählbar. Die Mitglieder des großen Rathes, diejenigen ausgenommen, welche zugleich vom kleinen Rathe sind, können durch besondere Abstimmungen in den Zünften wieder zurückberufen werden, wie solches in dem Art. XIX. vorgeschrieben ist.

XIII. Die Zünfte können denjenigen Mitgliedern des großen Rathes, welche sie unmittelbar erwählet haben,

eine Besoldung festsetzen. Die Berrichtungen der übrigen Mitglieder sind unentgeltlich.

### D r i t t e r   T i t e l.

#### Von den Wahlen und Zurückberufungen.

XIV. Zur Bildung des großen Rathes verfährt jede der fünf und sechszig Zünfte, wie folgt: Vorerst erwählt sie dasjenige Mitglied des großen Rathes, das sie aus ihrer eigenen Mitte zu ernennen hat. Sodann ernennt sie vier Vorgeschlagene (Candidaten); diese doch allein aus denjenigen vier Bezirken, zu welchen die wählende Zunft nicht selbst gehört: sie kann aber aus dem gleichen Bezirke mehr nicht als drey ernennen. Von den auf diese Weise aus den fünf Bezirken ernannten zweihundert und sechszig Vorgeschlagenen werden einhundert und dreyßig durch das Loos bezeichnet, die alsdann Mitglieder des großen Rathes sind, und mit obigen fünf und sechszig von den Zünften unmittelbar erwählten Mitgliedern, den großen Rath vollständig machen.

XV. Wenn in dem großen Rathe Stellen in Verledigung gerathen, so ergänzen die Zünfte alle zwey Jahre diejenigen Plätze wieder, welche sie unmittelbar besetzt hatten. Die andern Plätze hingegen werden, so wie sie ledig werden, nach und nach wieder durch das Loos und aus der Zahl derjenigen Vorgeschlagenen ergänzt, welche auf dem Verzeichnisse stehen geblieben sind.

XVI. Fünf Jahre nach der ersten Zusammensetzung des großen Rathes, und nachher je von neun zu neun

Fahren, wird das Verzeichniß der Vorgesetzten erneuert, und wenn von denjenigen Plätzen, die durch das Loos besetzt worden sind, welche in Verledigung gerathen, so werden sie aus den auf dem Verzeichnisse übrig gebliebenen Vorgesetzten durch das Loos wieder ersetzt.

XVII. Die Wahlen geschehen durch geheimes Stimmenmehr, und es wird die absolute Mehrheit der Stimmen dazu erfordert. Wenn jedoch keine absolute Stimmenmehrheit, weder bey der ersten noch bey der zweiten Abstimmung, herauskommt; so entscheidet das Loos zwischen den zwey Vorgesetzten, welche die meisten Stimmen gehabt haben.

XVIII. Niemand kann auf das Verzeichniß der Vorgesetzten kommen, der nicht Bürger, dreßsig Jahre alt, und Eigenthümer von Grundstücken, oder von Unterpfandsrecht tragenden Schuldschriften von zwanzigtausend Schweizerfranken Werth, ist. Um hingegen unmittelbar von seiner eigenen Zunft gewählt zu werden, ist es hinreichend, daß man Bürger, über fünf und zwanzig Jahre alt, und Eigenthümer von Grundstücken oder von Unterpfandsrecht tragenden Schuldschriften von dem Werthe der fünftausend Schweizerfranken sey.

XIX. Alle zwey Jahre auf Ostern entscheidet eine Commission von fünfzehn Gliedern, welche durch das Loos auf jeder Zunft aus fünf der zehn ältesten, aus fünf der zehn beträchtlichsten Eigenthümern, und aus fünf aus allen Gliedern der Zunft ohne Unterschied zusammengesetzt ist, ob die Censur (Grabeau) über ein Mitglied des großen Rathes, das nicht zugleich auch vom kleinen ist, vorge-



nommen werden soll. Wenn die Mehrheit der Commission entscheidet, daß eine Censur statt haben soll; so bezeichnet sie das Mitglied, über welches die Zunft abstimmen soll. Die Zunft stimmt sodann durch geheimes Stimmenmehr für oder wider die Zurückberufung des dieser Censur unterworfenen Mitgliedes. Um die Zurückberufung nach sich zu ziehen, wird ein Stimmenmehr erfordert, das grösser ist als die Hälfte aller stimmfähigen Zunftgenossen. Diejenigen Mitglieder des großen Rathes, die von mehr als einer Zunft auf das Verzeichniß der Vorgeschlagenen gekommen sind, können nur durch die Stimmen der Mehrheit derjenigen Bürger, welche in einer gleichen Zahl von Zünften das Stimmrecht haben, zurückberufen werden. Die von ihren Zünften unmittelbar erwählten Mitglieder können nur von ihrer eigenen Zunft wieder abgerufen werden.

#### V i e r t e r T i t e l.

##### Von der durch die Verfassung ertheilten Gewalt und Gewährleistung.

XX. Das Gesetz wird die nähern Bestimmungen über die Einrichtung der Gewalten und die Einführung der untergeordneten Behörden festsetzen.

XXI. Die Verfassung garantirt die Religion, zu welcher sich der Canton bekennt.

XXII. Die Verfassung garantirt die Befugniß, Zehnden und Bodenzinsen loszukaufen. Das Gesetz wird die Art und Weise dieses Loskaufes, nach dem wahren Werthe bestimmen.

---

## V e r o r d n u n g

### über die Bildung der verfassungsmässigen politischen Zünften.

---

**W**ir Präsident und Mitglieder der Regierungskommission des Cantons Bern, thun kund hiemit: daß Wir in näherer Bestimmung und Erläuterung des vierten Artikels der Cantons-Verfassung, und zu derselben Einführung, beschlossen und verordnet haben, demnach dann

#### v e r o r d n e n :

§. 1. In jeder Zunft auf dem Lande soll ein Verzeichniß aller stimmfähigen Bürger, welche bei den nächstbevorstehenden Wahlen ihr Stimmrecht in derselben Zunft ausüben können, errichtet werden.

§. 2. Ein gleiches Verzeichniß soll auch für den Bezirk Bern überhaupt aufgenommen werden; und zwar soll dieses zwei Klassen unterscheiden, nemlich:

- 1) Diejenige der Ortsbürger, welche auf einer Gesellschaft der Stadt Bern angenommen sind; und
- 2) Die der Einwohner, welche keine solche Gesellschaft haben; damit die gehörige Vertheilung auf dreizehn Zünfte dieses Bezirks gemacht werden könne. Das

Verzeichniß der Ortsburger soll nach den Gesellschaften abgefaßt seyn, von denen sie Mitglieder sind.

§. 3. Der Bezirk Bern begreift den Umfang inner den vormaligen Burger-Zielen. Eine folgende Verordnung wird den Umfang der vier übrigen Bezirke und ihrer Zünfte bestimmen.

§. 4. Die Regierungs-Commission wird für jede Zunft auf dem Lande drey Zunftmeister provisorisch ernennen; für den Bezirk Bern aber sechs Commissarien, nemlich drey für die ehemalige obere und drey für die untere Stadtgemeinde, die beauftragt sind, die im §. 3. vorgeschriebenen Verzeichnisse aufzunehmen. Der Ersternannte unter ihnen hat den Vorſiß.

§. 5. Die Zunftmeister und Commissarien sollen alsobald nach Empfang ihres Ernennungs-Defretes einen geeigneten Ort zu Eröffnung der gedachten Verzeichnisse am Hauptorte der Zunft bestimmen, und diesen Ort, so wie die vier Tage, an welchen sich die Bürger zur Einschreibung melden können, öffentlich bekannt machen lassen. Es ist den Zunftmeistern und Commissarien gestattet, für die zu unternehmende Arbeit beliebige Sekretärs um Hülfe anzusprechen.

§. 6. Die Verzeichnisse sollen vier Tage nach derselben Eröffnung geschlossen seyn, und ein Doppel derselben ohne Verzug durch die Distrikts-Statthalter der Regierungs-Commission eingesendet werden. Das andere Doppel soll der Zunftmeister oder Commissär verwahren, welcher den Vorſiß hat.

§. 7. Auf das Verzeichniß der Zunftgenossen oder stimmfähigen Bürger, können sich nur diejenigen einschreiben lassen:

- 1) Die selbst, oder deren Väter das Bürgerrecht einer Gemeinde im Canton Bern haben; in dem Verstande, daß auch die französische Colonie und die Landsassen-Corporation, als Gemeinden anzusehen sind.
- 2) Diejenigen, welche seit einem Jahre, auf dem Land im Umfange der betreffenden Zunft, und für Bern in dem Umfange des obgemeldten Bezirks Bern, gewohnt haben. Diejenigen Bürger, welche gewöhnlich eine Fahrzeit an einem und die andre an einem andern Orte wohnhaft sind, können sich, nach ihrer Auswahl, am eint- oder andern Orte einschreiben lassen. Niemand aber kann Mitglied zwey verschiedener Zünfte seyn; in dem Verstande jedoch, daß die Eigenschaft eines Gesellschaftsgenossen einer Gesellschaft von Bern keineswegs hindern soll, sich als Zunftgenossen einer Zunft auf dem Lande, in deren ein solcher Gesellschaftsgenosse die gehörige Zeit wohnhaft gewesen, einschreiben zu lassen.
- 3) Diejenigen, welche von unabhängigem Stande sind; durch welche Vorschrift ausgeschlossen werden:

Alle Bevogteten und Minderjährigen;

Die Dienstboten und Handwerksgesellen, welche an ihrer Meister Nuß und Brod sind;

Dieje-



Diejenigen, welche jährlich aus öffentlichen Armen-  
Cassen besteuert werden;

Die Bergeldstägten;

Die Ehrlosen.

4) Ferner muß ein Bürger, welcher verheyrathet oder  
verehlicht gewesen ist, das zwanzigste, der Unvereh-  
lichte aber das dreißigste Jahr Alters angetreten  
haben, um sich als Zunftgenosse einschreiben lassen  
zu können.

5) Ein solcher muß endlich Eigenthümer einer Liegen-  
schaft, oder einer mit Unterpfandsrecht versehenen  
Schuldschrift seyn, deren Werth zusammen genom-  
men, im Bezirk Bern eintausend, und für die  
Zünfte auf dem Lande fünfhundert Schweizerfranken  
beträgt.

Der Werth der Liegenschaften wird durch die Erwerb-  
titel der Eigenthümer, als Kaufbriefe, Theilungen  
und dergleichen, oder durch gerichtliche Schätzungen  
bestimmt, wenn deren vorhanden wären. In Fällen  
wo keine solche Beweisthümer vorhanden sind, sollen  
die Kadaster-Schätzungen zum Maasstabe genommen  
werden.

In den Schuldschriften muß eine Liegenschaft mit Namen  
als Unterpfand eingeseßt seyn; als Gültbriefe, Kauf- und  
Tauschbullen, deren Restanz Unterpfandsrecht haben,  
Theillibelle, Schleißbriefe dieser Art, und alle mit  
Unterpfandsrecht versehenen Schuldtitel. Bei Schleiß-  
briefen soll der jährliche Schleiß als ein Zins zu acht

vom Hundert angesehen, und auf diesem Fuße das Capital derselben berechnet werden. Es können demnach weder Obligations-Ansprachen noch andere, die kein mit Name eingeseßtes Unterpfand haben, in Anschlag kommen.

§. 8. Alle Bürger, welche sich zur Einschreibung auf die gedachten Verzeichnisse, sey es selbst persönlich, oder schriftlich, oder durch einen andern stimmfähigen Bürger anmelden, müssen ohne Widerrede eingeschrieben werden, wenn sie die im §. 7. erfordernten Eigenschaften haben, und nach Inhalt desselben stimmfähig sind.

§. 9. Wenn sich über die eine oder andere zur Stimmfähigkeit erfordernte Eigenschaft eines Bürgers Zweifel erheben sollten, sey es daß dieselben von einem andern Bürger, oder von einem der Zunftmeister oder der Commissarien, aufgeworfen würden; so sollen die Zunftmeister in den Zünften auf dem Lande und die Commissarien im Bezirk Bern, dem betreffenden Bürger die Beweise der bestrittenen Eigenschaft zur Stimmfähigkeit abfordern, und darüber sogleich entscheiden. Ihr Ausspruch kann von der Parthen, die sich deshalb beschweren zu können glaubt, vor die Regierungs-Commission des Cantons gezogen werden, welche die Frage endlich entscheidet. Zur Abwendung jeder Mißbräuche, die durch doppelte Vorweisung des nämlichen Schuldtitels oder anderer Eigenthumsakten zu Gunsten verschiedener Bürger vorgenommen werden möchten, sollen die Zunftmeister und Commissarien die ihnen eingereichten Eigenthumsakten mit einem dem Instrument zu keinem Nachtheil gereichenden Zeichen versehen lassen. Und damit andere unnütze Umtriebe vermieden

werden, und sich niemand unnöthigen Verdrießlichkeiten aussetzen; so wird jedermann, dem die eint oder andere Eigenschaft zur Stimmfähigkeit mangeln sollte, ernstlich vermahnt, sich nicht bey den Zunftmeistern oder Commissarien zur Einschreibung zu melden, und noch viel weniger allenfalls sogar die Regierungs-Commission durch grundlose Weitersziehung zu behelligen.

§. 10. Wer glaubhaft anzeigen kann, daß er durch ehehafte Ursache verhindert worden sey, sich in den vorgeschriebenen vier Tagen zur Einschreibung zu melden, der kann sich auch nachher darum bey den Zunftmeistern oder Commissarien bewerben. Diese entscheiden unter gleichem Vorbehalte der Weitersziehung: Ob die Entschuldigung zulänglich sey oder nicht?

§. 11. Da in Kraft der Verfassung, jeder im Canton Bern wohnende Schweizer, über sechszehn Jahre Alters, Soldat ist; so sollen die Verzeichnisse der stimmfähigen Bürger, bey der künftigen Einrichtung der Miliz, auch zur Abfassung der Mannschafts-Rödel dienen.

§. 12. Alle durch obige Verfügungen veranlaßte Büreaux oder andere Unkosten sollen auf dem Lande von der respectiven Zunft, für den Bezirk Bern aber von diesem Bezirke bestritten werden.

§. 13. Diese Verordnung soll gedruckt, öffentlich bekannt gemacht, an den gewohnten Orten angeschlagen und jedem Zunftmeister und Commissär ein Abdruck davon mitgetheilt werden. Es soll auch an jedem Orte, wo die

Einschreibung geschieht, ein solcher Abdruck zur Einsicht jeden Bürgers, angeschlagen werden.

Gegeben in Bern, den 14. März 1803.

Der Präsident der Regierungs-Commission,

N. v o n W a t t e n w y l.

Im Namen derselben,

W y t t e n b a c h, Sekretär.

## B e s o n d e r e V e r o r d n u n g über die Bildung der politischen Zünfte des Bezirks Bern.

**W**ir Präsident und Mitglieder der Regierungs-Commission des Cantons ~~Bern~~, thun kund hiermit: Daß Wir für die Einführung der neuen Verfassung dieses Cantons zur Herstellung politischer Zünfte im Bezirk Bern, auf denen jeder daselbst stimmfähige Bürger sein Stimmrecht ausüben könne, erkannt haben: und daß Wir hierdurch, in Betrachtung, wie die Gesellschaften der Stadt Bern in den neueren Zeiten bloß noch ökonomische und Armenstiftungen waren, an deren Eigenthum die neue Einrichtung politischer Zünfte nichts verändern soll, wie folget,

v e r o r d n e n :

§. 1. Die stimmfähigen Bürger des Bezirks Bern sollen auf dreizehn Zünfte dieser Stadt, namentlich:



Distelzwang, Pfisteren, Schmieden, Metzgeren, Gerweren, Mitteln-Löwen, Schuhmacheren, Wäberen, Möhren, Kaufleuten, Zimmerleuten, Affen und Schifflenten, zur Ausübung ihrer Stimmrechte bei den verfassungsmäßigen Wahlen, also vertheilt werden, daß jede dieser dreizehn Zünfte eine gleich starke Anzahl bisheriger Gemeinds-Bürger von Bern erhalte, und daß auch die stimmfähigen Einwohner in gleich starker Anzahl auf jede derselben vertheilt werden.

§. 2. Diese Vertheilung soll durch die zwei Commissionen geschehen, welchen die Einrichtung der Verzeichnisse der stimmfähigen Bürger des Bezirks Bern überhaupt, aufgetragen ist.

§. 3. Zu dem Ende sollen gedruckte Karten, nach einem vorzuschreibenden Formular, jedem Bürger in der Ordnung ausgetheilt werden, wie er auf das Verzeichniß der Stimmfähigen eingeschrieben ist, und alsobald nach dieser Einschreibung.

§. 4. Diese Karten sollen den Namen und Stand des betreffenden Bürgers, den Namen der Gemeinde, deren Bürger er ist, und die Anweisung der Zunft enthalten, auf welche er vertheilt wird. Wer nachwärts auf einer Zunft stimmen will, muß sein Recht dazu durch eine solche Karte beweisen können.

§. 5. So wie nach der Verordnung vom 14. März 1803. ein eigenes und absonderliches Verzeichniß der stimmfähigen Gemeinds-Bürger von Bern, und ein besonderes Verzeichniß der stimmfähigen Einwohner des Bezirks zu errichten ist; eben so sollen auch in jeder der

zwen Gemeinden, am Orte, wo diese Einschreibung geschieht, ein besonderes Bureau für die Austheilung der Zunftkarten an die Gemeinds-Burger, und ein besonderes für die Austheilung derselben an die Einwohner, eröffnet werden.

§. 6. In der Folgeordnung, wie die Bürger in das eint oder andere Verzeichniß der Stimmfähigen eingetragen sind, sollen ihnen auch bey dem betreffenden Bureau die Zunftkarten, nach der oben angegebenen Folgeordnung der Zünfte, ausgeliefert werden; also daß der erste Gemeinds-Burger und der erste Einwohner eine Karte auf Distelzwang erhält, der zwente auf Pfisteren, der dritte auf Schmizoen, der vierte auf Metzgeren, der fünfte auf Gerweren, der sechste auf Mitteln-Löwen, und so fortan, daß der vierzehnte wiederum auf Distelzwang, der fünfzehnte auf Pfisteren, der sechzehnte auf Schmieden komme.

§. 7. Jedes der zwen Bureauz in der oberen und unteren Gemeinde, soll über diese Vertheilung der Stimmfähigen auf die Zünfte ein genaues Register führen. Nach Schliessung derselben soll aus diesen vier verschiedenen Registern das Zunftregister jeder der dreyzehn Zünfte, nach alphabetischer Ordnung der Geschlechtsnamen der Zunftgenossen, und ohne Unterschied: ob sie Gemeinds-Burger, oder Einwohner seyen, zusammen getragen werden.

Ein Doppel dieser Zunftregister bleibt in den Händen der Commissarien, welche alsobald nach Ernennung der provisorischen Zunftmeister dasjenige für eine jede Zunft dem ersten Zunftmeister derselben zustellen. Ein

---

zweites Doppel sollen die Commissarien unverzüglich der  
Regierungs-Commission einsenden.

Jedes dieser zwei Doppel der Zunftregister soll von  
allen sechs Commissarien unterzeichnet seyn.

§. 8. Die Regierungs-Commission wird hierauf  
für jede Zunft aus den Gliedern derselben drey proviso-  
rische Zunftmeister ernennen. Der Erst-ernannte von  
diesen hat den Vorsitz.

§. 9. Diese Verordnung soll gedruckt, in der Haupt-  
stadt öffentlich bekannt gemacht, und an den gewohnten  
Orten, so wie am Orte, wo die Einschreibung geschieht,  
angeschlagen, auch jedem Commissär ein Abdruck davon  
zugestellt werden.

Gegeben in Bern, den 15. Merz 1803.

Der Präsident der Regierungs-Commission,

N. v o n W a t t e n w y l.

Im Namen derselben,

W y t t e n b a c h, Sekretär.

---

## V e r o r d n u n g

### über die Eintheilung der Zünfte des Cantons Bern.

---

**W**ir Präsident und Mitglieder der Regierungs-Commission des Cantons Bern, thun kund hiermit: Daß Wir, zufolge des ersten und zweiten Artikels unserer Cantons-Verfassung, den Canton Bern in die für denselben bestimmten fünf Wahlbezirke eingetheilt, und dann auch jedem dieser Bezirke die dreizehn Zünfte, aus welchen er bestehen soll, angewiesen haben; beides mit möglichster Rücksicht sowohl auf die örtliche Lage, als auf die Bevölkerung der Gemeinden.

Wir haben demnach für das bevorstehende Wahlgeschäft nachstehende Eintheilung des Cantons beschlossen und festgesetzt, und verordnen somit: daß dieselbe überall befolget, und ihr von jedermann nachgelebt werden solle.

---

### Eintheilung des Cantons Bern.

---

#### Erster Bezirk: Bern.

Dieser Bezirk begreift blos die Stadt Bern, und was inner den vormaligen Bürgerzielen liegt.



Die dreizehn Zünfte dieses Bezirkes, auf welche die stimmfähigen Bürger, sowohl die Gemeindeglieder als die andern Einwohner, in gleich starker Anzahl vertheilt werden sollen, sind:

- 1) Die Zunft zum Distelzwang.
- 2) Die Zunft zu Pfistern.
- 3) Die Zunft zu Schmieden.
- 4) Die Zunft zu Metzger.
- 5) Die Zunft zu Gerbern.
- 6) Die Zunft zu Mitten-Löwen.
- 7) Die Zunft zu Schuhmachern.
- 8) Die Zunft zu Webern.
- 9) Die Zunft zu Möbren.
- 10) Die Zunft zu Kaufleuten.
- 11) Die Zunft zu Zimmerleuten.
- 12) Die Zunft zum Affen.
- 13) Die Zunft zu Schiffleuten.

### Zweiter Bezirk: Oberland.

**Erste Zunft.** Sie begreift die Landschaft Oberhasle.  
Hauptort: Meyringen.

**Zweyte Zunft.** Sie begreift die Kirchgemeinden Brienz und Ringgenberg, nebst den nach Gsteig kirchspänigen Ortschaften Böhnigen und Iseltwald. Hauptort: Brienz.

**Dritte Zunft.** Sie begreift die Kirchgemeinden Grindelwald und Lauterbrunnen, das Lütschenthal, Günd-

lischwand, Zwenlüttschenen, Isenflüh, Gsteig-Wyler und Sachseten von der Kirchgemeinde Gsteig. Hauptort: Gsteig; doch soll die Einschreibung in die Register in Zweylüttschenen vor sich gehen.

**Vierte Junft.** Sie begreift die Ortschaften Narmühle, Matten und Wilderswyl von der Kirchgemeinde Gsteig; denne die Kirchgemeinden Leisigen, St. Beatenberg, Habkeren und Unterseen. Hauptort: Unterseen.

**Fünfte Junft.** Sie begreift die Kirchgemeinden Hilterfingen und Sigrismyl, und die Ortschaften der ehemaligen Herrschaft Strättlingen jenseits dem Thunersee. Hauptort: Hilterfingen; doch soll die Einschreibung in die Register in Oberhofen vor sich gehen.

**Sechste Junft.** Sie begreift die Kirchgemeinde Thun, mit Ausnahme der ehemaligen Herrschaft Strättlingen. Hauptort: Thun.

**Siebente Junft.** Sie begreift die Kirchgemeinden Steffisburg und Schwarzenegg. Hauptort: Steffisburg.

**Achte Junft.** Sie begreift die Kirchgemeinden Saanen, Gsteig, Lauenen und Ablentschen. Hauptort: Saanen.

**Neunte Junft.** Sie begreift die Kirchgemeinden Lenf, St. Steffan und Zwenfimmen. Hauptort: St. Steffan.

**Zehnte Junft.** Sie begreift die Kirchgemeinden Boltigen, Oberwyl, Därstetten, Erlenbach und Diemtigen. Hauptort: Erlenbach.

**Elfte Junft.** Sie begreift die Kirchgemeinden Adelsboden und Frutigen, mit Randersteg und Gaster, samt Wengi und Schwanden von der Kirchgemeinde Nychenbach. Hauptort: Frutigen.

**Zwölfte Junft.** Sie begreift die Kirchgemeinde Nychenbach, mit Ausnahme von Wengi und Schwanden, denne die Kirchgemeinden Aeschi und Spiez. Hauptort: Aeschi.

**Dreyzehnte Junft.** Sie begreift die Kirchgemeinden Wimmis, Reutigen, Amsoldingen, Blumenstein und Thierachern. Hauptort: Amsoldingen.

---

### Dritter Bezirk: Landgericht.

**Erste Junft.** Sie begreift die Kirchgemeinden Wattenwyl, Gurzelen, Kirchdorf und Gerzensee. Hauptort: Kirchdorf.

**Zweyte Junft.** Sie begreift die Kirchgemeinden Thurnen und Rüggisberg. Hauptort: Thurnen.

**Dritte Junft.** Sie begreift die Kirchgemeinden Zimmerwald und Belp, denne Groß- und Klein-Waberen von der Kirchgemeinde Köniz. Hauptort: Belp.

**Vierte Junft.** Sie begreift die Kirchgemeinde Köniz, mit Ausnahme von Groß- und Klein-Waberen, denne die Kirchgemeinden Oberbalm und Bümpliz, und diejenigen Ortschaften des Munizipalitäts-Bezirks Bern, oben aus, welche nicht inner den Burgerzielen liegen. Hauptort: Köniz.

**Fünfte Zunft.** Sie begreift die Kirchgemeinde Guggisberg. Hauptort: Guggisberg.

**Sechste Zunft.** Sie begreift die Kirchgemeinden Wahleren und Abligen. Hauptort: Wahleren; doch soll die Einschreibung in die Register in Schwarzenburg vor sich gehen.

**Siebente Zunft.** Sie begreift die Kirchgemeinden Laupen, Neuenegg, Ferenbalm, Mühleberg und Frauen-Cappelen. Hauptort: Laupen; doch soll die Einschreibung in die Register in Gümmenen vor sich gehen.

**Achte Zunft.** Sie begreift die Kirchgemeinde Münsigen, mit Ausnahme der ganzen Agentschaft Gysenstein, denne die Kirchgemeinde Wichtrach und die Ortschaft Frenmettingen von der Kirchgemeinde Dießbach. Hauptort: Münsigen.

**Neunte Zunft.** Sie begreift die Kirchgemeinde Ober-Dießbach, mit Ausnahme von Frenmettingen. Hauptort: Dießbach.

**Zehnte Zunft.** Sie begreift die Kirchgemeinden Muri, Worb und Waltringen, und diejenigen Ortschaften des Municipalitäts-Bezirks Bern unten aus, und rechts der Ostermundigen Straße, welche nicht inner den Bürger-Zielen liegen. Hauptort: Worb.

**Elfte Zunft.** Sie begreift die Kirchgemeinden Biglen und Wyl, denne die Agentschaft Gysenstein von der Kirchgemeinde Münsigen. Hauptort: Wyl.

**Zwölfte Zunft.** Sie begreift die Kirchgemeinde Höchstetten. Hauptort: Höchstetten.

**Dreyzehnte Junft.** Sie begreift die Kirchgemeinden Bolligen, Stettlen und Bechingen und diejenigen Ortschaften des Munizipalitäts-Bezirks Bern, unten aus, und links der Ostermundigen Straße, welche nicht inner den Bürgerzielen liegen. Hauptort: Stettlen.

#### Vierter Bezirk: E m m e n t h a l.

**Erste Junft.** Sie begreift die Kirchgemeinden Signau, Röthenbach und Lauperswyl. Hauptort: Signau.

**Zweyte Junft.** Sie begreift die Kirchgemeinde Langnau, samt dem innern und aussern Lauperswyl-Biertel. Hauptort: Langnau.

**Dritte Junft.** Sie begreift die Kirchgemeinden Trub, Eschangenau und Eggiwyl. Hauptort: Trub; doch soll die Einschreibung in die Register in Eggiwyl vor sich gehen.

**Vierte Junft.** Sie begreift die Kirchgemeinden Lüzelflüh, Rüderswyl und Trachselwald. Hauptort: Lüzelflüh.

**Fünfte Junft.** Sie begreift die Kirchgemeinde Sumiswald. Hauptort: Sumiswald.

**Sechste Junft.** Sie begreift die Kirchgemeinden Rügan, Hasli und Oberburg. Hauptort: Hasli.

**Stiebente Junft.** Sie begreift den Wyssachengraben von der Kirchgemeinde Grismyl, denne die Kirchgemeinden Dürrenroth, Affoltern und Walterswyl. Hauptort: Affoltern.



**Achte Zunft.** Sie begreift die Kirchgemeinde Huttwyl und die Dorfgemeinde Eriswyl. Hauptort: Huttwyl.

**Neunte Zunft.** Sie begreift die Kirchgemeinden Burgdorf und Heimiswyl. Hauptort: Burgdorf.

**Zehnte Zunft.** Sie begreift die Kirchgemeinden Rohrbach und Urfenbach. Hauptort: Rohrbach.

**Elfte Zunft.** Sie begreift die Kirchgemeinden Madiswyl, Lohwyl und Blenenbach, denne Gummiswyl, von der Kirchgemeinde Melchnau. Hauptort: Lohwyl.

**Zwölfte Zunft.** Sie begreift die Kirchgemeinden Langenthal, Roggwyl und Melchnau, mit Ausnahme von Gummiswyl. Hauptort: Langenthal.

**Dreyzehnte Zunft.** Sie begreift die Kirchgemeinden Thunjetten, Narwangen und Wynau. Hauptort: Narwangen.

---

### Fünfter Bezirk: Seeland.

**Erste Zunft.** Sie begreift die Kirchgemeinden Wangen und Herzogenbuchsee. Hauptort: Herzogenbuchsee; doch soll die Einschreibung in die Register in Wangen vor sich gehen.

**Zweyte Zunft.** Sie begreift die Kirchgemeinden Oberbipp und Niederbipp. Hauptort: Oberbipp; doch soll die Einschreibung in die Register in Wietlisbach vor sich gehen.

**Dritte Zunft.** Sie begreift die Kirchgemeinden Seeberg, Koppigen und Ukenstorf. Hauptort: Koppigen.

**Vierte Zunft.** Sie begreift die Kirchgemeinden Grafenried und Bätterkinden, nebst den Ortschaften Aeffligen und Kernenried von der Kirchgemeinde Kirchberg, denne die Kirchgemeinde Limpach und die bernerischen Ortschaften der Kirchgemeinde Messen. Hauptort: Grafenried.

**Fünfte Zunft.** Sie begreift die Kirchgemeinde Kirchberg, mit Ausnahme der Ortschaften Kernenried und Aeffligen, denne die Kirchgemeinde Wynigen. Hauptort: Kirchberg.

**Sechste Zunft.** Sie begreift die Kirchgemeinden Buchsee, Bremgarten, Kirchlindach und Wohlen. Hauptort: Kirchlindach.

**Siebente Zunft.** Sie begreift die Kirchgemeinden Hindelbank, Zegenstorf und Krauchthal. Hauptort: Hindelbank.

**Achte Zunft.** Sie begreift die Kirchgemeinden Afsoltern, Wengi, Kapferswyl, Schüpfen und Menkirch. Hauptort: Schüpfen.

**Neunte Zunft.** Sie begreift die Kirchgemeinden Narberg, Radelfingen, Seedorf, Lyß, Borgen und Capelen. Hauptort: Narberg.

**Zehnte Zunft.** Sie begreift die Kirchgemeinden Büren, Lengnau, Oberwyl, Arch, Rütli und Dießbach. Hauptort: Büren.

**Elfte Junft.** Sie begreift die Kirchgemeinden Teuf-  
felen, Suß, Eifelen, Walperswyl und Kallnach; denne  
Wyleroltigen von der Kirchgemeinde Kerzers. Hauptort:  
Walperswyl.

**Zwölfte Junft.** Sie begreift die Kirchgemeinden  
Ligerz, Twann, Nydau, Bürglen, Gottstatt und Mett.  
Hauptort: Nydau.

**Dreyzehnte Junft.** Sie begreift die Kirchgemeinden  
Erlach, Gampelen, Ins und Binelz. Hauptort: Erlach.

Gegeben den 19. Merz 1803.

Der Präsident der Regierungs-Commission,  
N. v o n W a t t e n w y l.

Im Namen derselben,  
W y t t e n b a c h, Sekretär.

## V o r s c h r i f t

für die Erwählung des direkten Mitglieds jeder  
Junft in den großen Rath.

**W**ir Präsident und Mitglieder der Re-  
gierungs-Commission des Cantons Bern,  
thun kund hiermit: Daß Wir, in Fortsetzung der zu  
Einführung Unserer Cantons-Verfassung erforderlichen  
Ver-



Verordnungen, in Bezug auf die vorzunehmenden Wahlen, zu denjenigen Stellen des großen Rathes, welche von den Zünften unmittelbar besetzt werden, beschlossenen und erkannt haben, was hier von einem zum andern folgt; demnach dann

### v e r o r d n e n :

§. 1. Die Zünfte des Bezirkes Bern sollen sich auf dem Gesellschaftshaus, welches den Namen der betreffenden Zunft trägt, versammeln; die Zünfte auf dem Lande denn in der Kirche des Hauptortes der Zunft. Die Zunftmeister in der Stadt werden sich zu dem Ende an die Stubenmeister der Gesellschaften wenden; welche ihnen das gehörige Lokale unentgeltlich auf ihrem Gesellschaftshause für die Zunftversammlungen anweisen werden.

§. 2. Diese Versammlung geschieht unter dem Vorsitz des erstgewählten Zunftmeisters, und unter der Aufsicht der provisorischen Zunftmeister, vereinigt mit zwey Aufsehern, welche jede Zunft ernennen wird.

§. 3. Jede Zunft ernennt einen dieser fünf Vorgesetzten zu ihrem Zunft-Seckelmeister, welcher die Ausgaben für die Scripturen der Zunft bestreitet, derselben Rechnung abzulegen hat, und bis auf weitere Verordnung von jedem Stimmfähigen einen gleichen Antheil an die Zunftkosten einfordern wird.

§. 4. Die fünf Vorgesetzten der Zunft wählen aus den Zunftgenossen einen Zunftschreiber, welcher die Protokolle und Register der Zunft führt, auch alle Obliegenheiten eines Sekretärs fleißig und getreulich erfüllen soll.

Bis die Wahl der zwey Aufseher geschehen ist, können die drey Zunftmeister an einen Zunftgenossen, als provisorischen Sekretär sprechen.

§. 5. Die fünf Vorgesetzten können einen Zunftgenossen als Zunftweibel ernennen, wenn sie einen solchen nöthig erachten. Derselbe wird der Zunft und den Vorgesetzten bey ihren Versammlungen fleißig und getreulich abwarten, und ihre Befehle ausrichten.

§. 6. Der Tag zur ersten Versammlung der Zünfte in der Stadt und auf dem Lande, ist festgesetzt auf Samstag den 2. April 1803. des Vormittags um 9 Uhr. Derselbe soll wenigstens zwey Tage vorher von der Kanzel, oder, wenn dies nicht geschehen kann, in jeder Ortschaft unter Trommelschlag, oder, nach jedes Orts Uebung, öffentlich bekannt gemacht werden.

Die dermaligen Bezirks-Statthalter sollen diese öffentliche Bekanntmachung, unter Strafe persönlicher Verantwortlichkeit, besorgen und veranstalten.

§. 7. Bey den Zunftversammlungen auf dem Lande sollen die fünf Vorgesetzten und der Schreiber bey einem Tische im Chor der Kirche, abgesondert, Platz nehmen; die sämtlichen Zunftgenossen dann in den Stühlen der Kirche selbst. Auf den Zünften in der Stadt sollen die Vorgesetzten gleichfalls an einem abgesonderten Tische seyn. Jeder Zunftgenosse zu Stadt und Land wird sich eines anständigen, der Wichtigkeit der Sache angemessenen, Betragens befleißigen. Niemand soll Lärm oder Tumult anheben; niemand soll sich ungerufen zu dem Tisch der Vorgesetzten hindrängen.

§. 8. Die Versammlung soll mit einem kurzen Gottesdienst angefangen werden, welchen der Pfarrer des Hauptortes der Zunft abhalten soll.

Die sämtlichen Zunftgenossen im Bezirke Bern werden aufgefordert, einem Gottesdienst beizuwohnen, welcher des Morgens um 8 Uhr im großen Münster unmittelbar vor der Versammlung der Zünfte gehalten werden wird.

§. 9. Nach Vollendung des Gottesdienstes soll mit Ablesung der Verzeichnisse der stimmfähigen Zunftgenossen alsogleich angefangen werden. Der Sekretär soll diejenigen aufschreiben, welche nicht anwesend sind, damit die Anzahl der Stimmenden genau bekannt seye.

§. 10. Hierauf soll das gegenwärtige Wahlreglement laut und vernehmlich abgelesen werden.

§. 11. Sodann wird der erste Zunftmeister, als Präsident, der versammelten Zunft bekannt machen, zu welchem Endzweck sie versammelt seye.

§. 12. Hierauf soll der Zunft-End vorgelesen werden. Der Präsident soll die Endesformel vorsprechen und die Zunft beendigen. Sollte wider Verhoffen jemand die Leistung dieses Endes verweigern, so soll ein solcher kein Stimmrecht ausüben können, die Versammlung verlassen, auf dem Zunftregister einstweilen ausgestrichen werden, und die Vorgesetzten sollen den Fall der Regierungs-Commission einberichten. Die Zunft aber würde mit ihren Berrichtungen dennoch fortfahren.

§. 13. Nach geschehener Beendigung soll jede Zunft vor allem aus die zwen Aufseher unter ihren Zunftgenossen

wählen; und zwar jeden durch eine absonderliche Wahl, und durch das absolute Stimmenmehr.

§. 14. Die Aufseher treten alsogleich ihre Verrichtungen an, und wählen mit den Zunftmeistern den Zunftschreiber und allenfalls den Weibel. Die Neugewählten treten ihre Stellen sogleich an.

§. 15. Sodann soll der Präsident der Zunft anzeigen, daß sie nunmehr zur Wahl eines Mitgliedes des grossen Rathes, für die Zunft unmittelbar und aus ihrer eigenen Mitte, schreiten werde.

Daß sie hierzu einen Bürger wählen müsse, welcher als stimmfähiges Mitglied in der Zunft selbst sene.

Welcher überdies das fünf und zwanzigste Jahr Alters angetreten habe.

Und endlich Eigenthümer von Liegenschaften, oder Unterpfandsrecht tragenden Schuldschriften sene, deren Werth zusammen genommen wenigstens fünftausend Schweizerfranken betrage. Was denn die Berechnung des Werthes der Liegenschaften anbetrifft, so wie die Art der Schuldschriften, so bleibt es diesorts bey der Vorschrift des §. 7. der Verordnung über die Einrichtung der Zunftregister, vom 14. Merz 1803.

Wer diese Eigenschaften nicht besitzt, ist auch nicht wahlfähig.

§. 16. Die Wahlen geschehen, zufolge des 17. Art. der unterm 10. Merz 1803. proklamirten Verfassung, durch geheimes Stimmenmehr, und die absolute Mehrheit der Stimmen.



Es soll, zur Ertheilung seiner Stimme, ein Zunftgenosse nach dem andern, in der Ordnung, wie er im Zunftregister eingeschrieben steht, hervorgerufen werden. Der Abgerufene geht zu einem abgesonderten im Chor stehenden Tische, auf welchem eigene zu Stimmzetteln bestimmte Zettel liegen, die jeder Zunft zu dem Ende eingesendet werden. Wer stimmen will, muß den betreffenden Namen auf einen dieser Zettel schreiben. Wer nicht selbst schreiben kann, muß einen der fünf Vorgesetzten ansprechen, den Namen auf einen Zettel zu schreiben, den er ihm angeben wird. Keine andern Zettel sind erlaubt, als die auf solches Papier geschriebenen. Sodann gehet der Stimmende zu dem Tische der Vorgesetzten, und übergiebt einem derselben seinen zusammengelegten Stimmzettel, auf welchem der Name desjenigen Bürgers leserlich geschrieben seyn soll, dem er seine Stimme geben will. Der Vorgesetzte soll ihn abnehmen, und in Gegenwart des Stimmenden darauf sehen, daß nur ein Stimmzettel von jedem Stimmenden eingereicht werde, ohne jedoch den Namen auf dem Stimmzettel lesen zu dürfen. Hierauf soll der Vorgesetzte den empfangenen Stimmzettel alsobald selbst in das Gefäß legen, in welchem die Stimmzettel gesammelt werden.

§. 17. Der Zunftschreiber soll während dem Stimmensammeln die Zahl der stimmenden Bürger fleißig aufzeichnen. Nach geendigtem Abstimmen soll er laut erklären, wie viele Zunftgenossen gestimmt haben. Die Vorgesetzten sollen sodann die Stimmzettel ebenfalls zählen. Wenn die Zahl derselben mit der Zahl derjenigen, die gestimmt haben, nicht übereintrifft, so ist die Wahl



ungültig, und muß wieder neuerdings angefangen werden. Trifft aber die Zahl überein, so soll der Präsident zum Voraus laut erklären, wie viel Stimmen es zur absoluten Mehrheit erfordere.

§. 18. Die Stimmzettel sollen hierauf, nach der bisher üblichen Weise, einer nach dem andern, untersucht, abgelesen, und die Stimmen eines jeden in der Wahl befindlichen Bürgers sorgfältig aufgeschrieben werden. Der Zunftschreiber soll auch sogleich ins Protokoll nehmen, welche Bürger Stimmen gehabt haben, und wie viele jeder derselben? Der Zusammenzug aller Stimmen, die die sämtlichen in der Wahl befindlichen Bürger gehabt haben, soll die Stimme der sämtlichen Stimmenden ausmachen.

§. 19. Wenn ein Bürger so viele Stimmen hat, als zu der absoluten Mehrheit erforderlich sind, so soll der Präsident denselben, als von der Zunft gewählt, ausrufen. In allen Fällen dann soll der Präsident mit lauter vernehmlicher Stimme ablesen, welche Bürger Stimmen gehabt haben, und wie viele jeder derselben erhalten?

§. 20. Wenn bey dem ersten Abstimmen keine absolute Mehrheit erhalten wird, so muß zum zweiten Male abgestimmt werden; welches auf die nämliche Weise geschieht, wie im §. 16. und folgenden vorgeschrieben worden. Erhält einer der in der Wahl Befindlichen in diesem zweiten Abstimmen die absolute Mehrheit, so wird er vom Präsidenten als gewählt ausgerufen.

§. 21. Wenn aber auch bey dieser zweiten Abstimmung kein absolutes Mehr erhalten wird, so sollen die

Namen der *zwen* in der Wahl befindlichen Bürger, welche in der letzten Abstimmung die meisten Stimmen gehabt haben, auf *zwen* gleiche Zettel geschrieben, von einem der Aufseher in einen Sack gethan, und durch die betreffenden Bürger selbst, oder durch den Präsidenten für einen Abwesenden, einer dieser Zettel herausgezogen werden. Derjenige, dessen Name auf dem zuerst herausgezogenen Zettel steht, ist durchs Loos erwählt, und soll vom Präsidenten ausgerufen werden.

Die Ordnung, in der die Vorgeschlagenen das Loos ziehen sollen, wird durch Nummern bestimmt, die sie vorher ebenfalls durch das Loos erhalten werden.

§. 22. Wenn in dem obigen Falle mehr als *zwen* derjenigen, welche am meisten Stimmen haben, gleich viele Stimmen auf sich vereinigen; so sollen sie alle, so manche derselben es seyn mögen, mit einander ins Loos kommen, und dasselbe zwischen ihnen entscheiden.

§. 23. Wenn ferner zwar einer die größte Stimmenzahl hat, aber nach demselben mehrere gleich viele; so muß vorerst das Loos zwischen den Letzteren entscheiden, welcher von ihnen mit dem ersten, der die größte Stimmenzahl gehabt hat, in das Loos kommen solle? Derjenige dann, welchen dieses Vorloos bezeichnet, kommt nachher mit dem ins Loos, der die meisten Stimmen gehabt, wie solches der §. 21. vorschreibt.

§. 24. Bei jedem Loos müssen auch die Zettel herausgezogen und abgelesen werden, welche im Sack geblieben sind, damit man sehe, ob die Namen auf allen richtig stehen?

§. 25. Alles dieses soll der Zunftschreiber genau im Protokoll eintragen.

§. 26. Während dem Wahlgeschäfte soll sich keiner der Vorgesetzten, noch sonst jemand, erlauben, der Zunft jemand zur Wahl vorzuschlagen, oder anzurathen; indem jeder frey und ungestört seine Stimme soll geben können. Die Widerhandelnden würden sich, je nach den Umständen, einer angemessenen Strafe in Geld, oder Gefangenschaft, schuldig machen.

§. 27. Sobald die Wahl des unmittelbar Ernennten der Zunft beendigt ist; so soll der Präsident die Zunft anfragen: Ob sie demselben einen Gehalt bestimmen wolle oder nicht? Und auf den erstern Fall: Wie hoch dieser Gehalt bestimmt werden solle? — Nach gehaltener Umfrage, bey denen die Vorgesetzten zuerst ihre Meinung zu eröffnen haben, werden diese Fragen durch das offene Handmehr entschieden. Die Vorgesetzten, so wie der Zunftschreiber und Weibel, haben das Recht mitzustimmen, ausgenommen der Präsident, welcher blos bey innstehenden Stimmen entscheidet. Bey dieser Verhandlung soll sowohl der ernannte, als auch seine Verwandte durchs Geblüt und Schwägerschaft, die sich im ersten Grade befinden, aus der Versammlung abtreten.

§. 28. Wenn der gewählte Bürger in der Versammlung zugegen ist, so muß er sich alsobald nach dem Entscheid dieser Fragen über die Besoldung erklären, falls er die ihm übertragene Stelle nicht annehmen wollte. Ist er nicht zugegen, so muß er inner vier und zwanzig Stunden die Wahl ausschlagen, nachdem sie ihm durch den

Zunftweibel angezeigt seyn wird. Wer den einen oder andern Zeitpunkt verstreichen läßt, der ist gehalten, angenommen zu haben.

§. 29. Wenn eine Wahl von dem Gewählten abgelehnt würde, während die Zunft noch versammelt ist, so soll alsobald auf dem gleichen Fuße zu einer neuen geschritten werden, wie hieroben vorgeschrieben ist.

§. 30. Sobald der unmittelbare Deputirte der Zunft erwählt, und die Frage über die Bestimmung eines Gehaltes für denselben entschieden ist; so wird der Präsident der Zunft erklären, daß die Wahl der vier Vorzuschlagenden, oder Kandidaten, auf einen andern Tag geschehen werde; und wird solchemnach die Zunft entlassen, und die Versammlung für diesmal aufheben.

§. 31. Die fünf Vorgesetzten und der Zunftschreiber sollen sodann unverzüglich das Protokoll dieser abgehaltenen Versammlung unterschreiben. Auch soll eine ebenmäßig von allen unterzeichnete vollständige Abschrift desselben, ohne einigen Verzug dem betreffenden Bezirks-Statthalter übergeben, und von diesem an die Regierungs-Commission mit möglichster Eile eingesendet werden.

§. 32. Dem ernannten Mitgliede des großen Rathes soll ein förmliches Wahl-Patent vom Präsident der Zunft zugestellt werden.

Dieses Patent soll von allen fünf Vorgesetzten und dem Sekretär unterschrieben, und vom Präsident der Zunft besiegelt seyn. Sollte der Präsident kein eigenes Siegel



haben, so kann das Patent unter dem Siegel ein's der andern vier Vorgesetzten ausgefertigt werden, oder endlich in Ermangelung dessen, auch unter dem Siegel des Bezirks-Statthalters, oder des Präsidenten des Bezirksgerichts, in dem der Hauptort der Zunft gelegen ist. Der Besiegler muß aber in dem Patent auch angezeigt seyn.

### Z u n f t = u n d W a h l = E n d.

§. 33. „ Wir, die sämtlichen Zunftgenossen, schwören einen theuern und feyerlichen Eyd zu Gott dem Allmächtigen, in die Regierung des Cantons Bern, nach der uns vorgeschriebenen Wahlart und nach bestem Gewissen einzig solche Männer zu wählen, welche durch ihre Rechtschaffenheit und uneigennützige Vaterlandsliebe unser Zutrauen genießen, und die wir durch ihre Kenntnisse und Erfahrung vorzüglich geschickt zu seyn glauben, die Angelegenheiten des Vaterlandes zum Besten zu leiten.“

### Eydesformel,

welche der Präsident laut vorspricht, und die von allen Zunftgenossen mit vernehmlicher Stimme nachgesprochen werden soll:

„ Wie die Schrift weist, die mir ist vorgelesen worden, deren will ich nachgehen und solche vollbringen in guten Treuen, so wahr mir Gott helf! Ohne alle Gefährde.“



§. 34. Diese Verordnung soll gedruckt, von Kanzeln verlesen, an den gewohnten Orten, und auch an dem Versammlungsorte jeder Zunft angeschlagen werden.

Gegeben in Bern, den 24. März 1803.

Der Präsident der Regierungs-Commission,  
N. v o n W a t t e n w y l.

Namens derselben,  
W y t t e n b a c h, Sekretär.

## V o r s c h r i f t für die Wahl der Kandidaten in den großen Rath.

**W**ir Präsident und Mitglieder der Regierungs-Commission des Cantons Bern, thun kund hiermit: Daß Wir, in Fortsetzung der zu Einführung Unserer Cantons-Verfassung erforderlichen Verordnungen, in Bezug auf die vorzunehmenden Wahlen zu denjenigen Stellen des großen Rathes, zu welchen die Zünfte nur Vorschläge machen, so wie in Bezug auf das wegen dieser Stellen zu ziehende Loos, beschlossen und erkannt haben, was hier von einem zum andern folget, demnach dann

v e r o r d n e n :

## Wahl der Kandidaten.

§. 1. Die Zünfte auf dem Lande werde sich Donnerstags, den 7. April 1803. des Morgens um 9 Uhr, nach dem gewöhnlichen Vormittags-Gottesdienste, der aber auf diesen Tag um 8 Uhr Morgens anfangen soll, versammeln; die Zünfte des Bezirks Bern denn, weil obiger Tag ein Communions-Tag in dieser Stadt ist, auf Samstag den neunten gleichen Aprils, des Morgens um 9 Uhr. Diese Versammlungen geschehen an den nemlichen Orten, unter dem gleichen Vorsitz und Aufsicht, und in der nemlichen Ordnung, wie die Verordnung vom 24. Merz 1803. für die erste Versammlung der Zünfte vorschreibt. Bey dieser Versammlung werden die Zünfte diejenigen Vorgeschlagenen oder Kandidaten ernennen, von welchen der große Rath durchs Loos vollzählig gemacht werden soll.

§. 2. Die Versammlung soll mit Ablesung der Zunftregister anfangen werden. Der Zunftschreiber soll diejenigen Zunftgenossen fleißig aufschreiben, welche allenfalls bey der ersten Zunftversammlung nicht zugegen gewesen wären, und sich hingegen bey dieser zweyten Versammlung einfinden würden; damit dieselben, gleich den übrigen, beendigt werden können. Der Präsident wird auch der Zunft anzeigen, daß der vorher von den Zunftgenossen geleistete Eid auch für die dermaligen Wahlen verbindlich seye.

§. 3. Sodann soll gegenwärtiges Wahl-Reglement laut und deutlich vorgelesen werden; so wie auch die

§§. 7, 16, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25 und 26 der Wahlverordnung vom 24. März 1803.

§. 4. Demnach wird das Verzeichniß derjenigen Mitglieder des großen Rathes, welche bereits durch die unmittelbare Wahl der Zünfte ernannt worden sind, der Versammlung vorgelesen, damit die gleichen Bürger nicht etwa noch auf das Kandidaten-Verzeichniß gesetzt werden.

§. 5. Hierauf wird der Präsident der Versammlung eröffnen, daß sie zur Wahl von vier Kandidaten für den großen Rath schreiten solle. Keiner dieser Kandidaten darf aber aus dem Bezirke genommen werden, zu welchem die wählende Zunft selbst gehört; sondern aus den vier andern Bezirken. Und zwar dürfen aus dem nemlichen Bezirke nicht mehr als drey Kandidaten genommen werden.

§. 6. Zu Kandidaten können überdieß nur solche Bürger ernannt werden:

- 1) Welche das Bürgerrecht einer Gemeinde des Cantons Bern haben;
- 2) Welche das dreißigste Jahr Alters angetreten;
- 3) Und welche endlich Eigenthümer von Liegenschaften oder Unterpfandsrecht tragenden Schuldschriften sind, deren Werth zusammen wenigstens zwanzigtausend Schweizerfranken beträgt. Belangend die Berechnung des Werthes der Liegenschaften, und die Art der Schuldschriften, welche angerechnet werden können; so soll es auch hiefür bey der Vorschrift des §. 7. der Verordnung über die Zunftregister, vom 14. März 1803, verbleiben.

Wer die eine oder andere dieser Eigenschaften nicht hat, ist auch nicht wahlfähig.

§. 7. Die Wahlen der vier Kandidaten sollen eine nach der andern vorgenommen werden.

§. 8. Es soll überhaupt für die Wahl jedes einzelnen Kandidaten verfahren werden, wie das Wahl-Reglement vom 24. März 1803, in den §§. 16 bis und mit 26, vorschreibt. Wenn aus einem Bezirke allbereits drey Kandidaten ernannt wären, so soll der Präsident der Versammlung erklären, daß bey der Wahl zur vierten Kandidaten-Stelle alle Stimmzettel als ungültig beyseits gelegt werden würden, welche den Namen eines Bürgers aus dem gleichen Bezirke enthalten sollten. Ein gleiches soll auch mit solchen Stimmzetteln geschehen, auf denen ein Bürger aus dem Bezirke genannt wäre, zu welchem die wählende Zunft selbst gehört. Nichtsdestoweniger müssen aber alle dergleichen Stimmzettel, so wie die gültigen, laut abgelesen werden.

§. 9. Wenn die Wahl der vier Kandidaten beendigt ist, so wird der Präsident die Zunft entlassen. Die fünf Vorgesetzten und der Zunftschreiber sollen sodann das Protokoll der ganzen Verhandlung unterzeichnen. Auch soll eine ebenmäßig von allen unterzeichnete vollständige Abschrift desselben ohne einigen Verzug dem betreffenden Bezirks-Statthalter übergeben, und von diesem an die Regierungs-Commission mit möglichster Eile eingesendet werden.

§. 10. Die Zunftprotokolle werden sodann von dem Zunftschreiber in sorgfältige Verwahrung genommen.

## Art und Weise des Looses.

§. 11. Auf Montag, den 11. April 1803, des Morgens um neun Uhr, soll die Wahl von 130 Mitgliedern des großen Rathes aus der Zahl der Kandidaten, durch das Loos geschehen.

§. 12. Die Ziehung dieses Looses wird in einer öffentlichen Sitzung der Regierungs-Commission, auf dem Rathhaus in Bern, geschehen.

§. 13. Vor allem aus wird die Kanzlen ein Verzeichniß der Kandidaten, den Zünften nach, verfertigen, auf welchem alle vier Vorgeschlagenen jeder Zunft ohne Ausnahme stehen sollen. Und zwar soll ein Bürger, der von mehreren Zünften vorgeschlagen worden, unter den vier Kandidaten einer jeden Zunft verzeichnet seyn, die ihn vorgeschlagen hat.

§. 14. Sodann soll jeder Name, der auf diesem Vorschlag steht, auf eine durchaus gleichförmige Karte geschrieben werden, welche zum Zusammenlegen eingerichtet und von einer vorgeschriebenen Form seyn soll. Und zwar soll der Name eines Bürgers, welcher von mehreren Zünften vorgeschlagen worden, eben so vielmal in das Loos kommen, als er vorgeschlagen worden ist.

§. 15. Ein Mitglied der Regierungs-Commission wird eine dieser Karten nach der andern eröffnen, und den darauf stehenden Namen laut ablesen; sodann die Karte dem Präsidenten offen übergeben, welcher nachsehen soll: ob der Name richtig abgelesen worden? Der Präsident soll die Karte hierauf wiederum zusammen legen, und



einem andern Mitgliede der Regierungs-Commission übergeben, welches dieselbe in einen Sack werfen wird.

§. 16. Nachdem auf diese Weise alle 260 Karten in den Sack gebracht seyn werden, so soll ein Mitglied der Regierungs-Commission 130 gelbe und 130 weiße Ballotten in ein offenes Gefäß zählen. Aus diesem wird der Präsident dieselben in einen Sack abzählen, in welchem sie wohl durch einander gemischt werden sollen.

§. 17. Zwen Mitglieder der Regierungs-Commission sollen hierauf, das eine die Karten aus dem einen Sack, und das andere die Ballotten aus dem andern Sack ziehen. Und zwar sollen beyde hiefür mit Handschuhen versehen seyn.

§. 18. Zu dieser Ziehung des Looses werden zwen Register eröffnet, das eine für die Mitglieder, welche durchs Loos in den großen Rath erwählt werden, und das andere für die Mitglieder, die wiederum auf das Verzeichniß der Kandidaten kommen.

§. 19. Die Ziehung des Looses geschieht folgendermaßen: Vorerst wird eine Karte herausgezogen, dieselbe von dem Mitgliede der Commission, welches sie zieht, eröffnet, und der darauf stehende Name, jedoch nicht laut, gelesen. Dasselbe übergiebt die offene Karte dem Präsidenten, welcher den darauf stehenden Namen laut abliest, die Karte aber in der Hand behält. Nach dieser Ablesung des Namens wird eine Ballotte aus dem andern Sack gezogen, vorgewiesen, und sogleich in ein offenes flaches Gefäß auf dem Tische gelegt. Es sollen zwen solcher Gefäße

fäße vorhanden seyn , das eine für die gelben und das andere für die weißen Ballotten.

Der Name , zu welchem eine gelbe Ballotte gezogen worden , soll auf das Register der Mitglieder des großen Rathes getragen werden , und der Präsident soll den durchs Loos erwählten Bürger als Mitglied dieses Rathes ausrufen.

Der Name , zu welchem eine weiße Ballotte gezogen wird , soll hingegen auf das Register der Kandidaten gesetzt , und der betreffende Bürger , als auf diesem verbleibend , vom Präsidenten ausgerufen werden.

Sodann legt der Präsident die Karte in ein vor ihm stehendes offenes Gefäß. Es wird eine frische Karte aus dem Sack gezogen , und auf gleiche Weise mit jedem verfahren , bis die beyden Säcke der Karten und Ballotten ausgeleert sind.

§. 20. Wenn sich ein Name , als von mehreren Zünften vorgeschlagen , auch mehrere Male im Sack befindet , so soll mit einem solchen Namen so oft auf obige Weise verfahren werden , als derselbe aus dem Sack gezogen wird. Jedoch in dem Verstande , daß derselbe zwar eben so oft auf dem Register der Kandidaten eingetragen wird , als er eine weiße Ballotte erhält ; wenn aber einmal eine gelbe Ballotte mit einem solchen Namen herausgekommen , und der betreffende Bürger zum Mitglied des grossen Rathes erwählt ist ; so soll bey den folgenden Malen , wo der gleiche Name wiederum aus dem Sack gezogen würde , eine weiße Ballotte aus dem Ballottensacke zu demselben herausgesucht werden. Darauf aber sollen die Ballotten frischerdings wohl durch einander gemengt werden.

§. 21. Diejenigen Namen , welche mehrere Male im Sack gewesen und allemal mit einer weißen Ballotte herausgekommen sind , bleiben eben so oft wiederholt auf dem Verzeichnisse der Kandidaten. Diejenigen aber , welche einmal eine gelbe Ballotte erhalten , und sich daher auf dem Verzeichnisse der Mitglieder des grossen Rathes befinden , werden nach geendigtem Loose auf dem Register der Kandidaten durchgestrichen.

§. 22. Die ganze Verhandlung des Looses soll genau zu Protokoll gebracht , und sowohl das Register der in den grossen Rath gewählten , als auch derjenigen , die zuletzt noch auf dem Verzeichniß der Kandidaten bleiben , in der Ordnung öffentlich bekannt gemacht werden , in welcher die Namen sowohl der einen als andern aus dem Sack gezogen worden sind. Es soll auch im Protokoll bey dem Name jeden Mitgliedes des grossen Rathes angezeigt seyn , von wie viel Zünften dasselbe vorgeschlagen worden seye.

§. 23. Den durchs Loos erwählten Mitgliedern des grossen Rathes soll ihre Erwählung von der Regierungs-Commission alsobald kund gemacht , und jedem derselben , unter dem Siegel des Cantons Bern und der Unterschrift des Präsidenten und Sekretärs der Regierungs-Commission , ein förmliches Wahlpatent zugestellt werden. In demselben soll ebenfalls ausgesetzt seyn , von wie mancher Zunft ein solches Mitglied des grossen Rathes vorgeschlagen worden seye.

§. 24. Wer seine Ernennung in den grossen Rath nicht annehmen könnte , muß solches inner zweymal vier und zwanzig Stunden , nachdem ihm solche Wahl kund

gemacht worden, der Regierungs-Commission schriftlich anzeigen. Wer diesen Zeitpunkt verstreichen läßt, ist gehalten angenommen zu haben.

§. 25. Wenn auf diese Weise eine Stelle des großen Rathes erlediget werden sollte, so wird die Regierungs-Commission durch das Loos, jedoch nicht in öffentlicher Sitzung, die erledigte Stelle aus den auf dem Verzeichniß zurückgebliebenen Kandidaten ergänzen.

§. 26. In diesem Falle kommen alle die Namen, welche auf solchem Verzeichnisse stehen, und so oft sie darauf stehen, in den einen Sack, und eben so viele Ballotten in den andern; unter welchen sich aber nur so viel gelbe befinden, als Stellen zu ergänzen sind.

Diejenigen, zu deren Name eine gelbe Ballotte gezogen wird, sind in den grossen Rath erwählt.

§. 27. Diese Verordnung soll gedruckt, von der Kanzel verlesen, an den gewohnten Orten, und auch am Versammlungsorte jeder Zunft, angeschlagen werden.

Gegeben in Bern, den 30. März 1803.

Der Präsident der Regierungs-Commission,

R. v o n W a t t e n w y l.

Im Namen derselben,

W y t t e n b a c h, Sekretär

---

## E r l ä u t e r u n g

### der Wahlordnung für die Kandidaten in den großen Rath.

---

**W**ir Präsident und Mitglieder der Regierungs-Commission des Cantons Bern, thun kund hiermit: Daß Wir auf den von vielen Orten her geäußerten Wunsch, daß die Wahlen für die Kandidaten-Listen in etwas abgekürzt werden möchten, beschlossen und erkannt haben, was hier von einem zum andern folget; demnach dann

#### v e r o r d n e n :

1) Daß den Zunftversammlungen überlassen seyn solle, statt ihre vier Kandidaten unter vier verschiedenen Malen, und also je einen nach dem andern, zu erwählen, dieselben bloß unter zwey Malen, und also je zwey auf einmal, ernennen zu dürfen.

2) Es soll diese Frage der Versammlung gleich Anfangs ihrer Verhandlungen zum Entscheid vorgetragen werden; aber bloß zum Abmehren, und ohne daß eine weitläufige Discussion darüber statt habe.

3) Im Fall erkennt würde: daß die Wahlen nur unter zwey Malen gemacht werden sollen; so soll der Präsident der Versammlung eröffnen: daß jeder Zunft-



genosse zwei Namen auf seinen Stimmzettel setzen solle, und daß, wenn mehrere darauf erscheinen würden, nur die zwei ersten gültig seyn können.

4) Es soll übrigens die Versammlung sich überall so weit möglich an die Vorschrift der Verordnung vom 30. März zu halten haben, und nur in den Fällen sich einige Abweichung davon erlauben, wo deren buchstäbliche Befolgung, wegen dieser hier den Zünften freigestellten Abänderung, schlechterdings unmöglich seyn sollte; allein auch in diesen Fällen hat sich die Zunft nach dem Sinne jener Verordnung zu richten.

Gegenwärtige Verordnung soll gedruckt und in den auf den 7. und 9. dieses angeordneten Zunftversammlungen abgelesen werden.

B e r n , den 4. April 1803.

Der Präsident der Regierungs-Commission,  
H. v o n W a t t e n w y l.

Im Namen derselben,  
W y t t e n b a c h , Sekretär.

## D e k r e t.

### Abschaffung der Gewerbs-Patenten.

Wir Präsident und Mitglieder der Regierungs-Commission des Cantons Bern, thun fund hiemit: Daß Wir, — in Folge erhaltener Vollmacht, und in Betrachtung, daß die durch neuere Gesetze eingeführten Gewerbs-Patenten, und die dafür geforderten Gebühren, eine sehr lästige und doch äußerst wenig ergiebige Abgabe ausmachen; daß jedennoch aber die Gerechtigkeit erfordere, daß keine Verordnung eine rückgreifende Kraft erhalte, und daß die Saumseligen vor denjenigen, welche sich der Abgabe mit Bereitwilligkeit unterzogen haben, keines Vortheils genießen, — in Betreff der Patent-Gebühren beschlossen und erkennt haben, was hier folgt; demnach dann

#### v e r o r d n e n :

1) Alle Cantons-Bürger, welche ihre Berufs- und Gewerbs-Patenten für die Jahre 1800, 1801 und 1802, den vorhandenen Gesetzen zuwider, noch nicht gelöst haben, sollen selbige alsobald gegen Erstattung des gesetzten Betrags erheben.

2) Hingegen sind die Gewerbs-Patenten für das Jahr 1803. gänzlich aufgehoben, und sollen dergleichen Patenten für das genannte Jahr weder ausgefertigt, noch von Jemanden können gefordert werden.

Gegenwärtige Verordnung soll gedruckt und an gewohnten Orten angeschlagen werden.

Gegeben in Bern, den 9. April 1803.

Der Präsident der Regierungs-Commission,  
N. v o n W a t t e n w y l.

Im Namen derselben,  
W y t t e n b a c h, Sekretär.

---

## Z u s a m m e n b e r u f u n g

### des grossen Rathes; Vorschrift über die Wahl des kleinen Rathes.

---

**W**ir Präsident und Mitglieder der Regierungs-Commission des Cantons Bern, thun kund hiemit: Da Wir durch die Vermittlungsakte des ersten Consuls der fränkischen Republik beauftragt und begmächtigt sind, die neue Verfassung des Cantons Bern einzuführen, und die Regierung desselben so lange zu verwalten, bis Wir dieselbe der verfassungsmässigen höchsten Gewalt dieses Cantons übergeben können, welche aus Schultheiss, klein- und grossem Rathe bestehen soll, so haben Wir in Betreff der annoch hiezu nöthigen Wahlen und übrigen Maasregeln beschlossen, und wie hiernach folgt

---

v e r o r d n e t:

§. 1. Das Verzeichniß derjenigen erwählten Mitglieder des großen Raths, welche ihre Wahlfähigkeit vor der Regierungs-Commission konstatirt haben, soll in alphabetischer Ordnung, und ohne Unterschied, ob dieselben unmittelbar von den Zünften, oder aber durch das Loos erwählt worden seyen, errichtet werden.

§. 2. Die Regierungs-Commission wird Montag den 18. April 1803, des Morgens um 8 Uhr, die Versammlungen des großen Raths für die Wahlen der Mitglieder des kleinen Raths eröffnen.

Zu dem Ende werden sich alle Mitglieder des grossen Raths auf dem Rathhause, vor dem Versammlungs- saale, einfinden. Der Sekretär der Regierungs-Commission wird ein Mitglied nach dem andern aus dem alphabetischen Verzeichnisse abrufen, da dann jedes derselben bey seinem Eintritt in den Saal, die Nummer desjenigen Quartiers aus einem Sack ziehen wird, in welchem es seinen Platz beziehen, und während dem ganzen Wahlgeschäft behalten soll.

§. 3. Hierauf wird der Präsident der Regierungs-Commission die Sitzung eröffnen, da dann die Wahlen zu den Stellen des kleinen Raths ihren Anfang nehmen werden.

§. 4. Die Regierungs-Commission wird zu dem Ende zwey Mitglieder des grossen Raths beauftragen, vorläufig die Berrichtungen des ehemaligen Großweibels und Ammanns bey dem Wahlgeschäft zu versehen.

§. 5. Die Wahlen sollen nach dem hiefür abgefaßten Reglemente vorgenommen werden, welches zu dem Ende unmittelbar vorher abgelesen werden wird.

§. 6. Zuerst sollen die sieben und zwanzig Mitglieder des kleinen Rathes, aus den Mitgliedern des großen Rathes, erwählt werden: und zwar muß aus jedem Bezirk wenigstens ein Mitglied in den kleinen Rath gewählt seyn.

Hierauf werden die zwei Schultheißen durch den großen Rath aus den Mitgliedern des kleinen Rathes erwählt; und nach diesen, auf gleiche Weise, der Secfelmeister.

§. 7. Alle diese Wahlen geschehen unter der Aufsicht der Regierungs-Commission und dem Vorßiß des Präsidenten derselben; als welcher die Einführung der verfassungsmäßigen Regierung des Cantons Bern, und die Leitung der dazu nöthigen Vorkehrungen, obliegt.

§. 8. Die Kanzley der Regierungs-Commission wird während dieser Zeit den großen Rath vorläufig bedienen.

§. 9. Wenn die obigen Wahlen getroffen seyn werden, so wird der Präsident der Regierungs-Commission den zuerst gewählten Schultheiß schriftlich auffordern, sein Amt durch eine Zusammenberufung des großen und kleinen Rathes anzutreten.

Alle Mitglieder desselben werden eingeladen, des Morgens vor der Sitzung einem öffentlichen Gottesdienst im großen Münster beizuwohnen.



In dieser Sitzung werden sich Schultheiß, Klein- und großer Rath vereinigt, als die verfassungsmäßige Regierung des Cantons Bern, konstituiren. Die ganze Versammlung wird den Amtes - Eyd abschwören, und sodann ihren Zusammentritt der Regierungs - Commission sogleich schriftlich anzeigen.

§. 10. Die Regierungs - Commission wird hierauf den Eintritt der verfassungsmäßigen Regierung, sowohl dem Canton durch eine Proklamation, als aber auch dem Landammann der Schweiz schriftlich bekannt machen, und sogleich ihre Gewalt in die Hände dieser Regierung niederlegen.

§. 11. Amtes - Eyd der Schultheißen und Mitglieder des Kleinen und großen Raths:

„Schwören die Schultheißen, Klein - und großen  
 „Räthe insgemein und jeder insbesondere: dem Canton  
 „Bern Treu und Wahrheit zu leisten; desselben Nutzen  
 „zu fördern und Schaden zu wenden; dessen Verfassung  
 „und Geseze zu beobachten; mit Leib, Haab und Gut  
 „den Canton Bern, desselben Religion und Rechte, dessen  
 „Freyheit, wie auch die des gemeinsamen schweizerischen  
 „Vaterlandes, nach bestem Vermögen zu schützen und zu  
 „schirmen; die Versammlungen des großen Raths ohne  
 „dringende Gründe nicht zu verabsäumen; in Vergebung  
 „der Stellen und Aemter ihre Wahl auf fähige und  
 „würdige Männer zu leiten; weder Mieth noch Gaben  
 „anzunehmen, noch durch solche, oder durch Verspre-  
 „chungen, auf die Wählenden zu wirken. — Alle Ge-  
 „fährde vermieden.“

§. 12. Diese Verordnung soll durch den Druck bekannt gemacht werden.

Gegeben in Bern, den 13. April 1803.

Der Präsident der Regierungs-Commission,

N. v o n W a t t e n w y l.

Im Namen derselben,

Wyttbach, Sekretär.

## R e g l e m e n t für die Wahl des kleinen Raths.

**W**ir Präsident und Mitglieder der Regierungs-Commission des Cantons Bern, thun kund hiermit: Daß Wir über die Art und Weise der Wahlen zu den Stellen des kleinen Raths, der Schultheissen und des Secfelmeisters erkennt haben, und anmit

v e r o r d n e n :

§. 1 Der Wahl = End, welcher auf den Zünften geschworen worden ist, soll auch für die annoch vorzunehmenden Wahlen bindend seyn, und sich auf selbige beziehen. Wer denselben bisher auf keiner Zunft geschworen hätte, soll vom Präsidenten zu den Wahlen beendigt werden.

§. 2. Sodann wird der Präsident ein Quartier der Versammlung nach dem andern anfragen, wer zu der zu besitzenden Stelle Jemanden vorschlagen wolle. Jedes Mitglied hat das Recht, Jemanden aus der Zahl der Wahlfähigen vorzuschlagen; wer Jemanden vorschlagen will, muß den Namen desselben laut nennen. Alle Vorgesetzten soll die Kanzlen genau aufschreiben, und bey jeder Wahl müssen wenigstens vier wahlfähige Personen vorgeschlagen seyn.

§. 3. Sodann wird das Verzeichniß der Vorgesetzten abgelesen; die Namen derselben werden auf die Ballotten-Drucke geheftet; und es wird mit einfarbigen Ballotten hinter dem Vorhange abgestimmt.

§. 4. Zum Ballottiren, oder Abstimmen, muß die Versammlung gezählt werden. Sodann werden eben so viele Ballotten abgezählt, als Stimmende sind, und in einen Teller gelegt, der vor dem Präsidenten steht. Die Stimmenden treten den Quartieren nach, in denen sie sitzen hervor; jeder nimmt eine Ballotte, und legt sie bey dem Namen dessen in die Drucke, für den er stimmen will. Es soll eines der Mitglieder, welches die Verrichtung des Großweibels macht, bey dem Vorhang seyn, und darauf wachen, daß niemand hinter denselben gehe, bis sein Vorgänger wiederum herausgetreten ist.

§. 5. Nach geendigtem Ballottiren sollen die Stimmen, die jeder erhalten hat, öffentlich gezählt und sorgfältig zu Protokoll gebracht werden. Der Zusammenzug aller Stimmen, die jeder Einzelne gehabt hat, soll mit der Zahl derjenigen übereinstimmen, die gestimmt haben; ansonst ist die geschehene Abstimmung ungültig.

§. 6. Nach diesem ersten Abstimmen bleiben nur die vier Personen in der Wahl, welche in demselben die meisten Stimmen gehabt haben. Wenn Gleichheit der Stimmen ist, so entscheidet das Loos, welche in der Wahl bleiben.

§. 7. Sodann wird über die, welche in der Wahl verbleiben, wiederum abgestimmt, und bei dieser und allenfalls auch jeder folgenden Abstimmung, wird der niedrigste in den Stimmen herausgewählt, bis nur noch zwei der Vorgeschlagenen in der Wahl bleiben.

§. 8. Zwischen diesen zwei Letztern muß noch einmal abgestimmt werden; und derjenige, welcher in diesem letzten Abstimmen die absolute Mehrheit hat, ist erwählt. Wenn jeder gleich viele Stimmen dabei erhielte, so entscheidet auch dennzumal das Loos.

§. 9. Das Loos soll allemal mit gelben und weißen Ballotten aus einem Sack gezogen werden. Wer eine gelbe zieht, ist erwählt, oder bleibt in der Wahl, je nachdem für das eine oder andere gelooset wird. Die anwesenden Kandidaten ziehen selbst; der Präsident für abwesende. Die Ordnung des Ziehens wird vorher vermittelt Nummern ebenfalls durchs Loos bestimmt. Jedermann muß das Loos mit Handschuhen ziehen.

§. 10. Bei dem Abstimmen müssen alle diejenigen abtreten, welche einer der in der Wahl befindlichen Personen in auf- oder absteigender Linie, oder in der Seitenlinie im ersten Grade der Blutsfreundschaft oder Schwä-

gerschaft verwandt sind. Die Verwandten können aber bei dem Zählen der Stimmen wiederum Sitz nehmen.

§. 11. Jedem Gewählten soll, unter dem Siegel des Cantons und der Unterschrift des Präsidenten und Sekretärs der Versammlung, ein Wahl-Patent ausgefertigt werden.

§. 12. Diese Wahlverordnung soll gedruckt, und jedem Mitgliede des großen Rathes ein Abdruck derselben ausgetheilt werden.

Gegeben in Bern, den 16. April 1803.

Der Präsident der Regierungs-Commission,

N. v o n W a t t e n w y l.

Im Namen derselben,

W y t t e n b a c h, Sekretär.

## P r o k l a m a t i o n

der Regierungs-Commission. Einführung  
der konstitutionsmäßigen Regierung.

Wir Präsident und Mitglieder der Regierungs-Commission des Cantons Bern, thun kund hiermit: Demnach der große Rath des Cantons Bern nicht nur alle Stellen des kleinen Rathes



besezt, sondern auch die Schultheißen - Aemter und die Seckelmeisterstelle vergeben hat ; so ist nun der Zeitpunkt eingetreten , wo die verfassungsmäßige Regierung des Cantons Bern , nämlich : Schultheiß , klein und große Räthe , sich konstituiert und die Regierung des Landes übernommen haben.

Dieses Ereigniß sollen Wir , als die seit der Auflösung der helvetischen Räthe bis jetzt bestandene provisorische Cantons - Regierung , unsern Cantons - Mitbürgern kund thun , und ihnen zugleich anzeigen : daß Wir dem zufolge unsere Gewalt schon mit heute in die Hände eben dieser verfassungsmäßigen Regierung niederlegen.

Indem Wir unsern Cantons - Mitbürgern hievon Kenntniß geben , und sie zur Anerkennung dieser ihrer neuen Regierung auffordern , gereicht es uns zu einer angenehmen Pflicht , ihnen zugleich das öffentliche Zeugniß zu ertheilen : daß sie sich durch ihr ruhiges und gehorsames Verhalten , während der kurzen Dauer Unserer Regierungs - Verwaltung , Unsere gänzliche Zufriedenheit so wie Unsern Dank erworben haben.

Schließlich dann versehen Wir Uns zu ihnen , daß sie der jetzt eintretenden Landes - Regierung gleiche Treue bezeugen : daß sie deren Gesetze und Verordnungen willig befolgen und ihren Befehlen den schuldigen Gehorsam leisten werden ; so wie Wir zu Gott bitten , daß er die Rathschlüsse unserer neuen Landesobrigkeit leiten und ihre Regierung segnen wolle.

Gegenwärtige Publikation soll durch den Druck bekannt gemacht und an gewohnten Orten angeschlagen werden.

Gegeben in Bern, den 23. April 1803.

Der Präsident der Regierungs-Commission,  
A. v o n B a t t e n w y l.

Im Namen derselben,  
W y t t e n b a c h, Sekretär.

## P r o k l a m a t i o n

### der konstitutionsmäßigen Regierung bey dem Antritt ihres Amts.

Wir Schultheiß, klein und große Rätthe des Cantons Bern, thun kund hiermit: Daß, da Uns das Zutrauen Unserer Mitbürger zu der durch die Vermittlungsakte des ersten Consuls der fränkischen Republik bestimmten Regierung dieses Cantons berufen hat, Wir Uns den 23. April lezthin konstituiert, und von der provisorischen Regierungs-Commission die oberste Gewalt übernommen haben.

Durchdrungen von innigstem Dank gegen den Gott Unserer Väter, der, nach fünf durch Prüfung und Unglücksfälle schwer bezeichneten Jahren, Unser Volk durch  
wunder-

wunderbare Wege endlich einem neuen Zustande von Ordnung und Zufriedenheit wieder entgegengeführt hat, haben Wir Unsere neue Laufbahn damit angefangen, dem Geber alles Guten öffentlich und feyerlich, nach alter frommer Schweizerſitte, für seine Gnade zu danken, und ihn um Schutz und Leitung und Kraft demüthig anzusehen.

Euer liebevolles Zutrauen, wertheſte Mitbürger! hat Uns an die Landesregierung berufen; der erste Consul der fränkischen Republik hat Uns durch seine Vermittlungsakte den Weg gebahnet, die Wunden zu heilen, an denen unser Vaterland seit mehreren Jahren blutet. Er will unsere Unabhängigkeit; er will, daß Ruhe, Ordnung und Sittlichkeit zu uns wiederkehren. Zu Beförderung dieses Zwecks hat er die ehrwürdigen althergebrachten Formen wieder hergestellt.

Möchten Wir unter denselben im Stande seyn, auch die alten glücklichen Zeiten und die Wohlthaten aller Art euch wiederschenken zu können, deren Andenken dieselben bey euch hervorbringen werden.

Allein jene großen Vorräthe aller Art, welche die gewissenhafte Häuslichkeit unserer alten vaterländischen Regierung zusammengelegt hatte, sind dahin, und Wir finden nichts mehr an ihrer Stelle, als eine ungeheure Schuldenlast. Jeder verständige Mann unter euch wird hoffentlich begreifen, daß bey der Entblößung, in welcher Wir unsere Laufbahn betreten, Wir mit dem besten Willen nicht alles Gute thun können, welches Wir wünschen, und nur nach und nach das Volk der Lasten werden ent-

heben können, unter denen es seit einigen Jahren gelitten hat. Ihr habt Uns aus euerer Mitte zu euern Regenten erwählt, und damit stillschweigend die Verpflichtung übernommen, die Männer, denen ihr die Besorgung euerer theuersten Angelegenheit übertragen habt, mit allen euern Kräften zu unterstützen. Im Bewußtseyn euerer Liebe und Unserer redlichen vaterländischen Absichten treten Wir Unsere Regierung mit dem Entschlusse an: durch Beschüzung Unserer heiligen Religion und ihrer Diener, Beförderung einer zweckmäßigen Erziehung der Jugend; durch strenge und unparthenische Gerechtigkeit, und Züchtigung aller Ruhestörer, zu welcher Parthey sie immer gehören mögen; durch Uneigennüßigkeit und treue Verwaltung der öffentlichen Gelder, Uns euerer Achtung und Unserer Stellen würdig zu zeigen.

Da wir nun endlich den Stürmen der Revolution entgangen sind, und einem bleibenden ruhigen Zustand entgegen sehen; so fordern Wir euch ganz besonders auf, wertheste Mitbürger! die ihr durch euern Beruf, euer Alter, euere Fähigkeiten und Tugenden, euere Glücksumstände, eines vorzüglichen Einflusses genießet, denselben zu Heilung der durch die Revolution dem häuslichen und öffentlichen Glücke geschlagenen Wunden anzuwenden, durch euer Benspiel und euere Vorstellungen alte Frömmigkeit und Sittlichkeit wieder zu beleben, die durch die Ereignisse der letzten Jahre entstandenen Parthenungen auszulöschen, und alles anzuwenden, daß die aus denselben entsprungenen wahren oder eingebildeten Beleidigungen vergeben und vergessen werden, wie es Christen und ächten Schweizern geziemt.



Wir werden nun mit ununterbrochener Thätigkeit an der neu einzuführenden Einrichtung der untern Justiz- und Verwaltungsbehörden des Cantons arbeiten, und Uns mit der Revision der Gesetze und Verordnungen beschäftigen. Damit aber inzwischen der Gang der laufenden Geschäfte nicht unterbrochen werde, so verordnen Wir, was hiernach folgt:

- 1) Alle jetzt bestehenden Cantons-Distrikts- und Gemeindsbehörden sind bis auf weitem Befehl beybehalten.
- 2) Der kleine Rath steht nun an der Stelle der jetzt abgetretenen Regierungs-Commission, und alle Begehren an denselben werden an den Amts-Schultheiß gerichtet.
- 3) Auch werden alle jetzt bestehenden Gesetze und Verordnungen, in so fern sie nicht durch die Vermittlungsakte aufgehoben sind, bis auf fernere Anordnung hiermit bestätigt und beybehalten.

Gegenwärtige Proclamation und Verordnung soll durch den Druck bekannt gemacht, von der Kanzel verlesen, und an gewohnten Orten angeschlagen werden.

Gegeben in Unserer großen Raths-Versammlung, den  
27. April 1803.

Der Amts - Schultheiß,  
N. v o n B a t t e n w y l.  
Namens des großen Raths,  
der Staatschreiber.  
T h o r m a n n.



## V e r o r d n u n g.

### Fortsetzung der Stempel = Abgabe.

---

**W**ir Schultheiß und Rath des Cantons Bern thun kund hiermit:

Von dem Landammann der Schweiz dazu aufgefordert, vermahnem Wir die sämtlichen Einwohner des Cantons aufs ernstlichste, desselben hiermit bekannt machende Verordnung über die Beziehung der Stempelabgabe vom 14. April 1803, nach Vorschrift der noch in Kraft bestehenden diesörtigen Gesetze vom 15. Christmonat 1800 und 5. Januar 1801, sowohl für das gemeine und das stufenweise gestempelte Papier, als für den Stempel der Wechselbriefe, Spielkarten, Journale, Zeitungen, Berichtblätter, Anschlagzettel, Paßporte, Viehzettel und dergleichen, genau zu befolgen: alles bei Strafe der in der letzten Verordnung vom 5. Januar 1801 festgesetzten Buße, mit welcher die Widerhandelnden ohne anders werden belegt werden.

Wir befehlen zu dem Ende allen öffentlichen Beamten und untergeordneten Behörden bei ihrer Verantwortung, auf die Vollziehung dieser Verordnung genau zu wachen, und Uns die allfälligen Widerhandelnden, ohne Ansehen der Person, zur gebührenden Bestrafung zu verleiden.

Welches hiermit durch den Druck bekannt gemacht, von der Kanzel verlesen, und an den gewohnten Orten angeschlagen werden soll, damit ein jeder sich vor Schaden und Nachtheil hüten, und Niemand die Unwissenheit vor-  
schützen könne.

Gegeben Bern, den 2. May 1803.

Der Amts = Schultheiß,  
N. v o n W a t t e n w y l.  
Der Staatschreiber,  
T h o r m a n n.

---

## V e r o r d n u n g

### des Appellations = Gerichts über die Cassations = Begehren, welche vor dasselbe gehören.

---

**W**ir Präsident und Mitglieder des obersten Appellationsgerichts des Cantons Bern, thun kund hiermit:

Demnach Wir uns nun förmlich konstituiert haben, und denn sogleich zusammen getreten sind, um über die Behandlungsart der theils indirekte theils direkte diesem Tribunal bereits anhängig gemachten vielfältigen Geschäfte zu berathschlagen; bey diesem Anlaß aber in Erfahrung gebracht haben: daß unter denen vor den untern Ju-

stanzen Prozeß führenden Parthenen die einten in dem irrigen Wahn stehen, daß ihnen noch gegenwärtig frey stehe, die von den dortigen Tribunalien ergehenden Urtheile entweder in Cassationsweise oder aber in Appellationsweise weiter zu ziehen; die andern aber in der Ungewißheit sich befinden, wie es sich hierinn verhalte, und viele derselben, um indeß die Besorgung ihres Rechts nicht zu verabsäumen, auf ehevorigem Fuß die gegen sie ergangenen Urtheile in Cassationsweise an Uns appelliren, zu diesem Ende auch alle diesorts vorgeschrieben gewesenen Diligenzen beobachten.

Da hingegen Wir finden müssen: Daß, nach dem deutlichen Sinn des Art. XI. der in der Vermittlungsakte des fränkischen ersten Consuls enthaltenen allgemeinen Vorschriften, vom zehnten letzten Merzens an, da der helvetische oberste Gerichtshof, der der erste und einzige Cassationsrichter in Unserm Schweizerland war, aufgelöst worden ist, und die demselben anhängigen Geschäfte vor die neu niederzusetzenden Appellationsgerichte der Cantone gebracht werden sollen, von obigem 10. Merzens an kein Cassations-Tribunal mehr gesetzlich existirte, als welches Wir auch aus mehreren Rücksichten als eine wahre Wohlthat für unser Land ansehen; so haben Wir nothwendig erachtet, in einstweiliger Erwartung, welche Veränderungen und zweckmäßige Verfügungen der große Rath nach seiner künftigen Zusammenberufung in Betreff des untern Gerichtswesens treffen wird, um den betreffenden Parthenen über diesen Gegenstand ihren Irrthum und Ungewißheit zu benehmen, und zu künftiger daheriger Richtschnur folgendes zu verordnen:

1) Es sollen nur diejenigen Urtheile der Gerichte hiesigen Cantons in Cassations-Refursweise vor Uns gelangen können, welche bis auf 10. letzten Merzens von denselben ausgefällt worden sind, als für die ausschließlich Wir Uns als die Stellvertreter des vormaligen helvetischen Cassations-Tribunals ansehen.

2) Die Cassations-Refursen der mit und seit zehnten Merzens ergangenen Urtheile fallen als unzulässig dahin, und es soll bey dem Dispositiv dieser Urtheile sein Bewenden haben, zu diesem Ende auch die erlegte Refursgebühr zurück erstattet werden, wenn nicht die untenliegende Parthen längstens bis auf den 15. nächstkünftigen Brachmonats, als dem hierzu peremptorisch bestimmten Termin, bey Unserm Hghrn. Präsidenten oder dessen Hhrn. Statthalter schriftlich wird erklärt haben, daß sie verlange: die sie verfallende Urtheil vor Uns in Unserer eigentlichen Eigenschaft eines obersten und letztinstanzlichen Appellations-Tribunals zu ziehen.

3) Endlich soll von nun an, weder von dem Präsident des Cantonsgerichts, noch von den Präsidenten der Bezirksgerichte dieses Cantons, die Refurs-Angabe zur Cassation an- und von den Gerichtsschreibern kein Cassations-Begehren mehr abgenommen werden.

Und damit jedermann von dieser Unserer Verordnung die nöthige Kenntniß habe, und darnach sich verhalten könne, soll dieselbe gedruckt, von Kanzeln verlesen, an den gewohnten Orten angeschlagen, und jeder Gerichtsstelle besonders noch zugesandt werden.



Gegeben und mit dem Siegel und Unterschrift des  
hochgeachten Herrn Präsidenten versehen, und auch von  
dem Sekretär unterzeichnet, in Bern, den 5. May 1803.

Der Präsident des obersten Appellationsgerichts,  
N. Friedr. von Mülinen,  
zweiter Schultheiß.  
Im Namen des Gerichts,  
der Gerichtsschreiber  
Bitzius.

---

## V e r b o t

### aus Kartoffeln Branntwein zu brennen.

---

**W**ir Schultheiß und Rath des Cantons Bern,  
thun kund hiermit:

Da Wir gewahren müssen, daß in verschiedenen Gegenden  
des Cantons die Erdäpfel zu Branntwein gebrannt, und  
dadurch den Armen diese unentbehrliche Nahrung entzogen  
wird; so haben Wir, damit auch dem Mangel zur An-  
pflanzung derselben gesteuert werde, bis auf fernere Ver-  
ordnung bestmeinend doch ernstlich

v e r o r d n e t:

— 1) Soll alles Brennen der Erdäpfel auf das strengste  
verboten seyn, bey einer Buße von 75 Schweizerfranken,  
wovon ein Dritttheil dem Verleider, die übrigen zwey



Dritttheile aber dem Armenseckel der Gemeinde, in welcher der Uebertrater wohnt, zukommen soll.

Bei jeder Wiederholung dieser Uebertretung soll die Buße verdoppelt, und der Fehlbare mit dreitägiger Gefangenschaft bestraft werden.

2) Sollen sämtliche Beamtete verbunden seyn, diese Ordnung zu vollziehen; zu dem Ende durch die dazu bestellten Aufseher auf das strengste darauf achten zu lassen, und die Fehlbaren ohne Nachlaß nach obigem Artikel zu bestrafen.

Auch ermahnen Wir alle Vorgesetzten und Beeidigte, daß sie durch Wachsamkeit die Befolgung dieser, das Beste des Landes und besonders der Armen abzweckenden Verordnung befördern und handhaben, und die Widerhandelnden nach ihrer aufhabenden Pflicht und ohne Schonen der Behörde zur Bestrafung anzeigen.

Diese Verordnung soll gedruckt, ab der Kanzel vorgelesen, und an den gewohnten Orten zu Jedermanns Verhalt angeschlagen werden.

Gegeben Bern, den 1. Juny 1803.

Der Amts-Schultheiß,  
N. v o n W a t t e n w y l.  
Namens des Raths,  
der Staatschreiber,  
T h o r m a n n.

## V e r o r d n u n g

daß die rückständige Requisitions-Steuer bezahlt werden solle.

**W**ir Schultheiß und Rath des Cantons Bern, thun kund hiermit :

Von der Verwaltungskammer in Bern ist uns angezeigt worden, daß von der Requisitionssteuer von Liv. 160,000, die sie unterm 8ten December vorigen Jahrs, zugleich mit der helvetischen Kriegssteuer, habe ausschreiben müssen, und wovon die eine Hälfte auf ersten Hornung und die andere auf ersten April lezthin hat bezahlt werden sollen, noch beträchtliche Rückstände vorhanden seyen, die, ohngeachtet aller Bemühungen ihrer Unterbeamten und mehrerer an die Gemeinden erlassenen Vermahnungen, bis jetzt nicht haben erhalten werden können.

Wir sind überzeugt, daß die Rückstände dieser Steuer, deren Nothwendigkeit und Zweck die Verwaltungskammer in ihrer Publikation vom 8. December 1802, dargethan hat, größtentheils daher rühren: weil man dieselbe öfters mit der bereits bezogenen Kriegssteuer der helvetischen Regierung verwechselt, oder glaubt, daß mit der Abtretung dieser leztern auch die Nothwendigkeit der Bezahlung der Requisitionssteuer aufgehört habe. Dieselbe steht aber mit der nun abgetretenen helvetischen Regierung in gar keiner Verbindung; ihr Betrag ist einzig dazu bestimmt,

die Lieferungen der Gemeinden des Cantons an das französische Militär seit dem 22. September 1801 zu vergüten, und die für die frühern Lieferungen aus der Cantonskasse gemachten Vorschüsse zu decken.

Ben der also in die Augen fallenden Nothwendigkeit, den Bezug dieser Steuer baldigst zu vollenden, und da es gegen die zu bezahlen willig gewesenen Gemeinden höchst ungerecht wäre, wenn derselbe nicht auch in Ansehung der Saumseligen vollführt würde, werden Wir der Verwaltungskammer, in Bestätigung ihrer diesörtigen Verfügungen, in dem Bezug der Rückstände gedachter Requisitionsteuer mit allem Nachdruck befehlen; und wollen demnach die sämtlichen dafür noch im Rückstand befindlichen Gemeinden hierdurch, zwar väterlich, doch aber mit allem Ernst, ermahnt haben, ihre Beiträge schleunigst und spätestens bis ersten künftigen Heumonats den betreffenden Distrikts-Einnehmern einzuliefern; ausbleibenden Falls Wir Uns genöthiget sehen würden, gegen die saumseligen Gemeinden die angemessenen Zwangsmittel zu gebrauchen.

Wir hoffen aber zuversichtlich, daß Uns dergleichen Maasregeln vermittelst ungesäumter Ablieferung der Rückstände werden erspart werden, widrigenfalls sich die Saumseligen die Folgen derselben allein zuzuschreiben haben würden.

Gegeben Bern, den 1. Brachmonat 1803.

Der Amts-Schultheiß,

N. v o n W a t t e n w y l.

Namens des Raths,

der Staatschreiber,

T h o r m a n n.

---

## R e g l e m e n t

### für den großen Rath des Cantons Bern.

---

Der große Rath des Cantons Bern, nachdem er angehört den Vortrag des kleinen Rathes, in Betreff eines für die Verhandlungen des großen Rathes und den Gang seiner Geschäfte festzusetzenden Reglements, hat derselbe das nachstehende Reglement angenommen, und somit beschlossen und verordnet, was in demselben vorgeschrieben ist, und hiernach folgt.

---

#### Amt und Verrichtungen des Präsidenten.

1. Der Amts-Schultheiß ist der Präsident des großen Rathes.
2. In Abwesenheit desselben vertritt der zweite Schultheiß, oder das erste im Rang folgende Rathsglied, seine Stelle.
3. Der Präsident wacht über die Ordnung in den Versammlungen, und die Beobachtung der diesörtigen Verordnungen; die dagegen, so wie gegen den erforderlichen Anstand fehlenden Mitglieder weist er zurecht, und nöthigen Falls zum Austritt.
4. Er zeigt dem Rathe die Geschäfte an, welche zu behandeln sind.



5. Er eröffnet alle an den Rath gerichteten Schreiben und schriftlichen Vorträge, und trägt sie zuerst dem kleinen Rathe vor, damit sie, wenn es der Fall ist, mit dessen Vortrage dem großen Rathe zur Berathung vorgelegt werden können.

6. Er führt das Wort im Namen der Versammlung.

7. Er unterzeichnet alle Gesetze, Verordnungen, Patente, Instruktionen und andere Akten, die von dem großen Rathe sind beschlossen worden; da sie dann von dem kleinen Rathe, als welcher mit der Vollziehung beauftragt ist, an Behörde versandt und bekannt gemacht werden.

8. Er besiegelt diejenigen dieser Akten, welche der Besiegelung bedürfen, mit dem Siegel des Cantons, dessen Bewahrung ihm obliegt.

### **Einrichtung der Canzley und Bedienung.**

9. Der große Rath wählt sich aus seiner eigenen Mitte einen Sekretär, unter der Benennung von Staatschreiber.

10. Der Staatschreiber führt über die Verhandlungen des großen Rathes ein eigenes Protokoll.

11. Den zwei jüngsten Mitgliedern des kleinen Rathes, so nicht vom Staatsrath sind, liegt die Aufsicht über die richtige und fleißige Einschreibung in das Protokoll ob. Sie werden dasselbe zu dem Ende wechselsweise, Woche für Woche, nachlesen, und die Verhandlungen einer jeden Sitzung müssen mit dem Namen des einen von ihnen unterzeichnet werden.



12. Der Staatschreiber unterschreibt eigenhändig alle Abfassungen und Akten, welche unter dem Namen des großen Raths ausgefertigt werden.

13. Ihm steht die unmittelbare Aufsicht über alle Angestellten der Canzlen zu. Er ist für alle der Canzlen anvertraute Geschäfte verantwortlich. Er besorgt den Druck derjenigen Gesetze, Verordnungen und Akten, von welchen der Druck von dem großen Rath selbst wird erkannt werden.

14. Zur Bedienung des großen Raths werden von dem Tribunal selbst für jede Sitzungszeit desselben zwei Glieder aus seiner Mitte ernannt.

15. Der Staatsrath giebt einen doppelten Vorschlag dazu ein. Die Wahl geschieht durch das Handmehr, und zur Ernennung ist nicht die absolute sondern blos die relative Stimmenmehrheit erforderlich.

16. Diesen beyden Mitgliedern liegt insbesondere das Stimmenzählen und alles das zu besorgen ob, was zu dem Ballottiren erforderlich ist.

### Sitzungen des großen Rathes.

17. Der große Rath wird sowohl zu seinen ordentlichen als zu den außerordentlichen Versammlungen von dem kleinen Rathe durch Einladungsschreiben zusammen berufen; da dann der kleine Rath die Sitzungszeit, nach den Umständen und der Menge der vorhandenen Geschäfte, entweder verlängert, oder aber nach Verfluß derselben die Versammlung entläßt.

18. An einem der ersten Versammlungstage der ordentlichen Frühlingsitzungen wird dem großen Rathe die letztjährige Generalrechnung über die Einnahmen und Ausgaben des Cantons vorgelegt.

19. Während seiner Versammlungszeit wird so oft Sitzung gehalten, als es die Geschäfte erfordern.

20. Der Präsident desselben stellt die Sitzungen an, und läßt in dieselben bieten.

21. Er kann die Sitzung nicht eröffnen, bis acht und neunzig Mitglieder, als die absolute Mehrheit des Tribunals, zugegen sind.

22. Ihm kommt das Recht zu, die Sitzung nach Gutfinden aufzuheben.

23. Kein Mitglied des großen Rathes kann den Sitzungen benwohnen, es habe dann vorher den vorgeschriebenen Eid geleistet.

24. Die Mitglieder sollen sich mit anständiger Kleidung, und mit einem Seitengewehr (Degen) versehen, in den Versammlungen eintreffen.

### Form der Berathung.

25. Alle Geschäfte, die der große Rath zu behandeln hat, sollen durch den Präsidenten, spätestens Tags vorher, auf die Traktanda gesetzt werden.

26. Das Verzeichniß der Traktanda ist zur Einsicht der Mitglieder in der Canzlen aufgehängt.

27. Die von dem kleinen Rathe vorzutragenden Vorschläge zu allgemeinen Gesetzen und Verordnungen sollen

nicht sogleich in Berathung gezogen, sondern vorerst — als auf einen bestimmten Tag zu behandelnde Geschäfte — angezeigt, und für wenigstens zwei Tage lang zur Einsicht in die Kanzlen gelegt werden.

28. Alle und jede Geschäfte sollen zuerst vor dem kleinen Rathe behandelt werden, bevor sie vor den großen Rath gelangen.

29. Jedem Mitgliede der Versammlung bleibt jedoch unbenommen, über Gegenstände, welche nicht in der Umfrage liegen, sowohl Mahnungen als Anzüge zu machen.

30. Keine Mahnung und kein Anzug darf aber mündlich geschehen; sondern sie müssen in Schrift verfaßt, abgelesen und dem Sekretariat überreicht werden.

31. Wer entweder eine Mahnung oder einen Anzug machen will, muß solches dem Hghrn. Amts-Schultheißen oder dessen Statthalter anzeigen, und von demselben zu deren Ablefung aufgerufen werden.

32. Mahnungen, das sind: solche Begehren und Einfragen, die sich auf bereits ertheilte Aufträge, oder auf die Handhabung wirklicher Verordnungen beziehen, diese sollen sogleich in die Umfrage gebracht werden, und die Versammlung hat zu entscheiden: Ob die Mahnung der Erheblichkeit würdig sey, oder nicht?

33. In dem letztern Fall ist die Mahnung von der Hand gewiesen; in dem ersten hingegen wird dieselbe dem kleinen Rathe zugesendet, der dann seinen Rapport darüber in einer für jeden vorkommenden Fall besonders zu bestimmenden Zeit zu erstatten gehalten ist.

34. Eigent-

34. Eigentliche Anzüge aber, das sind solche Vorschläge, die sich weder auf den in der Umfrage liegenden Gegenstand, noch auf bereits erteilte Aufträge oder auf die Handhabung wirklicher Verordnungen beziehen, dürfen nicht in der gleichen Sitzung, in welcher sie gemacht worden sind, in die Umfrage gebracht werden.

35. Der Amts-Schultheiß oder sein Statthalter trägt einen solchen Anzug in einer der drei nächst darauf folgenden Sitzungen vor, um zu wissen: Ob der große Rath den gethanen Anzug für wichtig genug halte, um an den kleinen Rath überwiesen zu werden.

36. Der kleine Rath dann wird die ihm solchergestalt zugeschickten Anzüge in Untersuchung nehmen, und entweder noch während der gleichen Sitzungszeit, oder doch in der ersten Woche der nächstfolgenden Sitzungszeit, seinen Rapport darüber erstatten; Diesem dann wird er, wenn er dem Antrage beypflichtet, den erforderlichen Gesetzesvorschlag beifügen; wenn er aber den Anzug für unthunlich hält, so wird er solches dem großen Rathe unter Bekanntmachung seiner Gründe anzeigen.

37. Ueber jedes Geschäft fragt der Präsident zuerst die Mitglieder derjenigen Commission, welche dasselbe vorherathen hat, namentlich um ihre Meinung an, sodann im Allgemeinen, die Mitglieder des kleinen und des großen Rathes.

38. Wenn ein Mitglied seine Meinung eröffnet hat, so kann es in der gleichen Umfrage nicht zum zweiten Male zu demselben Geschäfte reden, es wäre denn um eine



irriges Thatsache zu widerlegen, was aber mit möglichster Kürze und ohne weiteres Eintreten in das Geschäft selbst, geschehen soll.

39. Jedes Mitglied soll sich bestreben, seine Meinung kurz, deutlich und ohne Wiederholungen zu geben, insonderheit aber ohne Einmischung fremder Gegenstände, noch einiger Anzüglichkeiten; auch soll keines dem andern in die Rede fallen, noch das Wort nehmen, ohne einen Schluß zu ziehen.

### Form des Abmehrens.

40. Der Präsident trägt die Fragen vor, über welche der Rath abstimmen soll, und eröffnet die Resultate aller Abstimmungen.

41. Er setzt immer zwei einander entgegengesetzte Meinungen nach einander ins Mehr.

42. Sind mehrere Meinungen gefallen, die einander untergeordnet sind; so läßt er zuerst über die allgemeine Frage: Ob man eintreten, oder nicht eintreten wolle? abstimmen, und steigt stufenweise zu den untergeordneten Meinungen herab.

43. Wenn vorgeschlagen wird: der Rath solle über einen Gegenstand nicht eintreten; so wird dieses vor allem aus ins Mehr gesetzt. Das nämliche geschieht hierauf, wenn eine mehrere Untersuchung gefordert wird.

44. Soll über die von dem kleinen Rathe vorgeschlagenen Gesetze, Verordnungen und Beschlüsse abgestimmt werden; so wird zuerst ins Mehr gesetzt, ob man sie ganz oder nur zum Theil genehmigen wolle?



45. Wird letzteres erkannt; so wird über jeden Artikel desselben insbesondere abgemehret.

46. Die so einzeln angenommene Artikel sind als erkannt anzusehen; und kommen bey einem folgenden Vortrage des gleichen Geschäftes in keine neue Berathung.

47. Die nicht angenommenen Artikel hingegen werden, mit Anzeige der darüber gefallenem Bemerkungen, zur weiteren Ausarbeitung, so wie zu einem neuen Vortrage, an den kleinen Rath zurückgeschickt.

48. Zu gleichem Ende werden auch eben dahin verwiesen, die vorgeschlagenen Zusatz-Artikel, in so fern die Versammlung sie dessen werth zu seyn erachtet.

49. Ueber alle diese Artikel ist der kleine Rath gehalten, den Vortrag zu erstatten, da dann über seine diesörtigen zweyten und folgenden Vorschläge auf gleichem Fuß wieder muß abgemehret werden.

50. Das Stimmengeben geschieht durch Aufstehen.

51. Sind die Stimmen gleich getheilt, so entscheidet der Präsident.

52. Für die Aufhebung oder Abänderung bestehender Gesetze werden zwey Drittel Stimmen erfordert.

53. Das Stimmenzählen liegt denjenigen zwey Mitgliedern der Versammlung ob, die zu Anfang der Sitzungszeit zur Bedienung des Tribunals sind erwählt worden.

54. Während daß über einen Gegenstand abgestimmt wird, und die Stimmen gezählt werden, soll die Thür des Versammlungszimmers verschlossen seyn.

55. Dieser unter der Rubrik: **Form des Abmehrens**, enthaltene Titel des gegenwärtigen Reglements ist nur auf eine Probezeit von zwei ordentlichen Sitzungszeiten angenommen, und soll nachher aufs neue in die Umfrage kommen.

### **Form der Wahlen.**

56. Alle von dem grossen Rathe zu besetzenden Stellen werden durch geheimes Stimmenmehr vergeben.

57. Man bedient sich dazu einfarbiger Ballotten.

58. Zu jeder Stelle giebt der Staatsrath einen doppelten Vorschlag ein; derselbe kann aber von jedem Mitgliede der Versammlung vermehrt werden.

59. Niemand soll einen Verwandten in die Wahl vorschlagen können, dem er abtreten muß, und eben so wenig kann für eine Stelle in dem kleinen Rathe, dem Appellationsgerichte, und dem obern Ehegerichte, jemand in die Wahl kommen, dessen Vater, Sohn, Bruder oder Halbbruder bereits in demselben Tribunal sitzt.

60. Für bleibende Stellen und eigentliche Aemter ist jedermann befugt die Wahl auszuschlagen. Für Gesandtschaften hingegen und besondere Aufträge kann niemand die Wahl ausschlagen; dem Erwählten bleibt jedoch unbenommen, sich nachher schriftlich um die Entlassung zu bewerben.

61. Ueber alle diejenigen, welche in der Wahl sind, wird ballottirt, und das Verzeichniß der Kandidaten wird in der ersten Wahl, wenn deren fünf oder mehr sich in der Wahl befinden, gleich auf vier reduzirt.

62. Diese vier Kandidaten werden in einer zweiten Wahl auf drey, und diese drey in einer dritten Wahl auf zwey reduzirt.

63. Sind überall nur vier Kandidaten vorgeschlagen worden, so werden sie gleich in der ersten Wahl auf drey reduzirt; so wie auf zwey, wenn ihrer nur drey wären vorgeschlagen worden.

64. In der letzten Wahl, bey welcher immer nur zwey Kandidaten im Vorschlag seyn können, wird derjenige zur Stelle ernannt, der die meisten Stimmen gehabt hat.

65. Wenn ein Kandidat bereits in einer der vorgehenden Wahlen 98 Stimmen, als die Hälfte des vollzähligen Tribunals, auf sich vereinigt; so ist derselbe erwählt, und es bedarf keiner weitem Wahl.

66. Bey diesen geheimen Wahlen stimmt der Präsident mit.

67. Sind die Stimmen gleich getheilt, so entscheidet das Loos.

68. Das Austheilen der Ballotten, so wie das Zählen derselben, liegt denjenigen zwey Mitgliedern der Versammlung ob, die zu Anfang der Sitzungszeit zur Bedienung des Tribunals sind erwählt worden.

### Bestimmung des Abtritts.

69. Wer bey einem Geschäfte persönlich interessirt ist, der muß bey dessen Behandlung abtreten.

70. Eben so treten ab: Die Blutsverwandten in auf- und absteigender Linie, als: Vater, Großvater, Sohn,

Sohnssohn und Tochtersohn; so wie diejenigen, welche im ersten Grade der Seitenwandtschaft verwandt sind, als: Bruder und Halbbruder; dann, von der Schwägerschaft: der Schwiegervater, der Tochtermann, die Ehemänner der Großmütter oder Großtöchter, und die Schwäger.

71. In den hier genannten Graden der Schwägerschaft tritt man dennoch ab, wenn schon eine Ehescheidung vorgegangen ist.

72. Gleicher Abtritt hat bey den Wahlen statt.

73. Bey Behandlung allgemeiner Staats- und Regierungsgeschäfte hat kein Abtritt Platz.

74. Wenn Jemand zum Abtritt vermahnt wird, und sich dessen weigert; so entscheidet der große Rath auf der Stelle, jedoch unter seinem und seiner Verwandten Austritt: Ob es der Fall des Abtritts sey oder nicht?

75. Gegenwärtiges Reglement soll gedruckt und an die Mitglieder des kleinen und großen Rathes ausgetheilt werden.

Also beschlossen in der großen Rathssversammlung, in Bern, den 6. Juny 1803.

Der Amts-Schultheiß,  
N. v o n W a t t e n w y l.  
Namens des großen Rathes,  
der Staatschreiber,  
T h o r m a n n.



## D e k r e t.

### Eintheilung des Cantons Bern in zwei und zwanzig Aemter.

Wir Schultheiß, klein und große Rätthe des Cantons Bern, thun kund hiermit: Daß Wir, nach angehörtem Vortrage des kleinen Rathes, zu Einführung der untergeordneten Behörden folgende Eintheilung des Cantons bestimmt und festgesetzt haben, demnach dann

#### v e r o r d n e n:

1) Das Gebiet des Cantons Bern ist, in Hinsicht auf die Verwaltungsgeschäfte und das Gerichtswesen, in Amtsbezirke eingetheilt.

2) Jeder Amtsbezirk ist hinwieder in Kirchspiele eingetheilt.

3) Jedes Kirchspiel faßt eine oder mehrere Gemeinden in sich.

4) Die Amtsbezirke sind folgende:

#### I. Der Amtsbezirk von Bern.

Er besteht aus den Kirchgemeinden: Bern, Muri, Bechigen, Stettlen, Bolligen, Bremgarten, Kirchlindach, Wohlen, Bümpliz, Köniz, und Oberbalm.

Er erstreckt sich über den Lauf der Aare, von da weg, wo sie das Amt Thun zu berühren aufhört, bis da, wo sie das Amt Narberg zu berühren anfängt.

Hauptort: Bern.

## II. Der Amtsbezirk von Seftigen.

Er besteht aus den Kirchgemeinden: Belp, Gerzensee, Kirchdorf, Gurzelen, Wattenwyl, Thurnen, Rüeggisberg, und Zimmerwald.

Der Hauptort wird, weil kein obrigkeitliches Gebäude da ist, erst nach der Besetzung des Amtes zu bestimmen seyn.

## III. Der Amtsbezirk von Schwarzenburg.

Er besteht aus den Kirchgemeinden: Wählern, Guggisberg, und Abligen.

Hauptort: Schwarzenburg.

## IV. Der Amtsbezirk von Laupen.

Er besteht aus den Kirchgemeinden: Neuenegg, Laupen, Ferenbalm, Mühleberg, und Frauenkappelen; dann den Bernischen Ortschaften der Kirchgemeinde Kerzers.

Hauptort: Laupen.

## V. Der Amtsbezirk von Erlach.

Er besteht aus den Kirchgemeinden: Eiselen, Ins, Gampelen, Erlach, und Binelz.

Hauptort: Erlach.

## VI. Der Amtsbezirk von Nydau.

Er besteht aus den Kirchgemeinden: Walperswyl, Teuffelen, Gutz, Ligerz, Twann, Nydau, Bürglen, Gottstatt, und Mett.

Er erstreckt sich über den ganzen Bieler-See, in so weit derselbe zum Canton Bern gehöret.

Hauptort: N y d a u.

## VII. Der Amtsbezirk von Büren.

Er besteht aus den Kirchgemeinden: Lengnau, Büren, Diesbach, Wengi, Oberwyl, Nütti, und Arch.

Er erstreckt sich über den Lauf der Aare, von da an, wo sie den Amtsbezirk zu berühren anfängt, bis da, wo sie die Grenzen des Cantons verläßt.

Hauptort: B ü r e n.

## VIII. Der Amtsbezirk von Narberg.

Er besteht aus den Kirchgemeinden: Napferswyl, Schüpfen, Affoltern, Lyss, Narberg, Seedorf, Menkirch, Madelsingen, Kappelen, Borgen, und Kalnach.

Er erstreckt sich über den Lauf der Aare, von da an, wo sie den Amtsbezirk zu berühren anfängt, bis zu den äußersten Grenzen des Amtsbezirks von Büren.

Hauptort: N a r b e r g.

## IX. Der Amtsbezirk von Fraubrunnen.

Er besteht aus den Kirchgemeinden: Buchsee, Zegenstorf, Grafenried, Limpach, Bätterkinden, und

Uzenstorf; dann den Bernerischen Ortschaften der Kirchgemeinde Messen.

Er erstreckt sich über den Lauf der Emmen, von da an, wo sie den Amtsbezirk zu berühren anfängt, bis da, wo sie die Grenze des Cantons verläßt.

Hauptort: F r a u b r u n n e n.

### X. Der Amtsbezirk von Burgdorf.

Er besteht aus den Kirchgemeinden: Krauchthal, Hindelbank, Kirchberg, Koppigen, Wynningen, Heimiswyl, Burgdorf, Oberburg, und Hasli.

Er erstreckt sich über den Lauf der Emmen, von da an, wo sie den Amtsbezirk zu berühren anfängt, bis zu der äussersten Grenze des Amtsbezirks von Fraubrunnen.

Hauptort: B u r g d o r f.

### XI. Der Amtsbezirk von Wangen.

Er besteht aus den Kirchgemeinden: Seeberg, Herzogenbuchsee, Ursenbach, Wangen, Oberbipp, und Niederbipp.

Er erstreckt sich über den Lauf der Aare, von da an, wo sie unter Solothurn wieder zum Canton gehört, bis da, wo sie den Amtsbezirk von Narwangen zu berühren anfängt.

Hauptort: W a n g e n.

### XII. Der Amtsbezirk von Narwangen.

Er besteht aus den Kirchgemeinden: Narwangen, Wynau, Roggwyl, Langenthal, Ebunfetten, Bleyenbach, Lozwyl, Melchnau, Madiswyl, und Rohrbach.

Er erstreckt sich über den zum Canton gehörigen Theil der Aare, von da weg, wo sie den Amtsbezirk von Aargau zu berühren anfängt, bis da wo sie in den Canton Aargau trittet.

Der Hauptort wird, weil kein obrigkeitliches Gebäude da ist, erst nach der Besatzung zu bestimmen seyn.

### XIII. Der Amtsbezirk von Trachselwald.

Er besteht aus den Kirchgemeinden: Huttwyl, Grismyl, Dürrenroth, Walterswyl, Affoltern, Sumiswald, Trachselwald, Lüzelsflüh, und Rügsau.

Er erstreckt sich über den Lauf der Emmen, von da an, wo sie den Amtsbezirk zu berühren anfängt, bis an die äußerste Grenze des Amtsbezirks von Burgdorf.

Der Hauptort ist dem kleinen Rathe zu bestimmen überlassen.

### XIV. Der Amtsbezirk von Signau.

Er besteht aus den Kirchgemeinden: Rüderswyl, Lauperswyl, Signau, Langnau, Trub, Tschangnau, Eggwyl, und Röthenbach.

Er erstreckt sich über den Lauf der Emmen, bis da, wo sie den Amtsbezirk von Trachselwald zu berühren anfängt.

Der Hauptort wird, weil kein obrigkeitliches Gebäude da ist, erst nach der Besatzung zu bestimmen seyn.



### XV. Der Amtsbezirk von Konolfingen.

Er besteht aus den Kirchgemeinden : Ober-Diesbach, Wichtlach, Münsigen, Worb, Waltringen, Biglen, Höchstetten, und Wyl.

Der Hauptort wird, weil kein obrigkeitliches Gebäude da ist, erst nach der Besatzung zu bestimmen seyn.

### XVI. Der Amtsbezirk von Thun.

Er besteht aus den Kirchgemeinden : Schwarzenegg, Steffisburg, Thun, Siegrismyl, Hilterfingen, Amsoldingen, Thierachern, und Blumenstein.

Er erstreckt sich über den ganzen Thuner-See, so wie über den Lauf der Aare, von deren Ausfluß aus dem See, bis da, wo sie den Amtsbezirk von Thun zu berühren aufhört.

Hauptort : Thun.

### XVII. Der Amtsbezirk von Nieder-Simmenthal.

Er besteht aus den Kirchgemeinden : Spiez, Neutigen, Wimmis, Diemtigen, Erlenbach, Därstetten und Oberwyl.

Hauptort : Wimmis.

### XVIII. Der Amtsbezirk von Ober-Simmenthal.

Er besteht aus den Kirchgemeinden : Boltigen, Zwensimmen, St. Steffan, und Lenk.

Wohnort des Oberamtmanns : Blankenburg.

### **XIX. Der Amtsbezirk von Saanen.**

Er besteht aus den Kirchgemeinden : Saanen ,  
Lutinen , Gsteig , und Ablentschen.

Wohnort des Oberamtmanns ist unbestimmt.

### **XX. Der Amtsbezirk von Frutigen.**

Er besteht aus den Kirchgemeinden : Adelboden ,  
Frutigen , Reichenbach , und Aeschi.

Wohnort des Oberamtmanns : Tellenburg.

### **XXI. Der Amtsbezirk von Interlaken.**

Er besteht aus den Kirchgemeinden : Habkern , St.  
Beatenberg , Unterseen , Ringgenberg , Brienz , Gsteig ,  
Grindelwald , Lauterbrunnen , und Leisigen.

Hauptort : Interlaken.

### **XXII. Der Amtsbezirk von Oberhasle.**

Er besteht aus den Kirchgemeinden : Meyringen ,  
und Hasle im Grund.

Hauptort : Meyringen.

5) Die Kirchspiele bleiben dieselben , wie sie es gegenwärtig sind , und bedürfen daher keiner nähern Grenzbestimmung.

6) Vorstehende Eintheilung bezieht sich blos auf die allgemeine , oder die Cantonal - und Orts - Administration , keineswegs aber auf die Verwaltung der Gemeindsgüter ; diese sind das Privateigenthum ihrer Antheilhaber , deren Rechte , obschon sie unter den allgemeinen Polizen - Verordnungen stehen , in keiner Rücksicht gekränkt werden sollen.

7) Eben so werden auch hier allen Städten, Landschaften, Gemeinden und Partikularen, ihre vormalig besessenen Rechte und Freyheiten wieder zugesichert; in so fern sie nicht durch die Vermittlungsakte aufgehoben, oder mit den darauf sich gründenden Einrichtungen unverträglich sind.

8) Indessen kann doch keine Stadt, Landschaft, Gemeinde oder Partikular, in Abweichung von der allgemeinen Regel, auf die Ausübung ehedoriger Rechte und Freyheiten Anspruch machen, es sene dann, daß dieselben vorerst von dem kleinen Rathe in Rücksicht auf ihre Verträglichkeit mit der Mediations- Akte und der jetzigen Cantonal- Einrichtung untersucht, und ganz oder zum Theil aufs neue anerkennt und bestätigt worden seyen.

Gegenwärtige Verordnung soll gedruckt und an gewohnten Orten angeschlagen werden.

Gegeben in Unserer großen Raths-Versammlung, den 3. und 10. Juny 1803.

Der Amts-Schultheiß,  
R. v o n W a t t e n w y l.

Namens des großen Raths,  
der Staatschreiber,  
T h o r m a n n.

---

---

## V e r o r d n u n g

### zu Einführung der untergeordneten Behörden des Cantons Bern.

---

**W**ir Schultheiß, klein und große Rätthe des Cantons Bern, thun kund hiermit: daß Wir nach angehörtem Vortrage Unsers kleinen Raths, zu Einführung der untergeordneten Behörden des Cantons, bestimmt und festgesetzt haben, was hiernach folget, demnach dann

v e r o r d n e n :

#### I. E i n t h e i l u n g d e s C a n t o n s.

1. Der Canton Bern ist nach der Verordnung vom 10. Junius 1803 in zwei und zwanzig Amtsbezirke eingetheilt.

2. Jeder Amtsbezirk ist hinwieder in mehrere Kirchspiele eingetheilt.

3. Jedes Kirchspiel faßt eine oder mehrere Gemeinden in sich.

4. Den Kirchspielen, die zum Theil zu einem andern Canton gehören, haben die Vorschriften dieser Verordnung nur auf denjenigen Bezirk Bezug, der in dem Canton Bern liegt.

## II. O b r i g k e i t l i c h e B e a m t e u n d S t e l l e n.

5. In jedem Amtsbezirk sind aufgestellt:

ein Oberamtmann,  
ein Amtsstatthalter,  
ein Amtsgericht,  
ein Amtschreiber, und  
ein Amtsweibel.

6. Der Amtsbezirk von Bern macht hiervon eine Ausnahme, indem hier, wegen des Sitzes der Cantons-Regierung, mehrere Beamte, so wie nähere Bestimmungen ihrer Verhältnisse und Obliegenheiten nöthig sind, was in einer nachgehenden Verordnung festzusetzen seyn wird.

7. In jedem Kirchspiele sind aufgestellt:

ein Gericht,  
ein Chorgericht,  
einer oder mehrere Gerichtsweibel.

8. Wo die Dertlichkeit es mit sich giebt, oder eine alte Übung es vermag, da kann jedoch der kleine Rath zwey oder mehrere Kirchspiele oder auch ganze Aemter, in einem einzigen Gerichtsbezirk vereinigen, nur darf in derselben Kirchgemeinde nicht mehr als ein Gericht seyn.

9. In jeder Gemeinde ist auch aufgestellt:

Ein Stadtrath, oder Gemeindsvorgesetzte, nebst  
den weiter erforderlichen Beamten.

10. Zu allen diesen Stellen kann, mit alleiniger Ausnahme des Oberamtmanns und des Amtschreibers,  
niemand



niemand gewählt werden, der nicht in dem betreffenden Amtsbezirk mit Grundeigenthum angesessen oder darinn verbürgert ist.

## I. Der Oberamtmann.

11. Der Oberamtmann wird von dem kleinen Rath ernennet.

12. Um gewählt zu werden, muß man verheyrathet seyn oder gewesen seyn. Man muß auch sowohl der Verbürgerung, als des Alters und des Eigenthums halber, diejenigen Requisite haben, welche erforderlich sind, um unmittelbar von seiner eigenen Zunft in den großen Rath gewählt zu werden.

13. Er muß an dem Hauptorte seines Amtes wohnen, wenn nicht besondere Ausnahmen zugelassen sind.

14. Seine Amtsverwaltung dauert sechs Jahre, und er bleibt während dieser Zeit auf seinem Amte; er werde denn von der Regierung befördert oder abgerufen.

15. Für die erste Besatzung wird jedoch die Amtsdauer für die Oberämter: Seftigen, Büren, Narberg, Trachselwald, Konolfingen, Nieder-Simmenthal und Interlaken, auf sieben Jahre, und die der Oberämter: Schwarzenburg, Laupen, Andau, Narwangen, Signau, Ober-Simmenthal und Frutigen, auf acht Jahre gesetzt; alldieweil hingegen die Amtsdauer für die Oberämter: Erlach, Fraubrunnen, Burgdorf, Wangen, Thun, Sarnen und Oberhasle, bey sechs Jahren verbleibt, und in Bezug auf die Stellen des Amtsbezirktes von Bern erst noch festzusetzen seyn wird.

16. Der Oberamtmann muß alljährlich von dem kleinen Rathe bestätigt werden.

17. Er wird von dem kleinen Rathe beendigt; der Oberamtmann beendigt hingegen die Gerichte und die untergeordneten Beamten seines Amtsbezirks.

18. Er ist der Stellvertreter der Regierung in seinem Amte; er besorgt die Vollziehung der allgemeinen Verordnungen, so wie der Befehle der Regierung.

19. Durch ihn gehen alle Schreiben und Begehren an die Regierung. Ohne sein Vorwissen und allfälligen Bericht wird von dieser kein Zutritt gestattet, ausser in denjenigen Fällen, wo gegen den Oberamtmann oder desselben Stellvertreter geklagt würde, als in welchen Fällen man sich in Uebergehung desselben geradezu an die Regierung wenden kann.

20. Wenn er eine Sache nicht an die Regierung gelangen lassen will, so ist er pflichtig, der begehrenden Parthen die Gründe seines Abschlags schriftlich mitzutheilen.

21. Er wacht über die öffentliche Ruhe, die Sicherheit und die gesetzliche Ordnung in seinem Bezirke, so wie über die Amtsführung der unter ihm stehenden Beamten.

22. Er hat das Recht, den Versammlungen der Stadträthe und Gemeindsvorgesetzten in seinem Amtsbezirke beizuwohnen, jedoch ohne Stimmrecht.

23. Ihm stehen ihre Protokolle, so wie ihre Rechnungen, zur Einsicht offen.

24. Er hat in vormundschaftlichen Angelegenheiten, so wie in Rechtsfachen, alle die Rechte und Befugnisse,

welche die Gerichtssatzung und andere obrigkeitliche Verordnungen den Amtsleuten ertheilen, in so fern nicht besondere Vorschriften etwas anders bestimmen.

25. Er hat die Obliegenheit, Parthenen, die im Begriffe sind, gegen einander einen Rechtsstreit anzuhängen, auf das Begehren der einen derselben vor sich zu beschiednen, und sie als Friedensrichter zur freundlichen Benlegung ihres Zwistes zu vermahnen. Er darf keiner Parthen das Recht öffnen, es sene denn vorerst dieser Versuch einer freundlichen Benlegung vor sich gegangen.

26. Wenn eine zu diesem Behuf vor seine Audienz beschiedene Parthen nicht erscheint, so verfällt sie, über die der Gegenpart zu bezahlenden Tagkosten aus, in eine Buße von fünf Franken, und von zehn Franken im Wiederholungsfalle.

27. Erscheint der Beklagte bey der zweiten Citation wieder nicht, so soll derselbe nicht nur zu der obigen Buße verfällt, sondern es soll auch, dessen ungeachtet, über den streitigen Gegenstand selbst abgesprochen werden, falls die Sache unter der Competenz der Oberamtmanns ist; übersteigt es aber dieselbe: so wird er dem Kläger lediglich das Recht öffnen.

28. Die Begehren von einer oder mehreren Kirchgemeinden, um Einsetzung eines Friedensrichters in denselben, sollen vor den kleinen Rath gelangen, als welchem das Angemessene zu verfügen überlassen ist.

29. In allen Civil-Streitigkeiten, welche den Werth von fünf und zwanzig Franken nicht übersteigen, ist er absoluter Richter. Er spricht über dieselben endlich ab,

ohne daß eine schriftliche Prozedur darüber verführt werden darf.

30. In den diese Competenz übersteigenden Civil-Streitigkeiten werden die ordentlichen Prozeduren vor seiner Verhör instruiert; er spricht aber für sich allein keine Urtheil, ausgenommen in denjenigen Fällen, wo es um einen bloßen Tagkosten zu thun ist, als worüber er absoluter Richter ist.

31. Er verweist hingegen alle Prozeduren in Streitsachen, die solche Competenz übersteigen, so bald es in der Hauptsache oder in Benhändeln um einen Spruch zu thun ist, und nicht bloß einen Tagkosten betrifft, an das Amtsgericht.

32. Er ist einzig Ober-Polizenrichter in seinem Amtsbezirke, und als solcher verführt er von Amtswegen alle Prozeduren in Frevelsachen.

33. Diejenigen Frevelfälle, deren Strafe eine Geldbuße von fünfzig Franken, oder eine Gefangenschaft von dreyn Tagen, nicht übersteigt, beurtheilt er inappellabel. In Fällen, welche diese seine Competenz übersteigen, hat die Weiterziehung vor das Appellationsgericht statt.

34. Er urtheilt in erster Instanz, unter Vorbehalt des Refurses an den kleinen Rath, über alle streitigen Administrationsfälle.

35. Er nimmt Anzeigen über begangene Verbrechen ab, hat die Glaubwürdigkeit derselben zu prüfen, ihre Wahrheit auszumitteln; zu dem Ende sowohl den Ange-schuldigten als aber allfällige Zeugen zu verhören, gegen



den erstern Vorführungs- und Verhaftsbefehle zu erlassen, und eine ordentliche Criminal-Prozedur mit demselben zu verführen; woben er aber verpflichtet ist, zwen Benfizer des Amtsgerichts, der Kehr nach, benzuziehen.

36. Er sendet alle diese Prozeduren dem Appellationsgericht ein, um die Vollständigkeit derselben zu beurtheilen.

37. Die von dem Appellationsgerichte als vollständig erkannte Prozeduren legt er dem Amtsgerichte zur Beurtheilung vor. Im liegt auch ob, die gesetzlich ausgesprochenen Criminalurtheile in Vollziehung zu setzen.

38. Der Oberamtmann wird sich denjenigen Obliegenheiten zu unterziehen haben, welche ihm in Betreff der ökonomischen Verwaltung der in seinem Amtsbezirke gelegenen, dem Canton zugehörigen, Domainen und Gefälle möchten übertragen werden.

39. Es wird dem Oberamtmann ein Amtsstatthalter bengeordnet, der denselben in Fällen von Krankheit, Abwesenheit oder dringenden Geschäften vertreten soll. Derselbe wird auf den doppelten Vorschlag des Oberamtmanns von dem kleinen Rathe ernannt und beendiget.

## II. Das Amtsgericht.

40. Das Amtsgericht besteht aus dem Oberamtmann und seinen vier Benfizern. Der Oberamtmann führt den Vorsitz. Er fragt die Benfizer um ihre Meinung an, eröffnet nachher die seinige, setzt darauf das Mehr, und entscheidet bey gleich getheilten Stimmen.



41. Die Besitzher werden aus dem einfachen Vorschlage des Oberamtmanns, und dem doppelten Vorschlage des Amtsgerichts, von dem kleinen Rathe gewählt.

42. Die Dauer dieser Stellen ist auf vier Jahre gesetzt, doch sind die austretenden Mitglieder wieder wählbar.

43. Es führt über seine Verhandlungen ein absonderliches Protokoll.

44. Seine Akten müssen von dem Amtsschreiber unterzeichnet und mit dem Siegel des Oberamtmanns versehen seyn.

45. Zu Abfassung eines Urtheils muß das Amtsgericht vollzählig versammelt seyn, und aus fünf Richtern bestehen.

46. Im Fall wegen Abwesenheit, Verwandtschaft, oder sonst, das Amtsgericht nicht vollzählig seyn sollte, so soll dasselbe durch den Oberamtmann aus der Zahl der Statthalter, der Gerichtsbesitzer, oder mit andern ehrbaren Männern ergänzt werden.

47. In Abwesenheit des Oberamtmanns führt der erste Besitzher den Vorsitz.

48. Das Amtsgericht ist Richter über alle Civilfälle, deren Beurtheilung nicht unter der Competenz des Oberamtmanns ist.

49. Es beurtheilt ohne Weiterziehung alle Civilfälle, deren Gegenstand die Summe der zweyhundert Franken nicht übersteigt.

50. Es beurtheilt in erster Instanz, alle Criminalvergehen seines Amtsbezirks, auf die ihm von dem Oberamtmann vorzulegenden Prozeduren.

51. Auf Verlangen des Oberamtmanns wird einer der Besitzler, in vorkommenden Fällen, die Berrichtungen von Fiskal und auch die von öffentlichem Ankläger übernehmen.

52. Dem Inquisiten wird frey gestellt, an einen beliebigen Defensor zu sprechen, der an dem Tage des Urtheils seine Bertheidigung vor dem Amtsgerichte übernehme.

### III. Der Amtschreiber.

53. Er wird von dem kleinen Rath ernannt, und muß alljährlich bestätigt werden.

54. Um gewählt zu werden, muß man Notarius seyn.

55. Er ist der Audienz-Sekretarius des Oberamtmanns, und bedient das Sekretariat des Amtsgerichts.

56. Er führt über die Verhandlungen dieser verschiedenen Stellen, so wie über diejenigen Kontrakten, welche Unterpfandsrecht tragen, besondere Protokolle, und unterzeichnet eigenhändig alle in seiner Amtschreiberey ausgefertigten Akten und Befehle.

57. Er hält sich die zu Besorgung der Geschäfte erforderliche Anzahl von Gehülffen, und ist für deren Verhandlungen verantwortlich.

58. Er hängt vorzüglich von seinem Amtmann ab, und ist gehalten, dessen die Amtsgeschäfte betreffenden Aufträgen nachzukommen.

59. In Erwartung einer neuen Verordnung über die Rechte und Pflichten der Amtschreiber, hat er sich an die Vorschrift der Verordnung vom Merz 1772. zu halten; in so weit sie nicht durch neuere Gesetze aufgehoben seyn mag.

#### IV. Der Amtswelbel.

60. Er wird von dem kleinen Rath auf den doppelten Vorschlag des Amtmanns gewählt.

61. Ihm liegt die Bedienung der amtlichen Audienz ob.

62. Er hat die gleichen Rechte und Pflichten wie die Gerichtswelbel.

#### V. Das Gericht.

63. Das Gericht besteht aus dem Oberamtmanne, seinem Gerichtsstatthalter, als gewöhnlichen Präsidenten, und je nach der Größe des Bezirks aus vier bis acht Besitzern. Wenn mehrere Kirchgemeinden zu einem einzigen Gerichtsbezirke gehören, so müssen wenigstens so viel Besitzer als Kirchgemeinden seyn und aus jeder Kirchgemeinde ein Besitzer dazu genommen werden.

64. Die Besitzer werden auf einen doppelten Vorschlag des Gerichts und der Stadträthe oder Gemeindevorgesetzten, von dem Oberamtmanne ernannt.

65. Der Gerichtsstatthalter wird aus der Zahl der Besitzer von dem Oberamtmanne ernannt.

66. Er ist der eigentliche Unterbeamte des Amtmanns in seinem Gerichtsbezirke.

67. Er hat also in demselben über die öffentliche Ruhe, die Sicherheit und die gesetzliche Ordnung zu wachen, und die dawider laufenden Handlungen dem Amtmann anzuzeigen.

68. Er vollzieht die ihm von dem Amtmann zukommenden Befehle.

69. In dringenden Criminal-Fällen, wo die Natur der Sache die Dazwischenkunft des Amtmanns unmöglich macht, liegt ihm die Erforschung der Wahrheit der Anzeige, sowohl in Betreff des begangenen Verbrechens, als des muthmaßlichen Thäters, ob: Kraft dessen er das Recht und die Pflicht hat, vorläufige Berichte aufzunehmen und diejenigen, gegen welche Verdacht obwaltet, fest halten zu lassen, sie zu verhören, dem Amtmann darüber Bericht zu erstatten, und sie ihm, je nach den Umständen, zuführen zu lassen.

70. Dem Gericht kommt die urkundliche Bestätigung aller Handänderungen oder Verpfändung von liegenden Gütern in seinem Gerichtsbezirke zu. Die Eigenschaften und die Form dieser gerichtlichen Verhandlungen, wird das Gesetz bestimmen.

71. Das Gericht führt über seine Verhandlungen ein eigenes Protokoll.

72. Seine Akten müssen von dem Amtsschreiber oder dem dazu bestellten Sekretarius unterzeichnet, und mit dem Familiensiegel des Präsidenten versehen seyn.

73. Zu Abfassung eines gültigen Beschlusses müssen wenigstens fünf Glieder zugegen seyn.

74. Im Fall ihrer nicht so viel sitzen könnten, wird es von dem Gerichtsstatthalter vorzüglich aus der Zahl der Vorgesetzten und in Ermangelung derselben, von den in der Gemeinde sitzenden ehrbaren Hausvätern ergänzt.



75. Das Gericht hat ferner — mit Ausnahme jedoch des Rechts, Streitsachen zu untersuchen und zu entscheiden, als unter welcher Ausnahme auch die Schuldbetreibungen begriffen seyn sollen — alle diejenigen Befugnisse und Obliegenheiten, welche durch die Gerichtssatzung den Gerichten zukommen.

## VI. Das Chorgericht.

76. Es besteht aus dem Oberamtmanne, seinem Statthalter als Vice-Präsident, dem Pfarrer des Orts, oder zweien (wenn deren mehrere sind), und noch vier Benutzern.

77. Die Benutzer werden, auf einen doppelten Vorschlag des Chorgerichts und der Gemeindevorgesetzten, von dem Oberamtmanne ernannt.

78. Der Pfarrer ist zugleich der Aktuar des Chorgerichts.

79. Er führt über die dahierigen Verhandlungen ein eigenes Protokoll.

80. Alle Schreiben und allfällige öffentliche Akten werden sowohl von dem Präsidenten als von dem Pfarrer unterzeichnet, und dem Amtmann zur Einsicht und zur Besiegelung überschickt.

81. Zu Abfassung eines gültigen Beschlusses müssen wenigstens fünf Glieder zugegen seyn.

82. Im Fall ihrer nicht so viel seyn könnten, wird es von dem Statthalter vorzüglich aus der Zahl der Vorgesehenen, und in Ermangelung derselben, von den in der Gemeinde sitzenden ehrbaren Hausvätern ergänzt.



83. Dem Chorgericht sind seine Rechte und Pflichten in den Ehegerichtssatzungen vom Jahr 1787. angewiesen.

## VII. Die Gerichtswelbel.

84. Sie werden auf einen doppelten Vorschlag der Gerichte von dem Oberamtmann ernannt.

85. Sie warten jeder den Sitzungen seines Gerichts ab.

86. Der Kebr nach warten sie noch den Sitzungen des Amtsgerichts ab.

87. Sie stehen unter den Befehlen des Oberamts, und haben anben auch den Aufträgen des Gerichtsstatthalters und der Gerichte nachzukommen.

88. Ihnen kommen die Rechte und Pflichten zu, welche die Gerichtssatzung für die Welbel vorschreibt.

## VIII. Die Gemeindsbehörden.

89. An Plaz der Munizipalitäten und Gemeindsammer werden die vor der Revolution üblich gewesenen Stadträthe und Gemeindsvorgesetzten, nebst den nach den Bedürfnissen jeden Orts weiter erforderlichen Beamten, wieder eingeführt, und zwar überhaupt und in so weit es mit unsern gegenwärtigen neuen Einrichtungen verträglich seyn mag, mit denjenigen Rechten und Pflichten, die denselben zugekommen sind, oder obgelegen haben; es sey in Bezug auf die Ortspolizen, die vormundtschaftlichen Angelegenheiten, das Armenwesen, ihre Stadt - Gemeinds- oder Bürgergüter u. s. w. Alles jedoch unter der Oberaufsicht des betreffenden Oberamtmanns.

90. Der erste Vorsteher jeder Gemeinde wird von dem Oberamtmann aus der Zahl ihrer Vorgesetzten gewählt, und ist sein Beamter in dem betreffenden Gemeindebezirke.

91. Demselben liegt insbesondere die genaue Vollziehung der ihm von dem Oberamtmann zukommenden Befehle und Aufträge zu.

### III. Einführung dieser Verordnung.

92. Der kleine Rath ist mit der Vollziehung dieser Verordnung, und also mit der Einführung der darinn enthaltenen neuen Einrichtung, beauftragt.

93. Die Art dieser Einführung und den Zeitpunkt davon zu bestimmen, wird dem kleinen Rathe überlassen; bis dahin aber dauern die jetzt bestehenden Einrichtungen fort.

94. Er wird auch begwältigt, je nach den Umständen die nothwendigen Abweichungen von der allgemeinen Regel zu treffen, welche, der allgemeinen Wohlfahrt unbeschadet, zum Nutzen und Vortheil einzelner Landschaften, Städte und Gemeinden gereichen würden, und wozu ihn sowohl einige Artikel dieser Verordnung, als aber die Verordnung vom 10. Junius 1803. berechtigen.

95. Gegenwärtige Verordnung soll gedruckt und an die betreffenden Behörden ausgetheilt werden.

Also beschlossen in Unserer großen Rathversammlung  
in Bern, den 15., 17. und 20. Juny 1803.

Der Amts-Schultheiß,  
N. v o n W a t t e n w y l.  
Namens des großen Rathes,  
der Staatschreiber  
T h o r m a n n.

---

**B e r o r d n u n g**  
über den Bezug der Zehnden, Bodenzinse,  
Primizen u. s. w.

---

**W**ir Schultheiß, klein und große Rätthe des  
Cantons Bern, thun kund hiermit: Daß Wir auf  
den Vortrag des kleinen Rathes, in Bezug auf die fernere  
Entrichtung aller Bodenzinsen, großen Zehnden, Primizen  
und aller übrigen Gefälle, bis zu ihrem Loskauf, erkennt  
und beschlossen haben, demnach dann

**v e r o r d n e n:**

1) Alle Bodenzinse, große Zehnden und Primizen,  
sollen, bis zur Zeit wo ihr Loskauf oder ihre Verwand-  
lung in einen fixen Canon statt hat, von nun an und  
ferner bezahlt werden, wie solches vor der Revolution  
üblich war.

2) Alle übrigen Lehensgefälle aber sollen für das Jahr 1803 bezogen werden, wie es seit dem Jahr 1798 geschehen.

3) Der kleine Rath wird zu dem Ende die hierzu erforderlichen Verfügungen treffen.

4) Gegenwärtige Verordnung soll gedruckt, öffentlich bekannt gemacht und an den gewohnten Orten angeschlagen werden.

Also beschlossen in Unserer großen Rathversammlung,  
den 25. Juny 1803.

Der Amts - Schultheiß,  
N. v o n W a t t e n w y l.  
Namens des großen Raths,  
der Staatschreiber,  
T h o r m a n n.

## G e s e t z.

### Modifikationen des peinlichen Gesetzbuchs vom 4. May 1799.

**W**ir Schultheiß, klein und große Rätthe  
des Cantons Bern.

Nachdem Wir es Uns als einen der ersten Gegenstände  
Unserer landesväterlichen Vorsorge haben angelegen seyn

lassen, den Zustand der peinlichen Gesetzgebung des Landes, so wie Wir sie bey Unserm Regierungsantritte angetroffen haben, in Betrachtung zu ziehen; nach sorgfältiger Prüfung derselben dann Uns von der Unvollkommenheit ihrer Grundanlage und von der Mangelhaftigkeit ihrer Vorschriften haben überzeugen müssen, zugleich aber Uns nicht haben bergen können, daß dormalen bey einer gänzlichen Abschaffung des peinlichen Gesetzbuchs vom 4. May 1799 und seiner Supplemente die Beurtheilung der peinlichen Fälle wider Unsern Willen der uneingeschränkten Willkühr des Richters überlassen bliebe: so haben Wir dem Besten der Sache am dienlichsten erachtet, einstweilen und bis eine eigene vaterländische Gesetzgebung in peinlichen Sachen wird bearbeitet werden können, einerseits theils durch Herstellung der wenigen vormaligen peinlichen Gesetze, theils durch Aufhebung der rechtswidrigen und der offenbar unzweckmäßigen Vorschriften des genannten peinlichen Gesetzbuchs; andererseits dann durch eine Erweiterung der richterlichen Befugniß zu Schärfung sowohl als zu Milderung der gesetzlichen Strafe bis zu gewissen bestimmten Grenzen, das mehrgedachte peinliche Gesetzbuch und seine Supplemente unter folgenden Einschränkungen zu einer dadurch berichtigten und unschädlich gemachten allgemeinen Richtschnur für die peinlichen Gerichte fort bestehen zu lassen. Wir verordnen demnach, was von einem zum andern folget:

1) Alle diejenigen peinlichen Fälle, welche durch Satzungen der Bernischen Gerichtsordnung beschlagen werden, sollen von nun an nach dieser, und bloß subsidiarisch nach dem peinlichen Gesetzbuche vom 4. May 1799, behandelt und beurtheilet werden.



2) Alle diejenigen Vergehen, über welche in gedachtem peinlichen Gesetzbuch und in der Bernischen Gerichtssatzung keine bestimmte Vorschrift aufgestellt ist, sollen entweder nach ältern in Kraft gebliebenen Ordnungen, oder, wenn deren keine vorhanden sind, nach dem Ermessen des Richters bestraft werden; woben jedoch in dem erstern Falle ausdrücklich die dem Richter durch das Gesetz vom 27. Jenner 1800 einberaumte Milderungsbefugniß vorbehalten wird.

3) Gänzlich aufgehoben und zurückgenommen sind folgende §§. des peinlichen Gesetzbuchs: §§. 3, 4, 7, 8, 9, 10, 12, 13, 17, 19, 22, 23, 25, 26, 34, (39 von den Worten: Nur unter denjenigen Bedingungen u. s. w. bis zu Ende) 53, 54, 55, der ganze siebente Titel des ersten Theiles, 56 — 67, 128, 129, 162.

Der ganze erste Titel des zweiten Theils: „Von Verbrechen gegen das gemeine Wesen“ ist dahin abgeändert: daß er sich nicht mehr auf die vormalige helvetische Republik, ihre Gewalten und Beamten, sondern auf die schweizerische Eidsgenossenschaft, ihre Verfassung und Regierung, und absonderlich auf hiesigen Canton, seine Verfassung, Regierung und deren Beamte, nach Maassgabe der veränderten Umstände, beziehen soll; dieses Dispositiv soll sich ferner auf alle übrigen §§. des peinlichen Gesetzbuchs ausdehnen, in welchen die erwähnte vormalige helvetische Republik und ihre öffentlichen Gewalten angeführt werden.

4) In Erweiterung des §. 4. des Gesetzes vom 27. Jenner 1800, welcher dem Richter gestattet, die durch  
das

das Gesetz bestimmte Zahl der Straffahre bis auf den vierten Theil herabzusetzen, soll demselben auch zugelassen seyn, bey obwaltenden stärkern Milderungsgründen, die in dem peinlichen Gesetze bestimmte höhere Strafart auf die ihr zunächst stehende mindere Strafart umzuwandeln; so daß in den genannten Fällen nach drey Abstufungen:

Die Kettenstrafe oder Schallenwerkstrafe,

in

Zuchthaus, (Arbeitshausstrafe, welche im peinlichen Gesetzbuch unter der Benennung: Einsperrungsstrafe, vorkommt) oder in Landesverweisung, und diese in

bloße Einschließung, oder in Begrenzung oder in Leistung,

gemildert werden kann.

5) In Fällen, wo die peinlichen Gesetze zehn und mehr Jahre Kettenstrafe verhängen, ist dem Criminal-Gericht überlassen, je nach eintretenden Schärfungsgründen, noch über die gesetzliche Strafe aus auf den Staupbesen und die Brandmarkung zu erkennen.

6) Bey Verbrechen, die von fremden Landstreichern begangen worden sind, kann von dem peinlichen Gerichte an Plaz der gesetzlichen Strafe, auf Staupbesen, Brandmarkung und lebenslängliche Landesverweisung, unter Bedrohung schärferer Ahndung in betretendem Fall, erkannt werden.

7) In Erweiterung des §. 1. des Gesetzes vom 6. May 1800, kann der Richter die Ausstellung des Urtheils in allen denjenigen Fällen aussprechen, wo das Gesetz zehn und mehrere Jahre Kettenstrafe verhängt, wenn schon in Milderung der gesetzlichen Strafe eine mindere Anzahl von Jahren in der Urtheil wäre festgesetzt worden.

8) Die in den §§. 158 — 161. des peinlichen Gesetzbuchs bestimmten Verbrechen, ferner alle Diebstähle, die mit Verschickung von Feuer- und Mordgewehren und mit Anschickung derselben zum wirklichen Gebrauche verübt werden, können bei eintretenden erschwerenden Umständen mit lebenslänglicher Kettenstrafe oder mit dem Tode, und zwar mit dem Strange, bestraft werden.

9) Ein bereits für einen qualifizirten grossen Diebstahl bestrafter Dieb, kann nach dem Ermessen des Richters, wenn er zum zweitenmal einen beträchtlichen Diebstahl begeht, mit dem Tode gestraft, oder mit lebenslänglicher Ketten- oder Schellenwerkstrafe, belegt werden.

10) In Aufhebung des §. 185. des peinlichen Gesetzbuchs, sollen diejenigen Diebstähle, die keine derjenigen Eigenschaften an sich tragen, welche in den §§. 158. bis 184. des peinlichen Gesetzbuchs bezeichnet sind, je nach den Umständen entweder peinlich zu behandeln, oder auf dem Wege der Zuchtpolizen zu ahnden, dem vernünftigen Ermessen des Richters anheim gestellt werden, wobei jedoch derselbe das Maximum von sechs Jahr Kettenstrafe nicht übersteigen können.

11) Die in den §§. 153. und 154. genannten Verbrechen können unter beschwerenden Umständen mit der Todesstrafe, oder mit lebenslänglicher Kettenstrafe, oder Landesverweisung belegt werden.

12) In einem besondern Dekrete, das den Gerichtsstellen zugefertiget werden wird, sind diejenigen Abfassungs-Berichtigungen des Textes des peinlichen Gesetzbuchs enthalten, welche unsre Sanktion erhalten haben.

13) Gegenwärtige Verordnung soll gedruckt, öffentlich bekannt gemacht, und an den gewohnten Orten angeschlagen werden.

Gegeben in Unserer großen Raths-Versammlung, in Bern, den 27. Juny 1803.

Der Amts-Schultheiß,  
N. v o n W a t t e n w y l.  
Namens des großen Raths,  
der Staatschreiber,  
T h o r m a n n.

## G e s e h

### über den Bezug der indirekten Abgaben.

Wir Schultheiß, Klein und große Rätthe des Cantons Bern, thun kund hiermit: daß Wir, nach Anhörung des Vortrags des kleinen Raths, über die

Nothwendigkeit der einstweiligen Benbehaltung einiger neuern indirekten Abgaben, bis der wirkliche Finanzzustand des Cantons und dessen Bedürfnis bestimmt werden kann, besonders aber, da in diesem Jahr ausserordentliche Ausgaben zu bestreiten seyn werden, erkennt haben und

v e r o r d n e n :

Es sind für das Jahr 1803 benbehalten:

die Stempelgebühr,  
die Getränksteuer,  
die Handänderungs- und Einregistrirungs-  
gebühr.

Gegenwärtige Verordnung soll gedruckt, gehörig bekannt gemacht, und an gewohnten Orten angeschlagen werden.

Also beschlossen in Unserer grossen Rathversammlung,  
den 29. Juny 1803.

Der Amts-Schultheiss,  
N. v o n W a t t e n w y l.  
Namens des grossen Raths,  
der Staatschreiber,  
T h o r m a n n.



# V e r o r d n u n g

über die

**Einführung der untergeordneten Behörden des Cantons, für den Amtsbezirk von Bern.**

**W**ir Schultheiß, klein und große Rätthe des Cantons Bern, thun kund hiermit: Daß Wir in Folge der in Unserer Verordnung vom 20. Brachmonat 1803, über die Einführung der untergeordneten Behörden des Cantons, für den Amtsbezirk von Bern, in Bezug auf die Beamten desselben, ihre Verhältnisse und Obliegenheiten, gemachten Ausnahme, auf den Vortrag des kleinen Rathes, in Betreff der untergeordneten Behörden des gedachten Amtsbezirks von Bern, in Vervollständigung und näherer Anwendung jener Verordnung vom 20. Brachmonat bestimmt und festgesetzt haben, was hiernach folget, demnach dann

v e r o r d n e n :

## I. O b r i g k e i t l i c h e B e a m t e u n d S t e l l e n.

1. Ueber den Amtsbezirk von Bern sind nachstehende Beamte und Behörden niedergesetzt:

der Amts-Schultheiß des Cantons;  
ein ihm zugegebener Statthalter;

ein Schultheißengericht ;  
 ein Gerichtschreiber ;  
 ein Audienzweibel.

2. In den besondern Kirchgemeinden des Amtsbezirks  
 sind aufgestellt :

a. Für die Stadt Bern und deren Bezirk :

ein Stadtrath ;  
 ein Gericht ;  
 ein oder mehrere Gerichtsweibel.

b. Für die Landgemeinden :

Wegen dieser bleibt es ohne einige Ausnahme  
 bey den Vorschriften und Bestimmungen der  
 Verordnung vom 20. Brachmonat.

1. Der Amts-Schultheiß oder sein Statthalter.

3. Der Amts-Schultheiß des Cantons Bern ist zugleich  
 der erste Regierungsbeamte des Amtsbezirks von Bern.

4. Zu Besorgung der ihm von daher obliegenden  
 Geschäften wird ihm ein eigener Statthalter zugegeben.

5. Dieser Statthalter wird auf den gemeinsamen  
 doppelten Vorschlag der beyden Schultheissen von dem  
 kleinen Rathe ernannt.

6. Die zu dieser Statthalterstelle erforderlichen Re-  
 quisite , ihre Amtsdauer und die Bestätigung , sind gerade  
 dieselben , wie bey den Oberamtleuten.

7. In Rücksicht auf die Landgemeinden des Amts-  
 bezirks Bern , kommen dem Amts-Schultheissen oder sei-

nem Statthalter, ohne einige Ausnahme, alle diejenigen Befugnisse und Obliegenheiten zu, welche in den übrigen Amtsbezirken den Oberamtleuten zustehen.

8. In Rücksicht auf die Stadt Bern werden die Attribute der Amts-Schultheissen oder ihrer Statthalter gegen dieselben in der Folge bestimmt werden.

## 2. Das Schultheisengericht.

9. Es besteht aus dem Amts-Schultheissen oder seinem für die Verwaltung des Amtsbezirkes Bern ihm zugeordneten Statthalter, welcher den Vorsitz führt, und aus sechs Benutzern. Der Präsident fragt die Benutzer um ihre Meinung an, eröffnet nachher die Feintage, setzt darauf das Mehr, und entscheidet bei gleich getheilten Stimmen.

10. Alle Vorschriften und Bestimmungen, welche in der Verordnung vom 20. Brachmonat die Amtsgerichte betreffen, beziehen sich ohne Ausnahme auf das Schultheissen-Gericht.

## 3. Der Gerichtschreiber.

11. Mit dieser Stelle verhält es sich durchaus so, wie in der Verordnung vom 20. Brachmonat wegen den Amtsschreibern vorgeschrieben ist.

## 4. Der Amtsweibel.

12. Auch für diese Stelle gelten alle die Amtsweibel betreffenden Vorschriften der genannten Verordnung.

## 5. Das Gericht.

13. Die Gerichte in dem Amtsbezirk von Bern sollen zu Stadt und Land nach Vorschrift der Verordnung vom 20. Brachmonat 1803. aufgestellt und eingeführt werden.

## 6. Das Chorgericht.

14. Jedes äussere Kirchspiel hat sein eigenes Chorgericht, so wie die Verordnung vom 20. Brachmonat es vorschreibt.

15. In der Stadt Bern und deren Bezirk hingegen wird kein untergeordnetes Chorgericht eingeführt, sondern es gelangen, nach ehevoriger Uebung, alle Consistorial-Angelegenheiten geradezu und unmittelbar vor das obere Ehegericht.

## 7. Die Gerichtswelbel.

16. Dieselben werden nach Vorschrift der Verordnung vom 20. Brachmonat angestellt.

## 8. Einführung dieser Verordnung.

17. Die Vollziehung und Einführung dieser Verordnung wird, gleich der vom 20. Brachmonat, dem kleinen Rathe übertragen.

18. Gegenwärtige Verordnung soll gedruckt und zugleich mit der vom 20. Brachmonat an die betreffenden Behörden ausgetheilt werden.

Also beschlossen in Unserer grossen Rathversammlung,  
den 2. Heumonats 1803.

Der Amts-Schultheiss,  
N. v o n W a t t e n w y l.  
Namens des grossen Raths,  
der Staatschreiber,  
T h o r m a n n.

# G e s e h

über den

## Loskauf der Zehnden und Bodenzinse.

**W**ir Schultheiß, klein und große Räthe des Cantons Bern, thun kund hiermit: Daß Wir, auf den Vortrag des kleinen Rathes, in Bezug auf den Loskauf der Bodenzinse, der Zehnden, und anderer dem Canton schuldigen Gefälle, in näherer Bestimmung der Vermittlungsakte, erkennt und beschlossen haben; demnach dann

v e r o r d n e n :

### I. Loskauf der Bodenzinse.

1. Alle Bodenzins - Gerechtigkeiten können von den Pflichtigen losgekauft werden.

2. Der Loskauf kann jedoch nicht von einzelnen Einzinsern angebeht werden; sondern er soll nur nach ganzen Trägereyen Statt haben.

3. Wenn indessen der oder die Einzinsler der Mehrheit der Bodenzinspflicht den ganzen Bodenzins loskaufen wollen, so ist der Eigenthümer der Bodengülte gehalten, denselben seine Rechte gegen die übrigen Einzinsler abzutreten; es sey denn Sache, daß der Eigenthümer sich den



ihm angebotenen theilweisen Loskauf wolle gefallen lassen, oder sich auf andere Weise mit den einzelnen Einzinsern vergleiche.

4. Jedem dieser einzelnen Einzinser steht es denn nachher immer frey, sich auf dem Fuße, wie sonst in allem übrigen vorgeschrieben ist, von seiner besondern Einzins-schuldigkeit loszukaufen.

5. Wo die Bodenzinspflicht auf einer ganzen Gemeinde haftet, die dann einen oder mehrere Träger stellt, (oder wo der Bodenzins den Betrag der fünfzig Mütten Dinkel übersteigt) wird dem kleinen Rathe überlassen, bey Bodenzinsen, welche Cantons-Eigenthum sind, den Pflichtigen zu deren Loskauf solche Erleichterungen zu verschaffen, die er dem Staat und dessen Gerechtsame nicht nachtheilig zu seyn erachten wird.

6. Zu Bestimmung der Loskaufssumme wird die Gerichtssatzung, Seite 254. Satz. 20, zum Grund gelegt, so daß dieselbe nach dem mittlern Preise, was das verschriebene Gewächs in den nächstverflossenen zwanzig Jahren gegolten hat, zu drey Pfennigen von einhundert berechnet werden soll; jedoch so, daß darinn alle Zugehörden an Geld, Hühnern, Eiern u. dergl. mitbegriffen, und dafür nichts auf das Hauptgut geschlagen werde.

7. Geld, Hühner, Eier u. dergl. sind aber, wo kein Getreidzins vorhanden ist, nicht als Zugehörden, sondern als Hauptgut selbst anzusehen, und demnach loszukaufen.

8. Auch sollen nicht als Zugehörden, sondern ebenfalls als Hauptgut angesehen und losgekauft werden: das Geld,

die Hühner, Eyer u. dgl. die zu einem Getreide-Bodenzins gehören, wenn der sammtliche Werth derselben dem des Getreides gleich ist, oder denselben übersteigt.

9. Bei den Fruchtzinsen bestimmt der Marktpreis von Bern, bei den Weinzinsen die Tage der an dem Orte sich befindlichen Rebleuten-Gesellschaft den Preis; wo aber keine solche Gesellschaften wären, wird er nach dem bekannten Verhältnisse des Werths des betreffenden Weines zu diesen Tagen bestimmt.

10. Bei Molkenzinsen und dergleichen, wird der Preis entweder nach dem sonst hergebrachten Anschlage bestimmt, oder in Ermangelung desselben durch einen alljährlich zu bestimmenden Kameral-Preis.

11. Die Loskaufssumme kann der Pflichtige entweder auf einmal, oder zu drei gleichen Stößen ausbezahlen: einen Drittheil auf den Verfallstag desjenigen Jahrs, wo er sich zum Loskauf erklärt hat; einen zweiten Drittheil drei Jahre später, und den letzten Drittheil nach sechs Jahren.

12. Bis zur gänzlichen Ausbezahlung des schuldigen Kapitals bleibt aber der Berechtigte für den restanzlichen Kauffchilling bei seinen Rechten, so wie ihm auch sein Titel bis dahin in Händen bleibt.

13. Der restanzliche Kauffchilling ist unterdessen zu vier vom Hundert zinsbar.

14. In Fällen von theilweisen Loskäufen (nach dem 3. §.) sollen dieselben in den Urbarien förmlich angemerkt, und dem Loskäufer zu seiner Sicherheit ein notarialisch

auszufertigender Auszug samt Quittanz, auf seine Kosten zugestellt werden.

## II. Loskauf des großen Zehndens.

15. Unter großen Zehnden ist der Zehnden von allen Getreidearten, als: Gersten, Roggen, Korn, oder Dinkel, Waizen, Eichkorn, Haber, Ammer, Feldbohnen, Erbsen, Wicken, Paschi und Linsen, der Tabakzehnden, der Weinzehnden, der Heu- und Emdzehnden, so wie auch der Zehnden von dem Klee und allen künstlichen Grasarten zu verstehen.

16. Auf heuzehndpflichtigem Land, wo das Zelgrecht haftet, wird der Brachzehnden vom Klee und andern künstlichen Grasarten, nur da an den Heuzehnd-Herrn bezahlt, wo alte Uebung oder Titel dafür sind.

17. Auf den Feldern, welche nur dem Getreid-Zehnden unterworfen sind, wird in den Brachjahren von dem Klee oder andern künstlichen Grasarten kein Zehnden entrichtet. Sollten aber den eingeführten Zelgordnungen zuwider, statt des Getreides Klee oder andere künstliche Grasarten gebaut werden, so gehört der Zehnden davon in den Zelgjahren, wo nicht Titel oder alte Uebung dawider sind, zum Getreidezehnden.

18. Die unveränderlich bestimmten, sogenannten Sackzehnden sind, wenn in besondern Fällen nicht etwas anderes bestimmt ist, ebenfalls als große Zehnden anzusehen, und sind denselben Bestimmungen wie diese unterworfen.

19. Alle obgenannten Zehndarten können von den Zehndpflichtigen losgekauft werden.

20. Dieser Loskauf kann jedoch nicht von einzelnen Einzendern angehehrt werden; sondern er soll nur von ganzen Zehndbezirken statt haben.

21. Wo mehrere Zehndarten von einem und demselben Bezirke abgerichtet werden, da sind die Pflichtigen befugt, jeden besondern Zehnden, wie z. B. den Getreidezehnden, den Heu- und Emd-Zehnden u. s. w. für sich insbesondere und einzeln loszukaufen.

22. Dem kleinen Rath ist überlassen, bey denjenigen Zehnden, welche von sehr großen Belange und Cantons-Eigenthum sind, insbesondere aber bey allen dem Canton zugehörigen Heu- und Emdzehnden, den Pflichtigen zu deren Loskauf solche Erleichterungen zu verschaffen, die er dem Staat und dessen Gerechtsame keineswegs nachtheilig zu seyn erachten wird.

23. Die Loskaufsumme beträgt den fünf und zwanzigfachen Werth des alljährlichen Zehndertrags.

24. Um den Zehndertrag, wo der Zehnden nicht bereits in einen fixen Kanon, oder in einen sogenannten Sackzehnden verwandelt ist, zu finden, wird der Durchschnittsertrag von den, dem Loskauf vorhergehenden ein und zwanzig Jahren, doch mit steter Ausnahme der Jahre 1798, 1799, 1800, 1801 und 1802, genommen.

25. Die sogenannten Zehndebrschäze oder an vielen Orten üblichen Vorbehalte, sind bey dieser Würdigung besonders mit in Rechnung zu bringen.

26. Der Werth des nun nach §. 15. ausgemittelten Zehndertrags wird durch den Durchschnittspreis der



betreffenden Naturalien in den letzten dem Loskaufe vorgehenden ein und zwanzig Jahren bestimmt.

27. Bei den Getreidezehnden ist der Marktpreis von Bern derjenige, auf den sich diese Berechnung gründen soll.

28. Dieser Preis soll aus dem Mittelpreise und dem niedrigsten Marktpreise so zusammen gesetzt werden, daß er den halben Unterschied zwischen diesen zwei Preisen betrage.

29. Bei Weinzehnden bestimmt die Lage der an dem Orte sich befindlichen Rebleuten-Gesellschaft den Preis; wo aber keine solchen Gesellschaften wären, wird er nach dem bekannten Verhältnisse des Werths des betreffenden Weines zu dieser Lage bestimmt.

30. Bei Heu- und Emdzehnden muß der Werth durch die von Zeit zu Zeit geschehenen Verleihungen, oder durch Schakungen ausgemittelt werden; zu den Schakungen werden von jeder Seite zwei Schäfer genommen, und sind diese in ihren Meinungen getheilt, so entscheidet der Finanzrath, sub beneficio recursus an den kleinen Rath.

31. Die Loskaufsumme kann der Pflichtige entweder auf einmal, oder zu drei gleichen Stößen ausbezahlen; einen Drittheil auf Martini desjenigen Jahrs, wo er sich zum Loskauf erklärt hat; einen zweiten Drittheil drei Jahre später, und den letzten Drittheil nach sechs Jahren.

32. Bis zur gänzlichen Ausbezahlung des schuldigen Capitals bleibt aber der Berechtigte für den restanzlichen



Kauffschilling bey seinen Rechten ; so wie ihm auch sein Titel bis dahin in Händen bleibt.

33. Der restanzliche Kauffschilling ist unterdessen zu vier vom Hundert zinsbar.

### III. Kleine Zehnden.

34. Unter der Benennung von kleinen Zehnden sind begriffen : der Bienen- und Zunge-Zehnden , der Erdäpfelzehnden , der Hanf- und Flachszehnden , der Hirs- und Fenchzehnden , der Kohl- (Kabis-) Rüben- und Rübli-zehnden , der Gartenzehnden und endlich der Obst- und Nußzehnden.

35. Alle übrigen hier nicht genannten Pflanzungen gehören hingegen unter den großen Zehnden.

36. Wie der große Zehnden , so kann auch der kleine Zehnden von den Pflichtigen losgekauft werden.

37. Um denselben loszukaufen , bedarf es keineswegs des Zusammentritts einer ganzen Gesamtheit , sondern es ist jeder einzelne Pflichtige befugt , den Loskauf für sich allein und seine angefristete Besitzungen anzubegehren.

38. Gemeine Felder aber , die dieser Zehndpflicht unterworfen sind , können anders nicht , als samthast davon befreyet und losgekauft werden.

39. Es kann kein Zehnd-Eigenthümer angehalten werden , sich nur einzelne Arten des kleinen Zehndens abkaufen zu lassen , sondern es muß der daherige Loskauf alle Arten des kleinen Zehndens in sich begreifen , die demselben Zehnd-Eigenthümer auf dem gleichen Land stehen.

40. Die Loskaufssumme beträgt den zwanzigfachen Werth des jährlichen Zehnd-Ertrags.

41. Dieser Werth ergibt sich entweder aus den von Zeit zu Zeit geschehenen Versteigerungen, oder er muß durch Schätzung gefunden werden.

42. Zu den Schätzungen werden von jeder Seite zwei Schätzer genommen, und sind diese in ihren Meinungen getheilt, so entscheidet der Finanzrath, sub beneficio recursus an den kleinen Rath.

43. Bis der Pflichtige sich von diesem Zehnden losgekauft hat, muß derselbe von nun an wieder entrichtet werden, wie die Urbarien lauten und es vor der Revolution üblich war.

44. Die sämtlichen dem Staate oder seinen Beamten, sowohl geistlichen als weltlichen Standes, schuldigen kleinen Zehnden, werden aber den Pflichtigen von nun an unentgeltlich nachgelassen, und somit für ein und allemal geschenkt.

#### IV. Loskauf der Primizen und anderer Gefälle.

45. Die Loskäuflichkeit der Primizen und der hier nicht genannten, entweder wirklichen oder so geheissenen Lebensgefälle, ist erkannt.

46. Ein nachgehendes Gesetz, das, wo immer möglich, in der ordentlichen Herbst-Sitzungszeit erscheinen soll, wird die Art und Weise dieses Loskaufs bestimmen.

#### V. Allge.

## V. Allgemeine Vorschriften.

47. Der Loskauf-Preis der Getreide- Bodenzinsen und der Getreide-Zehnden soll alljährlich auf den 1. April obrigkeitlich bestimmt und bekannt gemacht werden.

48. Jeder Pflichtige, der sich in irgend einem Jahre von seiner Bodenzins-, Zehnd- oder einer andern ähnlichen Prästation loskaufen will, muß seine diesörtige Erklärung dem Berechtigten noch vor dem ersten Julius schriftlich zustellen.

49. Der Zahlungstermin ist für die Zehnden auf Martini gesetzt, für die Bodengülten ist es jeweilen der zu Abrichtung der Zinse festgesetzte Verfallstag.

50. In dem Loskaufsjahre selbst hat indessen noch die Stellung des Zehndens, so wie die Entrichtung der Bodenzinse, statt.

51. Wenn wegen Berechnung des Ertrags oder des Preises, oder sonst durch ungleiche Auslegung der gegenwärtigen Verordnung, Anstände sich erheben sollten: so ist der Fall, durch Vorstellung und Gegenvorstellung, dem Finanzrathe vorzutragen, der dann summarisch und sub beneficio recursus an den kleinen Rath darüber abspricht.

52. Alle Vorschriften und Bestimmungen dieses Gesetzes, in so weit sie das Loszukaufende und zu Entrichtende betreffen, beziehen sich sowohl auf die darinn genannten Gerechtigkeiten der Gemeinheiten und Partikularen, als aber auf die des Cantons.

53. Vermittelt dieses Gesetzes sind alle Gesetze und Beschlüsse der helvetischen Republik, so auf die Boden-

zinse, Zehnden und Lehensgerechtigkeiten Bezug haben, nebst den darauf sich gründenden Verordnungen der Verwaltungskammer, in so weit sie sich mit gegenwärtiger Verordnung im Widerspruch befinden, aufgehoben.

54. Gegenwärtiges Gesetz soll gedruckt, öffentlich bekannt gemacht, und an den gewohnten Orten angeschlagen werden.

Also beschlossen in Unserer großen Rathversammlung in Bern, den 25. und 29. Brachmonat und 2. Heumonats 1803.

Der Amts-Schultheiß,  
N. v o n W a t t e n w y l.  
Namens des großen Raths,  
der Staatschreiber,  
T h o r m a n n.

---

## V e r o r d n u n g

### betreffend die Beybehaltung der alten Mühlen- Ehehaften.

---

**W**ir Schultheiß und Rath des Cantons Bern, thun kund hiermit: Daß, nach reifer Untersuchung der Beschwerden, welche von sehr vielen Mühlenbesitzern Uns zugekommen sind, Wir Uns haben überzeugen



müssen, daß seit dem Jahre 1798 sich über dieses Gewerbe, sowohl zum Nachtheil des Staats und des Publikums, als auch zum offenbaren Schaden aller Mühle-Ehehaften, die größten Unordnungen verbreitet haben, deren Hebung Wir Uns zur angelegentlichsten Pflicht machen, demnach

### v e r o r d n e n :

1) Daß alle Besitzer von alten Mühle-Ehehaften von nun an wieder in den vollständigen Besitz ihrer Rechte und ihres Eigenthums, wie von Alters her, eingesetzt seyn sollen, und unter sich die vormaligen Bahn und Bezirke zum Mühlesahren, bis auf weitere Verfügung, aufs genaueste, nach den vorhandenen alten Titeln, Sprüchen und Verordnungen, zu beobachten haben; woben die Freyheit aller Partikularen, ihr Getreide in die ihnen beliebige Mühle zu tragen oder zu fahren, fernerlich vorbehalten ist.

2) Sollen sämtliche Mühlen-Besitzer die dem Staate ausstehenden Mühlenzinsen von den Jahren 1798, 1799, 1800, 1801, 1802 und 1803, nach der von der Verwaltungskammer bestimmten Tage von Drenviertel des jährlichen Mühlenzinses, ungesäumt auf Rechnung bezahlen, und nöthigen Falls nach aller Strenge der vorhandenen Gesetze für diese Ausstände betrieben werden.

3) Alle seit der Revolution erbaute neue Mühlen oder neue Mahlhäusen sollen auf künftigen Martini 1803 verschlossen, und alles fernere Getreide-Mahlen für dieselben alles Ernstes verboten seyn, es sey denn, daß die Besitzer derselben sich indessen bey Uns um eine förmliche Concession



und Bestätigung beworben, und selbige nach der ehemals üblichen Form erhalten haben werden.

4) Gegenwärtige Verordnung soll gedruckt und den Beamten zu Händen der betreffenden Partikularen in ihren Bezirken mitgetheilt werden.

Bern, den 9. July 1803.

Der Amts - Schultheiß,  
A. v o n W a t t e n w y l.  
Namens des kleinen Rathes,  
der Staatschreiber,  
T h o r m a n n.

## V e r o r d n u n g

über die Auflösung der bisherigen und Einführung der neuen untergeordneten Behörden.

Wir Schultheiß und Rath des Cantons Bern, thun fund hiemit:

Daß, nachdem der große Rath des Cantons die Einteilung des Landes in Amtsbezirke wirklich gemacht, und die zu Besorgung der Regierungsgeschäfte und des Gerichtswesens darinnerforderlichen Aemter und Behörden aufgestellt, Uns dann die Einführung dieser neuen Einrichtung übertragen hat, Wir daraufhin nöthig finden,

gegenwärtige Bekanntmachung und Verordnung ergehen zu lassen.

Wir geben nämlich allen Einwohnern des Cantons hiemit Anzeige, daß die seit einigen Jahren bestandenen Statthalterstellen, so wie auch die Bezirksgerichte, mit nächstem eingehen, und daß an deren Stelle Oberamtmänner verordnet worden sind, an welche sich künftighin jedermann, sowohl in Regierungs- als in Rechtsachen, zu wenden hat.

Der Uebergang von einer Central-Regierung zu einer selbstständigen Cantons-Verfassung, mußte auch in den untergeordneten Stellen mancherley Veränderungen nach sich ziehen. Die Regierung hat die neuen Einrichtungen, so weit es die jetzigen Umstände möglich machen, auf die ehemalige Verfassung des Landes, unter welcher dasselbe Jahrhunderte lang eines ungestörten beneideten Glücks genossen hatte, gegründet; durch Erfüllung dieses allgemeinen Wunsches hat sie zugleich unsern Sitten, Gewohnheit und Bedürfnissen Rechnung getragen, und somit sich gerechte Ansprüche auf den Dank und das Zutrauen der Einwohner des Cantons erworben.

Wir fordern dagegen dieselben auf, daß sie den neu-ernannten oder weiter zu ernennenden Ober- und Unterbeamten schuldigen Gehorsam leisten, und durch ein ruhiges friedliches Betragen die Bemühungen der Obrigkeit zu Wiederherstellung des allgemeinen Wohls befördern. Insbesondere erwarten Wir von den Gemeindevorgesetzten, daß sie sich bestreben werden, den Regierungsbeamten in allen vorkommenden Fällen bereitwillig an die Hand zu gehen, und die von ihnen erhaltenden Befehle getreu zu voll-

ziehen; so wie Wir auch nicht zweifeln, daß die nun bald abtretenden Bezirksbehörden, während der noch übrigen Amtszeit, ihre Berrichtungen mit Eifer und Treue fortsetzen werden.

Wenn die dem Lande vorgesetzten Beamten in Ausübung ihrer mühsamen Amtspflicht, jederzeit auf Unsern kräftigsten Beistand vertrauen können, so geben Wir hingegen Unsern Cantons-Angehörigen die Versicherung: wie daß Unser Wille ist, daß auch die Beamten ihre Obliegenheiten heilig erfüllen, und sich als gerechte Richter und würdige Stellvertreter einer väterlichen Regierung erzeigen; wie Wir denn auch billig verhoffen, sie werden Unserm in sie gesetzten Zutrauen nach allen ihren Kräften zu entsprechen, sich ernstlich angelegen seyn lassen.

Damit nun die Uns übertragene Einführung der, laut Verordnung vom 20. Brachmonat 1803, hochobrigkeitlich erkannten neuen Einrichtungen, in Bezug auf die untergeordneten Regierungs- und Gerichtsstellen auf eine gleichmäßige Weise geschehe, so haben Wir erkannt und beschlossen, was hiernach folgt, und thun demnach

#### v e r o r d n e n :

1. Die für jeden Amtsbezirk des Cantons niedergesetzten Oberamt männer werden auf nächstkünftigen ersten August Besitz von ihren Aemtern nehmen.

2. Sie werden an einem der ersten Tage dieses Monats von einem unserer Miträthe, als Repräsentanten der Regierung, in der Kirche des Hauptortes, nach einem eigens dazu abzuhaltenden Gottesdienste, sowohl den Unterbeamten als der Gemeinde vorgestellt werden.

3. Die Oberamt männer stellen hinwieder , an dem Hauptorte gleich nach ihrer eigenen Installation , in den andern Kirchspielen dann an einem der folgenden Tage , die betreffenden Unterbeamte , so wie die Mitglieder der Chorgerichte und der andern Gerichte vor , überreichen ihnen ihre Patente und beeidigen dieselben , mit den übrigen Einwohnern des Kirchspiels , zu Händen der Regierung , nach mehrerm Inhalt ihrer Amts-Eide.

4. Die Distriktsstatthalter , so wie die Distriktsgerichte , setzen ihre Funktionen fort , bis auf Montag den 1. August , und mit Inbegriff desselben ; da dann von dem an , ihre Stellen aufhören.

5. Ueber die laufenden Geschäfte werden sie den Oberamt männern , so weit erforderlich , Bericht erstatten , und ihnen die obrigkeitlichen Schriften , Bücher u. s. w. zustellen.

6. Montags , den 1. August , übernehmen die Oberamt männer die eigentliche und ausschließliche Amtsverwaltung ihres Amtsbezirkes.

7. Mit eben diesem Tage fangen auch die Amtsverrichtungen der Amtsgerichte , die der übrigen Gerichte , der Chorgerichte , und der Weibel , an.

8. Der Zeitpunkt hingegen , wo die Verrichtungen der Municipalitäten und der Gemeindskammern aufhören , und wo die wieder einzuführenden Stadträthe und Gemeindevorgesetzten ihre Funktionen antreten , ist auf den 15. August bestimmt. Sollte in einzelnen Fällen von dieser allgemeinen Regel eine Ausnahme statt finden müssen , so werden die Oberamt männer , auf die Anfragen der

einzelnen Gemeinden, das Angemessene darüber anordnen, oder je nach den Umständen die diesörtigen Begehren an Uns einsenden, und Unsere Weisung erwarten.

Gegenwärtige Verordnung soll gedruckt, Sonntags den 17. Julius von der Kanzel verlesen, und an gewohnten Orten angeschlagen werden.

Gegeben in Bern, den 11. Heumonats 1803.

Der Amts-Schultheiß,  
R. v o n W a t t e n w y l.  
Namens des kleinen Raths,  
der Rathschreiber,  
G r u b e r.

---

## V e r o r d n u n g

des Oberappellationsgerichts, wie die Rekurse  
vor selbiges gelangen sollen.

---

Das oberste Appellationsgericht des Cantons Bern hat nothwendig erachtet, auf die, als Folge der neuen Organisation des Gerichtswesens, bereits geschehene Auflösung hin des Cantonsgerichts, zur Wissenschaft und Verhalt sowohl der richterlichen Behörden dieses Cantons, als auch der prozeßführenden Parthenen und ihrer Anwälde, folgendes zu verordnen:



1. Die Termine zu Erhaltung der Refursen der erstinstanzlichen Erkenntnissen vor dieses oberste Tribunal, zu Angabe derselben bey dem jeweiligen Hghrn. Präsident oder dessen Hhrn. Statthalter, und zur Tagsansetzung, nach vorher in der Gerichtskanzley erlegter Refursgebühr, sind die nämlichen, die, als auf ehemalige und noch bestehende Gesetze und Verordnungen gegründet, schon vorhin in denen an die deutsche Appellationskammer, und seither in denen an das hiesige Cantonsgericht recurirten Geschäften befolget wurden.

2. Diejenigen Rechtshändel, zu deren Beurtheilung von dem Herrn Präsident des Cantonsgerichts bereits auf die Zukunft der Tag angesetzt worden ist, werden nun auf die gleichen Tage, an Platz des Cantonsgerichts, dem obersten Appellationsgericht vorzutragen, mithin die Intimaten von den Recurrenten in dem gesetzlich bestimmten Termin vor dieses letztere Tribunal zu citiren seyn.

3. Alle nach dem Civil-Rechtsgang vor das oberste Appellationsgericht zur Beurtheilung gelangende Prozeduren sollen in Karten eingebunden, und mit einer den Namen der Parthenen und den Abspruchstag anzeigenden Ueberschrift, dem Weibel zur Umtragung übergeben werden, und zwar des Vorladers Doppel wenigstens vier Wochen, und des Borgeladenen Doppel wenigstens vierzehn Tage vor dem Abspruchstag.

4. Die Bände sollen paginirt, und beyde Prozedur-Doppel durchaus gleichlautend seyn. Zu diesem Ende soll bey dem Beschluß der Prozedur vor den untern Gerichten ein von den Parthenen oder ihren Anwälden unterschrie-

benes Register der von ihnen eingelegten Akten und Schriften, von jeder Parthen zweifach, eingegeben, eines derselben gegenseitig ausgewechselt, und dann beide Register zu Ende jeden Prozedur-Doppels eingehestet werden, damit der Richter ersehen könne, daß jedes Doppel die nämlichen Schriften, Abschrifts- oder Auszugsweise, enthalte.

5. Falls die Befolgung der Art. 3. und 4. vernachlässiget, und aus einem daraus entstehenden Verschub oder sonst Kosten oder anderer Schade erwachsen würde, so sollen die saumseligen Parthenen oder Anwälde diesen veranlasseten Nachtheil einzig zu ertragen haben.

6. Alle Partikular-Informationen sind, wenn sie nicht von irgend einem Richter ausdrücklich verlangt werden, gänzlich untersagt.

7. Hingegen denn wird am Tage des Abspruchs eine mündliche Verfechtung von Seite der Parthenen oder ihrer admittirten Anwälde vor sich gehen, jedoch nur einfach, ohne Replik und Duplik, außer bey außerprozedürlichen Anbringen des Intimaten, wo dann dem Refurrent durch den Herrn Präsident eine kurze mündliche Einwendung dagegen gestattet werden kann.

8. Endlich wird einstweilen, bis hierüber das erforderliche Reglement wird gemacht worden seyn, kein Anwald zu einer solchen Verfechtung zugelassen, er habe sich denn vorher bey dem Hghrn. Präsident des Appellationsgerichts oder bey desselben Hhrn. Statthalter erklärt, daß er die Verfechtung pro specimine thun wolle, und habe auf solches hin von demselben hierzu die Verwilligung erhalten.

Von dieser Erklärung und Admissions-Ansuchen sind jedoch ausgenommen und enthoben: diejenigen Herren Anwälde, die schon ehemals nach erprobter Fähigkeit zu Fürsprechen vor der höchsten Gewalt oder zu Procuratoren freirt, und zu diesem Ende förmlich patentirt worden sind.

Diese gegenwärtige Verordnung nun soll durch den Druck öffentlich bekannt gemacht, jeder Gerichtsstelle mitgetheilt, und an den gewohnten Orten angeschlagen werden.

Gegeben in Bern, den 11. Heumonats 1803.

Der Präsident des obersten Appellationsgerichts,

N. F. r. v o n M ü l l e n.

Im Namen des Gerichts,

der Gerichtschreiber,

V i t z i u s.

Zu drucken und anzuschlagen befohlen,

H e r m a n n,

Cantons - Statthalter.

---

## Polizordnung über die Herausgabe von Zeitungen und Flugschriften.

---

Wir Schultheiß und Rath des Cantons Bern, thun kund hiermit: Daß Wir, in steter Hinsicht auf die Wiederherstellung und Befestigung von Ruhe und Einigkeit, nöthig gefunden haben, den Druck und Ausgabe von Zeitungen, Flugschriften und politischen Blättern, zu Verhütung von Mißbräuchen, in angemessene Grenzen einzuzielen; demnach dann

### v e r o r d n e n :

1. Es soll von nun an keine Abhandlung, Flugschrift oder Aufsatz, politischen Inhalts, ohne Bewilligung des bestellten Censors, desgleichen kein Kalender, Affiche, Zeitung oder irgend ein periodisches Blatt, ohne Bewilligung des Staatsraths, im Canton Bern gedruckt, verkauft oder ausgegeben werden.

2. Bei Flugschriften, Abhandlungen u. s. w. soll das Manuscript, bei Zeitungen und periodischen Blättern der erste Abdruck, jedesmal vor dem Verkauf oder Austheilung, dem Censor vorgelegt, und ohne seine Genehmigung, welche den erstern Schriften beigegeben werden soll, nicht das geringste verändert noch hinzugesetzt, vielweniger dann die allfällig durchgestrichenen Stellen und Artikel dennoch mitgedruckt werden.



3. Auf die Widerhandlung ist für die Verleger die Unterdrückung des Blatts und eine Buße von einhundert Franken; für die Buchdrucker die gleiche Buße und Verschließung der Presse auf ein Jahr, bey der Rezidiv aber Confiskation der Presse, nebst angemessener weiterer Strafe, unnachlässig gesetzt.

4. Bey anonymen Schriften fällt die Strafe lediglich auf den Buchdrucker oder Verleger; woben Wir Uns vorbehalten, gegen den Verfasser, wenn er bekannt geworden ist, je nach den Umständen zu verfahren.

5. In gleiche Buße, oder angemessene Gefangenschaftsstrafe im Fall von Armuth, verfallen auch alle diejenigen, welche, ohne Bewilligung des Staatsraths, einige Schriften politischen Inhalts, die ausser dem Canton gedruckt worden, oder solche, denen der Censor den Druck verweigert hat, verkaufen und austreuen.

6. Den Zeitungsschreibern wird bey Unterdrückung ihres Blatts und einer nach den Umständen zu erkennenden Buße, die ernstliche Weisung ertheilt, sich aller Bemerkungen und Raisonnements über politische Gegenstände, sie mögen von ihnen selbst oder von andern herrühren, zu enthalten; sich auf Erzählung der Thatsachen zu beschränken; bey Anzeige von wichtigen, aber nicht genugsam erwahreten Nachrichten, die Quellen, woraus dieselben geschöpft worden sind, genau anzugeben; bey allen Auszügen aus fremden Blättern, dieselben am Schluß des Artikels anzuzeigen; sich einer anständigen Schreibart zu befleissen, und aller harten, giftigen Zulagen, gegen wen es auch sey, sich zu enthalten; und keine politischen Diskussionen, folglich



keine Rügen oder Widerlegungen, ohne Bewilligung des Censors, in ihre Blätter aufzunehmen.

7. Der Staatsrath ist bevollmächtigt, diejenigen inn- oder ausländischen Zeitungen und periodischen Blätter, deren Geist und Inhalt derselbe für die Ruhe des Cantons gefährlich halten würde, unter angemessener Strafe zu verbieten.

8. Von den oben ausgesetzten Bußen und Confiskationen soll ein Drittheil der Sportelkasse des kompetierlichen Richters, ein Drittheil den Armen des Orts, und ein Drittheil dem Verleider zufallen.

9. Die Oheraufsicht auf diese Verordnung, nebst der Polizen der Pressfreiheit, ist dem Staatsrath und dem von ihm bestellten Censuramt übertragen, an welches man sich in diesen Angelegenheiten zu wenden haben, und das dem Staatsrathe die daherigen Vorträge machen wird.

10. Die Herren Oberamt männer und übrigen Polizenbeamte sind mit der strengsten Wachsamkeit auf die Befolgung dieser Verordnung und deren genauen Vollziehung beauftragt. Sie werden alle ohne Censur in ihrem Amtsbezirk erscheinenden oder austreuenden Druckschriften alsogleich anhalten und wegnehmen lassen; ihre Ausstreuer und Verkäufer dann, wenn es nicht angesessene Leute sind, alsogleich verhaften lassen, und dem Staatsrathe Bericht erstatten.

11. Gegenwärtige Verordnung soll gedruckt, allen Buchdruckern, Buchhändlern, Zeitungsschreibern und

Verlegern im Canton, offiziell mitgetheilt, an gewohnten Orten angeschlagen, und in die hiesigen öffentlichen Blätter eingerückt werden.

Gegeben Bern, den 26. Heumonats 1803.

Der Amts-Schultheiß,  
N. v o n W a t t e n w y l.  
Namens des kleinen Raths,  
der Staatschreiber,  
T h o r m a n n.

## V e r b o t

beschnittener und allzuleichter Gold- und  
Silbersorten, und fremder Münze.

**W**ir Schultheiß und kleine Rath des Cantons Bern, thun kund hiemit: Daß Wir, nach angehörtem Vortrage Unsers Finanzraths, und in Betrachtung, daß der veränderte französische Münzfuß diesseits einige Fürsorge erfordert, und daß es hohe Zeit ist, dem namhaften Verlust Schranken zu setzen, in welchen jeder Privatmann, gleichwie auch die obrigkeitlichen Kassen, durch diese häufig kursirende abgeschliffene oder beschnittene Gold- und Silbersorten versect werden können, verordnen was folget:

1. Alle durch die vorherigen Münzverordnungen gewürdigte gewichtige Gold- und Silbersorten sollen einstweilen diesen gesetzlichen Werth beybehalten.

2. Alle Gold- und Silbersorten, die beschnitten oder sonst nicht vollgewichtig sind, werden hiermit in soweit ausser Umlauf gesetzt, daß niemand gezwungen werden kann, solche an Zahlungen zu nehmen; sie sind also bloß als Metall zu betrachten, das um seinen wahren Werth überall, und auch in hiesiger Münzstatt, angenommen werden mag; doch ist allen öffentlichen Kassen des Cantons insbesondere verboten, ungewichtige Geldsorten anzunehmen.

3. Alle fremde Kupfer- und Scheidemünze, das sind solche, die ausser denen neunzehn Schweizer-Cantonen geschlagen werden, sollen von nun an in keinen öffentlichen Kassen abgenommen werden, und sind, von dem ersten künftigen Weinmonats hinweg, bey Strafe der Confiskation, gänzlich verboten.

4. Niemand kann angehalten werden, erlaubte Scheidemünzen für mehr als fünf vom Hundert, bey jeder Zahlung aber von sechshundert Franken und beträchtlicheren, niemals mehr denn dreßsig Franken anzunehmen. Unter Scheidemünzen sind zu verstehen: die Bazen, Drenzkreuzer halbe Bazen, und alle kleinern Münzsorten.

Gegenwärtige Verordnung soll gedruckt, zu Jedermanns Wissenschaft und Verhalt von den Kanzeln verlesen und an den gewohnten Orten angeschlagen werden, damit ein jeder vor Schaden sich hüten könne.

Gegeben den 5. August 1803.

Der Amts-Schultheiß,  
N. v o n W a t t e n w y l.  
Namens des kleinen Raths,  
der Staatschreiber,  
T h o r m a n n.

Instruction

## I n s t r u k t i o n

für die Herren Ober = Amtmänner und die  
Amtsgerichte bei dem Verfahren in peinlichen  
Sachen.

**W**ir Schultheiß und Rath des Cantons Bern, thun kund hiermit: Daß einstweilen, und bis eine vollständige Prozeßordnung in peinlichen Sachen von dem großen Rathe wird sanctionirt werden können, Wir dringender Nothwendigkeit erachtet haben, zur Einleitung eines regelmäßigen und gleichförmigen Geschäftsganges, wenigstens in den Hauptpunkten der peinlichen Prozeßführung, Unsern Oberamtleuten und Amtsgerichten Instruktionsweise folgende summarische Vorschriften zu ertheilen.

### I. Cognition des Falles.

§. 1. Sowohl in peinlichen als in korrektionellen, d. h. Frevelsachen, die fiskalisch behandelt werden, ist der kompetirliche Richter zur Cognition des Falles der Amtmann des Ortes, hinter welchem das Vergehen ist begangen worden. Ist der Angeschuldigte in einem andern Amtsbezirke verhaftet oder angehalten worden, oder ist derselbe hinter einem andern Richter angesessen, so ist der Oberamtman des Bezirks, in dem das Vergehen begangen ist (*Judex delicti*), verpflichtet und befugt, die Vorführung oder Vorladung des Angeschuldigten, sey es

I.

K



von der Behörde, welche die Verhaftnehmung oder Anhaltung verfügt (*Judex deprehensionis*), oder im andern Falle von dem natürlichen Richter (*Judex domicilii*) rogatorisch zu verlangen.

§. 2. In zweifelhaften Fällen, welcher Oberamtman in dem Sinne des §. 1. der kompetirliche Richter sene, werden von beiden konkurrirenden Gerichtsstellen die ersten Verfügungen getroffen, bis auf geschene Anzeige von Uns erkannt senn wird, welche Behörde sich mit der Cognition des Falles befassen solle.

§. 3. Zu den peinlichen Fällen gehören alle und jede Vergehen und Verbrechen, welche durch die vorhandenen peinlichen Gesetze mit einer Strafe an Leib, Leben und Ehre belegt sind: zu den Korrektionalen oder fiskalischen Frevelfällen alle diejenigen Vergehen, gegen welche die Gesetze keine der obgedachten Strafen verhängen, deren Cognition aber dem Richter von Amts wegen (*ex nobili officio*) gebührt. In Fällen der einen wie der andern Art liegt dem Oberamtman ob, zur Constatirung des Vergehens und zur Entdeckung und Ueberweisung des Thäters eine förmliche Prozedur zu instruiren. Ben denen der erstern Art, wo inquisitorisch verfahren wird, ist er nach §. 35. der Verordnung vom 15. — 20. Juny verpflichtet, zwen Amtsgerichts-Benstzer benzuziehen, da er hingegen nach §. 32. gemeldter Verordnung ben den Fällen der zwenten Art allein von sich aus verfährt.

## II. General - Inquisition.

§. 4. Sobald dem Oberamtman, sen es auf dem Wege der Polizen, oder durch ein allgemeines Gerücht,



oder durch eine bestimmte Denunziation, ein Verbrechen oder Vergehen bekannt wird, so liegt ihm nach §. 35. der Verordnung vom 15. — 20. Brachmonat 1803 ob: Zur Erhaltung desselben eine General-Information vorzunehmen, die in jedem Falle durch Protokollirung der Anzeige, welcher Art sie seyn möge, als Grundlage des ganzen Prozesses angehoben, und durch Aufbringung aller dienlichen Beweismittel zur Constatirung des *Corpus delicti*, d. h. der Existenz des Vergehens, fortgesetzt wird; als über welchen wichtigen Theil der Inquisition dem Richter eine vollständige Instruktion seiner Zeit wird mitgetheilt werden.

Einstweilen wird sich der Richter an die in dem gedruckten Gutachten über die Verbesserung der hiesigen Prozeßordnung von 1797. Seite 22 — 25, und in dem Entwurfe einer peinlichen Prozeßordnung für den Canton Bern 1791. S. 25 — 28. gegebenen Regeln zu halten haben.

§. 5. Fällt keinerlei Anzeige, wer der Thäter seye, so ist auf dem Wege der Polizen durch zulässige Nachspürungs- (Indagations-) Mittel demselben nachzuforschen. Sobald ein hinreichender Verdacht gegen irgend eine Person hervorgeht, daß sie das Verbrechen begangen, oder Antheil an demselben genommen habe, so steht es dem Oberamtmanne zu, die Verhaftnehmung mittelst eines schriftlichen Befehles zu verfügen (§. 35. der Verordnung vom 15 — 20. Junius 1803).

Bis bestimmtere Verordnungen die Art und den Grad der Verhaftungs-Indizien festsetzen werden, welche einen Verhaftungsbefehl rechtlich bedingen, wird der Oberamtmann nach seinem bestem Ermessen mit Behutsamkeit zu Werke

gehen, und die persönlichen Rechte seiner Untergebenen möglichst schonen, ohne jedoch der Sorge für die gemeine Sicherheit etwas zu vergeben.

Auch hierinn findet er Anleitung in den angezogenen auf Veranstellung der vormaligen Regierung zu Stande gekommenen Arbeiten (Gutachten von 1797. S. 196; Entwurf von 1791. S. 92 — 102).

§. 6. Innert 24 Stunden soll der Verhaftete wenigstens summarisch durch den Oberamtmann oder einen Besitzer des Amtsgerichts verhört werden. Die Aufferlassung würde von höherer Instanz geahndet werden.

§. 7. Der Oberamtmann ist ferner gehalten, von jeder Verhaftnehmung dem Amtsgerichte in seiner nächsten Sitzung die Anzeige zu thun.

### III. Spezial - Inquisition.

§. 8. Nach dem §. 35. der Verordnung vom 15. — 20. Brachmonat 1803. ist der Oberamtmann verpflichtet, bey der Verführung einer ordentlichen Criminal - Prozedur zwey Besitzer des Amtsgerichtes seinen Verhandlungen beizuziehen. Der Regel nach soll der Oberamtmann, sobald aus den Akten der General - Information eine starke Vermuthung für die Gewißheit des Verbrechens, und ein hinreichender Verdacht gegen eine Person, daß solche der Thäter oder ein Mitschuldiger seyn möge, hervorgeht, — nach vorgelegten Präcognitions - Akten, das Amtsgericht auf die Spezial - Inquisition wider den Angeschuldigten, derselbe sey nun abwesend oder unter der Gewalt des Richters, erkennen lassen; und allererst auf diese Erkennt-

niß hin werden dann die zwen Benfizer bengezogen , und die ordentliche Prozedur angehoben.

**Zusatz.** Wenn es zweifelhaft ist , ob der Fall zu den peinlichen oder zu den blos korrektionellen gehöre (§. 3), so wird der Oberamtmann mit dem Amtsgerichte zu berathen haben : Ob der Modus des §. 32. oder der Modus §. 35. der oft angeregten Verordnung einzuschlagen seye? Wenn sich beyde Behörden hierüber nicht zu einer Meinung vereinigen können , so ist von dem Appellationsgerichte Weisung zu verlangen. Die gegenwärtige Vorschrift findet ihre ausnahmslose Anwendung bey denjenigen Vergehen, welche durch den §. 10. der Verordnung vom 27. Junius 1803. beschlagen werden.

§. 9. Die Spezial = Inquisition hat zum Zwecke , durch einen rechtsgenüßlichen Beweis — sey es durch das Geständniß , durch Zeugniß oder durch Urkunden — den Thäter eines Verbrechens , und die Umstände , unter denen er es begangen hat , an den Tag zu bringen. In denjenigen Fällen , wo das Corpus delicti nicht schon in der General = Inquisition constatirt worden ist , hat sie annoch den in derselben erwundenen Beweis zur möglichsten Vollständigkeit zu bringen , welcher dann auch meistens mit dem Beweise gegen den Thäter zusammen fällt.

§. 10. In der Folge wird eine ausführliche Instruktion für den Methodus , den der Criminal = Richter bey der Spezial = Inquisition zu befolgen hat , bearbeitet , und dem grossen Rathe vorgelegt werden. Einstweilen finden die Oberamtsleute die sicherste Anleitung in dem im Druck ergangenen Gutachten über die Verbesserung

der Criminal-Prozeßform von 1797. S. 41 - 60. und S. 205 - 210; auch in dem Entwurfe von 1791. S. 28. u. folg. Da dann bey der höhern Instanz die einzulangenden Prozeduren nach diesen Grundsätzen werden untersucht werden.

§. 11. Bey den schwierigen Vorkommenheiten der Spezial-Inquisition, als da sind: allfällige Confrontationen zwischen Personen, die in einem nahen verwandtschaftlichen oder einem andern nahen bürgerlichen oder häuslichen Verhältnisse stehen, wie Vogt und Bögtling, Meister und Knecht u. s. w.; ferner die eidliche Beschwörung von Zeugen-Aussagen u. s. w. — werden sich die Oberamtsleute jedesmal vorher von dem Appellationsgerichte Wegweisung einholen.

§. 12. Ueber die Form der Abfassung der Criminal-Prozedur-Akten haben sich die Oberamtsleute an diejenige Vorschriften zu halten, welche das oberste Appellationsgericht durch sein Zirkulare vom 22. July 1803 an sie erlassen hat.

#### IV. Erstinstanzliche Beurtheilung.

§. 13. Wenn nach der Vorschrift des §. 36. und 37. der angezogenen Verordnung eine Criminal-Prozedur von dem obersten Appellationsgerichte, oder an dessen Stelle von seiner permanenten Criminal-Commission, in Vollständigkeit erkannt seyn wird, so wird dann in der Beurtheilung vor dem Amtsgerichte nach folgendem Modus verfahren.



§. 14. Der Oberamtmanu wird in allen wichtigern Fällen \*) von der ihm im §. 51. der gemeldten Verordnung zugestandenen Befugniß: aus den Besitzern des Amtsgerichts einen Fiscal zu bestellen, Gebrauch machen, und denselben wo möglich allemal unter den zwen Besitzern wählen, welche der Inquisition bengewohnt haben.

§. 15. Der Angeschuldigte soll ausdrücklich befragt werden: Ob er von dem ihm im Art. 52. der angezogenen Verordnung einberaumten Defensions-Rechte Gebrauch machen wolle? Auch soll ihm erklärt werden, was darunter verstanden sene.

Gleichfalls kann dem Angeschuldigten nicht verwehrt werden, seine Bertheidigung selbst vorzutragen, welches ihm ebenfalls zu eröffnen ist.

Diese im Schlußverhör mit dem Inquisiten vorzunehmende Verhandlung ist ad protocollum zu nehmen, und der Prozedur einzuverleiben.

§. 16. Dem von Inquisiten angesprochenen Defensor sollen sämtliche Prozedurakten in der Amtsschreiberey zur Einsicht offen stehen.

§. 17. Weder der Oberamtmanu, noch ein Mitglied des Amtsgerichts, darf je eine von dem Delinquenten erbetene Bertheidigung übernehmen.

§. 18. Spricht der Angeschuldigte keinen Defensor an, so wird der Oberamtmanu einem Besitzer auftragen, ex officio die (allfälligen) Milderungsgründe für den Angeschuldigten anzubringen.

\*) Zu diesen sind zu zählen, alle diejenigen Verbrechen, welche in den peinlichen Gesetzen mit der Ketten- oder Schallenswerk-Strafe und mit dem Tode belegt werden.



§. 19. An dem dazu von dem Oberamtmanne angeordneten Tage versammelt sich das Amtsgericht zum peinlichen Gerichte; in wichtigern Absprüchen unter denjenigen Formen und äussern Anordnungen, welche der Würde der Verhandlung angemessen sind. Der Oberamtmanne eröffnet das Gericht mit der Anzeige, daß die Prozedur von höherer Instanz spruchreif erkannt worden seye. Die Akten und die peinlichen Gesetze werden auf dem Kanzlen-Tisch deponirt.

Nach Anhörung des Vortrages und der Schlüsse des öffentlichen Anklägers einerseits, und des Anbringens des angesprochenen oder amtlichen Defensors anderseits, erstattet der andere Benfizer, welcher der Inquisition benge- wohnt hat, als Berichterstatter einen kurzen Vortrag über die Akten, in welchem er zu erklären hat: Ob die faktische Darstellung des Fiskals treu, und dem aktenmäßigen Befund gemäß sey? und eröffnet dann auf die Anfrage des Oberamtmanns die erste Meinung. Nach geschlossener Umfrage und gegebener selbsteigener Meinung setzt der Oberamtmanne die Schlüsse des Fiskals genau nach derjenigen Ordnung und Sonderung zum Mehr, welche das oberste Appellationsgericht in seinen Vorschriften über die Form der Abfassung der Criminal-Urtheile festgesetzt hat: (an welche Ordnung und Form sich der Fiskal auch bei der Abfassung seiner Schlüsse zu halten hat) und spricht dann, wenn über alle diese Sätze erkannt seyn wird, das gesammte Urtheil aus.

§. 20. In der zu emanirenden Prozeßordnung werden dann die Erfordernisse eines rechtsgenüglihen vollständigen Beweises in peinlichen Sachen ausführlich bestimmt und

angegeben werden. Einstweilen soll nach bisherigem Gerichtsgebrauch bey sattfam konstatirtem Corpus delicti das freye ungezwungene Geständniß des Angeschuldigten, oder in Ermangelung desselben die eidlich beschwornen Aussagen von zwey gültigen Zeugen, oder glaubwürdige den gegebenen Fall direkt beschlagende Urkunden, als vollständiger rechtsgenüßlicher Beweis angesehen, und zu diesem Ende in ihrer Gültigkeit nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen geprüft und gewürdigt werden.

§. 21. Ist kein vollständiger Beweis wider den Angeschuldigten aktenmäßig darzuthun, erwächst aber dennoch aus prozedürlich hervorgehenden nahen ungezweifelten Anzeigungen, von denen aber jede für sich genommen erwiesen seyn muß, ein starker Verdacht gegen denselben; so kann das Gesetz vom 25. April 1801. auf den Fall angewandt, und wenn der höchste Grad dieses Verdachtes eintrittet, so mag überdies aus bey der höchsten Instanz auf eine außerordentliche Strafe angetragen werden, welche aber blos in Leistung, Bußen, Entschädigungen und andern blos korrektionalen Abbüßungen bestehen darf.

§. 22. Wenn bey denjenigen zweifelhaften Fällen, wo nach dem Zusatz-Artikel zu §. 8. im Gegensatze einer blos fiskalischen Untersuchung, ein inquisitorischer Prozeß mit Zuziehung der zwey Amtsgerichts-Benßiger ist angehoben worden, im Verfolge der Untersuchung sich ergäbe, daß das Vergehen eher korrektionaler als peinlicher Art wäre; so wird sich das Amtsgericht, bey der Vorlegung der Prozedur zur Beurtheilung, auf den Antrag des Oberamtmanns inkompetent erklären.

§. 23. Da von dem großen Rathe von einer Competenz-Bestimmung für die Beurtheilung der peinlichen Fälle durch die Amtsgerichte abstrahirt worden ist, so kann kein Abspruch derselben in Criminal-Sachen, welcher Art er auch seyn möge, als absolut angesehen werden.

§. 24. Bis und in so lange durch keine höchste Verordnung festgesetzt seyn wird, ob für die niedern peinlichen Fälle blos die Weitersziehung, sey es von Seite des Fiskals oder von Seite des Angeschuldigten, statt finden solle, sollen alle und jede Criminal-Urtheile, die von den Amtsgerichten als erster Instanz ausgefällt werden, sie mögen nun von einer der beiden genannten Parthenen recurriert seyn, oder nicht, samt den Criminal-Akten dem obersten Appellationsgerichte, und spätestens inner dreymal 24 Stunden von der Ausfällung an, eingesendet werden, welches dann Revisionsweise in letzter und höchster Instanz darüber abspricht.

§. 25. Dieser Einsendung zur Beurtheilung *modo revisionis* vor die höchste Instanz sind dagegen nach dem deutlichen Sinne des §. 33. der Verordnung vom 15. — 20. Junius, die von dem Oberamtmann über bloße korrectionelle und Polizen-Bergehungen und in Frevelsachen, auf eine fiscaliter geführte Prozedur ausgefallten, seine Competenz übersteigenden Urtheile, nicht unterworfen, sondern es hat in Ansehung derselben blos die Weitersziehung statt. In denjenigen Fällen aber, wo der Verurtheilte sich in gefänglicher Haft befindet, soll ihm die oberamtliche Urtheil, die jederzeit in Schrift zu verfassen ist, in Gegenwart zweier Besitzher des Amtsgerichts eröffnet, und derselbe befragt werden: Ob er die Urtheil annehme, oder selbige zu recurriren verlange?

## V. Vollziehung der Urtheile.

§. 26. Der absolute Abspruch des obersten Appellationsgerichts über eine erstinstanzliche Urtheil in Criminal-Sachen, soll mit Ausnahme der Todesstrafen in den ersten acht Tagen, von dem Tage an zu rechnen, wo die Sentenz bey dem Oberamt einläuft, nach Vorschrift der Gesetze und angenommenem wohlhergebrachten Gerichtsgebrauche an dem Delinquenten vollzogen werden: Sach wäre dann, daß ausserordentliche Hindernisse einen längern Aufschub nothwendig machten.

§. 27. Bey der Exekution der Todesstrafe sind die an jedem Orte von Alters her übliche Vorkehrungen und das vormals eingeführte Zeremoniale, in wiefern dasselbe mit den neuen Einrichtungen bestehen mag, zu beobachten.

§. 28. Der Oberamtmanu berichtet ohne Verzug die Vollziehung der Urtheil an den kleinen Rath und das oberste Appellationsgericht.

§. 29. Gegenwärtige Instruktion soll gedruckt, und unter die im Dekrete vom 11. Juny §. 4. vernamseten Behörden ausgetheilt werden.

Gegeben Bern, den 5. August 1803.

Der Amts-Schultheiß,  
N. v o n W a t t e n w y l.  
Namens des Raths,  
der Staatschreiber,  
T h o r m a n n.



---

## V e r o r d n u n g gegen Steuer- und Bettelbriefe.

---

Wir Schultheiß und Rath des Cantons Bern, thun kund hiermit: Daß, da Wir schon zum öftern wahrgenommen, daß nicht nur Steuerbewilligungen von Regierungen anderer Cantone, sondern sogar häufig von Behörden hiesigen Cantons und Pfarrern, sogenannte Bettelbriefe ertheilt werden, welches der guten Polizen zuwiderläuft, auch dem Lande und seinen Einwohnern äußerst lästig ist, so haben Wir hiermit verordnet, was folget:

1) Ohne ausdrückliche schriftliche Bewilligung von Uns, soll keine Cantons-Behörde Steuer-Patente, unter welchem Vorwand es immer seyn mag, ertheilen.

2) Alle andere Steuerbriefe sollen von den Oberamt Männern eingezogen und Unserm Justiz- und Polizenrathe sogleich eingesandt werden.

3) Allen fremden Steuersammlern soll auch alles Steuersammeln in Unserm Canton, ohne Unsere schriftliche Bewilligung, auf das strengste verboten seyn, bey Konfiskation ihrer sämtlichen Schriften, und mehrerer Strafe, je nach den Umständen.

4) Die Herren Pfarrer und Behörden auf dem Lande, welche im Fall sind, Armuthszeugnisse auszustellen



ten, sollen selbige verschlossen ausstellen, da von diesen offenen Empfehlungen häufiger Mißbrauch ist gemacht worden.

5) Gegenwärtige Verordnung soll gedruckt, von den Kanzeln verlesen, und an den gewohnten Orten zu Jedermanns Wissenschaft und Verhalt angeschlagen werden.

Gegeben in Bern, den 29. August 1803.

Der Amts-Schultheiß,  
N. v o n W a t t e n w y l.  
Namens des Raths,  
der Rathsschreiber,  
G r u b e r.

---

## Kaufhaus-Ordnung von Thun b e n b e h a l t e n.

---

Wir Schultheiß und Rath des Cantons Bern, thun kund hiermit: Demnach Uns zu vernehmen gekommen, daß viele Mißbräuche, sowohl in der Verzollung, als aber in der Verwaltung des Kauf- und Waaghauses der Stadt Thun, seit einiger Zeit daher sich ergeben, und daß über die Beziehung daheriger Zollgebühren ungleiche Begriffe obwalten; als haben Wir nöthig befunden, hierdurch zu verordnen, und bekannt zu machen: daß es in Ansehung des Zolls von Thun noch

ferner beim alten verbleiben, mithin Jedermann noch weiter schuldig seyn solle, die daherigen Zollgebühren, nach Vorschrift der gedruckten Kaufhaus-Ordnung der Stadt Thun vom 13. May 1786, zu bezahlen, und diese in Kraft verbliebene Verordnung in allen Theilen zu befolgen.

Gegenwärtige Publikation soll gedruckt und zu Jedermanns Wissenschaft und Verhalt von den Kanzeln verlesen und an den gewohnten Orten angeschlagen werden, damit ein jeder vor Schaden sich hüten könne.

Bern, den 9. September 1803.

Der Amts-Schultheiß,  
N. v o n W a t t e n w y l.

Der Rathsschreiber,  
G r u b e r.

---

## V e r o r d n u n g.

### Niederlassung Eidsgenössischer Angehörigen im Canton Bern.

Der kleine Rath des Cantons Bern, nach Anhörung seines Justiz- und Polizen-Departements über die Nothwendigkeit, einstweilen, und bis die eidsgenössische Tagsatzung vielleicht ein allgemeines Regulativ über die Verhältnisse Schweizerischer Angehörigen aus andern Cantonen entworfen haben werde, diejenige Verfahrungsart zu bestimmen, welche diesorts in Gemäßheit der Vermittlungsakte befolgt werden soll,

beschließt und verordnet:

1. Jeder Schweizer besitzt in Folge der Mediations-Akte Kap. XX. Tit. I. §. 4. die Befugniß, sich in dem Canton Bern niederzulassen, und alle erlaubten Gewerbe daselbst zu treiben.

2. Zu diesem Ende aber ist er gehalten, derjenigen Gemeinde des Cantons, in welcher er sich niederlassen will, seinen authentischen Heimathschein zu hinterlegen.

3. Im Falle sich ein Schweizer aus einem andern Canton mit einer Cantons-Angehörigen verehelichen will, so muß er vorher, neben einem Scheine über die rechtmäßige Verkündigung seiner Ehe in seiner Heimath, ein

rechtsgültiges Zeugniß seiner Gemeinde, bestätigt durch die Regierung seines Cantons, vorlegen, wodurch sie feyerlich erklärt, sowohl seine Verlobte als zukünftige Kinder jederzeit als ihre Gemeindeglieder anzuerkennen.

4. Diese Erklärung soll in der Gemeinde der Verlobten aufbewahrt, und dieses in der Heirathsbewilligung angemerkt werden.

5. Nach erhaltener Heirathsbewilligung soll er sich nach den bestehenden Gesetzen, sowohl an seinem gegenwärtigen Aufenthaltsorte, als an dem seiner Verlobten und in ihrer Heimath, gesetzlich verkünden lassen.

6. Für eine solche Heirathsbewilligung wird, bis etwas Gleichförmiges bestimmt ist, eine Gebühr von vier Schweizerfranken bezahlt.

7. Gegenwärtiger Beschluß soll gedruckt, den Oberamtleuten in der gewöhnlichen Anzahl mitgetheilt, die Vollziehung desselben dem Justiz- und Polizeyrath aufgetragen, und in die Sammlung der Gesetze und Verordnungen aufgenommen werden.

Gegeben den 19. September 1803.

Der Amts-Schultheiß,  
N. v o n W a t t e n w y l.  
Der Rathsschreiber,  
Gruber.

## Neue Ehehaften müssen neue Bewilligung erhalten.

**W**ir Schultheiß und Rath des Cantons Bern, thun kund hiermit: Da Uns von mehreren Orten her Anzeigen zugekommen sind, daß viele sogenannte Ehehafte ohne gesetzmäßige Bewilligung, zum großen Nachtheile der alten mit Titeln und Conzessionen versehenen, errichtet worden, andrerseits dann verschiedene Inhaber von solchen neuen Ehehaften sich bey Uns um Conzessionen bewerben; als haben Wir für nöthig erachtet, diesorts eine allgemeine Verfügung zu treffen, und demnach

### v e r o r d n e t:

1. Alle Inhaber von solchen Ehehaften, die seit der Revolution 1798 in Unserm Canton errichtet worden sind, und eine obrigkeitliche Conzession vonnöthen haben, sind angehalten, sich spätestens bis den 31. Christmonat nächstkünftig, bey dem Herrn Oberamtmann ihres Bezirkes anzumelden, und ihm ihre allfälligen Bewilligungen oder andern Titel, die sie dafür in Händen haben mögen, einzugeben, so wie in einer schriftlichen Petition die Gründe anzuzeigen, aus denen sie um Benbehaltung und Bestätigung derselben, oder im Falle keine vorhanden wären, um eine neue Conzession ansuchen.

2. Die Herren Oberamtleute werden diese Petitionen sammt den dazu gehörigen Schriften alsofort an Unsern



Justiz- und Polizeyrath gelangen lassen, der selbige in ein allgemeines Verzeichniß zusammenziehen, und Uns darüber den Bericht erstatten wird.

3. Alle Inhaber von solchen seit oberwähntem Zeitpunkt von 1798 errichteten neuen Ehehaften, die ihre Titel und Gründe nicht bis zum 31. Christmonat nächstkünftig eingegeben haben werden, sollen angesehen seyn, als hätten sie auf ihre Rechte völlig Verzicht geleistet, und ihnen demnach die Fortsetzung ihres Gewerbes, vom 1. Januar 1804 an, untersagt werden.

4. Von dieser Verfügung sind ausgenommen: die Wirthschafts- und Mühlen-Ehehaften, als über welche besondere Verordnungen ergangen sind.

Gegenwärtige Verordnung soll gedruckt, von den Kanzeln verlesen, und an den gewohnten Orten, zu Jedermanns Verhalt angeschlagen werden.

Bern, den 23. September 1803.

Der Amts-Schultheiß,  
N. v o n W a t t e n w y l.  
Namens des kleinen Raths,  
der Rathsschreiber,  
G r u b e r.

---

## R e g l e m e n t

die Leinwand - Handlung im Canton Bern  
ansehend; nebst angehängter Instruktion  
und Eid der Tuchmesser.

Wir Schultheiß und Rath des Cantons Bern, thun kund hiermit: Demnach Uns zu vernehmen gegeben worden, was maßen der zu Aufhebung der Leinwandhandlung öffentlich bekannt gemachten Verordnung vom 19. May 1761 zuwider, verschiedene Mißbräuche und unvorhergesehene Schwierigkeiten sich erzeiget haben, welche gedachte Verordnung entkräften und das Beste des Landes, worauf dieselbe abzweckt, hindern könnten; wenn Wir nun diese Handlung als einen wichtigen Gegenstand des allgemeinen Wohlstandes, auf alle mögliche Weise in Flor zu bringen trachten werden; als haben Wir für gut befunden, nachfolgende Verordnung zu genauer Beobachtung festzusetzen, nach deren sowohl die Kaufleute, welche mit Leinwand handeln, als die Weber, so dieselbe zum Verkauf nach Langenthal und andern Orten bringen, künftig sich halten sollen.

Tuchmesser zu bestellen.

Erstlich wollen Wir Unserm bestellten Justiz- und Polizenrath überlassen haben, zu Langenthal und an andern Orten, wo derselbe es nöthig erachten wird, Tuchmesser

und Schauer zu bestellen, zu dem Ende sich von der Ehrbarkeit jeden Orts, durch den Herrn Oberamtmann einen Vorschlag von etwelchen ehrbaren Männern, mit seinem Bericht begleitet, eingeben zu lassen, aus diesem Vorschlag den tüchtigsten zu wählen, welcher dann durch den Oberamtmann zu beeidigen, und mit einer vollständigen Instruktion zu versehen seyn wird.

### Messerlohn.

Zweitens, soll diesen Tuchmessern von den Webern für jedes Stück Tuch vier Kreuzer für den Messer- und Schauerlohn entrichtet werden. Dieselben dann sollen nach habender Instruktion, alle die ihnen zu bringenden Tücher, in ihrer Qualität und Breite, genau besichtigen; wann sie dieselben, nach Inhalt des 5. und 6. Artikels, als ächte Kaufmannswaare befunden, mit dem zu Messung der Leinwand bestimmten Maasstab sorgfältig, und zwar ehe sie zum Verkauf vorgelegt werden, messen, und hernach mit dem gewöhnlichen Zeichen bezeichnen.

### Mutter-Elle und Maasstab.

Drittens, weil bis hieher bei Messung der Tücher, wegen dem Zusatz des Daumens bei jeder Elle, das Maas verschieden ausgefallen, und dadurch viele Unordnungen entstanden; als wollen Wir inskünftige das Zumaas des Daumens abgestellt haben; anstatt desselben aber soll, zu Erleichterung der Messung, ein Stab von zwey Langenthaler Ellen, mit zwey Bern-Zöllen verlängert, als eine Mutter-Elle gehörigen Orts zu Langenthal aufbehalten werden, nach welchem alle übrige Stäbe eingerichtet, und dieselben einzig und allein zu Messung der Leinwand

bestimmt und gebraucht werden sollen. Woben Wir verordnet haben wollen: daß bey Messung eines Stücks am Ende auch der halbe Stab, allein nicht weniger, gezählt werden solle.

**Kaufleute sollen den Webern an dem Maas nichts abziehen.**

Viertens, ist ferner Unser Befehl, daß inskünftige von den Kaufleuten den Webern an dem Ellenmaas nichts mehr einbehalten oder abgezogen werde; sondern daß die Tücher nach dem von den beeidigten Messern aufgedrückten Ellenmaas erkaufte, berechnet, und den Webern bezahlt werden sollen, bey zwanzig Pfunden Buße von jedem Stück, von den Fehlbaren zu beziehen; woben Wir jedoch den Kaufleuten wollen frengestellt haben, wenn sie etwa in Ansehung der Messung der bestellten Messern in den Dorffschaften, oder wegen der Qualität eines schon gezeichneten Stücks, einigen Zweifel trügen, dasselbe nochmalen durch die zu Langenthal oder anderswo gesessene beeidigte Messer, jedoch auf ihre Unkosten, besichtigen und messen zu lassen. Ein Messer, der wiederholt seiner Instruction auf eine oder die andere Weise zuwider handeln sollte, wird nicht blos mit der Entsetzung, sondern je nach Beschaffenheit an Leib, Ehre oder Gut gestraft werden.

#### **Tücher-Breite-Maas.**

Fünftens, indem der Bericht gefallen, daß eine starke Ungleichheit in der Breite der verschiedenen Gattungen von Tüchern sey, wodurch der Vertrieb derselben ausser Landes verhindert worden; als sollen inskünftige alle Tücher nach den gewöhnlichen Breiten-Maassen, und



zwar nach folgenden Mustern, eingerichtet und gewoben werden; als: Sechs-Biertel-Elle und ein Zoll, Sieben-Biertel-Elle ein Zoll, Acht-Biertel-Elle ein Zoll, Neun-Biertel-Elle ein Zoll, Zwölf-Biertel-Elle zwey Zoll, Sechszehn-Biertel-Elle zwey Zoll, Zwanzig-Biertel-Elle drey Zoll, Zwey und zwanzig-Biertel-Elle drey Zoll; alle diese verschiedenen Breiten nach Bern-Ellen und Bern-Zöllen gerechnet.

### Blattmacher, Geschirr-Fasser.

Sechstens, sollen die Blattmacher und Geschirr-Fasser nach obbemeldeten Breiten die Blätter durchaus gleich verfertigen und fassen, bey drey Pfunden Buße, nebst Zerschlagung der Arbeit, falls sie die Blätter gröber oder schmaler machen, oder weniger Tragen fassen würden, als diese Einrichtung erfordert. Die Weber sollen die Blätter durch die beeidigten Messer beschaun und zeichnen lassen, und keine unbezeichnete gebrauchen.

### Upretirung der Tücher verboten.

Siebentens, damit allen seit einiger Zeit eingeschlichenen Mißbräuchen, in Zurüstung und Upretirung der rohen Tücher, der Faden abgeschnitten werde, wodurch die Kaufleute oft betrogen worden, und die Leinwand ausser Landes in Mißcredit gerathen; als ist Unsere ausdrückliche Meynung hiermit: Daß von nun an alle und jede Tuchweber ihre Tücher, ohne einige Zurüstung, noch sprißen, fellen, mangen, schlichten und pressen, sondern so wie sie von den Stühlen kommen, auch auf diejenige Weise zusammengelegt, wie zu St. Gallen, oder auf den Bleichen geschieht, den Tuchmessern zum Messen und



Zeichnen, und auch selbst zum Verkauf darstellen sollen. Alle diejenigen Stücke aber, so entweder nicht die gehörige Breite, oder grobe Fehler und Ungleichheiten hätten, oder sonst betrüglich zugerüstet wären, sollen von den bestellten Tuchmessern ausgeschossen, als unächte Kaufmanns-Waare erklärt, und mit dem Worte: Fehlerhaft, gezeichnet werden.

### Verkauf verboten.

Ungemessene und ungezeichnete Tücher aber sollen von Fremden und Einheimischen, sowohl zum Kauf zu bieten, als einzukaufen verboten seyn, bey zehn Pfunden Buße von jedem Stücke, sowohl von dem Käufer als Verkäufer zu beziehen.

### Bleicher sollen die Tücher nicht mangeln.

Achtens, wollen Wir allen Bleichern, Färbern und andern Personen, welche Mangeln besitzen, für ein- und allemal abgestreckt und bey zehn Pfund Buße von jedem Stück, die rohen leinenen Tücher vor dem Verkauf zu pressen, schlichten, mangeln und fellen, hiermit verboten haben.

Ungezeichnete Tücher verboten, ausser Landes zu verkaufen oder zu bleichen.

Neuntes, soll kein hiesiger Fabrikant oder Weber rohe leinene Tücher durch Fußböte oder Fuhren, oder auf dem Rücken, zum Bleichen oder Verkaufen, ausser Landes verschicken, ehe solche von den beeidigten Messern bezeichnet worden, bey sechs Pfunden Buße von jedem Stück zu beziehen.

Zehntens, soll jeder Tuchmesser ein Verzeichniß der vom ersten Herbstmonat eines, bis den ersten Herbstmonat des andern Jahrs gemessenen oder als fehlerhaft gezeichneten inländischen und fremden Tücher, nebst dem Namen der Fabrikanten, dem Justiz- und Polizeyrathe zu Händen des Commerzienraths, regelmäßig einsenden, und ihre Bemerkungen über den Zustand des Leinwandhandels, nebst auffälligen Vorschlägen beifügen.

### Bußen.

Eilftens, soll von oben vernamseten Bußen ein Drittheil dem Verleider, ein Drittheil dem Staate, und ein Drittheil dem Armenseckel der Gemeinde zugestelt werden, in der der Fehlbare gefessen.

### Exekution.

Zwölftens, wollen Wir Unsern Herren Oberamtsleuten anmit aufgetragen haben, in ihren Aemtern dieses Reglement zu handhaben und zu erequiren, die Fehlbaren mit dem Beneficio recursus vor Unsern Justiz- und Polizeyrath zu beurtheilen, und nach Wichtigkeit des Fehlers, solche demselben zu verleiden.

### Oberaufsicht.

Drenzehntens, endlich wird Unserm bestellten Justiz- und Polizeyrath übergeben, die General-Oberaufsicht auf Ausübung dieser Verordnung, wie auch besonders auf die Messer und Aufseher, zu halten; die letztern durch die Herren Oberamtsleute behörig beeidigen und instruiren zu lassen, und nach Bewandniß der Umstände alles dasjenige vorzufehren und anzuordnen, wodurch die heilsame Absicht

dieses Reglements erreicht werden kann, welches nur in so lange währen soll, als Wir es für gut erachten werden, woben nach der Sachen Beschaffenheit solches abzuändern, zu mehren, oder zu mindern, Wir Uns beständig vorbehalten.

Gegeben den 29. May 1761 ; revidirt und bekräftiget den 24. Oktober 1803.

Der Amts-Schultheiß,  
N. v o n W a t t e n w y l.  
Namens des Raths,  
der Rathsschreiber,  
G r u b e r.

---

### I n s t r u k t i o n

für die bestellten Leinwand-Tuchmesser.

Die bestellten Leinwand-Tuchmesser sollen:

1) Weder für sich selbst, noch in Commission für andere, keineswegs mit leinenen Tüchern handeln, bey Strafe der Entsetzung, auch einer schärfern, je nach Beschaffenheit des Fehlers.

#### Zeichnen.

2) Alle die ihnen zubringenden Stücke fleißig besichtigen, und diejenigen, welche entweder geschlichtet, gesprißt, gefellet, gemanget, oder gepreßt wären, oder sonst grobe Fehler, Risse und Ungleichheiten, oder endlich nicht die gehörigen Breiten hätten, ohne Unterschied alsobald ausschleffen, dieselben nicht messen und als Kaufmannsgut

zeichnen, sondern nach Inhalt des siebenten Artikels des Leinwand-Reglements, selbige mit dem Ausdruck: Fehlerhaft, bezeichnen.

**Zeichnen, wenn nicht mehr als ein Viertelzoll an der Breite fehlt.**

3) Sollte sich aber ungefähr zutragen, daß an eint- oder andern Stücken Tuch ein Viertelzoll an der gehörigen Breite mangeln würde, so kann zwar der Messer, dem solche zugetragen worden, selbige messen und zeichnen, in sofern sie alle übrigen guten Eigenschaften guter Kaufmanns-ware an sich haben, und mehr nicht als einen Viertelzoll zu schmal seyn würden; soll aber auch den Weber ermahnen, inskünftige den Fehler der Breite zu verbessern.

#### **Maasstab.**

4) Sollen sie diejenigen Stücke, so von den im zweiten Artikel benannten Fehlern frey sind, mit dem zu Messung der Leinwand einzig bestimmten Maasstab von zwey Langenthaler Ellen und zwey Bern-Zöllen (welche nach der allhier verfertigten, und zu Langenthal gehörigen Orts liegenden Mutter-Elle eingerichtet seyn soll) ehe sie zum Verkauf vorgelegt werden, exakt und gewissenhaft messen, wofür sie für den Messerlohn von den Webern vier Kreuzer von jedem Stück zu beziehen haben werden.

#### **Art des Zeichnens.**

5) Sollen sie die nach obiger Vorschrift gemessenen Stücke mit dem Ellenmaas, per ein halb Stab, zusamt den Anfangsbuchstaben ihrer Namen und dem Namen Bern, (als in welchem Canton die Tücher fabrizirt worden) auf beyden Enden zeichnen:



### Zusammenlegen.

6) Sollen sie die gemessenen und gezeichneten Tücher wieder auf die alte Art zusammenlegen, jedoch so, daß die Zipfel mit den Zeichen heraushängen, damit jedermann alsobald erkennen möge, daß es gezeichnete Tücher, und folglich Kaufmannswaare sey.

### Besichtigung und Bezeichnung der Blätter.

7) Sollen sie nach dem sechsten Artikel des Reglements den Webern die Blätter besichtigen, ob solche der vorgeschriebenen Einrichtung des fünften Artikels des Reglements gemäß sey? und in diesem Falle solche mit einem sonderbaren kleinen Bär bezeichnen, dafür sie zwey Kreuzer vom Blatt von den Webern zu beziehen haben werden.

### Verzeichniß der Messung einzusenden.

8) Soll jeder bestellte Tuchmesser alle die ihm zubringenden Tücher in ein dazu bestimmtes Buch, mit dem Namen des Webers, der dieselben fabrizirt, fleißig aufschreiben, und dann zu Ende jeden Jahrs, vom ersten September zum ersten September, ein genaues Verzeichniß davon, wie auch der Stücke, welche als fehlerhaft bezeichnet worden, Mnhghrn. den Justiz- und Polizeyräthen franko einschicken, damit dieselben eine gewisse Kenntniß von dem jeweiligen Zustand der Leinwandhandlung erlangen mögen.

### Schleichhändler.

9) Endlich auch auf die Schleichhändler achten, welche ungezeichnete Tücher aufkaufen, und außer Landes führen würden, und selbige gleich den übrigen, so dem Reglement zuwider handeln würden, bey dem ersten Fehler dem Herrn Oberamtmann des Orts, bey dem zweiten Fehler dem Herrn Oberamtmann und Mnhghrn. den Justiz- und Polizeyräthen, zu gemessener Bestrafung verleiden; übrigen dann alles dasjenige erfüllen, was in dem Reglement selbst enthalten ist.



## E i d

## der bestellten Leinwand - Tuchmesser.

Schwört ein bestellter Leinwand - Tuchmesser, weder für sich selbst, noch in Commission für andere, mit Leinwand keineswegs zu handeln, alle die ihnen zubringenden Tücher, in ihrer Qualität und Breite, in eigener Person, nicht durch andere, genau zu untersuchen; die fehlerhaften und allzuschmalen, mit Benbehaltung der im dritten Artikel der Instruktion enthaltenen Erläuterung, ohne Unterschied, unparthenisch, niemand zu lieb noch zu leid, auszuschießen, und solche mit dem Ausdruck: Fehlerhaft, zu bezeichnen; die guten aber mit dem zu der Messung der Leinwand bestimmten Maasstabe, exakt und treulich zu messen, und solche hernach mit dem Ellenmaas per ein halb Stab zusammen den Anfangsbuchstaben seines Namens und dem Namen: Bern, auf beyden Enden zu zeichnen.

Alle die ihm zubringenden Stücke in ein besonderes Buch, samt dem Namen der Weber, fleißig aufzuzeichnen, und zu Ende jeden Jahrs ein getreues Verzeichniß davon, wie auch der Stücke, so als fehlerhaft bezeichnet worden, Mnhghrn. den Justiz- und Polizen-Räthen einzusenden; den Webern ihre Blätter zu besichtigen, ob solche nach der gemachten Einrichtung sich verhalten? und selbige mit dem ihm zustellenden Zeichen zu bezeichnen.

Auch auf die Schleichhändler, welche unbezeichnete Tücher aus dem Lande führen, fleißig zu achten und solche gebührenden Orts zur Bestrafung zu verleiden; auch sonst alle diejenigen Pflichten zu erfüllen, welche in seiner fernern Instruktion enthalten sind. Alle Gefährde vermieden.

## Einführung des obern Ehegerichts.

Wir Schultheiß, klein und große Rätthe des Cantons Bern, thun kund hiermit: Daß Wir für die Aufrechthaltung der Sitten, und die Befestigung des Hausfriedens, so wie der ehelichen Verbindungen, für zweckmäßig zu seyn erachtet haben, die Consistorial-Streitigkeiten den ordentlichen Gerichten wieder abzunehmen, und überhaupt die alte bewährte Einrichtungen unserer Ehegerichte und Ehrbarkeiten wieder einzuführen.

Demnach dann haben Wir auf angehörten Vortrag Unsers kleinen Rathes erkannt, und thun anmit

### v e r o r d n e n :

1. Es soll für den Canton Bern ein oberes Ehegericht eingeführt werden.
2. Das obere Ehegericht besteht aus einem Präsidenten, vier weltlichen und zwey geistlichen Benesizern.
3. Alle diese Mitglieder werden von dem großen Rathe erwählt. Der Präsident aus den Mitgliedern des

kleinen, und die weltlichen Benfizer aus den Mitgliedern des großen Rathes; die geistlichen Benfizer dann aus der Zahl aller stationirten Geistlichen der deutschen Pfarrkirchen in Bern.

4. Um an das obere Ehegericht wählbar zu seyn, muß man entweder verheirathet oder es gewesen seyn.
5. Die Dauer dieser Stellen ist festgesetzt: für den Präsidenten auf ein Jahr, und für die Benfizer auf zwei Jahre.
6. Die Zahl der weltlichen und der geistlichen Benfizer wird aber alljährlich zur Hälfte erneuert. Die erste Erneuerung hat jedoch erst in zwei Jahren statt; wo dann der zweit-gewählte geistliche, so wie der dritt- und viert-gewählte weltliche Benfizer, austreten; ihre erst-gewählten Collegen aber noch ein Jahr länger darinn verbleiben.
7. Die austretenden Mitglieder sollen wieder erwählbar seyn.
8. Um ein Urtheil auszufällen, müssen wenigstens fünf Mitglieder zugegen seyn. Im Fall ihrer nicht so viel seyn könnten, ergänzt es sich selbst.
9. Dem obern Ehegerichte kommen alle die Rechte und Befugnisse zu, welche die Ehegerichts-Satzung von Jahr 1787 dem obern Ehegericht ertheilt.
10. In Fällen von Weitersziehung geht der Refurs vor das Appellations-Gericht.
11. Die Einrichtung der untern Ehegerichte, oder der sogenannten Ehrbarkeiten in den Kirchgemeinden wird ein nachgehendes Gesetz bestimmen.

12. Die Zeit und die Art der Wiedereinführung der Consistorial-Gerichtsbarkeit wird dem kleinen Rathe zu bestimmen überlassen.
13. Gegenwärtiges Reglement soll dem obern Ehegerichte zum Verhalt und zur Einschreibung mitgetheilt werden.

Also beschlossen in Unserer großen Rathsversammlung  
in Bern, den 6. Juny 1803.

Der Amts-Schultheiß,  
R. v o n W a t t e n w y l.  
Namens des großen Raths,  
der Staatschreiber,  
Thormann.

---

## V e r o r d n u n g

### über die Niederlassung und Heirathen von Ausländern.

---

**W**ir Schultheiß, klein und große Räte des Cantons Bern, thun kund hiermit: Damit dem Lande durch Ansiedlung einer großen Anzahl Fremder kein Schaden erwachse, und besonders aus den Heirathen derselben den Gemeinden kein Nachtheil entspringe; so haben Wir, in Aufhebung aller bisher hierüber ergangenen Verordnungen, nachfolgende Vorschriften festzusetzen nöthig befunden, und demnach erkennt:



## Tit. I.

## Niederlassung der Fremden.

1) Jeder Fremde, der sich in dem Canton Bern niederlassen, oder ein Gewerbe auf eigene Rechnung treiben will, ist gehalten, sich zu dem Ende mit einer Niederlassungs-Bewilligung zu versehen.

2) Um diese Bewilligung zu erhalten, wird die Vorweisung glaubwürdiger Zeugnisse der guten Aufführung, so wie die Hinterlegung eines Heimathscheins und einer Summe von 800 Franken erfordert, im Fall der Fremde verheirathet ist.

3) Unter Heimathschein wird ein, von der eigenen Orts-Obrigkeit des Fremden ausgestellter und von seiner Landesregierung gehörig legalisirter, öffentlicher Akt verstanden, wodurch derselbe, gleich wie allfällig dessen Familie, als Angehörige seines Heimathorts erklärt werden, und ihnen die Aufnahme daselbst zu jeder Zeit förmlich zugesichert wird.

4) Die Ertheilung der Niederlassungs-Bewilligungen kommt dem kleinen Rathe zu, welcher jeweilen zu untersuchen und zu entscheiden hat, ob sowohl in Hinsicht des Vermögens, als der dazu erforderlichen Einwilligung der Orts-Behörde, wo der Fremde sich niederzulassen gedenkt, und der übrigen Umstände, sich keine erheblichen Gründe der Aufnahme des Fremden widersetzen.

5) Das Amt und die Gemeinde, in welcher sich der Fremde niederlassen will, sollen in der Bewilligung namentlich ausgesetzt, und so oft der Niederlassungsort von ihm



ihm verändert wird, zu dem Ende eine neue Erlaubniß ausgewirkt werden.

6) Alle Niederlassungs-Bewilligungen sollen alljährlich, bei Strafe der Ungültigkeit, je von dem Oberamtmanne des Orts, hinter welchem der Fremde angesessen ist, visirt werden. Die Oberamt männer werden darüber eine genaue Controlle führen, und dem kleinen Rathe alljährlich einsenden.

7) Die angesessenen Fremden sind ebenfalls verpflichtet, ihre Heimathscheine von zehn zu zehn Jahren in ihrer Heimath erneuern zu lassen.

8) Wenn ein Fremder durch ordnungswidriges und ruhestörendes Betragen in der Gemeinde, in welcher er angesessen ist, sich der erhaltenen Bewilligung unwürdig macht, so soll der Oberamtmanne des Orts die daher einkommenden Beschwerden untersuchen, und unter Vorbehalt des Refurses an den kleinen Rath die angemessenen Verfügungen treffen, und darüber absprechen.

9) Für die Ertheilung jeder Niederlassungs-Bewilligung wird eine Gebühr entrichtet, die je nach den Vermögens-Umständen des Fremden und der Einträglichkeit seines Gewerbes bestimmt, und nicht unter sechszehn aber nicht über fünfzig Schweizerfranken gesetzt werden soll.

10) Für die Erneuerung einer solchen Erlaubniß, welche die Veränderung des Niederlassungsorts nothwendig macht, (§. 5.) wird ohne Unterschied des Vermögens eine Gebühr von vier Schweizerfranken bezahlt.

11) Die in den beiden vorhergehenden Artikeln festgesetzten Gebühren werden von der Kanzley des kleinen

Raths jeweilen bei Herausgabe oder Erneuerung der betreffenden Bewilligungsscheine bezogen.

12) Für das jährliche im sechsten Artikel verordnete Visa dieser Bewilligungen, bezieht der Oberamtmann eine Gebühr von einer Schweizerfranken.

13) Der Heimathschein und die übrigen mit demselben vorgewiesenen Schriften, so wie die Niederlassungs-Bewilligung selbst, sollen in dem Archive derjenigen Stadt- oder Gemeinds-Behörde, auf welche die letztere lautet, aufbewahrt, und im Fall der Fremde verheirathet, noch die Summe von 800 Franken derselben hinterlegt werden.

14) Ohne Niederlassungs-Bewilligung soll keine Orts-Behörde einen Fremden sich in ihrer Gemeinde ansiedeln lassen, indem sie sonst für allen Schaden, der dem Staate oder der Gemeinde daraus erwachsen könnte, verantwortlich seyn, und ihr insonderheit der Unterhalt des Fremden und seiner Familie im Verarmungsfalle zur Last fallen wird.

15) Jeder mit einer Niederlassungs-Bewilligung versehene Fremde ist allen öffentlichen Lasten und Abgaben, sie mögen zu Händen des Staats oder einer Gemeinde auferlegt werden, so wie überhaupt den Gesetzen des Landes, gleich den Cantons-Angehörigen unterworfen, wogegen ihm dann erlaubt ist, sein Gewerbe, gleich den Cantons-Angehörigen, so weit es das Gesetz gestattet, frey und ungehindert zu treiben.

16) Die von den ehemaligen Verwaltungskammern von Bern und Oberland, seit dem Gesetz vom 24. Nov. 1800 erteilten Niederlassungs-Bewilligungen sind anmit

für ein Jahr bestätigt; innert dieser Zeitfrist aber sollen sich alle Fremde, die von bemeldeten Verwaltungskammern einen solchen Niederlassungsschein erhalten haben, bei Unserm kleinen Rathe mit den in gegenwärtiger Verordnung vorgeschriebenen Requisiten um eine neue Bewilligung anmelden. Für eine solche Bewilligung wird nach §. 10. eine Gebühr von vier Franken bezahlt.

17) Falls sie aber dieses innert der bestimmten Zeitfrist eines Jahrs unterlassen, oder die in den Artikeln 2. und 3. vorgeschriebenen Erfordernisse nicht leisten können, so sollen sie in die Klasse derjenigen Landsfremden, die mit keinen Niederlassungs-Bewilligungen versehen sind, gesetzt und als solche behandelt werden.

## T i t. II.

### Heirathen der Fremden.

18) Jeder Fremde, der sich in hiesiger Botmäßigkeit verheirathen will, er mag eine Niederlassungs-Bewilligung haben oder nicht, soll sich bei dem kleinen Rathe um eine Heiraths-Bewilligung anmelden.

19) Ehe ihm dieselbe ertheilt werden kann, muß er, wenn er sich mit einer Cantons-Angehörigen verehelichen will, nebst Hinterlage von 800 Franken, durch die Ortsobrigkeit seiner Heimath, legalisirt durch seine Landesregierung, rechtsgültig bescheinigen, daß sowohl seine Verlobte als seine allfällige Kinder jederzeit daselbst als Angehörige und Bürger werden anerkannt und aufgenommen werden, wie auch, daß er an seinem Heimathsorte mit seiner Verlobten nach der Landesgewohnheit verkündigt

worden sey; jedoch ist dem kleinen Rathe überlassen, in ausserordentlichen Fällen, und wenn die Verkündigungen der Ehen von den Kanzeln in dem Heimathsorte des Fremden nicht üblich seyn sollten, von selbigen Dispensation zu ertheilen, welches aber alsdann in der Heiraths-Bewilligung ausdrücklich bemerkt werden soll.

20) Ohne eine solche Heiraths-Bewilligung ist jedem Pfarrer bey seiner eigenen Verantwortung für alle Folgen, die daraus entstehen könnten, ausdrücklich verboten, die Ehe eines Fremden einzusegnen, oder auch nur die Verkündigung derselben in hiesigem Canton vor sich gehen zu lassen.

21) Die Pfarrer sollen sich dann die Verkündigungsscheine von der Heimath der Verlobten, ihrem gegenwärtigen Aufenthaltsorte, und dem des Fremden zugleich mit gedachter Bewilligung vorlegen lassen, und die Ehe nicht einsegnen, im Falle diese Verkündigungen nicht nach Vorschrift der bestehenden Ehorgerichtssatzung vor sich gegangen wären.

22) Endlich sollen die Pfarrer in den Eheregistern, nebst bisher gewohnter Einschreibung der ihnen vorgelegten Verkündigungsscheine, auch das Datum der Heiraths-Bewilligung bemerken.

23) Die in den beyden ersten Titeln gegenwärtiger Verordnung enthaltenen Vorschriften, sind weder auf die Eidsgenossen noch auf die Angehörigen derjenigen Staaten anwendbar, welche dießorts mit der Schweiz in besondern Verträgen stehen.



## T i t. III.

## Naturalisation der Fremden.

24) Zur Naturalisation oder Erhaltung des Staats-Bürgerrechts in dem Canton Bern, wird die Anschaffung eines Orts-Bürgerrechts in demselben wesentlich erfordert.

25) Kein Landsfremder soll ein Bürgerrecht in dem Canton erwerben können, er habe dann eine ausdrückliche Bewilligung dazu von dem kleinen Rathe erhalten.

26) Zu dieser Bewilligung wird erfordert, daß er seine freye ehrliche Herkunft und gute Aufführung, welcher Religion er zugethan sey, wie auch daß seine Aufnahme sowohl in Absicht auf seinen Beruf als sein Vermögen, dem Lande zum Nutzen diene, durch glaubwürdige Zeugnisse bescheinige.

27) Hat ein Landsfremder nach Befolgung dieser Vorschrift, die Bewilligung zur Anschaffung eines beliebigen Bürgerrechts erhalten, so wird er sich angelegen seyn lassen, innert sechs Monaten Zeit, als während welcher allein die Bewilligung gültig seyn soll, die Zusicherung der Aufnahme in ein Bürgerrecht zu erlangen, und eine rechtskräftige Bescheinigung derselben dem kleinen Rathe einzugeben.

28) In jeder, von einer Gemeinde, in Folge obigen Artikels, einem Fremden zuzustellenden Zusicherung der Aufnahme in ihr Bürgerrecht, soll die bestimmte Erklärung enthalten seyn, und hernach in dem Bürgerbriefe selbst wiederholt werden, daß die Gemeinde sich zur Unterstützung



und Verpflegung des Anzunehmenden sowohl als seiner Nachkommenschaft verpflichte, auf den Fall der eine oder die andern in Dürftigkeit oder Armuth gerathen sollten.

29) Der kleine Rath wird dann untersuchen und sich den Bericht erstatten lassen, ob diejenige Gemeinde die den Fremden in ihr Bürgerrecht aufnehmen will, Vermögens halber im Stande sey, ihn und die Seinigen im Fall der Verarmung zu ernähren.

30) Wenn der kleine Rath, auf diesen eingezogenen Bericht hin, dem Fremden die Naturalisation bewilligt, so soll die Gemeinde, welche ihn in ihr Bürgerrecht aufgenommen hat, dessen berichtet, und sie aufgefordert werden, seinen Bürgerbrief nach dem vorgeschriebenen Formular auszufertigen, und dem kleinen Rathe durch ihren Oberamtmann zu übersenden.

31) Sobald dieser Bürgerbrief in gehöriger Form eingelangt seyn wird, so soll auch der Naturalisations-Akt nach der erteilten Vorschrift ausgefertigt, und dem Fremden, auf geleisteten Eid der Treue und des Gehorsams in die Hände des betreffenden Oberamtmanns, zugestellt werden.

32) Für die Ausfertigung des Naturalisations-Akts soll eine Gebühr von achtzig Schweizerfranken bezahlt werden.

33) Gegenwärtige Verordnung soll gedruckt, und zu Jedermanns Verhalt an den gewohnten Orten öffentlich angeschlagen werden.

Gegeben in Unserer großen Raths-Versammlung,  
den 5. Christmonats 1803.

Der Amts-Schultheiß,  
N. v o n W a t t e n w y l.  
Namens des großen Raths,  
der Staatschreiber,  
T h o r m a n n.

### Formular,

nach welchem die Bürgerbriefe ausgefertigt  
werden sollen.

Wir . . . . der { Stadt  
                                  Gemeinde } N. . . . .  
Amts N. . . . . thun kund hiermit, daß N. N. . . .  
des N. N. . . . . Sohn, gebürtig von N. . . . .  
sich bey Uns dahin beworben, daß Wir ihn samt seiner  
Frau und . . . . . zu Bürgern  
dieser { Stadt  
                                  Gemeinde } annehmen möchten, unter dem Ver-  
sprechen: sich überall sowohl den obrigkeitlichen Verord-  
nungen, als aber auch Unsern besondern Vorschriften und  
Reglementen zu unterziehen, und denselben pünktlich nach-  
zuleben, so wie auch die für seine Annahme schuldige  
Summe zu bezahlen.

Nach eingezogenen glaubwürdigen Berichten nun,  
sowohl über die freye ehrliche Herkunft, Aufführung des

Impetranten und Religion, als über desselben Rechtschaffenheit, haben Wir in dieses Begehren eingewilligt, und daher den obvermeldeten N. N. . . . zu einem Bürger und Angehörigen der  $\left\{ \begin{array}{l} \text{Stadt} \\ \text{Gemeinde} \end{array} \right\}$  N. . . . auf- und angenommen. Und zwar soll sich diese Annahme nicht allein auf ihn, sondern auch auf seine Ehefrau, und überhaupt alle und jede seine wirkliche und zukünftige Abkömmlinge, beziehen; so daß dieselben, unter obigen Bedingen, aller bürgerlichen Rechte und Freheiten, gleich den übrigen Bürgern, theilhaftig seyn sollen, so lange sie sich denjenigen Obliegenheiten und Pflichten unterziehen werden, die ihnen sowohl gegen die Obrigkeit als gegen die  $\left\{ \begin{array}{l} \text{Stadt} \\ \text{Gemeinde} \end{array} \right\}$  N. N. . . . von welcher er zum Bürger ist angenommen worden, gleich ihren andern Bürgern und Gemeindsgenossen auffallen.

Diese Annahme ist Unserer Seits beschlossen worden gegen eine Finanz von . . . . welche der N. N. zu Unserer Zufriedenheit bezahlt hat, wofür Wir denselben anmit bestens quittiren.

Alles jedoch mit dem ausdrücklichen Vorbehalte der von dem kleinen Rathe des Cantons Bern zu erhaltenden Genehmigung und Naturalisation.

In Kraft dieses Bürgerbriefs, der unter Aufdrückung Unsers  $\left\{ \begin{array}{l} \text{Stadt-} \\ \text{Gemeinde-} \end{array} \right\}$  Insiegels durch Unsern Sekretarium ausgefertigt worden ist.

## G e s e h über die Administration der Waldungen.

**W**ir Schultheiß, klein und große Rätthe des Cantons Bern, thun kund hiermit:

Als dann Uns abseits Unsers kleinen Rathes vorge-  
tragen worden: daß, seit der im Jahr 1798 erfolgten  
Staatsveränderung, sich sowohl Gemeinden als Partikulare  
geweigert haben, theils die Administration der Cantons-  
Verwaltung über Waldungen anzuerkennen, die vor diesem  
Zeitpunkt, es seye in Betreff der Holz-Bewilligungen oder  
sonsten, unter der Aufsicht und Verwaltung der Amtleute  
Namens des Staats gestanden, theils die auf selbigen  
gehafteten Nutzungen des Staats zu leisten oder ausüben  
zu lassen; Wir — in Betrachtung gezogen einerseits, daß  
der Staat nicht durch Widersetzlichkeit und muthwillige  
Auftritte um seine Besitzungen und Rechte gebracht werden,  
andrerseits aber auch Niemanden der Weg versperrt werden  
solle, Beschwerden über beglaubte Beeinträchtigung seiner  
Rechte gebührenden Orts anzubringen —

### v e r o r d n e n :

§. 1. In Betreff der Waldungen soll alles wieder  
in denjenigen Stand und auf denjenigen Fuß zurückgesetzt  
seyn, wie es vor dem Jahre 1798 war, so daß alle Wal-  
dungen, die damals unter der Administration des Staats

sich befunden, denselben von nun an wieder unterworfen seyn, und alle Rechte und Nuzungen, welche der Staat oder seine Beamten in den Waldungen gehabt, ihm ungehindert wieder zukommen sollen.

§. 2. Im Falle Jemand, es seyen Gemeinden oder Partikulare, beglaubt wäre, gegen eine dießörtige vor dem Jahr 1798 statt gehabte Einrichtung begründete Beschwerden führen zu können, so bleibt ihm unbenommen, selbige anzubringen.

§. 3. Dieß soll aber vor allem aus an den kleinen Rath geschehen, welcher sodann die Sache reiflich untersuchen, und auf die eingelangten Beschwerden entweder die angemessen findende Rücksicht nehmen, oder selbige, mit hinlänglichen Gründen begleitet, von der Hand weisen wird.

§. 4. Falls diejenigen, welche die Beschwerden geführt haben, die Sprüche des kleinen Raths über das streitige Eigenthum nicht annehmen wollen; so sind sie gehalten, innert der Frist von drey Monaten, von der Eröffnung der Erkenntniß an, jedoch mit Ausnahme der beschlossenen Zeit, vor dem kompetirlichen Civil-Richter mit ihrer Klage einzulangen.

§. 5. Geschieht dieses nicht, so soll es angesehen werden, als wenn die betreffende Parthen die Verfügung des kleinen Raths unbedingt angenommen und sich selbiger unterzogen hätte.

§. 6. Bis eine entsprechende Verfügung von Unserm kleinen Rathe, oder ein in Kraft erwachsenes Urtheil zu Gunsten der Kläger erfolgt ist, soll es bey dem Inhalt



des §. 1. der gegenwärtigen Verordnung sein unabänderliches Verbleiben haben.

§. 7. Diese Verordnung soll jedoch diejenigen Fälle nicht betreffen, welche seit dem Jahr 1798 von der helvetischen Regierung oder der Verwaltungskammer, es sene zu Gunsten des Staats oder der Ansprecher entschieden worden, als welche Erkenntnisse in ihrem Werthe bestehen sollen.

§. 8. Gegenwärtige Verordnung soll zu Jedermanns Wissenschaft und Verhalt abgedruckt, von den Kanzeln verlesen, und an gewohnten Orten angeschlagen werden.

Gegeben in Unserer großen Raths-Versammlung,  
den 5. December 1803.

Der Amts-Schultheiß,  
N. v o n W a t t e n w y l.  
Namens des großen Raths,  
der Staatschreiber,  
T h o r m a n n.

---

## V e r o r d n u n g

### über den Jahreswechsel, die Amtsdauer und Ergänzungsart der Regierungs-Stellen.

---

**W**ir Schultheiß, klein und große Rätthe des Cantons Bern, thun kund hiermit:

Demnach der Zeitpunkt eingetroffen ist, wo in Betreff des Jahreswechsels, der Amtsdauer und der Wieder-

ergänzung verschiedener Stellen in der Regierung die erforderlichen Bestimmungen festgesetzt werden müssen; als haben Wir auf den Vortrag Unsers kleinen Rathes beschlossen und erkennt, was von einem zum andern folget, und thun somit

### v e r o r d n e n :

1. Alle Stellen in und bey der Regierung, welche einem bestimmten Wechsel unterworfen oder auf eine gewisse Zeit von Jahren beschränkt sind, und die von Uns, dem großen Rathe, besetzt werden, gehen vom ersten Jenner bis zum letzten December.

2. Wer eine solche Stelle im Laufe des Jahrs antritt, dem wird die Bruchzeit bis zum letzten December nicht angerechnet, sondern er ist anzusehen, als ob er seine Stelle erst mit dem nächstfolgenden ersten Jenner angetreten hätte.

3. Alle Stellen nun, welche im Laufe des Jahres 1803 von dem großen Rathe sind besetzt worden, berechnen mithin erst mit dem ersten Jenner 1804 ihren Amtsantritt.

4. Die Erneuerung des kleinen Rathes und aller andern Stellen, die von dem großen Rathe besetzt werden, geschieht gewöhnlicher Weise zu der Zeit seiner ordentlichen Herbstsitzungen.

5. Ausserordentlicher Weise wird der große Rath zu keiner Besatzung zusammen berufen, als wenn eines der beyden Schultheissen-Aemter oder das Secfelmeister-Amt durch Tod oder Beförderung verlediget würde, als welchen Falls dessen Zusammenberufung längstens inner zehn Tagen, von der Beerdigung an, statt haben soll.

6. Keines dieser drey Aemter kann aber wieder besetzt werden, es sey denn vorerst der kleine Rath selbst ergänzt worden: indem diese Aemter aus seiner Mitte zu besetzt sind.

7. Kein von dem großen Rathe ernannter Beamter kann seine Stelle anderswo aufgeben, als bey dem großen Rathe selbst, noch auch zu einer andern Zeit, als bey dessen ordentlichen Frühlings- oder Herbst- Sitzungen.

8. Beförderungen zu andern Stellen sind aber keineswegs als Aufgaben anzusehen, und mögen daher zu jeder Zeit statt haben. Die durch Beförderung verledigten Stellen werden jedoch, wo nichts besonders vorgeschrieben ist, erst in der nächstfolgenden ordentlichen Sitzungszeit des großen Rathes wieder besetzt.

9. Alle weiter beförderten Beamten fahren noch so lange fort, die ihnen von dem großen Rathe anvertrauten Stellen zu bekleiden, bis dieselben anders werden besetzt worden seyn, es sey denn, daß sie ihre neu erhaltene Stelle schon früher antreten müßten. Sie beziehen auch für die Zeit, während welcher sie noch in Funktion stehen, den marchzähligen Betrag der für ihre inngesessene Stelle ausgesetzten Besoldung.

10. Die sieben und zwanzig Mitglieder des kleinen Rathes werden alle zwey Jahre zu einem Drittel erneuert. Die zwey ersten Male, also für die Jahre 1806 und 1808, wird dieser Drittel durch das Loos bestimmt: nachher besteht er stets aus den neun ältesten Mitgliedern des kleinen Rathes. Da die austretenden Mitglieder stets wieder erwählbar sind; so ist dem Staatsrathe überlassen, einen

einfachen oder doppelten Vorschlag dem großen Rathe vorzutragen, welcher aber denselben in beiden Fällen nach seinem Gutfinden vermehren kann.

11. Die Dauer des Seckelmeister - Amtes wird — in sofern der Seckelmeister so lange ein Mitglied des kleinen Rathes bleibt — auf sechs Jahre gesetzt; der austretende Seckelmeister kann aber wieder auf den neuen Vorschlag gebracht werden.

12. Die Stelle des Staatschreibers wird alle sechs Jahre aufs neue vergeben. Der wirkliche Staatschreiber kann stets wieder vorgeschlagen werden, und es wird dem Staatsrathe überlassen, einen einfachen oder doppelten Vorschlag dem großen Rathe vorzutragen, welcher aber denselben in beiden Fällen nach seinem Gutfinden vermehren kann.

13. Die Stellen am Appellationsgerichte währen zwölf Jahre lang. Alle zwei Jahre treten zwei, und je im zwölften Jahre drei Mitglieder aus. Bis alle Mitglieder diekehr gemacht, wird — und zwar das erste Mal für 1806 — durch das Loos bestimmt, wer austreten soll; nachher treten immer die Ältesten im Range aus. Die Austretenden können wieder auf den neuen Vorschlag gebracht werden.

14. Wer außerordentlicher Weise in den kleinen Rath oder in das Appellationsgericht befördert wird, der tritt wegen des Austritts in diekehrordnung seines Vorgängers.

15. Mit den Stellen am obern Ehegerichte soll es sich eben so verhalten, wie hier wegen des Appellations-

gerichts vorgeschrieben ist, ausser daß nach der Verordnung vom sechsten Junius 1803 der Präsident alle Jahre, die übrigen Mitglieder dieses Tribunals aber alljährlich zur Hälfte erneuert werden sollen, wie des mehrern in dieser Verordnung enthalten ist.

16. Das Amtsjahr der von dem großen Rathe erkannten und von dem kleinen Rathe abhängenden Stellen der Oberamtleute, so wie ihrer Amtsrichter, geht nicht mit dem bürgerlichen Jahre, sondern jeweilen von dem ersten Merz bis zum letzten Hornung des folgenden Jahres.

17. Alle wirklich erwählten Oberamtleute und Amtsrichter fangen ihr erstes Amtsjahr erst mit dem künftigen Jahre an, und sind demnach anzusehen, als ob sie ihre Aemter mit dem ersten Merz 1804 angetreten hätten.

Gegeben in Unserer großen Rathversammlung, in Bern, den 7. December 1803.

Der Amts-Schultheiß,  
N. v o n W a t t e n w y l.  
Namens des großen Rathes,  
der Staatschreiber,  
T h o r m a n n.

---



## G e s e h ü b e r d e n S t e m p e l.

**W**ir Schultheiß, klein und große Rätthe des Cantons Bern, thun kund hiermit:

Demnach Wir aus dem Vortrage Unsers kleinen Rathes entnommen, daß einerseits die Entblößung Unsers Finanz-Zustandes nicht erlaube, die eingeführte und nunmehr dem Canton heimgefallene Stempelgebühr zu erlassen, andrerseits bey derselben mehrere Veränderungen anzubringen seyen, welche dieselbe weniger beschwerlich machen und dem Staate zum Nutzen gereichen werden, Wir Uns aus diesen Gründen bewogen gefunden haben, festzusetzen und zu verordnen, was hiernach folget; demnach dann

### v e r o r d n e n:

1. Alle Akten, Dokumente und Zeugnisse, Rechts- und Theilungsschriften, Verkommnisse, Schuldverschreibungen, Quittungen, Bittschriften und Vorstellungen jeder Art, wenn sie vor dem Richter einige Gültigkeit haben oder einer obrigkeitlichen Behörde oder Beamten vorgezeigt werden sollen, müssen fernerhin auf Stempelpapier geschrieben seyn. Allen obrigkeitlichen und richterlichen Behörden bleibt fernerhin verboten, auf ungestempelte Schriften, die nicht in nachstehender Ausnahme begriffen sind, einige Rücksicht zu nehmen, über dieselben das Recht zu öffnen, oder dieselben ins Recht legen zu lassen.

2. Von

2. Von dem Stempel bleiben fernerhin enthoben: alle Gegenstände von zwanzig Franken am Werthe und darunter; alle von Amts wegen von einer obrigkeitlichen Behörde an die andere gerichteten Akten, Schreiben oder Empfangscheine; die Rechnungen über Kirchen- und Armengüter; die Geldtags-Rödel; die Protokolle der Notarien; die Register, Handlungs- und Hausbücher, und der Briefwechsel; die von der Fremde auf Fremde und Einheimische gezogene und hier quittanzirte Wechselbriefe; alle Bittschriften um eigentliche Almosen, die von den Oberamtleuten eingesendet werden; und endlich diejenigen Vogts-Rechnungen, wo das fruchtbare Vermögen die Summe der zehntausend Franken nicht übersteigt.

3. Auf den ersten Jänner 1804 soll das Stempelpapier mit dem Bernerischen Stands-Wappen, dem Preise des betreffenden Papiers, und im Papier selbst mit den Worten: Canton Bern, Stempel, bezeichnet seyn, und zu folgenden Preisen in den Amtsschreiberenen verkauft werden: groß Doppel-Folio, der Bogen zu fünf Bogen; geringer Doppel-Folio, der Bogen zu drei Bogen; einfach Folio, zu zwei Bogen; ein Quartblatt zu einem Bogen; ein Oktavblatt zu fünf Rappen.

4. Weil aber dieses neue Papier bis auf den ersten Jänner 1804 nicht zugerüstet seyn kann, so bleibt dem kleinen Rathe die Bestimmung des Zeitpunkts der Einführung desselben überlassen. Bis dahin und vom ersten Jänner 1804 soll alles helvetische Stempelpapier, das in unserm Canton verbraucht wird, mit einem kleinen farbigen, das Bernerische Standswappen ausdrückenden Stempel, der zugleich den Preis des Papiers nach der neuen Lage anzeigen wird, bezeichnet werden.

5. Diejenigen Partikularen, welche anderes Papier, als das von der Regierung verkaufende, wollen stempeln lassen, können dasselbe dem Stempelamte zustellen, allwo es gegen Erlegung der seiner Größe angemessenen Gebühr mit dem Stempel versehen werden wird.

6. Der durch die helvetischen Gesetze eingeführte stufenweise Stempel ist aufgehoben, und somit einem jeden freigestellt, nach Belieben eine der obigen Arten Stempelpapier zu gebrauchen. Die Notarien sollen aber zu Ausfertigung aller Arten von Kontrakten und Instrumenten kein anderes Stempelpapier gebrauchen, als von dem großen Doppel-Folio, der Bogen zu fünf Bazen; für bloße Zeugnisse, Lebensscheine, Abschriften und dergleichen dann mögen sie sich des geringen Stempelpapiers bedienen.

7. Der Stempel für Zeitungen und Wochenblätter, Ankündigungen und Berichtzettel ist gesetzt: auf zwey Rappen von jedem Folio-Bogen, und einen Rappen von jedem Quart-Bogen. Unserm kleinen Rathe bleibt überlassen, Zeitungen und Wochenblätter gegen Entrichtung einer bestimmten und angemessenen jährlichen Summe des Stempels zu entheben. Auch bevollmächtigen Wir Unsern kleinen Rath, fremde und äussere Zeitungen mit einer allfällig auch stärkern Stempelabgabe zu belegen. Auf jedes Kartenspiel wird ein Bazen Stempelabgabe gelegt.

8. Betreffend die Viehscheine, so sollen dieselben auf die geringste Art von Stempelpapier gedruckt, und ein Schein für ein Stück Vieh zu drey Rappen, einer für zwey Stücke zu fünf Rappen, und einer für drey oder mehrere Stücke zu einem Bazen verkauft werden.

9. Die Einnahme von den Viehscheinen soll ohne Abzug für die Kosten des Papiers und des Stempels, in eine besondere Kasse gelegt werden, bis über eine im Wurf liegende Vieh-Assuranzkasse von Uns verordnet seyn wird. Ueber die dießörtige Einnahme soll Uns alljährlich die Rechnung vorgelegt werden.

10. Da auf den ersten Jänner 1804 der Gebrauch des neuen Stempels seinen Anfang nehmen soll, so wird auf diese Zeit das bisherige Stempelpapier als ungültig anzusehen seyn. Dasselbe mag aber während Monatsfrist in den Amtschreibern gegen neues Stempelpapier für den gleichen Werth an Gelde, ohne Unkosten ausgewechselt werden.

11. Für die Zeitungen, Wochenblätter, Ankündigungen und Berichtzettel, welche ungestempelt ausgegeben würden, bleibt die Strafe auf den zehnfachen Werth des betreffenden Stempelbetrags von jedem ungestempelt ausgegebenen Bogen gesetzt.

12. Auf jedes ungestempelte Kartenspiel wird eine Buße von zehn Bazen gesetzt. In allen Fällen ist der Platzgeber dafür verantwortlich.

13. Von diesen Bußen soll die Hälfte dem Verleider und die andere Hälfte den Armen des Orts zukommen, und Unsere Oberamt männer sollen angewiesen seyn, die dießörtigen Frevel nach dieser Verordnung zu bestrafen.

14. Wir begwältigen Unsern kleinen Rath, ungestempelte Schuldverschreibungen von einem spätern Datum als das helvetische Stempelgesetz, zu einem Visa an Stem-



pelsstatt zuzulassen, gegen Erlegung einer Buße von fünf vom Hundert des betreffenden Capital-Werths.

15. Die Verfälschung des Stempels und Stempelpapiers soll gleich wie Falschmünzerei bestraft werden.

16. Alle dießörtigen Veranstellungen, die Vollziehung und Handhabung dieser Verordnung, so wie die Bestimmung der Ausgaben für Anschaffung, Verfertigung und Verkauf des Stempelpapiers sind Unserm Kleinen Rathe aufgetragen.

17. Durch diese Verordnung sind alle ältern ihr widersprechenden Gesetze aufgehoben.

18. Gegenwärtige Verordnung soll gedruckt, zu Jedermanns Verhalt von den Kanzeln verlesen, und an den gewohnten Orten angeschlagen werden.

Gegeben in Unserer großen Raths-Versammlung,  
den 12. und 14. December 1803.

Der Amts-Schultheiß,  
N. v o n W a t t e n w y l.

Namens des großen Raths,  
der Staatschreiber,  
T h o r m a n n.

---



## Appellations-Gericht;

dessen

### Competenz, Attribute und reglementarische Vorschriften.

Wir Schultheiß, klein und große Räte des Cantons Bern, thun kund hiermit: Daß Wir, nach angehörtem Vortrage des kleinen Rathes zu Organisation des Appellations-Gerichts, welches in Folge der Mediations-Akte, Kap. 4. Tit. II. §. 9. in höchster Instanz über alle bürgerlichen und peinlichen Rechtsfälle urtheilen soll, diejenigen Artikel bestimmt und festgesetzt haben, welche hiernach folgen.

#### Tit. I.

#### Competenz und Attribute.

§. 1. Das Appellations-Gericht urtheilt in Folge der Constitution in bürgerlichen und peinlichen Rechtsfällen, die die Competenz der untern Instanzen übersteigen, und in letzter Instanz vor dasselbe gebracht werden, worunter auch alle Consistorial-Händel und Frevel-Sachen begriffen sind, endlich ohne fernere Weitersziehung.

§. 2. Ihm gebührt auch der rechtliche Entscheid in ober-waisenrichterlichen Verfügungen, als: Bevogtung der Mehr-jährigen, Manumission der Minderjährigen, und andern

Streitigkeiten dieser Art, die rechtlich bestritten und von dem Ausspruche der Amtsgerichte weiters gezogen werden.

§. 3. Es bestellt alle Anwälde und Agenten, die in Absicht ihres Berufes völlig unter seiner Aufsicht und allfälligen Bestrafung stehen.

§. 4. Ihm liegt die Pflicht ob, die strafwürdigen Handlungen der öffentlichen Notarien bey der obern Polizen- Behörde, welcher die Prüfung und Ernennung derselben zukommt, anzuzeigen.

§. 5. Alle Vorschriften, welche die Competenz des Appellations- Gerichts näher bestimmen sollen, und alle Streitigkeiten, die darüber entstehen könnten, gehören in Folge der constitutionellen Selbstständigkeit des Tribunals, einzig und allein vor den großen Rath.

## T i t. II.

### Regl. mentarische Vorschriften.

§. 6. Das Tribunal ist gesetzlich versammelt, wenn wenigstens acht Mitglieder beisammen sind, und ein Präsident.

§. 7. In Abwesenheit des Schultheissen wird es von dem erst-erwählten anwesenden Richter präsidirt.

§. 8. Der jeweilige Präsident hat nur bey gleich getheilten Stimmen die entscheidende Stimme, und kann seine Meinung nur alsdann eröffnen, wenn er von einem Mitgliede des Tribunals dafür ersucht wird.

§. 9. Keinem Mitgliede des Appellations- Gerichts soll gestattet seyn, einige Protestation gegen die Stimmenmehrheit ins Protokoll tragen zu lassen.

§. 10. Die Richter sollen abtreten in allen Fällen, wo sie selbst oder ihre Anverwandte ein unmittelbares Interesse haben oder nach ihrer Eidespflicht sich verspüren. Die Anverwandtschaft begreift die auf- und absteigende Linie, und in der Seitenverwandtschaft sowohl von Blut als der Schwägerschaft bis und mit Einschluß des dritten Grades; wobei die Verwandtschaft, die von abgeschiedenen Eheleuten herrührt, und auch die, welche nur von einem Bande sind, einbegriffen seyn sollen.

§. 11. In allen Civil- und geringern Criminal-Fällen soll die Mehrheit der anwesenden Mitglieder überhaupt den Entscheid geben; in denen aber, die eine Capital-Strafe, oder eine mehr als zwanzigjährige Einschließung oder Landesverweisung mit sich bringen, soll die Mehrheit des vollzähligen Tribunals rechtlich entscheiden.

§. 12. Sollte unvorhergesehener Weise, in Beurtheilung eines Criminal-Falles, eine Stimme von dem Tribunal zu einer Todesstrafe fallen; so soll dieselbe aufgeschoben werden, bis nach Vorschrift der Vermittlungs-Akte die erforderlichen vier Rathsglieder hereinberufen werden können, so wie auch in dem Falle, wenn der öffentliche Ankläger bey der untern Instanz seinen Schluß auf eine Todesstrafe gezogen hätte, wenn schon selbige nicht erkannt worden wäre.

§. 13. Wenn in Criminal-Fällen nach ausgefallter Urtheil neue wesentliche Umstände zum Vorschein kommen, die in der verführten Prozedur nicht enthalten sind; so ist das Tribunal befugt, eine neue Untersuchung veranstalten und

befindenden Falls die Vollziehung der ausgefallten Sentenz suspendiren zu lassen.

§. 14. Dem Appellations-Gericht ist überlassen, zu Beschleunigung der Criminal-Geschäfte aus seiner Mitte einen Referenten zu ernennen, welchem die Untersuchung und Vervollständigung der einlangenden Criminal-Prozeduren zustehen soll. Für die daherigen Verrichtungen bezieht dieser Referent, ausser seinem Gehalte als Appellations-Richter, noch eine jährliche Zulage von achthundert Franken.

§. 15. Alle vor dem Appellations-Gericht fallenden Gerichts-Emolumente sollen dem Staate verrechnet werden.

§. 16. Das Tribunal ernennt seinen Gerichtsschreiber und Weibel.

Gegeben in Unserer großen Raths-Versammlung,  
den 21. December 1803.

Der Amts-Schultheiß,  
R. v o n W a t t e n w y l.  
Namens des großen Raths,  
der Staatschreiber,  
T h o r m a n n.

---



# V e r o r d n u n g

z u

## Verkürzung der Prozeßform.

**W**ir Schultheiß, klein und große Räte des Cantons Bern, thun kund hiermit:

Daß, obgleich Wir Uns haben überzeugen müssen, daß die wesentliche Ursache der Bervielfältigung der Prozesse, der Weitläufigkeit und der Verwirrung des Rechtsganges, nicht sowohl in dem Gesetz selbst, als vielmehr im Mißbrauche des Gesetzes und der in den letzten Jahren eingerissenen Polizenlosigkeit liege, wogegen durch ein Reglement Vorsehung gethan werden soll; Wir jedennoch, nach vorgegangener Untersuchung, folgende Abänderungen und Einschränkungen in der im dritten Theile der Gerichtssatzung enthaltenen Prozeßform selbst, zur Verkürzung des Rechtsgangs zweckmäßig erachtet, und daher gesetzlich verordnet haben:

1. In Aufhebung des im IV. Titel des III. Theils der Gerichts-Satzung enthaltenen, in den zwei und zwanzig ersten Satzungen dieses Titels beschriebenen, weitläufigern Anklage - Rechts soll die in der 23. Satzung desselben Titels Seite 348 gestattete verkürzte Form für die Zukunft im ganzen Canton gesetzliche Regel machen.

2. Eben dieselbe Verkürzung soll in Zukunft auch in der gastrechtlichen Form beobachtet werden, so daß, in



Aufhebung der sechsten Sakung Seite 458 und der siebenten und achten Sakung Seite 459 für die Zukunft im ganzen Canton die in der neunten Sakung Seite 459 gestattete verkürzte Form in Gastweise gesetzliche Regel machen soll.

3. Die Kosten aller, der Klage vorhergehender, dieselbe zubereitender Vorkehren, eben so wie der im Lauf eines Prozesses gemachten Zwischen = Begehren oder Einwendungen, worunter jedoch die zerstörlischen Einwendungen nicht begriffen sind, sollen zu den Kosten der Hauptsache geschlagen, und bis zu derselben Entscheid eingestellt werden, in sofern die Gegenparthen in der ihr anbe-  
raumten gesetzlichen Frist, dem Schluß eines solchen Begehrens oder Einwendung sich unterzieht.

4. In allen Inzidental - Prozeduren, in welchen die Thatsache unmittelbar auf den bisherigen Akten beruht, soll weder Bescheid noch Gegenbescheid, viel weniger dann Replik und Duplik, gestattet, und sofort über Klage und Antwort, ohne fernern Schriftwechsel, mit Ausnahme jedoch der einfachen Vorladung zum Abspruche, abgeurtheilt werden.

5. Die Ertheilung des Gastrechts, von welcher die erste, zweite und dritte Sakung, Seite 457, handeln, ist allerdings in der Competenz des Oberamtmanns; nur allein der Abschlag einer solcher Bewilligung mag, und zwar in gastgerichtlichem Termin, weiters gezogen werden.

6. Die Bewilligung des Rechts der Armen liegt gänzlich in der Competenz des Oberamtmanns; so daß darüber in keinem Falle die Wettersziehung statt haben kann.

7. So oft der Richter eine Parthen um einen Tag- oder Erscheinungs-Kosten verfällt, so soll von deswegen kein Kostenverzeichnis ausgefertigt, sondern der Tag- oder Erscheinungskosten auf der Stelle durch den nämlichen Richter ohne Weitersziehung und ohne Sportelgebühr bestimmt werden.

8. Ueber alle Schuld- und Rechtsversicherungs-Fragen, welche nach der 6ten Sitzung Seite 218, und Sitzung 1—8. Seite 356—359 vor dem Richter aufgeworfen werden können, soll bloß eine mündliche Verfechtung stattfinden, und hierauf an dem nämlichen Sitzungstage richterlich abgesprochen werden, diejenigen Fälle ausgenommen, in welchen der durch die 8te Sitzung Seite 219 gestattete Beweis eintrittet.

9. Falls die Ansprache selbst nicht unter der erstinstanzlichen Competenz ist, so muß die untenliegende Parthen, wenn sie sich der ausgefallten Erkenntniß nicht unterziehen will, auf der Stelle den Refurs begehren.

10. Innert 14 Tagen muß der Refurrent sich bey dem Präsidenten der obern Behörde um die Tags-Ansetzung zum oberinstanzlichen Abspruche melden, welcher Abspruchstag jeweilen innerhalb Monatsfrist angesetzt werden soll; so daß eine Schuld- und Rechtsversicherungs-Frage ordentlicher Weise nicht länger als sechs Wochen (die allfällig eintretende beschlossene Zeit nicht einbegriffen) rechts-hängig seyn kann.

11. Die obigen, dem Refurrent vorgeschriebenen Termine sind fatal, und die Versäumniß des einen oder

des andern hat die Erßigung der erßtanzlichen Erkenntniß zur Folge.

12. Gegenwärtige Verordnung soll von dem 13. Jenner 1804 an in Vollziehung gesetzt, und zu diesem Ende allen Gerichtsstellen des Cantons alsofort im Drucke und in hinlänglicher Anzahl zugesendet werden.

Gegeben in Unserer großen Rathssversammlung, den 19. 21. und 24. Dezember 1803.

Der Amts - Schultheiß,  
A. v o n W a t t e n w y l.  
Namens des großen Raths,  
der Staatschreiber,  
T h o r m a n n.

## Instruktion für die Untergerichte.

**W**ir Schultheiß, klein und große Rätthe des Cantons Bern, thun kund hiermit: Daß, nach angehörtem Vortrage Unsers kleinen Raths, Wir über die nähere Bestimmung der Obliegenheiten und Befugnisse, welche den durch Unsere Verordnung vom 15. 17. und 20. Juny 1803 niedergesetzten Untergerichten ertheilt worden sind, sowohl als über die Art und Weise, wie sie solche in Ausübung zu bringen haben, endlich dann über die zu Befestigung des allgemeinen Credits

ben gewissen Verhandlungen und Verhältnissen von daher zu beobachtenden Förmlichkeiten bestimmt und festgesetzt haben, was hienach folget. Demnach dann Wir

### v e r o r d n e n :

1. Nach Anleitung der §§. 70. und 75. des Gesetzes vom 20. Juny 1803 und in näherer Bestimmung derselben, soll den Untergerichten die Fertigung aller Handänderungen um Liegenschaften, die in ihrem Bezirk liegen, so wie auch aller Verhandlungen, durch welche ein Unterpfandsrecht auf ein in ihrem Bezirk liegendes Grundstück aufgerichtet wird, ferner die Freyungen, und endlich die Homologation der Testamente und anderer letzten Willensverordnungen obliegen.

2. Neben diesen Berrichtungen soll ihnen auch die Befugniß und Obliegenheit übertragen seyn, andere rechtliche Verhandlungen, sie mögen in einseitigen Erklärungen oder in Vorträgen bestehen, auf das Begehren der betreffenden Personen zu beurkunden.

3. Ausser diesen ihnen angewiesenen Berrichtungen, sollen sich dieselben jeder Ausübung einiger Gerichtsbarkeit enthalten.

4. Die in den §§. 1. und 2. ihnen übertragenen Rechte und Obliegenheiten werden die Gerichte auf die durch das gegenwärtige Gesetz vorgeschriebene Weise ausüben.

5. Alle Handänderungen um Liegenschaften, die durch Kauf, Tausch oder Schenkung, oder auch durch Theilung, geschehen, sollen längstens bey der zwayten



ordentlichen Sitzung des Gerichts, in dessen Bezirk dieselben gelegen, von den kontrahirenden Parthenen, oder von ihren mit gehörigen Vollmachten versehenen Procurirten, in ihrem ganzen Inhalte vor demselben angegeben, und die Wahrhaftigkeit der Verhandlung in die Hände des Gerichts-Präsidenten angelobt werden; bey Strafe, unterlassenden Falls, der Ungültigkeit der Handlung, und höherer Ahndung, im Fall Gefährde dabey unterlaufen sollte.

6. Wenn bey einer solchen Verhandlung die Grundstücke, auf welche sie sich beziehet, in verschiedenen Gerichtsbezirken liegen, so soll die Fertigung derselben für die betreffenden Grundstücke vor jedem Gericht anbegehrt und ertheilt werden.

7. Wenn der Fertigung eines solchen Contrakts keine Hindernisse im Wege stehen, so soll den Parthenen über die beschriebene Angabe und erstattete Gelübde, von dem Gerichte eine Urkunde zugefertiget, und dasselbe dem auf übliche Weise errichteten Instrumente einverleibt, auch dieses letztere in das für den Gerichtsbezirk bestimmte Contrakten-Protokoll in der Amtsschreiberey einzuschreiben erkannt werden.

8. Gleicher Gestalt, wie die freywilligen Käufe um Liegenschaften, sollen auch die Gant- und Geldstags-Steigerungs-Käufe vor dem Gerichte des Orts, wo die Liegenschaften gelegen sind, gefertigt werden. Diese Fertigung soll aber lediglich auf die amtliche Mittheilung des Steigerungs-Briefs hin, die der Gant- und Geldstags-Sekretair uneingelegt zu besorgen hat, geschehen; unterlassenden



Falls bey Strafe der Verantwortlichkeit für allen daraus entstehenden Schaden und Nachtheil für die saumseligen Beamten, so wie auch höherer Ahndung, wenn Gefährde dabey unterlaufen wäre.

9. Bey Gantkäufen um Liegenschaften, welche von den Gläubigern selbst bestanden werden, soll die durch die Satzung 25. Seite 256 vorgeschriebene Zubekennntniß vor dem Untergerichte gesucht und ertheilt, und sofort auch die Handlung vor demselben gefertigt werden.

10. Bey Arrest-Zubekennntnissen von liegenden Gütern soll derjenige, der eine solche erhalten, vor dem Gerichte des Orts, mittelst Einlegung der daherigen Urkunde, die Anzeige davon thun, und sich darüber eine Urkunde zufertigen lassen.

11. Gleicher Gestalt soll derjenige, der vermöge einer Collokation auf ein liegendes Gut gewiesen worden, oder solches vermöge zugestandenem Nachschlagungsrechte an sich zieht, mittelst Einlegung der Collokation und übrigen Belegen, vor dem Gerichte des Orts die Anzeige davon thun, und darüber die Zufertigung einer Urkunde begehren.

12. Gleicher Gestalt sollen auch diejenigen, die durch Urtheil und Recht, oder durch einen absolut schiedsrichterlichen Spruch, zu dem Eigenthum einer Liegenschaft gelangt, oder zur Rücknahme einer abgetretenen Liegenschaft verfällt worden sind, gehalten seyn, mittelst Vorlegung der daherigen Belege die Anzeige ihres erworbenen Besitzes vor dem Gerichte des Orts zu thun, und soll ihnen darüber eine Urkunde zugefertigt werden.

13. Ferner sollen auch diejenigen, welche erbswise, es sene durch Testament oder mittelst der gesetzlichen Erbfolge, zu dem Eigenthum einer Liegenschaft gelangen, nebst Vorweisung der Belegen ihres Erbrechts, die Uebnahme derselben vor dem Gerichte des Orts erklären, und sich eine Urkunde darüber zufertigen lassen.

14. Endlich soll auch derjenige, der durch Heirath zu dem Besitze einer Liegenschaft gelangt, mittelst Einlage der erforderlichen Belege, die Anzeige davon vor dem Gerichte des Orts thun, und sich darüber eine Urkunde zufertigen lassen.

15. In allen den durch gegenwärtiges Gesetz bestimmten Fällen, wo die Fertigung von Handänderungen und Liegenschaften vor dem Gerichte Platz hat, sollen die Liegenschaften, wo es nicht in dem zu fertigenden Contrakte allbereits geschehen ist, in der Fertigungs-Urkunde selbst, mit ihren Anstößen und den darauf haftenden ablöflichen und unablöflichen Beschwerden und Schulden beschrieben werden.

16. Die Mitglieder des Gerichts und der Gerichtsschreiber stehen in Betreff dieser Beschreibung in der nämlichen Verantwortlichkeit, welche die Sap. 12. Seite 90 ihnen in Betreff der Fällung von Geldaufbruch-Scheinen auferlegt.

17. Wenn den Mitgliedern des Gerichts oder dem Gerichtsschreiber Umstände bekannt wären, welche eine gesetzliche Ungültigkeit der zu fertigenden Handänderung bewirkten, oder welche die Wahrhaftigkeit der Erklärungen der Personen, die die Fertigung anbegehren, in Zweifel setzten,

setzen, so sollen dieselben verbunden seyn, solche anzuzeigen, da dann das Gericht diese Anzeige untersuchen, und im Fall dieselbe sich erwahren würde, die Fertigung der Handlung verweigern soll, unterlassenden Falls bey Strafe der Verantwortlichkeit für allen daraus entstehenden Schaden, so wie auch höherer Ahndung, im Fall Gefährde dabey unterlaufen sollte.

18. Die in der vierten Satzung Seite 48 dem Amtsschreiber auferlegte Pflicht der gehörigen Einschreibung der Käufe, Tausche und anderer Instrumente, die vor dem Gerichte gefertigt wurden, soll demselben in seiner Eigenschaft als Schreiber des Gerichts oder dem dazu bestellten Gerichtsschreiber noch ferner obliegen.

19. Von Bekanntmachung gegenwärtiger Verordnung an, soll keiner Parthen, es sey zu Fertigung eines Kaufs, Tauschs oder Schenkung, oder zu Erhaltung eines Geldaufbruch-Scheins oder sonstigen unterpfändlichen Verhaftmachung einer Liegenschaft, der Zutritt vor dem Gerichte gestattet werden, es könne dann dieselbe den eigenthümlichen Besitz der Liegenschaft, um die es zu thun ist, durch die Fertigungsurkunde selbst, oder einen Auszug aus dem Protokoll bescheinigen.

20. Alle diejenigen, welche in dem Zeitpunkte der Bekanntmachung gegenwärtiger Verordnung in dem eigenthümlichen Besitz einer Liegenschaft sich befinden, und zu ihrem künftigen Behelfe eine Fertigungsurkunde zu erlangen wünschen, oder zu ihrer gegenwärtigen Rechtsnothdurft einer solchen bedürfen, haben sich vor dem betreffenden Untergerichte zu stellen, und daselbst ihren rechtmäßigen

Besitz zu erklären, und die Titel, Kraft deren sie dazu gelangt sind, demselben vorzulegen; da ihnen dann von dem Gerichte dieser Verhandlung halb eine Fertigungs-urkunde zuerkannt, und dieselbe ihrem Titel einverleibt werden soll.

21. Wenn eine Liegenschaft durch Vererbung an jemand gelangt ist, oder derselbe aus andern Gründen seines eigenthümlichen Besitzes halb kein schriftliches Instrument aufzuweisen hat, so soll er dem Gerichte sein Eigenthumsrecht auf eine glaubwürdige und befriedigende Weise bescheinigen.

22. Alle in dem Art. 2. den Gerichten aufgetragenen Fertigungen sollen in der gleichen Form und unter der gleichen Verantwortlichkeit von den Gerichten unternommen werden, welche in Betreff der Fertigung von Handänderungen um Liegenschaften in gegenwärtiger Verordnung festgesetzt sind.

23. Die durch gegenwärtige Verordnung vorgeschriebenen Fertigungen sollen allfälligen Drittmanns-Rechten unnachtheilig, und dieselben also jederzeit ohne weiters vorbehalten seyn.

24. In Betreff der Errichtung von Gült- und Schuldbriefen, und anderer Instrumente, darin Unterpfänder mit Namen eingesetzt sind, sollen nach Anleitung des §. 75. des Gesetzes vom 20. Junii die Gerichte ihre Befugnisse und Obliegenheiten nach den in Tit. XXV. und Tit. XXVIII. der Gerichtssatzung der ehemaligen Untergewerichten vorgeschriebenen Bestimmungen auszuüben haben.



25. Die in der 18. Sitzung Seite 91 dem Amtsschreiber auferlegte Pflicht der gehörigen Einschreibung der Gültbriefe, ist ihm auch in seiner allfälligen Eigenschaft als Gerichtsschreiber benbehalten.

26. Es soll weder ein Geldausbruch - Schein bewilliget, noch ein Gültbrief errichtet werden, es bescheinige dann derjenige, der die Ausfällung desselben begehrt, durch einen förmlichen Fertigungs-Akt den Besitz der Liegenschaft, die er einsetzen will.

27. In Abänderung der durch die Sitzung 15. Seite 91 festgesetzten Form der Ausfertigung der Gültbriefe und anderer Instrumente, durch welche ein Unterpfandsrecht auf eine Liegenschaft aufgerichtet wird, soll der Schuldner, oder derjenige, der eine Unterpfandspflicht übernimmt, vor dem Gerichte des Orts, wo die Unterpfänder gelegen, sich stellen, und daselbst in dem betreffenden Contrakte angeloben; da dann die von dem Gerichte über diese Verhandlung auszufällende Urkunde, dem Instrumente einverleibt werden, und die Stelle des bisher erforderlich gewesenenen Siegels vertreten soll.

28. In Fällen, wo in einem Gültbriefe Grundstücke verschrieben werden, die in verschiedenen Gerichtsbezirken liegen, soll zwar der Gültbrief vor demjenigen Gerichte gefertigt werden, wo der mehrere Theil der Liegenschaft sich befindet; es soll aber der Schuldner gehalten seyn, vor jedem Gerichte, in dessen Bezirk Grundstücke liegen, die Erklärung von der Aufrichtung des Gültbriefs zu thun, und soll auch der Gültbrief vor dem Gerichte, wo die mehreren Unterpfänder gelegen, nicht ausgefertigt werden,



wenn der Schuldner die vor den andern Gerichten gethanen Erklärungen nicht zu bescheinigen im Stande ist.

29. Die Gerichte sollen ferner die ihnen übertragenen Befugnisse und Obliegenheiten, in Betreff der Frenungen, nach Maassgabe des Tit. XXXIII. Seite 133 der Gerichtssatzung, und in Betreff der Homologationen Kraft der Satz. 12. und 13. Seite 130 und 131 ausüben.

30. Alle Akten, welche für Geldaufbrüche, Täusche, Käufe oder irgend eine Art von Handänderungen oder Verpfändungen von dem Gerichte ausgefällt werden, sollen sowohl von dem Gerichtstatthalter, als auch von dem Oberamtmann des Orts, besiegelt werden. Alle übrige gerichtliche Akten besiegelt der Gerichtstatthalter allein nach dem §. 72. der Verordnung vom 20. Juny 1803.

31. Die Gerichte versammeln sich ordentlicher Weise alle Monat, mit Ausnahme jedoch der heiligen Zeit, an einem von dem Oberamtmann zu bestimmenden, jeden Orts bekannt zu machenden Wochentage, und ausserordentlicher Weise, so oft die Menge oder die Dringlichkeit der Geschäfte den Präsidenten derselben zu ihrer Zusammenberufung veranlasset.

32. Ihre Sitzungen sind öffentlich; doch kann bey obwaltenden Umständen der Präsident die Parthenen und Zuhörer während der Berathschlagung zum Austritt anhalten.

33. Die Protokolle des Gerichts, so wie die Erhebung von Extrakten aus solchen, sollen jedermänniglich zu jeder Zeit offen stehen.

34. Gegenwärtige Verordnung soll zu Jedermanns Verhalt gedruckt, an gewohnten Orten angeschlagen, und vom 1. Hornung 1804 in ihrem ganzen Inhalt beobachtet werden.

Gegeben in Unserer großen Raths-Versammlung,  
den 24. December 1803.

Der Amts-Schultheiß,  
N. v o n W a t t e n w y l.  
Namens des großen Raths,  
der Staatschreiber,  
T h o r m a n n.

## Formular

der verschiedenen Fertigungs-Urkunden.

### Fertigungen der Verhandlungen Art. 5.

Wir N. N. Statthalter, und N. N. Besizer am  
Gericht zu . . . . . in dem . . . Haus  
zu . . . { ordentlich  
                  { außerordentlich } versammelt.

Urkunden hiermit, daß heute zu endsgemeldtem Tag  
vor uns

Erschienen:

N. N. als . . . . . und N. N. als . . .  
mit Begehren: Daß wir einen zwischen ihnen um . . .

verabredeten { Kauf  
                  { Tausch  
                  { Schenkung } nach gewohnter Form fertigen.  
                  { Theilung }  
möchten.

Nachdem nun aus . . . . (der Fertigungs-Akt dessen, der abtrittet) sich ergeben: daß diese Liegenschaft den . . . . dem N. N. zugefertigt worden, die Parthenen denn uns ein ausführlich abgefaßtes (Beschreibung desselben) . . . . Instrument vorgelegt, und nach beschehener Ablefung, desselben Inhalt wie auch die Wahrscheinlichkeit ihrer Verhandlung, mit einem Handgelübde in die Hände des Gerichtstatthalters bekräftigt haben, als haben wir die Eingangs gemeldten Gerichtstatthalter und Besitzer

Erkennt:

### Fertigungs = Akt, Art. 10.

Wir N. N. Statthalter, und N. N. Besitzer am Gericht zu . . . . . in dem . . . . Haus zu . . . . { ordentlich  
ausserordentlich } versammelt.

Urkunden hiermit, daß heute zu endsgemeldtem Tag, vor uns

Erschienen:

N. N.

mit Begehren, daß ihm die Arrestsweise zubefannte, dem N. N. zugestandene Liegenschaft zugefertigt werden möchte.

Dieselbe bestehe in Folgendem . . . . (Beschreibung derselben, benebst den bekannten Beschwerden und Schulden.)

Nachdem uns nun eine (zu beschreibende) Arrests-Zubefanntniß-Urkunde vorgelegt wurde, aus welcher sich erzeigte, daß unter dem angezeigten Dato dem N. N. die

dem N. N. zugestandene mit Arrest belegte Liegenschaft  
N. N. zubekannt worden sey, haben Wir u. s. w.

Erkennt:

### Fertigung, Art. 9. 11. erster Fall.

Wir N. N. Statthalter, und N. N. Benfizer am  
Gericht zu . . . . . in dem . . . Haus

zu . . . 

{	ordentlich außerordentlich	}
---	-------------------------------	---

 versammelt.

Urkunden hiermit, daß heute zu endsgemeldtem Tag  
vor uns

Erschienen:

N. N.

mit Begehren: Daß ihm die dem N. N. zugestandene  
Liegenschaft . . . . . auf welche er in desselben Gelds-  
tage gewiesen worden, zugefertigt werden möchte.

Dieselbe bestehe u. s. w.

Nachdem nun durch eine uns vorgelegte (zu beschrei-  
bende) Collokation bescheinigt worden, wie daß N. N. in  
dem Geldstag des N. N. auf obangezeigte demselben zu-  
gestandene Liegenschaft gewiesen worden;

Haben wir

Erkennt:

### Fertigung, Art. 11. zweiter Fall.

Wir N. N. Statthalter, und N. N. Benfizer am  
Gericht zu . . . . . in dem . . . Haus

zu . . . 

{	ordentlich außerordentlich	}
---	-------------------------------	---

 versammelt.

Urkunden hiermit, daß heute zu endsgemeldetem Tag  
vor uns

Erschienen :

N. N.

mit Begehren : Daß ihm die dem N. N. zugestandene  
Liegenschaft, auf welchem er als Besitzer einer verlustigen  
Collokation in desselben Geldstag nachgeschlagen, zugefer-  
tigt werden möchte.

Dieselbe bestehe u. s. w.

Nachdem uns nun durch die (zu beschreibende) An-  
weisung zur Geduld (nebst allfälligem Uebergabstitel,  
wenn ein anderer als derjenige, auf dessen Name die  
Collokation lautet, sich stellt), die Eigenschaft des N. N.  
als verlustiger Gläubiger bescheinigt, und durch die uns  
vorgelegten Akten (Erklärungen, Quittungen, Hinterlags-  
Bescheinigungen u. s. w. die zu beschreiben sind) darge-  
than worden, daß N. N. Form Rechtens nach auf der  
angezeigten Liegenschaft nachgeschlagen habe, als haben  
wir u. s. w.

Erkennt :

### Fertigung, Art. 13.

Wir N. N. Statthalter, und N. N. Besitzer am  
Gericht zu . . . . . in dem . . . . . Haus

zu . . . . . 

ordentlich
außerordentlich

 versammelt.

Urkunden hiermit, daß heute zu endsgemeldetem Tag  
vor uns

Erschienen :



N. N.

mit Begehren : daß ihm die Liegenschaft . . . .  
 so bis dahin N. N. besessen, und nunmehr bey desselben  
 erfolgten Absterben { als nächster Verwandter } erbs-  
 weise an ihn gelangt sey, zugefertigt werden möchte  
 u. s. w.

Nachdem uns nun durch (den frühern Fertigungs-  
 Akt oder sonst) glaubwürdig bescheinigt wurde, daß die  
 quästionirliche Liegenschaft von dem . . . (Name des Erb-  
 lassers) eigenthümlich besessen, anben eines Theils ein (zu  
 beschreibender) Todtenschein a) andern Theils { das } (zu  
 beschreibenden) { Testament, Codizil } uns vorgelegt,  
 { Tauffcheine } b) { Copulationscheine }  
 und dadurch den vorhandenen Todes- und Erbfall satksam  
 bescheinigt worden;

Haben wir

Erkennt :

### Fertigung, Art. 12.

Wir N. N. Statthalter, und N. N. Benfiker am  
 Gericht zu . . . . . in dem . . . . Haus  
 zu . . . { ordentlich } versammelt.  
 { außerordentlich }

a) Wenn der Erblasser im Bezirk verstorben, so kann man  
 sich bloß auf die öffentliche Kunde berufen.

b) Betrifft es Personen aus dem Bezirk, so kann man sich  
 gleichfalls auf die öffentliche Kunde berufen.

Urkunden hiermit, daß heute zu endsgemeldetem Tag  
vor uns

Erschienen:

N. N.

mit Begehren: Daß ihm die Liegenschaft . . . .  
so bis dahin N. N. besessen, und ihm durch einen  
{ Spruch }  
{ Urtheil } sen zuerkennt worden, zugefertigt werden  
möchte.

Dieselbe bestehe u. s. w.

Nachdem uns nun ein (zu beschreibender) { Spruch }  
vorgewiesen worden, haben wir u. s. w. { Urtheil }

Erkennt:

### Fertigung, Art. 14.

Wir N. N. Statthalter, und N. N. Besitzer am  
Gericht zu . . . . . in dem . . . . . Haus  
zu . . . . { ordentlich }  
{ außerordentlich } versammelt.

Urkunden hiermit, daß heute zu endsgemeldetem Tag  
vor uns

Erschienen:

N. N.

mit Begehren: Daß die von der (Name seiner Ehefrau)  
bis dahin besessene Liegenschaft, so ihm dieselbe in die  
Ehe gefehrt habe, zugefertigt werden möchte.

Diese Liegenschaft bestehe u. s. w.

Nachdem uns nun durch (Fertigungs- oder anderer  
Bescheinigungs-Akt des Besitzes der Ehefrau) der eigen-

thümliche Besitz dieses Guts von Seite der (Name der Ehefrau) bescheinigt, und ein (zu beschreibender) Copulationschein vorgelegt worden;

Haben wir

Erkennt:

### Fertigung, Art. 8.

Wir N. N. Statthalter, und N. N. Benfizer am Gericht zu . . . . . in dem . . . . . Haus

zu . . . . . 

ordentlich
außerordentlich

 } versammelt.

Urkunden hiermit:

Demnach uns durch N. N. als Schreiber der über die Liegenschaft des N. N. abgehaltenen 

Gant-
Geldstags-

 Steigerung der daherige Steigerungsbrief zur Fertigung zugesendet worden, als haben wir u. s. w.

Erkennt:

Bei allen diesen Verhandlungen kann die Erkenntniß so lauten:

„Es solle dem N. N. die quästionirliche Liegenschaft „zugefertiget, und ihm auch diese Verhandlung halb eine „Urkunde zuerkennt seyn, anben diese Urkunde“ ([in Fällen, wo ein schriftlicher Titel vorhanden] „dem „(betreffenden) Akt einverleibt, und das eine wie das „andere) in dem Fertigungs-Protokoll des Gerichts wörtlich eingeschrieben werden.“

Actum, den u. s. w.

Das Formular von der Fertigung No. 8.  
muß folgender Gestalt lauten :

Wir N. N. Statthalter, und N. N. Besitzer am  
Gericht zu . . . . . in dem . . . . . Haus  
zu . . . . . 

{	ordentlich
	ausserordentlich

 versammelt.

Urkunden hiermit, daß heute zu endsgemeldtem Tag  
vor uns

Erschienen :

N. N. mit Begehren, daß wir ihm in Folge Cap. 25.  
Seite 256 die auf offener Gantsteigerung erhandelte, seinem  
Schuldner N. N. zugestandene Liegenschaft . . . . .  
zubekennen und ihm diesen Kauf zufertigen möchten.

Nachdem uns nun der (zu beschreibende) Gantsteige-  
rungs-Kaufbrief vorgelegt, haben wir u. s. w.

Erkennt :

Es solle die darinn beschriebene Liegenschaft dem N. N.  
zubekannt, und Form Rechtens nach zufertigt, auch  
demselben dieser Verhandlung halb eine Urkunde zugespro-  
chen seyn, die dem Gantsteigerungs-Brief einverleibt und  
zusamt demselben in das Fertigungs-Protokoll des Gerichts  
wörtlich eingeschrieben werden soll.

### Fertigung, Art. 21.

Wir N. N. Statthalter, und N. N. Besitzer am  
Gericht zu . . . . . in dem . . . . . Haus  
zu . . . . . 

{	ordentlich
	ausserordentlich

 versammelt.

Urkunden hiermit, daß heute zu endsgemeldtem Tag vor uns

Erschienen:

N. N. mit Begehren, daß ihm über seinen eigenthümlichen Besitz des Guts N. N. eine Urkunde möchte zugefertigt werden.

Dasselbe bestehe u. s. w.

Nachdem uns nun von dem N. N. erklärt worden, wie daß er (durch Vererbung oder sonst auf eine Weise, die kein schriftliches Instrument erforderte, oder auch wenn er ein solches verloren) zwar in dem eigenthümlichen Besitz der obangezeigten Liegenschaft sich befinde, allein dieses Besitzes halb keinen Titel aufzuweisen habe, dabey aber sich auf (das Zeugniß von bekannten Männern, die öffentliche Kunde, notorietas publica, oder von dem Petenten unternommene öffentliche Akten, die den eigenthümlichen Besitz voraussetzen u. s. w.) berufe.

Als haben wir u. s. w. da uns nichts bekannt ist, das dem Vorgeben des N. N. widerspräche, und nachdem derselbe die Wahrhaftigkeit seiner Erklärung in die Hände des Präsidenten angelobt,

Erkennt;

Es solle demselben über seine vor uns gethane Erklärung, in Betreff des eigenthümlichen Besitzes der obbenannten Liegenschaft eine Fertigungs-Urkunde zuerkannt seyn.



# V e r o r d n u n g

## ü b e r

### die Anwälde im Canton Bern.

**W**ir Schultheiß, Klein und große Rätthe des Cantons Bern, thun kund hiermit:

Demnach die Erfahrung gezeigt hat, daß die unbeschränkte Freyheit, den Beruf eines Anwaltes treiben zu können, zur Folge gehabt hat, daß dieser sonst so ehrwürdige Beruf zum größten Schaden des Landes und der Parthenen insbesondere, mit einer allzu großen Menge von Ausübenden überseht worden ist. Um nun diesem Uebel zu steuern, so wie auch um die Führung von Rechtshändeln sicherer und weniger kostbar zu machen, haben Wir gut und nöthig erachtet, über den Stand der Anwälde in dem Canton, und das Verfahren gegen dieselben, im Fall Beschwerden über sie geführt werden, folgende Verordnung zu machen.

#### E r s t e r T i t e l.

##### Abtheilung, Stand, Zahl und Pflichten der Anwälde.

§. 1. Die Anwälde sind abgetheilt in Fürsprecher, Prokuratoren und Agenten.

## Vorrechte und Funktionen der Fürsprecher.

§. 2. Sie können vor allen Tribunalien, wo solche Verfechtungen zugelassen sind, das Recht einer Parthen sowohl schriftlich als mündlich verfechten.

§. 3. Vor dem versammelten Appellationsgerichte sollen sie in Civil-Sachen einzig und ausschließlich sowohl die mündlichen als die allfällig vor das Appellationsgericht direkte kommenden schriftlichen Verfechtungen und Anträge thun können.

§. 4. Vor allen Richtern in Civil- und Consistorial-Sachen, sollen sie und die Procuratoren einzig die Haupt-Pièces (Rechtsschriften), als Klage und Antwort, Bescheid und Gegenbescheid, Einwendungen, Voröffnungen und Gegenvoröffnungen, Replik und Duplik u. s. w. schreiben können, unter der Verbindlichkeit, daß die Abfassung sothaner Schriften in der Kosten-Liste könne angesetzt werden.

Jedermann bleibt freigestellt, sein Recht selbst zu besorgen, und sowohl schriftlich als mündlich zu verfechten; allein er soll in solchem Falle sich nicht bezahlen lassen können, wie ein Anwalt, der für seine Studien und Patente Unkosten gehabt hat, sondern nichts anders ansetzen können, als Taggelder für seine Versäumniß und Schreibekosten. Es hat hiebei jedoch den Verstand, daß in Verfechtung seiner eigenen Sache, ein Anwalt wie ein anderer Partikular angesehen und gehalten werden soll.

§. 5. Für die Verrichtungen vor der höchsten Instanz wird zu ihren Gunsten ein besonderer Tarif bestimmt.

### Besondere Pflichten der Fürsprecher.

§. 6. Sie sollen sich den hienach für sämtliche Anwölde bestimmten allgemeinen Pflichten unterziehen, gegenwärtige Verordnung befolgen, und den vorgeschriebenen Eid beschwören.

§. 7. Im Rehr unter sich, vor der höchsten Instanz allein die Causas pro Deo und ex officio übernehmen und führen.

§. 8. Auf die übrigen Anwölde achten, ob sie ihre Pflichten befolgen, und die zu ihrer Kenntniß gelangenden strafwürdigen Fälle dem vorgeschriebenen Richter anzeigen.

§. 9. Die besondern Aufträge der Regierung und des Appellationsgerichts in Erstattung von Parère, Prüfung der untern Anwölde, Führung obrigkeitlicher Rechtsachen u. s. f. gewissenhaft vollziehen.

### Zahl der Fürsprecher.

§. 10. Ihre Anzahl soll auf zwölf festgesetzt seyn. Da aber sowohl denen unter der vorigen Regierung vor der höchsten Gewalt admittirten Fürsprechern auch dieses Vorrecht wieder zugetheilt, als auch von dem Appellationsgericht noch andern gestattet worden ist, und hiemit die dießmalige Anzahl der Fürsprecher jene von zwölf übersteigt, so müssen die gegenwärtigen sich bis unter zwölf vermindern, ehe wieder neue erwählt werden können.

Die auf dem Verzeichniß bleibenden müssen sich aber bei Ausübung ihres Berufs allen für ihre Klasse vorgeschriebenen Pflichten unterziehen, oder abtreten.

**Erfor-**

## Erfordernisse , Prüfung und Erwählungsart der Fürsprecher.

§. 11. Die Fürsprecher werden aus der Klasse der Procuratoren gezogen , und müssen sich in Ausübung dieses Berufs als gemeinnützige und redliche Anwälde und als gute Bürger gegen den Staat bezeugt haben.

§. 12. Ueber ihre Kenntniß und Fähigkeiten werden sie folgendermaßen geprüft :

1. Sie müssen über eine durch das Loos ertheilte Rechtsfrage in einem verschlossenen Zimmer ohne Bücher eine Abhandlung verfertigen.
2. Eine solche über eine gegebene Rechtsmaterie mit Büchern und Mufe abfassen.
3. Eine wirkliche Rechtsfache vor dem Appellations-Gerichte pro specimine und unentgeltlich mündlich verfechten.

§. 13. Die Prüfungen werden durch eine dazu ernannte Commission des Appellations-Gerichts gemacht , und das Befinden darüber diesem hohen Tribunal hinterbracht , worauf dasselbe den Kandidaten erwählt oder verwirft.

§. 14. Die Fürsprecher bezahlen für die Prüfung nichts , wohl aber einhundert Franken für das Patent an den Staat.

## Vorrechte und Funktionen der Procuratoren.

§. 15. Aus ihrer Mitte werden die Fürsprecher gezogen.

§. 16. Neben den Fürsprechen können nur sie Hauptschriften in Rechtsfachen schreiben, für deren Abfassung in der Kostenliste das Tarismäßige angesetzt werden kann.

### Besondere Pflichten der Procuratoren.

§. 17. Sie sollen nach einer von dem Appellations-Gerichte zu machenden Verordnung die Causus pro Deo und ex officio übernehmen und führen.

§. 18. Auf die untern Anwölde achten, und so sie einen strafwürdigen Fehler von einem derselben vernehmen würden, ihn dem behörigen Richter anzeigen.

§. 19. Die Aufträge der Regierung und des Appellations-Gerichts, in Erstattung von rechtlichen Gutachten, Abfassung von andern Rechtschriften, Verführung obrigkeitlicher Rechtsfachen u. a. m. gewissenhaft vollziehen.

§. 20. Dieses Reglement befolgen, den allgemeinen und besondern Pflichten nachleben, und den vorgeschriebenen Eid beschwören.

### Zahl der Procuratoren.

§. 21. Ihre Anzahl soll im ganzen Canton nicht über zwanzig ansteigen, kann aber darunter bleiben.

### Erfordernisse, Prüfung und Erwählungsart der Procuratoren.

§. 22. Um wahlfähig zu seyn, muß man das drey und zwanzigste Jahr zurückgelegt haben, und entweder als Agent vier Jahre praktizirt, oder als Zögling unter einem Fürsprechen drey Jahre gearbeitet, oder nebst einjähriger



Arbeit unter einem Fürsprech noch zwei Jahre auf einer Akademie oder Universität die Rechtsgelehrsamkeit mit Lob studirt haben. Ein Agent muß auch von dem Oberamtmann seines Wohnsitzes seiner Fähigkeit und Redlichkeit halber, der Zögling aber von seinem Prinzipal, unter dem er gearbeitet hat, ein gutes Zeugniß verweisen können.

§. 23. Ihre Prüfung geht wieder auf Sittlichkeit und Kenntnisse. Ueber erstere sollen die Zeugsame reden, über letztere werden sie examinirt. Die Proben und Examina bestehen in

1. Einem scharfen Examen über die Gerichtsfassung;
2. Einer unentgeltlichen Verfechtung pro specimine vor dem Appellations-Gerichte, und
3. Eine Abhandlung über eine Rechtsfrage bey verschlossenen Thüren.

§. 24. Für die dießmalige erste Wahl soll allen bisherigen Licenziaten und Agenten der Zutritt zu den ehemaligen Proben für die Prokuratur bis auf den ersten Hornung 1804 gestattet seyn.

Diese Prüfung wird bestehen wie vormals:

1. In einem gründlichen Examen über die Gerichtsfassung;
2. In einer Verfechtung pro specimine vor dem Appellations-Gerichte;
3. In der Verschreibung einer Prozedur, bestehend in Klage und Antwort, über eine aufzugebende Rechtsfrage.

§. 25. Die Examinatoren sind zwei Mitglieder des Appellations-Gerichts, und zwei Fürsprecher.

§. 26. Das Examen kostet zwanzig Franken für die Examinatoren, und das Patent, das vom Appellations-Gericht ertheilt wird, vier und sechszig Franken für den Staat.

### **Vorrechte und Funktionen der Agenten.**

§. 27. Sie sind bloße Beiständer im Rechten, und können als solche vor den Oberamtleuten, den Amts- und Unter-Gerichten, alle mündlichen Vorträge führen, woben aber keine Haupt-Diktaturen von Klage, Antwort, Einwendung, Beantwortung, Bescheid, Gegenbescheid, Replik oder Duplik statt haben soll.

§. 28. Die Verfertigung von Rechtsschriften ist ihnen mit Ausnahme der bloßen Citationen und der Kostenlisten bey Strafe der Ungültigkeit untersagt.

### **Besondere Pflichten der Agenten.**

§. 29. Sie sollen den allgemeinen Pflichten nachleben, dieses Reglement befolgen, und den vorgeschriebenen Eid beschwören.

§. 30. Sie sollen eine Bürgschaft von zwentausend Franken stellen; diejenigen aber, welche Betreibungen übernehmen, eine Bürgschaft von drehtausend Franken.

### **Zahl der Agenten.**

§. 31. Ueber ihre Zahl soll einstweilen nichts bestimmt seyn.

### **Erwählungsart, Erfordernisse und Prüfung der Agenten.**

§. 32. Sie werden auf ein gutes Zeugniß ihres Betragens von einer Commission des Appellations-Gerichts

über ihre Kenntniß der Gerichtssatzung geprüft, und dann auf das Befinden derselben von diesem patentirt.

§. 33. Sie bezahlen für das Examen zehn Franken an die Examinatoren, und zwanzig Franken an den Staat für das Patent.

### Allgemeine Pflichten der Anwälde überhaupt.

§. 34. Ein Anwald soll der Regierung des Cantons Bern Treue und Wahrheit leisten, ihren Nutzen fördern und Schaden wenden.

§. 35. Niemals eine wissentlich boshafte und schändliche Handlung verfechten.

§. 36. Seine Parthen nach Wissen und Gewissen wohl berathen, sowohl beim Beginnen des Prozesses als im Lauf desselben.

§. 37. Sich der freundlichen Beendigung der Rechtshändel nicht widersetzen, sondern im Gegentheil selbige befördern.

§. 38. Alle unnöthigen Behändel vermeiden und hindern.

§. 39. Nur erlaubte Rechtsmittel in Verführung der Rechtshändel anwenden und gebrauchen, und hiemit sich aller persönlichen Berunglimpfungen und geheimen Empfehlungen enthalten.

§. 40. Dem vorgeschriebenen Tarif sich unterziehen, und von seiner Parthen nicht ein mehreres für eine Berichtung und Schrift fordern, als derselbe dafür bestimmt, auch getreulich und wahrhaftig in dem Kostenverzeichnis ansetzen, was er empfangen hat.

§. 41. Keinen Vertrag um einen Theil oder das Ganze des streitigen Gegenstandes schliessen.

§. 42. Von der Gegenparthen, ihren Verwandten und Freunden, oder zu ihrem Vortheil, weder Geld, Geschenke, noch sonst einiges Anerbieten für sich oder die Seinigen annehmen.

### Eid eines Anwalts.

Schwört ein { Fürsprech  
Prokurator  
Agent } der Regierung des

Cantons Bern treu zu seyn, ihren Nutzen zu fördern und Schaden zu wenden; seine Parthen nach Wissen und Gewissen zu berathen und ihr Recht zu besorgen; sich an dem vorgeschriebenen Tarif zu begnügen, und nicht ein mehreres von einer Parthen für Schriften, Verrichtungen und Versäumnisse zu fordern; keine Verträge um einen Theil oder das Ganze des streitigen Gegenstandes zu schliessen, und von der Gegenparthen, ihren Verwandten oder Freunden, oder in ihrem Namen und zu ihrem Vortheil, keine Geschenke oder Anerbieten für sich oder die Seinigen anzunehmen.

### Z w e n t e r T i t e l.

#### Von der Prozeß-Ordnung gegen die Anwälde.

§. 43. Alle Gerichtsstellen, Oberamtleute, Schreiber, und die Anwälde selbst, sollen darauf achten, ob ein Anwalt gegen obige seine Pflichten und Eid fehle, oder gegenwärtiger Verordnung zuwider handle. Sobald sie

nun von einem solchen Vergehen Kenntniß bekommen, so sollen sie alle bey ihrer Pflicht solches dem Oberamtmann hinter dessen Bezirk das Vergehen begangen worden, oder dem Oberamtmann, hinter dem der Fehlbare sitzt, anzeigen.

§. 44. Sobald nun ein Oberamtmann eine solche Anzeige erhält, oder selbst ein solches Vergehen in Erfahrung bringt, so soll er vorerst als Polizeyrichter und aus Amtspflicht die Thatsache erwahren, und über die Verumständung sowohl als die Beweisquellen derselben alle mögliche Erkundigung einziehen.

§. 45. Hierauf wird er dem Angeschuldigten die auf ihm haftende Beschuldigung mittheilen, oder durch den Amtmann seines Wohnsitzes mittheilen lassen; ihm seine Vertheidigung dagegen abfordern; falls Beweise von ihm anerbotten würden, selbige vor sich gehen lassen, so wie auch allfällig über neue faktische Anbringen den Beweis von selbst übernehmen.

§. 46. Wird der Anwald von einer Parthen beklagt, welches in Uebertretung der §§. 37, 38, 39, 40. und 41 der allgemeinen Pflichten auch von der Gegenparthen geschehen kann, so wird der Prozeß nichts desto weniger inquisitorisch gegen den Anwald geführt.

§. 47. Zu diesem Ende soll die Anzeige, mit allen Umständen und Beweisquellen begleitet, dem Oberamtmann, hinter dem das Vergehen begangen worden, eingegeben werden, welcher sie dem Beklagten mittheilt, und ihm seine Vertheidigung abfordert. Nach Bewandniß der Sache wird nun der Oberamtmann über den Beweis



und Gegenbeweis der faktischen Anbringen der Anzeige und Vertheidigung summarisch Information aufnehmen.

§. 48. In beiden Fällen wird sodann der Oberamtmann nach vollendeter Prozedur dieselbe dem Amtsgericht zur Beurtheilung vorlegen.

§. 49. Alle diese Urtheile sollen samt den Akten dem Appellations-Gerichte zur Revision eingesendet werden, wenn der Angeschuldigte ein Fürsprech oder Procurator ist, oder wenn einem Agenten die Erscheinung vor dem Amtsgerichte auf mehr als sechs Monate untersagt wird.

§. 50. Ein Oberamtmann kann einem Agenten seine Audienz auf sechs Monate lang untersagen, wenn er sich gegen die Achtung, die er der Gegenwart des Amtmanns oder einer richterlichen Behörde schuldig ist, durch ungebührliche Worte oder Handlungen verstoßen hätte. Doch soll er verpflichtet seyn, eine motivirte Urtheil hierüber dem Verfallten herauszugeben, wenn dieser es begehrt.

§. 51. Da die Eliminations-Händel, von denen die zehnte und eilfte Satzung, Seite 416, reden, allemal den Anwälden, und keineswegs den Parthenen, zuzurechnen sind; so soll auch jeweilen der Anwald der unterliegenden Parthey für sich allein um die dießörtigen Kosten durch die Inzidental-Erkantniß verfällt werden.

§. 52. In den Fällen, wo die Anzeige, oder die im Laufe der Prozedur vorkommenden Umstände eine peinliche Anklage begründen würden, so wird die Prozedur nach dem Criminal-Recht verführt.

§. 53. Damit aber redliche Anwölde nicht allzuleichtfertigen Klagen böshafter Tröhler oder unmuthiger Parthenen ausgesetzt seyen, so soll eine Parthen, die einen Anwald verklagt, allemal zugleich auch eine von dem Richter zu bestimmende Summe versichern, damit daraus der Anwald für seine Kosten entschädiget werden könne, im Fall die Anzeige gegen ihn nicht begründet erfunden wird: es sey denn Sache, daß die Parthen im Prozeß das Recht der Armen bereits genossen, oder durch Verlust desselben dazu die Eigenschaft und Qualifikation erhalten hätte, als wo es dann nach der drenzehnten Sakung, Seite 466 der Gerichtssakung, gehalten werden soll.

### D r i t t e r   T i t e l .

Tarif für die Anwölde des Cantons Bern.

#### Fürsprechen und Prokuratoren.

§. 54. In einer Civil-Prozedur mag für das Haupt-Doppel eine Rechtschrift von jeder Seite gefordert werden: 1 Franke 5 Bazen.

Jede Seite aber soll wenigstens 22 Linien, und die Linie wenigstens 25 Buchstaben, oder die ganze Seite von 500 bis 600 Buchstaben enthalten.

Für das Neben-Doppel von der Seite nach dem nämlichen Maasstabe: 2 Bazen.

§. 55. Für ein Kosten-Verzeichniß in doppelter Ausfertigung mag von der Seite, die 22 Linien und eine angemessene Buchstaben-Zahl enthalten, und wo der

Zwischenraum von dem Rand des Tages bis zur Columne der Zahlen wenigstens zwei Drittel der Seite enthalten wird, gefordert werden  $7\frac{1}{2}$  Bazen.

§. 56. Der Moderations - Richter ist verpflichtet, wider die etwanige ungebührliche und obigen Vorschriften zuwider laufende Ausdehnung der Schreibart das erforderliche Einsehen zu thun, den oder die betreffenden Artikel der Kosten - Verzeichnisse zu ermäßigen, und dem Anwalt die Zurückerstattung des zu viel Bezogenen aufzulegen.

§. 57. In allen Prozeduren über Schuldbetreibungen, die auf die Rechts-Darschlagung oder Einwendung des Schuldners erfolgen, und wo die Frage waltet, ob der Schuldner bezahlen, oder der angehobenen Betreibung den Lauf lassen solle, desgleichen in allen Schuld- oder Rechtsversicherungsfällen, darf keine Rechtschrift den Betrag von 24 Franken übersteigen.

§. 58. In einer Prozedur über Schlag- oder Schelt-Händel soll keine Rechtschrift den Betrag von 30 Franken übersteigen.

§. 59. Für eine Assistenz, selbige geschehe vor irgend einem Tribunal in der Hauptstadt oder vor einem Oberamte auf dem Lande, wo bloß Schriften zur Beurkundung ins Recht gelegt, oder Abschrift und Bedenkzeit begehrt werden, darf der Anwalt nicht mehr fordern als 4 Franken. Auch sollen ihm keine Reise- noch Zehrungskosten dabei admittirt werden.

§. 60. Für eine Assistenz vor einem Tribunal der Hauptstadt oder vor einem Oberamt auf dem Lande, wo

der Fürsprech oder Procurator noch überdies einen wesentlichen Theil der Prozedur mündlich diktiert, mag bis auf 8 Franken gefordert werden, worin jedoch die nothwendigen Reise- und Zehrungskosten nicht begriffen sind.

§. 61. Für eine Verfechtung beim Abspruche vor einem Amtsgerichte, oder vor dem obern Ebergerichte, mag der Anwalt ausser seinen allfälligen Reise- und Zehrungskosten fordern 12 Franken.

§. 62. Für eine Verfechtung bey dem höchstinstanzlichen Abspruche vor dem Appellationsgerichte, kann, je nach der Wichtigkeit der Prozedur, gefordert werden von 16 Franken bis 32 Franken; für alle Rechts-Streitigkeiten aber, die über Schuldbetreibungen, so wie über Rechts- oder Schuldversicherungs-Begehren entstanden sind, nie mehr als 16 Franken.

§. 63. Für Reisen, Taggelder u. dgl. mit Inbegriff aller Zehrungskosten, mag der Anwalt von jedem Tage nothwendiger Entfernung von seinem Wohnorte, nicht mehr ansetzen als 16 Franken.

### Agenten.

§. 64. Dem patentirten Agenten ist für die Verfertigung der Vorladungen, die ihm in Folge Reglements gestattet worden, von der Seite nach der im §. 54. bestimmten Linien- und Buchstaben-Zahl eine Tage von 1 Franken zu admittiren.

§. 65. Für die Verfassung der Kosten-Listen in doppelter Ausfertigung, nach dem im §. 55. festgesetzten Maassstaabe, von der Seite 5 Bapen.

§. 66. Für eine Verfechtung beim Abspruche vor einem Amtsgerichte, 4 Franken.

§. 67. Für eine einfache Verbenständung aber von der Art, wie oben §. 59. und dazu der patentirte Agent durch das Reglement admittirt ist, mag derselbe fordern 2 Franken.

§. 68. Den Agenten sollen weder Reise- noch Zehrungskosten admittirt werden.

§. 69. Was dann die Schuldbetreibungen betrifft, so sollen darüber in einem besondern Tarife die gebührenden Taxen bestimmt werden.

§. 70. Gegenwärtige Verordnung soll durch den Druck bekannt gemacht, und an die Oberamtswänner übersendet werden.

Gegeben in Unserer großen Raths-Versammlung,  
den 7., 12., 14. und 27. December 1803.

Der Amts-Schultheiß,  
A. v o n W a t t e n w y l.  
Namens des großen Raths,  
der Staatschreiber,  
T h o r m a n n.

---



## V e r o r d n u n g

### über die Schuldbetreibungen, nebst Tarif und Instruktion für die Schuldenböte.

Wir Schultheiß, klein und große Rätthe des Cantons Bern, thun kund hiermit: Daß, da Wir einerseits mit höchstem Mißfallen die harten Bedrückungen vernommen, welche der von seinem Gläubiger bedrängte Schuldner durch Anhäufung übermäßiger Betreibungskosten erdulden muß; auf der andern Seite aber Wir Uns von der Nothwendigkeit haben überzeugen müssen, daß zu Wiederaufrichtung des gesunkenen Credits, besonders für den Landmann, dem Gläubiger durch Aufstellung eigends dazu verordneter Personen die gesetzliche Betreibung seines saumseligen Schuldners erleichtert und die schnelle Ausführung derselben zugesichert werde; Wir, nach angehörtem Vortrage Unsers kleinen Raths, bestimmt und festgesetzt haben, was folgt. Demnach Wir

#### v e r o r d n e n:

1. In jedem Oberamte soll wenigstens ein Schuldenbot angestellt werden.
2. Die Schuldenböte werden aus der Zahl der patentirten Agenten durch den Oberamtmannt ernannt.
3. Sie sind gehalten, alle Betreibungen, die ihnen, sey es von den Gläubigern selbst, oder durch den Art. 6.

aufgestellten Schulden-Profurator übertragen werden , zu übernehmen , und , nach Vorschrift der jeden Orts bestehenden Betreibungs-Gesetzen , mit Eifer und Treue zu besorgen.

4. Es ist ihnen gestattet , zu Besorgung ihrer Geschäfte ihnen untergeordnete Personen anzustellen , sie sind aber , so wie für ihre eigene , auch für die Fahrlässigkeit der von ihnen angestellten Personen verantwortlich.

5. Zur Sicherheit der Gläubiger soll jeder Schuldenbot für eine Summe von drehtausend Franken dem Oberamtmanne annehmliche Bürgschaft stellen.

6. In der Hauptstadt soll annoch ein Central-Schulden-Profurator angestellt seyn , der eine Bürgschaft von neuntausend Franken dem Appellationsgerichte leisten soll.

7. Derselbe wird aus der Zahl der patentirten Procuratoren durch das Appellationsgericht ernannt. Ihm ist aber untersagt , Prozesse , die von Betreibungen herühren , zu verführen.

8. Er ist gehalten , alle an ihn gelangenden Betreibungsgeschäfte uneingestellt an die betreffenden Schuldenböte gelangen zu lassen. Die Mittheilungen des Schulden-Profurators an die Schuldenböte sollen ordentlicher Weise durch die Post geschehen , und werden an das Hauptort des Amtes , wo der Oberamtmanne und sein Schreiber residiren , adressirt ; und umgekehrt.

9. Der Schulden-Profurator der Hauptstadt ist zugleich der Schuldenbot des Amtes Bern.

10. Im Fall über die Auslegung der die Form der Betreibung bestimmenden Gesetze und Uebungen sich bei einer Betreibung einiger Anstand darbieten sollte, wird der Schuldenbot uneingestellt bei dem Schulden-Procurator um Weisung nachsuchen, der ihm solche sofort ertheilen soll.

11. Jeder Schuldenbot ist gehalten, eine genaue Controlle über die ihm anvertrauten Geschäfte, wann er sie übernommen, wann und was für Schritte er darin gethan u. s. w. zu führen.

12. Auf Begehren des Schuldenbots ist der Gläubiger gehalten, die Kosten der Betreibung demselben vorzuschüssen.

13. Sobald, sei es bei Anlegung des Pfandbots, oder des Förbots zu Fällung der Gant-Urkunde, oder bei der Erscheinung vor dem Amtsgerichte, die Schuld widersprochen wird; so soll der Schuldenbot in dem letzten Fall, mit Ausnahme jedoch des Schuld- und Rechts-Versicherungsbegehrens, nicht weiter fortfahren; sondern alsogleich, wenn die Betreibung ihm direct übergeben worden, dem Gläubiger, sonst aber dem Schulden-Procurator, Bekanntschaft davon geben, der dem Gläubiger uneingestellt davon Mittheilung machen soll.

14. Wenn während dem Laufe der Betreibung ein Schuldner vergeldstagt oder verstirbt, und ein Beneficium Inventarii über seine Verlassenschaft ausgeschrieben wird, so ist es an dem Schuldenbot, in dessen Händen die Betreibung liegt, die behörige Eingabe der Anforderung des Gläubigers zu besorgen.

15. Die Gebühren, so die Schuldenböte und der Schulden-Profurator für ihre Bemühungen und Scripturen zu beziehen haben, sind in dem dieser Verordnung angehängten Tarif festgesetzt, an welchem sie sich halten sollen, bey Strafe des dreysfachen Ersatzes des zu viel Bezogenen, und Zuckung ihres Patents im Wiederholungsfall.

16. Dieser aufgestellten Betreibungsanstalt ungeachtet, bleibt es jedem Gläubiger überlassen, die Betreibung seines Schuldners selbst zu besorgen, oder durch wen es ihm beliebt, besorgen zu lassen; nur sollen dem Schuldner dadurch keine mehrere Kosten auffallen, als wenn solches durch den ordentlichen Schuldenbot geschehen wäre.

### Tarif und Instruktion, in Betreff der Betreibung der Schulden.

17. Die durch das Gesetz anzustellen erkannten Schuldenböte sollen, nebst Erstattung des von ihnen an den Richter, Schreiber und Weibel, die Schärer und Gantmeister, so wie auch für Briesporto und Stempel bezahlten Gebühren, für ihre Bemühungen zu beziehen haben, wie folget:

Für Abkündigungen sollen nur dennzumal Kosten gefordert werden, wenn der Schuldner oder Gläubiger sich weigert, dieselben in Freundlichkeit anzunehmen.

Für die Ausstellung einer Quittung an den Gläubiger, zu Bescheinigung der an sie beschenehen Ablieferung der Schriften

Fr.	bz.	rp.
—	4	—

Wenn

	Fr.	h.	rp.
Wenn ihnen die Schriften durch die Post zugefendet worden, für die Uebersendung der Quittanz . . . . .	—	4	—
Für die Einschreibung der Schriften in ihr Controlle-Buch . . . . .	—	7	5
Für die Abfassung einer Abkündigung, eines Monatsbotts, einer Leistungsankündigung, einer Citation zu Fällung der Gant-Ur- funde, einer Arrest-Kundmachung und Citation zur Zubekanntniß, oder eines andern Fürbotts zu einer Betreibungs- Vorkehr, für beyde Doppel . . . . .	1	5	—
Für einen Pfandzettel . . . . .	—	4	—
Für die Erhaltung einer richterlichen Be- willigung . . . . .	—	7	5
Für die Zustellung der bewilligten Schrift an den betreffenden Offizial . . . . .	—	4	—
Für die Abholung des Weibels-Zeugnisses bey demselben . . . . .	—	4	—
Für jede Erscheinung vor dem Richter . .	2	—	—
Für jeden nöthigen Gang in die Amts- schreiberen . . . . .	—	7	5
Für die Benwohnung bey der Pfandschätzung	2	5	—
Für die Benwohnung bey der Pfand-Steige- rung von Fahrhab . . . . .	2	5	—
Für die Benwohnung bey Gantsteigerungen	4	—	—
Für die Formation der Kosten-Note . .	1	5	—



	Fr.	h.	rp.
Für die Formation der Anforderung des Gläubigers zur Eingabe derselben in das Beneficium Inventarii oder den Geldstag des Schuldners . . . . .	1	5	—
Für die Rückgabe des Geschäfts an den Vollmachtgeber . . . . .	—	7	5

18. Wenn ein Geschäft durch den Schulden-Procurator an den Schuldenbott gelangt, so hat ersterer zu beziehen, und soll von letzterm zu seinen Händen in Rechnung gesetzt werden:

Für die Ausstellung eines Empfangscheins in Betreff der Schriften . . . . .	—	7	5
Für die Einschreibung der Schriften in sein Controllen-Buch . . . . .	—	7	5
Für die Uebermachung des Geschäfts an den betreffenden Schuldenbott . . . . .	—	7	5
Für die Rückstellung des Geschäfts an den Gläubiger, nachdem er es von dem Schuldenbott wird zurückerhalten haben . . . . .	—	7	5

Für alle andern Bemühungen, wie die Führung der Controlle u. s. w. soll weder dem Schuldner noch dem Gläubiger nichts auf Rechnung gebracht werden.

19. Ueberdies gebührt dem Gläubiger, und ist auf die Note der Kosten zu setzen:

Für die Ausstellung seiner Procure und Zustellung der Schriften an den Schuldenbott, oder den Schulden-Procurator, 1 Franke 5 Bazen.

20. Die Schuldenbötte, wenn sie nicht eine dieser Vorschrift entgegengesetzte Weisung von dem Gläubiger

erhalten, werden jeweilen nicht später als bey dem ersten ordentlichen Audienz-Tage, nachdem ihnen die nöthigen Schriften und die gehörige Vollmacht wird zugekommen seyn, die erste Bewilligung bey dem Richter erhalten. In weiterer Fortsetzung der Betreibung werden sie die zu machende Schritte nie über den ersten Audienz-Tag nach Ablauf des gesetzlichen Termins verspäten.

21. Es soll ihnen untersagt seyn, ohne bestimmten Auftrag des Gläubigers den Schuldnern irgend einige Gestündung zu ertheilen, sondern sie sollen die Schuldner mit einem solchen Ansuchen direkt an den Gläubiger weisen.

22. Die an sie von den Schuldnern gelieferten Zahlungen sollen sie längstens bis zum zwenten Posttage nach ihrem Empfang, unter der Adresse entweder des Gläubigers oder des Schulden-Procursors, je nachdem ihnen das Geschäft von dem einen oder andern übergeben worden, auf die Post abgeben, und daselbst einschreiben lassen. Der Schulden-Procursor hat die gleiche Pflicht gegen den Gläubiger, in Fällen, wo die Betreibung durch ihn veranstaltet worden.

23. Das Controlle-Buch des Schuldenbotts soll jährlich einmal von dem Oberamtmanu untersucht werden, auch stehet solches jederzeit dem Gläubiger, in Betreff der von ihm dem Schuldenbott anvertrauten Geschäften, offen.

24. Die von dem Schuldenbott nach Vorschrift des gegenwärtigen Tarifs zu formirende Kostennote ist keiner Moderation unterworfen; hingegen steht es dem Schuldner, oder wer dabey ein Interesse haben mag, frey, im

Fall gegen diese Vorschrift ein mehreres angelegt worden wäre, unter Kostenfolge auf Ersatz zu klagen.

25. Diese Klagen, so wie die wegen Pflichtvernachlässigung, sollen vor dem Oberamtmann angebracht, der beklagte Schuldenbott in seiner Verantwortung vernommen, und sofort darüber summarisch abgesprochen, auch, im Falle der Schuldenbott im Fehler erfunden würde, die im Art. 15. des Gesetzes bestimmte Strafe auf ihn angewendet werden.

26. Wenn die Betreibung durch den Gläubiger selbst, oder jemand anders als den ordentlichen Schuldenbott des Bezirks, geschehen, so soll das Verzeichniß der Kosten dem Oberamtmann zur Moderation nach dem Art. 14. übergeben werden. Die Kosten der Moderation sollen aber dem Schuldner nicht auf Rechnung gesetzt, sondern von dem Gläubiger ertragen werden.

27. Gegenwärtige Verordnung soll durch den Druck bekannt gemacht, und an alle Oberamtmänner zur Vollziehung übersendet werden.

Gegeben in Unserer großen Raths-Versammlung,  
Bern, den 24. und 27. December 1803.

Der Amts-Schultheiß,  
N. v o n B a t t e n w y l.

Namens des großen Raths,  
der Staatschreiber,  
T h o r m a n n.

## V e r o r d n u n g

### ü b e r

### die Notarien und die Tarife der Emolumente.

Der große Rath des Cantons Bern, nachdem er in Betrachtung gezogen, wie daß die veränderten Zeitumstände es nothwendig machen, daß die Verordnung wegen der Amtsschreiber in etwas abgeändert, sodann alle gerichtlichen und andern Emolumente, auf einen bestimmten möglichst einfachen und den gegenwärtigen Zeiten angemessenen Fuß gesetzt werden; damit einerseits alle Beamten für ihre Bemühungen die billige Belohnung erhalten, andererseits dann Jedermann wissen möge, was für Emolumente zu bezahlen seyen, ein jeder auch vor allen unbilligen und übermäßigen Forderungen gesichert werde; als hat derselbe festgesetzt und verordnet, was hier von einem zum andern folget, wie er dann

#### v e r o r d n e t :

1. Es sollen die sämtlichen Emolumenten - Tarife revidirt und alle diese Tarife, mit alleiniger Ausnahme des Tarifs für das obere Ehegericht, in eine einzige Verordnung zusammengetragen und vereinigt werden.

2. Zu Ausübung des Stipulations - Rechts sollen in jedem Amtsbezirke, ausser dem Amtsschreiber, je nach den Umständen, annoch zwei oder mehrere stipulirende Notarien von dem kleinen Rathe bestellt werden.

3. Die Siegelgelder der Oberamtsleute, so wie das Emolument für die von ihnen zu ertheilenden Bewilligungen, von was Art sie immer seyn mögen, werden für alle Bewilligungen und Siegelgelder, die in den vormaligen Tarifen zu 3 Bz. 3 Kr. und minder gesetzt waren, auf 3 Bz. als Minimum gesetzt und verordnet, daß für keine andere Bewilligung noch Siegel mehr als 15 Bz. gefordert werden könne.

4. Für Friedensrichterliche Sprüche, durch welche die Parthenen auseinander gesetzt werden, soll auch ein Emolument festgesetzt werden, das aber niedriger seyn soll als das eines rechtlichen Spruchs.

5. Von einem Gültbrief, Schadlosbrief und dergleichen Versicherungsschriften wird ausser dem Siegelgeld, in allem bezahlt: Ein Halbes vom Hundert; als nämlich drey Quart davon für den stipulirenden Notarius, ein Quart aber für den Amtsschreiber: jedoch wird, die Summe mag noch so klein seyn, nie weniger bezahlt als zwanzig Bazen.

6. Von Tausch-Kauf-Steigerungs-Gantsteigerungs- auch sogenannten Fertigbriefen, wie auch von Schakungs- und Schleißbriefen, wird, ausser dem Siegelgeld, in allem bezahlt: Eins vom Hundert; als nämlich die eine Hälfte als Abgabe an die Regierung, die andere Hälfte aber zu drey Quart für den stipulirenden Notarius, und zu einem Quart für den Amtsschreiber: jedoch so, daß diese zwente bloß als Schreibgebühr zu betrachtende Hälfte, die Summe mag noch so gering seyn, nie weniger als zwanzig Bazen betragen soll.



7. Der kleine Rath wird begwältiget, auf diese Grundsätze hin einen Tarif zu verfertigen, und denselben als gesetzliche Vorschrift bekannt machen und in Ausübung setzen zu lassen.

8. Dieser Tarif soll aber nur auf eine Probezeit von sechs Jahren gemacht werden.

Gegeben in Unserer großen Rathversammlung, den 27. und 28. Christmonats 1803.

Der Amts-Schultheiß,  
N. v o n W a t t e n w y l.  
Namens des großen Raths,  
der Staatschreiber,  
L h o r m a n n.

## A u f h e b u n g

d e r

Handänderungs- und Einregistrirungs-Gebühr.

Wir Schultheiß, klein und große Rätthe des Cantons Bern, thun kund hiermit: Demnach Uns von Unserm kleinen Rathe der Vortrag erstattet worden ist, daß vermittelst der jüngsthin von Uns dekretirten Stempel-Tage und des Ohmgeldes die ordentlichen Staatsausgaben für das Jahr 1804 verhoffentlich gedeckt, mithin dermalen keine weitere Auflagen zu erheben nöthig seyen, daß daraufhin Wir beschlossen haben und

v e r o r d n e n :

1) Die von der vormaligen helvetischen Regierung eingeführte und für das Jahr 1803 bestätigte Handänderungs- und Einregistrirungs-Gebühr, ist für das Jahr 1804 aufgehoben und abgeschafft.

2) Gegenwärtiges Dekret soll gedruckt, aller Orten angeschlagen und von den Kanzeln verlesen werden.

Gegeben in Unserer großen Raths-Versammlung,  
den 30. December 1803.

Der Amts-Schultheiß,  
N. v o n W a t t e n w y l.  
Namens des großen Raths,  
der Staatschreiber,  
T h o r m a n n.

---

## G e h a l t d e s L a n d a m m a n n s.

---

**W**ir Schultheiß, klein und große Rätthe des Cantons Bern, thun kund hiermit: Daß Wir — in Betrachtung, daß der Canton Bern für das Jahr 1804 der Direktorial-Canton der Schweizerischen Bundesgenossenschaft ist, demselben dann alle daherigen Ausgaben zu bestreiten obliegen; und in Betrachtung, daß die Würde eines Landammanns der Schweiz mit vielen außerordentlichen Ausgaben verbunden ist — v e r o r d n e t haben:

1) Der Amts-Schultheiß bezieht in seiner Eigenschaft als Landammann der Schweiz, für das Amtsjahr 1804 eine Gehaltszulage von achttausend Franken.

2) Der kleine Rath ist begwältigt, alle diejenigen Anordnungen zu treffen, welche die Stellung des Cantons als Direktorial-Canton erfordert, und die daherigen Auslagen zu bestreiten.

3) Gegenwärtiges Dekret soll dem kleinen Rathe zur Exekution bekannt gemacht werden.

Gegeben in Unserer großen Raths-Versammlung,  
den 30. December 1803.

Der Amts-Schultheiß,  
R. v o n W a t t e n w y l.  
Namens des großen Raths,  
der Staatschreiber,  
T h o r m a n n.

---

## V e r b o t des Schleichhandels mit Salz.

---

**W**ir Schultheiß und Rath des Cantons Bern, thun kund hiermit:

Daß Wir mit Unlieb haben vernehmen müssen, daß, da der Verkauf des Salzes auf Rechnung des Staats geschieht, und somit der sich etwann darauf erzeigende Gewinnst dem ganzen Lande zum Besten gereicht, auch vermittelt dessen andere Auflagen vermieden bleiben können, nichts desto- weniger mehrere Unserer Angehörigen, namentlich in den Grenzgegenden, sich erlauben, zum großen Nachtheile Unserer Salzhandlung, und somit des Landes selbst, Salz ausser dem Canton aufzukaufen und solches auf unerlaubte Weise in das Land zu bringen.

So wie nun der Ankauf und das Hereinbringen von fremdem Salz stets verboten war; so wollen und verordnen Wir: daß auch hinfünftig von keinem Unserer Angehörigen einiges Salz an einem andern Orte, als bey den in Unserm Canton dazu bestellten Salzauswägern, angekauft werde, indem die Contrebande mit dem Salz noch immer verboten seyn und bleiben soll.

Im Fall aber Jemand dieser Verordnung zuwider handeln und fremdes Salz ins Land bringen würde; so soll dieses Salz nicht nur konfisziert, sondern es soll noch der Fehlbare für jedes Pfund Salz mit einer Buße von einer Franken belegt werden, wovon zwey Drittel dem Verleider und ein Drittel den Armen des Orts zuzusprechen sind.

Schließlich dann fordern Wir alle Unsere Unter-Beamten ernstgemeint auf, auf die Salz-Contrebande genau zu wachen, und die Fehlbaren dem betreffenden Oberamtmanne ohne Schonen zu verleiden.

Gegenwärtige Verordnung soll gedruckt, zu Jedermanns Verhalt sowohl von den Kanzeln verlesen, als an gewohnten Orten und auch bey den Salzauswägern angeschlagen werden.

Gegeben Bern, den 6. Jenner 1804.

Der Amts-Schultheiß,  
N. v o n W a t t e n w y l.  
Namens des Raths,  
der Rathsschreiber,  
G r u b e r.

---

# V e r o r d n u n g

## über die

### Niederlassung und Heirathen der französischen Bürger im Canton Bern.

Wir Schultheiß und Rath des Cantons Bern, thun kund hiermit: Daß Wir auf angehörten Vortrag Unsers Justiz- und Polizen-Raths, über die Nothwendigkeit, einstweilen über die Niederlassungen und Heirathen französischer Bürger in Unserm Canton, in einer Verordnung diejenige Verfahrensart zu bestimmen, welche dießorts in Gemäßheit der bestehenden Verträge befolgt werden soll, beschlossen haben, was hiernach folgt, demnach Wir

#### v e r o r d n e n :

1) Jeder Bürger der französischen Republik, der sich in dem Canton Bern niederlassen will, ist gehalten, sich, außer einem Leumdens-Zeugnisse, mit einer Erklärung der französischen Gesandtschaft in der Schweiz zu versehen, wodurch seine Eigenschaft als französischer Bürger anerkannt wird.

2) Auf diese Erklärung hin, welche in der Cantonalen aufbewahrt bleibt, wird ihm eine Bewilligung ertheilt, welche ihn in den Genuß aller derjenigen Rechte setzt, die der 12. Artikel des Allianz-Traktats mit der französischen



Republik vom Jahr 1803 den französischen Bürgern in der Schweiz zusichert.

3) Für diese Bewilligung wird einstweilen eine Gebühr von 43 bz. erlegt.

4) Gedachte Bewilligung soll alljährlich, und wenn der Impetrant seinen Aufenthaltsort verändert, bey Strafe der Ungültigkeit, visirt werden.

5) Für jede solche Visirung bezahlt er eine Gebühr von einer Schweizerfranken.

6) Falls sich ein französischer Bürger mit einer Cantons-Angehörigen verehelichen will, so soll er ebenfalls sowohl eine Erklärung der französischen Gesandtschaft in der Schweiz vorweisen, worinn seine Verlobte und zukünftigen Kinder als französische Bürger anerkannt werden; alsdann auch einen Schein über seine Verkündigung in der Heimath, im Falle solche daselbst üblich ist, und er nicht eine ausdrückliche Dispensation davon erhält.

7) Diese Erklärung samt dem Verkündigungsscheine soll in der Canzlen aufbewahrt, und ihm dann eine Heirathsbewilligung ertheilt werden, worin ausdrücklich bestimmt wird, daß die Ehe nur nach vorgegangener Verkündigung in seinem gegenwärtigen Aufenthaltsorte, so wie in demjenigen seiner Verlobten und in ihrer Heimath, eingesegnet werden könne.

8) Für die Bewilligung wird eine Gebühr von vier Schweizerfranken erlegt.

9) Gegenwärtige Verordnung soll durch den Druck bekannt gemacht, allen Oberämtern zur Wissenschaft und Verhalt mitgetheilt, und der Justiz- und Polizen-Rath mit Vollziehung derselben beauftragt werden.

Gegeben in Bern, den 11. Jenner 1804.

Der Amts-Schultheiß,  
N. v o n W a t t e n w y l.  
Namens des Raths,  
Der Rathsschreiber,  
Gruber.

---

## Tarif der Emolumente

für

das Appellations-Gericht, die Oberamtleute,  
Amtsgerichte, Amtsschreiber und Notarien  
des Cantons Bern.

---

**W**ir Schultheiß und Rath des Cantons  
Bern, thun kund hiermit:

Demnach der große Rath wegen der veränderten Zeit-  
umstände nöthig erachtet hat, die Verordnung wegen der  
Amtsschreiber in etwas abzuändern, sodann alle Gerichts-  
und andere Emolumente, welche in dem Canton Bern  
erhoben werden, auf einen bestimmten übereinstimmenden  
und den gegenwärtigen Zeiten angemessenen Fuß setzen zu  
lassen, damit einerseits alle Beamte für ihre Bemühungen

die billige Belohnung erhalten, anderseits aber Jedermann wissen möge, was für Emolumente zu bezahlen seyen; ein jeder auch vor allen unbilligen und übermäßigen Forderungen gesichert werde: Als haben Wir, zu Folge der Uns von dem großen Rathe am 27. und 28. Christmonat 1803 hierzu ertheilten Begwältigung, so wie in Befolgung der in dessen Dekret enthaltenen Vorschriften, die Uns aufgetragene Revision der vormaligen Tarife vorgenommen, demnach die dießorts erforderlichen Vorschriften und Emolumente festgesetzt, den Zeitpunkt der Einführung und Befolgung derselben auf den ersten März des laufenden Jahres 1804 bestimmt, und ihre Dauer auf eine Probezeit von sechs Jahren beschränkt; überhaupt dann festgesetzt und verordnet, was hier von einem zum andern folgt, wie Wir dann

v e r o r d n e n :

## I. T i t e l.

### Amtschreiber und Amtsnotarien.

1. Das ausschließliche Stipulations-Recht für alle notarialischen Akten soll vom ersten März 1804 an, für den ganzen Canton Bern, den Amtsbezirken nach, eingetheilt seyn, und in jedem derselben dem geordneten Amtschreiber und den besonders dazu zu ernennenden Amts-Notarien zustehen.

2. Zu dem Ende werden Wir in jedem Amtsbezirke, ausser dem Amtschreiber, je nach den Umständen annoch zwei oder mehrere stipulirende Amts-Notarien bestellen.

3. Es sollen die Amtschreiber und bestellten Amts-Notarien einzig und allein befugt seyn, in den Aemtern, wofür sie bestellt sind, alle Contracten und Instrumente zu empfangen und zu verfertigen, die nach der Gerichtssatzung und dem Tarif notarialiter ausgefertigt werden müssen, oder deren notarialische Ausfertigung die Parthenen freiwillig anbegehren.

4. Dem Amtschreiber insbesondere kommt aber das Recht und die Pflicht zu, die oberamtliche Audienz, die Verhandlungen des Amtsgerichts, und wo er zugleich Gerichtschreiber ist, auch die der Gerichte, einzig und ausschließlich zu verschreiben, und alles das zu fertigen, was seiner Stelle als Amtschreiber oder Gerichtschreiber nach bisheriger Übung anhängig ist.

5. Hingegen aber sollen weder die Amtschreiber noch die Amts-Notarien befugt seyn, die Amtsangehörigen anzuhalten, diejenige Verhandlungen bey ihnen ausfertigen zu lassen, wozu die Gerichtssatzung und der Tarif selbige nicht ausdrücklich verbindet.

6. Allen andern Schreibern und Notarien wird deswegen verboten, in den Aemtern, wofür sie nicht bestellt sind, einige Contracten oder Instrumente zu empfangen und zu verschreiben, noch einige von der amtlichen Audienz oder Gerichtsstellen des Amts abhängende Scripturen zu verfertigen; alles bey Strafe der Ersetzung des Schadens, so daraus entstehen könnte, auch zwanzig Pfunden Buße von jedem, dem zuwider verfertigten Instrument oder Schrift; von welcher Buße ein Drittel der Obrigkeit, ein Drittel dem betreffenden Amtschreiber, und ein Drittel dem Verleider zukommen wird.

7. Ueberdies soll der fehlbare Schreiber, das Schreib-Emolument von einer dieser Ordnung zuwider verfertigten Schrift oder Instrument, dem Amtschreiber des Orts gut machen, und es ihm so ersetzen, als wenn er solches selbst ausgefertigt hätte.

8. Auf alle notarialiter ausgefertigten Instrumente und Contrakten, wie auch auf alle Sprüche, Urkunden und Scheine, desgleichen auf alle Abschriften, Extrakte und andere Schriften, sollen die Amtschreiber und Amts-Notarien die bezogenen Schreib- und Siegel-Emolumente aussetzen, und zwar aussen an der Schrift an einem solchen Orte, daß es gleich in die Augen falle.

9. Die Gebühren, welche nicht ihnen selbst zukommen, sondern die sie zu obrigkeitlichen Händen, oder dem Oberamte oder dem Amtschreiber zu verrechnen haben, sollen die stipulirenden Notarien und insbesondere die Amtschreiber, getreulich verrechnen, und den betreffenden Personen alsogleich zustellen. Zu dem Ende sollen die einen wie die andern Bürgschaft leisten, und zwar die Amtschreiber, je nach der Größe ihres Amtes, von viertausend bis zwölftausend Franken; die Amts-Notarien dann dreitausend Franken.

10. Es werden die Amtschreiber und Amts-Notarien ernstlich angemahnt, in denjenigen Fällen, wo die Emolumente nach dem Halt der Bogen und Seiten bestimmt sind, sich einer gewissenhaften und nicht allzusehr ausge-dehnten Schreibart zu befleißigen, auch ihre Substituten ebenfalls hierzu anzuhalten. Insgemein sollen sie auf jede ganz überschriebene Seite wenigstens 500 bis 600 Buchstaben setzen.

11. Es



11. Es sollen die Amtschreiber ihre Substituten selbst besolden; für selbige dann soll weder von ihnen noch von ihren Prinzipalen, kein Emolument eingeführt, bezogen, noch gefordert werden.

12. Die Amtschreiber sollen ihren Stellen selbst vorstehen, und es wird ihnen bestimmt untersagt, ihre Amtschreiberen an irgend Jemanden zu verpachten.

13. Allen Amtschreibern und Amts-Notarien, auch ihren Substituten und Gehilfen, wird ernstlich verbothen einigen Parthenen, wer sie immer seyn möchten, Prozeduren oder andere Rechtsschriften, von welcher Art sie wären, zu verfertigen, vielweniger Jemanden vor den oberamtlichen Audienzen oder vor dem Amtsgerichte zu assistiren.

14. Alle Scheine, Urkunden, Urtheile und Sprüche, die vor der oberamtlichen Audienz, vor dem Amtsgerichte oder von Geldsverordneten ausgefällt werden; wie auch alle Contrakten und Instrumente, die notarialisch ausgefertigt werden, die Hauptdoppel wie die Nebendoppel und Abfertigungen, sollen unter das oberamtliche Siegel gestellt, auch von den Amtschreibern und Amts-Notarien den Parthenen nicht unbefiegelt herausgegeben werden, bey Strafe der Ersehung des Schadens und Nachtheils, so Jemanden daraus zuwachsen könnte.

15. Hierunter sind jedennoch die Obligationen, Reverse, Quittanzen, Bürgschafts-Briefe und dergleichen Schriften nicht begriffen.

16. Die gerichtlichen Akten kommen zwar überhaupt nur unter das Siegel des Gerichtsstatthalters; wenn es

I.

R

aber Geldaufbruchscheine, Verbürgungsschriften, Gültbriefe, Kauf- und Tauschbriefe, Steigerungsbriefe, in einem Wort, Contrakten sind, die eine Handänderung von Liegenschaften betreffen, so müssen sie noch mit dem oberamtlichen Siegel versehen werden.

17. Ferner wird allen Amtschreibern und Amts-Notarien ernstlich verboten, von irgend einer Audienz- oder gerichtlichen Verhandlung, noch sonst von irgend einem Contract, Instrument oder anderer Schrift, die unter das oberamtliche Siegel gehört, vor deren Besiegelung Jemanden weder Auszüge noch Abschriften zu ertheilen; auch weder Colloationen noch Anweisungen zur Geduld Jemanden vor der Passation des Geldstags-Modells herauszugeben; gleichfalls bey Strafe der Verantwortung für alles, so daraus entstehen wird.

18. Damit die Parthenen zu rechter Zeit gefertigt, und alles seiner Zeit gehörig besiegelt werden könne, sollen die Amtschreiber und Amts-Notarien schuldig und verbunden seyn, inner nachgesetzter Zeit, die vorkommenden Schriften jeweilen auszufertigen; unterlassenden Falls aber sollen sie für allen Schaden und Nachtheil gut stehen und verantwortlich seyn, so aus der Verzögerung entstehen könnte.

A. In Appellations- und Refurs-Sachen sollen die Urtheile, so weiter gezogen werden möchten, so wie die Urkunden, die im Lauf eines Prozesses ausgefällt werden, längstens in Zeit von acht Tagen, von ergangenem Urtheil an zu rechnen, in gehöriger Form gefertigt, und in zweymal vier und zwanzig Stunden

nach derselben Fertigung, gebührend besiegelt und den Parthenen, so sich darum anmelden, herausgegeben werden. In Prozessen, die gastrechtlich verführt werden, verbleibt es bey den in der Gerichtssakung vorgeschriebenen Terminen.

B. Andere Urkunden und gerichtliche Scheine längstens inner vierzehn Tagen, von der Zeit an gerechnet, da selbige gefällt worden.

C. Instrumente und Contrakten, so notarialiter ausgefertigt werden, vom Tage der Angabe an gerechnet, wo möglich in Monatsfrist, auf das späteste aber auf diejenige Zeit, wo sich das erste Gericht versammeln wird; da dann die vor dem Gericht gefertigten Contrakten jeweilen inner 14 Tagen sollen ausgefertigt, eingeschrieben und besiegelt werden.

D. Testamente, Codicille und andere Vergabungen von Todes wegen, sollen, vom Tage der Angabe an gerechnet, längstens inner drey Tagen Zeit ausgefertigt und besiegelt werden.

19. In jeder Amtschreiberen soll die gehörige Anzahl von Hypotheken-Protokollen gehalten werden, und zwar für jede Kirchgemeinde ein besonderes Protokoll.

## II. T i t e l.

### Bewilligungen der Oberamtleute.

1. Für alle und jede Arten von Bewilligungen, welche von den Oberamtleuten ertheilt werden, es sey zu Citationen und Notifikationen, für Pfandforderungen, Lei-

stungen, Publikationen und dergleichen, gebührt dem Oberamtmann, wenn ein mehreres nicht besonders verordnet ist, 3 Bazen.

2. Für folgende Bewilligungen kann der Oberamtmann ein höheres Emolument erheben; als:

- a. Für ein Rogatorium, von einer jeden Person, die aus einer andern Gerichtsbahn rogirt, oder vor einen äussern Richter vorgeladen wird, 7 Bz. 5 Rp.

Wird ein Richter Jemanden von Amtes wegen (ex officio) rogiren; so soll der andere Richter das Rogatorium ohne Entgeld gestatten.

- b. Für Pfand auszutragen, 7 Bz. 5 Rp.  
 c. Für die Bewilligung der drey Abboten von unbekannten Unterpfändern, für alle drehmal zusammen in allem 9 Bz.  
 d. Für einen gemeinen wie für einen verstärkten Leibhaft . . . . . 1 Fr. 5 Bz.  
 e. Für einen Arrest anzulegen . . . 7 — 5 Rp.  
 f. Für die Bewilligung einer Schätzung 7 — 5 —  
 g. Für ein Verbot anzulegen . . . 7 — 5 —

Es soll aber dieses Emolument nur von jedem Verbot, so ertheilt wird, und nicht von jeder Person, so interessirt ist, erhoben werden.

- h. Für die Abhaltung einer Steigerung um Fahrhabe oder liegende Güter . . . . . 1 Fr. 5 Bz.  
 i. Für die Abhaltung eines Freyschiesset 1 — 5 —

3. An den Orten, wo bis hin für eine der hievorgenannten Handlungen keine oberamtliche Bewilligung erforderlich war, da mag es bey der alten Uebung sein Bewenden haben.

4. Werden hievor stehende Bewilligungen von dem Amtschreiber geschrieben, so gebührt ihm von jeder geschriebenen Seite 2 Bazen.

### III. T i t e l.

#### Siegelgelder der Oberamtleute.

1. Für die Aufdruckung des Siegels, es sey nun zu Befräftigung ausgefallter Sprüche, Urtheile und Urkunden, oder um Bittschriften und Vorstellungen den Zutritt vor die Regierung und deren Departements zu verschaffen, oder bey Legalisationen, zu Besieglung von Attestationen und dergleichen, gebührt dem Oberamtmanne, wenn ein mehreres nicht besonders verordnet ist, 3 Bz.

2. In folgenden Fällen kann der Oberamtmanne ein höheres Siegelgeld erheben; als:

- a. Von den gastgerichtlichen Urkunden 7 Bz. 5 Rp.
- b. Für die Besieglung eines Lehrbriefes, wenn die Parthen die Besieglung verlangt, 7 Bz. 5 Rp.
- c. Für die Besieglung eines Bürgerbriefes 1 Fr. 5 Bz.

3. In Unglücksfällen und Armensachen soll kein Siegelgeld erhoben werden.

4. In Fällen, wo die Aufdruckung des amtlichen Siegels weder gesetzlich vorgeschrieben, noch allgemeinen Herkommens ist, soll die Besieglung Niemanden aufgedrungen werden.

5. Von Gült- und Schadlos-Briefen oder dergleichen Versicherungsschriften, dann von Kauf- und Tausch-Briefen,



auch Steigerungs- und Gantsteigerungsbriefen, von sogenannten Fertigbriefen, von Schatzungs- und Schleißbriefen, wie auch von Theilungen und Erhauskaufbriefen, soll für die Besieglung des Hauptdoppels bezahlt werden:

Wenn der Betrag der Summe unter 4000 Franken ist,  
3 Bz.

Wird aber die Summe 4000 Franken betragen oder übersteigen, alsdann von jedem vollen 1000 Fr. ein Bazen; doch darf das Siegelgeld, die Summe mag noch so groß seyn, niemals den Betrag der 15 Bz. übersteigen.

6. Von den Nebendoppeln und Abfertigungen gebührt dem Oberamtman für sein Siegel von einer jeden nur halb soviel als von dem Hauptdoppel.

7. Von Testamenten, Codicillen und andern Vergabungsschriften, wie auch von Ehebriefen, Eheverkommnissen und Verpfründungsbriefen, gebührt dem Oberamtman für sein Siegel mehr nicht als 7 Bz. 5 Rp.

---

#### IV. T i t e l.

### Vogts- und Waisensachen.

1. Die Vogtswahlen sollen von der Ehrbarkeit oder Gemeinde ohne Entgeld gemacht, auch ohne Entgeld dem Oberamtman eingegeben werden, welcher ebenfalls ohne Entgeld den Vogt ernennen soll.

2. Für den Vogtszettel soll bezahlt werden:

Dem Oberamtman für die Besieglung 3 Bz.

Dem Amtschreiber für die Ausfertigung 4 Bz.

3. Ist der Vogt in einem andern Amte wohnhaft, so gebührt dem Oberamtmanne desjenigen Amtsbezirktes, wo er sesshaft ist, für die Bewilligung, den Vogtszettel durch den Weibel anlegen zu lassen, 3 Bz.

4. Wenn Vögte zu Freyungen, Testamenten, Vermehrung der Ehetage und dergleichen Verhandlungen begehrt werden; so kann der Richter für die Bewilligung, ihnen das Vott durch den Weibel anlegen zu lassen, beziehen, 7 Bz. 5 Rp.

5. Ist das Vermögen der Pupillen nur 1000 Franken und darunter, so soll kein Emolument für die Vogtszettel bezahlt werden.

6. Wenn Vögte bey dem Oberamtmanne oder vor der Ehrbarkeit sich Rathes erholen, sollen selbige jederzeit ohne Entgeld geneigtes Verhör und Wegweisung erhalten.

7. Werden die Vögte ihre Rechnungen in der Amtschreiberey verfertigen lassen; so mag dieselbe für den Aufsat und die Ausfertigung zweyer Doppel fordern, von der Folio-Seite eines jeden Doppels 2 Bz.

8. Bey der Passation der Vogts-Rechnungen gebührt dem Oberamtmanne für die Erdauerung und Passation, dem Amtschreiber aber für die Berechnung, Ablefung und gehörige Einschreibung, in allem, was hienach vorgeschrieben ist.

a. Wenn das fruchtbare Vermögen nur 1000 Franken und darunter ist, nichts.

b. Wird das fruchtbare Vermögen über 1000 Fr. bis auf 5000 Fr. steigen, alsdann

Dem Oberamtmanne 7 Bz. 5 Rp.

Dem Amtschreiber . 7 — 5 —

Dem Weibel . . 2 — 5 —

c. Steiget aber das fruchtbare Vermögen über 5000 Franken, so mag alsdann über dieses festgesetzte Emolument aus, annoch gefordert werden, von jeden über jene 5000 Fr. vorhandenen 1000 Fr. für

den Oberamtman	2 Bz.	5 Rp.
den Amtschreiber	2 —	5 —
den Weibel	1 —	5 —

9. In keinem Fall soll doch, das Vermögen mag so hoch steigen als es will, für die Passation einer Bogtsrechnung ein mehreres bezogen werden, als:

Von dem Oberamtman höchstens	7 Fr.	5 Bz.
Von dem Amtschreiber höchstens	7 —	5 —
Von dem Weibel höchstens	1 —	5 —

10. An denjenigen Orten, wo die Weibel den Rechnungsablagen nicht benwohnen, soll ihr Emolument zurückbleiben.

11. Den Vorgesetzten, so der Rechnungsablage benwohnen, mag der Oberamtman, nach Maassgabe ihrer Entfernung und Zeitverlusts, wie auch nach den Vermögensumständen der Pupillen, von jeder Rechnung das Billige sprechen, von 5 Bz. bis höchstens 2 Fr. 5 Bz.

12. Damit man die Unkosten der Bogtsrechnungen beisammen sehen könne, sollen selbige jederzeit spezifizirt und besonders in der Rechnung ausgesetzt werden.

## V. T i t e l.

## R e c h t s s a c h e n.

1. Wenn der Oberamtmann als Friedensrichter handelt; so haben die Parthen folgende Emolumente zu bezahlen:

Dem Oberamtmann für die Bewilligung der Citation 3 Bz.

Dem Weibel, dieselben anzulegen, 3 Bz.

Ben dem Verhör selbst zahlt jede Parthen:

a. Dem Oberamtmann als Friedensrichter, in sofern die Parthen durch einen Compromiß oder Spruch auseinander gesetzt werden, 4 Bz., also zusammen 8 Bz.

Für die Besiegung der allfällig ausgefertigten Schriften, von jedem Doppel 3 Bz.

b. Dem Schreiber für das Concept, in allen obigen Fällen 7 Bz. 5 Rp., thut zusammen 1 Fr. 5 Bz.

Wenn aber die Verhandlung von der einen oder andern Parthen schriftlich gefordert wird, so soll dafür von jedem Doppel bezahlt werden 5 Bz., zus. 1 Fr.

Und wenn selbige mehr als zwey Seiten haltet, von jeder mehreren Seite 2 Bz.

c. Dem Weibel für seine Abwart ben dem Verhör, von jeder Parthen 2 Bz., thut 4 Bz.

Wenn eine Parthen auf die Tagkosten schließt, und ihr dieselben von dem Oberamtmann zugesprochen worden; so wird er zugleich die von daher zu bezahlende Summe bestimmen, indem in diesem Falle keine Kostenslisten gemacht, auch keine Moderations-Gebühren gefordert werden sollen.

Alle vorstehenden Emolumente sind von jeder Parthen zu beziehen; es soll aber unter keinem Vorwand ein mehreres gefordert werden

2. In allen Civil-Streitigkeiten, die unter die Competenz des Oberamtmanns gehören, und in welchen er absoluter Richter ist, wird bey jedem Spruch der geschrieben wird, ohne Ausnahme, er mag kurz oder weitläufig seyn, von jeder Parthen bezahlt:

Dem Oberamtmann Spruchgeld 5 Bz., thut 1 Fr.

Dem Schreiber für Abwart und Conzept 7 Bz. 5 Rp.,  
zusammen 1 Fr. 5 Bz.

Dem Weibel für Abwart 2 Bz., zusammen 4 Bz.

3. Wird eine Parthen in die Kosten verfällt; so wird der Oberamtmann die von daher zu bezahlende Summe zugleich mitbestimmen, indem in diesen Fällen keine Kostenslisten gemacht, auch keine Moderations-Gebühren gefordert werden sollen.

4. Mit diesem Emolument sollen sich Unsere Oberamtleute, Schreiber und Weibel begnügen, und in keinen Fällen ein mehreres Spruch-Emolument erheben.

5. In allen, die oberamtliche Competenz übersteigenden Civil-Streitigkeiten, wovon jedoch die Prozeduren vor dem amtlichen Verhör instruiert werden, wird von jedem Spruch oder Urkunde, so ausgefertigt wird, es mag kurz oder weitläufig seyn, von jeder Parthen bezahlt:

Dem Oberamtmann Spruchgeld 5 Bz., thut zusammen  
1 Fr.

Dem Schreiber für Abwart und Conzept, 7 Bz. 5 Rp.,  
zusammen 1 Fr. 5 Bz.

Dem Weibel für Abwart, 2 Bz., zusammen 4 Bz.



Wenn eine Parthen auf die Tagkosten schließt, und ihr dieselben von dem Oberamtmanne zugesprochen werden; so wird er zugleich die von daher zu bezahlende Summe bestimmen, indem in diesen Fällen keine Kostenslisten gemacht, auch keine Moderations-Gebühren gefordert werden sollen.

6. Von jeder Kundschaft, die verhört wird, wie auch von einer jeden, die den Eid schwört, gebührt:

Dem Oberamtmanne für das Verhör oder Beeidigung 8 Bz.

Dem Schreiber für die Abwart und Aufsatz, 4 Bz.

7. Für die Unterweisungszettel, so an die Pfarrer abgehen, gebührt von jeder Person, die unterwiesen wird:

Dem Richter für die Besiegung 3 Bz.

Dem Schreiber für die Ausfertigung 4 Bz.

8. Von einer jeden Person, die im Eid unterwiesen wird, gebührt dem Pfarrer:

Für die Unterweisung 3 Fr.

Für die Ausfertigung des Zeugnisses 5 Bz.

9. Für die Ueberweisung einer Prozedur an das Amtsgericht, zu Ausfällung seines Spruches oder Urtheils samt Tagsansetzung, gebührt:

Dem Oberamtmanne von jeder Parthen 5 Bz, thut zusammen 1 Fr.

Dem Amtschreiber für die Verfertiung des Rotulus der sämtlichen Prozeßschriften, samt seiner Bemühung dieselben in Ordnung zu legen, von jeder Parthen, je nach der Größe des Rotulus, von 1 Fr. bis 2 Fr.

Dem Weibel für selbige in Circulation zu setzen, für jeden Amtsrichter fünf Baken, welch letzteres Emolument aber nicht von jeder Parthen insbesondere zu bezahlen ist.

10. Für das Moderiren eines Kostenverzeichnisses gebührt:

Dem Oberamtman für die Moderation, 1 Fr. 5 Bz.

Dem Schreiber für die Rechnung und Abwart, 7 Bz. 5 Ap.

Dem Weibel für die Abwart, 4 Bz.

11. Uebersteigt die Kostensliste die Summe der 100 Franken, so wird für das zweite und jedes folgende Hundert Franken dem Oberamtman annoch bezahlt, 3 Bz. Doch soll das ganze Moderations-Emolument, die Kostensliste mag noch so groß seyn, in keinem Fall den Betrag von zehn Franken übersteigen.

Dem Schreiber gebührt die Hälfte von dem, was der Oberamtman zu beziehen hat, und sein ganzes Emolument kann also nie den Betrag von fünf Franken übersteigen.

Dem Weibel gebührt nie mehr als die oben ausgefekten vier Baken.

12. Das Moderations-Emolument wird von derjenigen Parthen erhoben, welche die Kosten zu fordern hat; es soll aber der Betrag der Moderations-Kosten in der Kostensliste ausgesetzt und zu den Prozeßkosten geschlagen werden.

13. Wenn das Amtsgericht in Civil-Streitigkeiten, es sey in der Hauptsache, oder in Benhändeln, ein Urtheil ausfällt; so bezahlt jede Parthen:

Dem Amtsgerichte für Sitz- und Urtheilsgeld, 5 Fr.,  
thut zusammen 10 Fr.

Dem Schreiber für Abwart und Conzept, 1 Fr. 5 Bz.,  
thut zusammen 3 Fr.

Dem Weibel für Abwart 5 Bz., thut zusammen 1 Fr.

14. Wird ein Urtheil des Amtsgerichts weiter gezogen; so hat der Refurrent, für die Gestattung oder den Abschlag des Refurses, samt daheriger eigenhändiger Einschreibung in das Urkund, an den Oberamtman zu bezahlen, 4 Fr.

15. Ist der Oberamtman anwesend, so soll die Angabe des Refurses bey ihm selbst geschehen, und derselbe ist verbunden, die Gestattung oder den Abschlag selbst in das Urkund einzuschreiben. Es ist also dem Schreiber von daher kein Emolument zu entrichten. In Abwesenheit des Oberamtmanns aber mag der Refurs in der Amtsschreibern angegeben werden, welche die Zeit der Angabe in das Urkund schreiben wird, und dafür zu beziehen hat 5 Bz.

Nachwärts muß aber das Urkund dem Oberamtman selbst zugestellt werden, damit er gegen Erlag des obbestimmten Emoluments die Gestattung oder den Abschlag einschreibe.

16. Unter dem Titel von Erscheinung oder Zutritt vor dem Richter soll Niemanden etwas gefordert, und dergleichen Emolumente sollen als verbotene Audienz-Gelder angesehen werden; Unsere Oberamtleute werden also für alle Verhandlungen keine andere Emolumente erheben, als solche, die in gegenwärtigem Tarif ausgesetzt und bestimmt sind.

## VI. T i t e l. P o l i z e n s a c h e n.

1. Wenn ein Oberamtmanu auf Begehren einer Parthen Jemanden in Eidespflicht aufnimmt, wie die Bannwarten der Gemeinde- und Partikular-Waldungen, und in andern Fällen mehr, so gebührt von jeder Person, so beeidiget wird:

Dem Oberamtmanu für die Beeidigung und Besieg-  
lung des Patents, 1 Fr.

Dem Schreiber für die Abwart, die Ausfertigung des  
Patents, und dessen Einschreibung in ein dafür  
zu führendes Buch, 1 Fr. 5 Bz.

2. Wird Jemand auf Begehren einer Parthen in Gelübd aufgenommen, so gebührt dem Oberamtmanu von jeder Person, die geloben muß, 4 Bz.

3. Für die Einschreibung eines Lehenträgers in die Urbarien, wird, nebst vorstehendem Gelübde-Geld, annoch zu bezahlen seyn, 4 Bz.

4. Will Jemand die Schloß-Urbarien aufschlagen lassen, der zahlt dem Oberamtmanu für jedesmal 5 Bz.

5. Derjenige, so in der Amtschreiberey die Bücher aufschlagen läßt, soll für jedesmal bezahlen 5 Bz.

Würde aber aus Mangel genugsamer Anzeige ganze Stunden und mehr damit versäumt; so kann nach Maasgabe des Zeitverlusts auf das höchste gefordert werden 1 Fr. 5 Bz.

6. Für einen Heimathschein gebührt:

Dem Oberamtmanu für die Besiegung 3 Bz.

Dem Pfarrer für die Ausfertigung 7 Bz. 5 Rp.

7. Für Hinterlagen mag von dem hinterlegten Gut, es sene Geld- oder Zinsschriften, für die Bewahrung desselben, von jedem Jahr allemal eins vom Hundert gefordert werden; wird aber das hinterlegte Gut nicht über ein Jahr hinter dem Richter bleiben, so gebührt dem Richter, die Zeit der Bewahrung mag kurz oder lang seyn, gleichfalls eins vom Hundert.

Werden aber statt Geld oder Zinsschriften, Bürgschaftsscheine hinterlegt; so hat der Richter statt eins vom Hundert, je ein Quart vom Hundert zu fordern.

8. Für ein Wein-Certifikat, wo dieselben üblich sind, gebührt:

Dem Schreiber für dessen Ausfertigung, 4 Bz.

## VII. T i t e l.

### G e l d s t a g s s a c h e n.

1. Für die Bewilligung eines Beneficii Inventarii, einer Geldstags-Revision, oder Aufhebung eines Geldstags, gebührt dem Oberamtman 1 Fr. 5 Bz.

2. Von einem jeden Geldstag mag der Oberamtman erheben:

a. Wenn das vorhandene Vermögen eines Vergeldstagers 2000 Fr. und darunter ist, 5 Fr.

b. Wenn es aber 2000 Fr. übersteigt, 10 Fr.

3. Für dieß Emolument soll der Oberamtman auch schuldig seyn, bey der Passation des Geldstags die Kosten zu examiniren, zu erdauern und allenfalls zu ermäßigen.



4. Dieß Emolument soll dem Oberamtmann für alle seine Bemühungen, die er mit dem Geldstag haben wird, bezahlt werden, und sollen mithin demselben, weder für die Bewilligung des Geldstags, der Steigerungen, der Publikationen, der Schäßer, der Geldsverordneten, für die Passation des Geldstags, noch irgend andere dergleichen Bemühungen mehr, weder Emolumente noch Siegelgeld bezahlt werden.

5. Für einen jeden Tag, den die Geldsverordneten und der Schreiber mit Untersuchung des Bergeldstagers Hausbücher und Schriften, Verzeichniß des Vermögens und der Schulden, Schätzung und Steigerung der Fahrhabe und liegenden Güter, wie auch mit Anweisung der Gläubiger zubringen werden, gebührt ihnen, mit Begriff der Zehrung, 1 Fr. 5 Bz.

6. Wenn sie aber wegen dem Geldstag reisen müssen, so gebührt ihnen für jeden Tag, den sie in diesen Verrichtungen zubringen, mit Begriff ihrer Verköstigung:

Den Geldsverordneten 4 Fr.

Dem Schreiber . . 6 Fr.

7. Hierunter soll ihr Tag- und Reitlohn, und Pferde-lohn, wie auch der ganze Unterhalt, dergestalten begriffen seyn, daß nicht das wenigste mehr für die Reisekosten admittirt werden soll.

8. Den Weibeln und Gerichtsbedienten, so bey den Geldstagen gebraucht werden, soll der gleiche Taglohn wie den Geldsverordneten entrichtet werden.

9. Es soll aber dieser Tag- und Reitlohn nicht nur überhaupt in den Geldstag-Model getragen, sondern jederzeit

zeit spezifizirt ausgesetzt werden, was für Tage es gewesen, und in welchen Verrichtungen ein jeder selbige angewendet habe.

10. Den Geldstags-Model aufzusetzen, einzurichten, und in zwey Doppeln auszufertigen, mag der Schreiber für seine dießörtige Bemühung erheben, vom Bogen eines jeden der beyden ausgefertigten Doppel, 1 Fr.

11. Es sollen aber die in dem Geldstags-Model etwa leer gelassenen Seiten jedennoch nicht gerechnet und der Geldstags-Model allezeit paginirt werden.

12. Die Anweisungen zur Geduld sollen nicht auf besondere Seiten, sondern sogleich unter die Ansprache und soweit möglich auf die gleiche Seite, gesetzt werden.

13. Auch sollen die Schuldtitel nicht nach ihrem ganzen wörtlichen Inhalte eingetragen, sondern nur der Hauptinhalt Auszugsweise, mit Benennung des Unterpfandes oder der habenden Sicherheit, jeder Ansprache beygesetzt werden.

14. Desgleichen sollen alle Eingänge und dergleichen unnöthige Sachen ausbleiben.

15. Hingegen soll auf dem Titelblatt der Name der Geldsverordneten stehen, und jeweilen die Publikation und Befehlzettel auf der ersten Seite wörtlich eingeschrieben werden.

16. Der Geldstags-Model soll in sich halten: ein Inventarium des Vermögens und der Schulden, nebst beygefügter Tage oder Kaufsumme der Effekten und liegenden Güter; dann die eingegebenen Ansprachen und Anweisung derselben; die liegenden Güter sollen mit ihren Anstößern

beschrieben, und auf diese Weise in den ausher gegebenen Collofationen eingebracht werden; die Geldstagskosten sollen insgesamt beysammen, und alle Kosten und ausgegebenes Geld wohl spezifizirt und nicht nur überhaupt eingebracht werden, damit der Richter bey der Passation alles wohl examiniren und erdauern könne. Zu dem Ende soll eine Bilanz über das Vermögen und die Schulden, auch eine Tabelle beygefügt werden, um wie viel und worauf ein jeder kollozirt worden, und was der Verlust sene.

17. Von einer jeden Publikation soll bezahlt werden:

Dem Schreiber für die Ausfertigung 4 Bz.

Dem Pfarrer für die Verlesung . . 2 Bz.

Dem Weibel für die Anschlagung eines jeden Doppels, 4 Bz.

18. Es soll auch ein jeder Geldstag durch das Wochenblatt der Hauptstadt publizirt, und dafür bezahlt werden, insgemein 7 Bz. 5 Rp.

Im Fall einer sehr weitläufigen Publikation aber, bis auf das höchste 1 Fr. 5 Bz.

19. In dem Geldstags-Model soll besonders spezifizirt und ausgesetzt werden, an welchen Orten der Geldstag publizirt, wie viel Publikationen für jedes Ort gemacht, und wie viel für jede Publikation bezahlt worden.

20. Von einer jeden Collofation, darinn der Vorgang und Nachgang stehen soll, gebührt dem Schreiber 5 Bz.

Wenn aber selbige mehr als zwey Seiten hat, von jeder folgenden Seite 2 Bz.

21. Von einer jeden Anweisung zur Geduld gebührt dem Schreiber für die Ausfertigung 4 Bz.

22. Für das Inventarium soll nichts besonders angesetzt, sondern selbiges bei der Inventorisation, für welche der Schreiber seinen Taglohn erhebet, alsobald gezogen, und die Ausfertigung in dem Geldstags - Model bezahlt werden.

23. Hingegen mag der Schreiber für die Errichtung des Steigerungs-Models, soweit er liegende Güter ansehet, von jedem Bogen ansehen, 8 Bz.

24. Wenn der Schreiber den Schuldnern in die Geldstags-Masse Auszüge aus den Hausbüchern zuschicken muß, um zu erfahren, ob die Schuld richtig seye, oder nicht, oder um die Bezahlung zu erhalten, mag er für jede Seite des Auszugs ansehen 2 Bz.

25. Für einen jeden Berichtzettel oder Brief, den ein Schreiber, wegen dem Geldstag abfassen muß, kann er ansehen 4 Bz.

26. Der Inventorisation, so wie bei Steigerungen und Geldstagen, sollen nur die Geldsverordneten bewohnen; alle andere Vorgesetzte sind unnöthig, und sollen ausbleiben, auch keine Bezahlung erheben.

27. Der Weibel soll bei der Inventorisation und Steigerungen für die Abwart und den Ausruf zugegen seyn.

28. Die beeidigten Schärer, welche zu Errichtung der Schätzung über das Geldstags-Vermögen gebraucht werden, sollen einen Taglohn, eben wie die Geldsverordnete, erhalten, und dafür verbunden seyn, ihre Würdigung

über die liegenden Güter, nebst deren Halt, Anstößern und Beschwerden schriftlich einzugeben.

29. Alle Geldstage zu Abnahme der Ansprachen, sollen in den Schlössern oder Landschreiberenen verführt werden; ausgenommen in Fällen, da selbige auf den Tag der Steigerungen gesetzt werden.

30. Bei keinem Anlaß oder Gelegenheit soll auf Unkosten der Geldstags-Masse Speis und Trank aufgestellt, noch Jemand verköstigt werden.

31. Wohl aber mag bei Steigerung der liegenden Güter ein mäßiger Trunk aufgestellt werden, und dafür ein halber Kreuzer von jeder Crone als ein Beding bei dem Kauf vorbehalten werden, welche der Käufer über die gebotene Kaufsumme aus entrichten soll, um daraus die Kosten der Steigerung zu bestreiten.

32. Allen Personen, so für den Geldstag gebraucht werden müssen, soll man jederzeit einen billigen Taglohn zukommen lassen, daß sie daraus ihre eigene Verköstigung selbst verlegen können, und selbige nicht auf die Geldstags-Masse falle.

33. Alle unnöthige Vakationen sollen mit Sorgfalt vermieden, und Niemanden Tagelöhne für solche Verrichtungen bezahlt werden, die mit Gelegenheit, oder durch Briefe, oder durch Absendung eines Expressen hätten können gemacht werden.

34. Will Jemand sich gebrauchen lassen, zu Gunsten eines Schuldners, mit den Gläubigern zu affordiren, so soll dafür so wenig als für andere Verrichtungen in



Freundlichkeit, einiger Taglohn oder sonst etwas auf Rechnung der Geldstagsmasse bezahlt werden.

35. Die Ansprecher, so auf liegende Güter kolloziert werden, oder durch Nachschlagung dazu gelangen, sollen nicht angehalten werden, ein Kauf-Instrument ausfertigen zu lassen, sondern ihre in Händen habende Collokations-Zettel sind genugsame Titel zu einer rechtmäßigen Besizung; diejenigen aber, so liegende Güter an der Geldstags-Steigerung erhandeln, sollen dafür Kaufbriefe zum Beweis des Eigenthums ausfertigen lassen, und dafür das bestimmte Schreib- und Siegelgeld bezahlen.

36. Die Geldstags-Model sollen jederzeit inner Monatsfrist nach dem letzten Geldstag, dem Richter zur Passation vorgelegt werden, welcher diesen Termin auf eine bestimmte Zeit verlängern kann, wenn der Schreiber wegen wichtigen Gründen diese Verlängerung begehren wird.

37. Da der Geldstags-Model, nach Vorschrift der Gerichtssakung, dem Richter zur Erdauerung und Ermäßigung der Kosten vorgelegt werden soll; so soll, im Fall der Richter eint- oder andere Artikel der Geldstagskosten herunter setzen oder durchstreichen würde, es dabei sein Verbleiben haben.

38. Würde sich aber Jemand über eine solche Ermäßigung zu beklagen haben, so kann sich derselbe bey Unserm verordneten Appellations-Gerichte anmelden; welches alsdann das Gemessene verfügen wird.

39. Für die Einschreibung der Passation in beyde Doppel des Geldstags, deren Datum in allen Collokationen,

auch in denen zur Geduld, ausgesetzt werden soll, gebührt dem Schreiber in allem 7 Bz. 5 Rp.

40. Wenn in Geldstags-Sachen Streit entsteht, und die Geldsverordneten, als Richter in erster Instanz, eine Prozedur verföhren und urtheilen müssen, sollen sie sich mit dem Schreiber jeweilen in der Amtschreiberey versammeln, und je nach der Entfernung von ihrem Wohnsitz den im 5. oder 6. Artikel bestimmten Tag- oder Reitlohn erheben.

41. Hingegen sollen alle Emolumente dahinfallen, und deren keine, von welcher Natur sie immer wären, bezogen werden, ausgenommen die Ausfertigung und Siegelgeld der Urkunden, und Weibelverrichtungen, welche auf dem bestimmten Fuße bezahlt werden müssen.

42. Bey Geldstagen, wo kein Vermögen sich vorfindet, soll der Geldstag unentgeltlich verföhrt und dafür keinerlei Emolumente gefordert, sondern nach der Verordnung vom 21. Febr. 1794 verfahren werden.

---

## VIII. T i t e l.

### Bußen und Frevel-Sachen.

1. Wenn der Oberamtman ein Frevel von amtlicher Pflicht wegen fertigt, und der Beklagte des Frevels geständig ist, so soll der Amtmann kein Emolument beziehen, sondern die in den Gesezen bestimmte Strafe ohne weitere Kosten noch Spruchgeld diktiren; nur soll der Frevler das Emolument des Weibels für die Anlegung der Citation bezahlen.

2. Wird der geständige Frevler von der diktierten Strafe ein Urkund begehren; so soll ihm ein solches alsobald ohne Bezahlung eines Emoluments von dem Oberamte zuerkannt werden; doch soll ein solcher Frevler für die Ausfertigung des Urkunds das gehörige Schreib- und Siegelgeld bezahlen.

3. Wenn in Frevelfällen ein Urtheil diejenige Strafe übersteigt, welche in der Competenz der Oberamtleute ist, so kann der geständige Frevler ein solches Urtheil recurriren; in welchem Fall der Oberamtman für die Einschreibung der Gestattung oder des Abschlags des Recurses in allem zu erheben hat 1 Fr. 5 Bz.

4. In denjenigen Fällen, wo der Beklagte des Frevels nicht geständig ist, mithin nach Vorschrift der 6. und 7. Sitzung Seite 476 und 477 der Gerichtssatzung berichtet werden muß, kann man beiden Partheien alle diejenigen Emolumente fordern, die in Rechtsachen üblich und bestimmt sind.

5. In Bußen-Sachen soll mit Bescheidenheit verfahren, und in Fällen, so in den Gesetzen und Ordnungen bestimmt sind, sollen niemals größere Bußen diktiert werden, als vorgeschrieben ist.

In wichtigen Fällen aber, da die Strafe durch die Gesetze und Ordnungen nicht ausgedrückt und bestimmt ist, soll kein Oberamtman die Gewalt haben, die Bußen zu bestimmen; sondern schuldig und verbunden seyn, den Fall umständlich an Uns den kleinen Rath zu überschreiben, Unsere Erkenntniß darüber zu erwarten, und derselben

nachzuleben; in minder strafbaren Sachen aber können die Oberamtleute wohl fortfahren; wie dann die Bußen-Ordnung das mehrere hierüber ausweist.

## IX. T i t e l.

### Fiskal- und Criminal-Sachen.

1. Für eine jede Information, die aufgenommen und niedergeschrieben wird, gebührt:

Dem Oberamtman . . . . . 1 Fr. 5 Bz.

Dem Schreiber für Abwart und Concept 1 — 5 —

2. Für ein jedes Verhör, das mit einem Gefangenen verführt und niedergeschrieben wird, gebührt:

Dem Oberamtman . . . . . 3 Fr.

Dem Schreiber für Abwart und Concept 3 —

3. Bei Confrontationen mag von jeder Person, die mit dem Gefangenen confrontirt, und deren Aussage niedergeschrieben wird, bezogen werden:

Für den Oberamtman 1 Fr. 5 Bz.

Für den Schreiber, für Abwart und Concept, 1 Fr.  
5 Bz.

Die Amtgerichts-Besitzer, welche bei Aufnahme einer Information, Verführung eines Verhörs, oder Abhaltung einer Confrontation benwohnen, haben keine Emolumente zu beziehen.

4. Für ein Urpbed soll bezahlt werden:

Dem Oberamtman 1 Fr. 5 Bz.

Dem Schreiber . 1 — 5 —

5. Wird eine Information oder ein Verhör ausfertigt, so mag der Schreiber von jeder geschriebenen Seite fordern 2 Bz.

6. In dem Falle ein Oberamtman, Schreiber oder Weibel wegen solchen Geschäften sich von Hause begeben muß, mag je nach Maasgabe der Entfernung und Verköstigung der im X. Titel bestimmte Reitlohn erhoben werden.

7. Wird Jemand für Schulden, Verbrechen oder anderer Ursachen halber in Gefangenschaft gesetzt, so ist zu bezahlen:

Für die Einschliessung: dem Oberamtman 7 Bz. 5 Rp.

dem Weibel . . . 7 — 5 —

Für die Loslassung: dem Oberamtman 7 — 5 —

dem Weibel . . . 7 — 5 —

8. Alle in den sieben vorstehenden Artikeln enthaltenen Emolumente sollen nur bezogen werden, wenn die Person, welcher diese Kosten auffallen, dieselben zu bezahlen im Stande ist; im Falle des Unvermögens soll der Obrigkeit nichts angerechnet werden.

9. Für den Unterhalt eines Gefangenen, der selbst zu bezahlen vermögend ist, mag der Oberamtman für jeden Tag beziehen 8 Bz.

In dem Falle aber des Unvermögens mag der Oberamtman für jeden Tag der Obrigkeit anrechnen, mit Inbegriff der Feuerung, 5 Bz.

10. An denjenigen Orten, wo den Weibeln der Unterhalt der Gefangenen obliegt, soll auch denselben das in hievor stehendem Artikel ausgesetzte Emolument heim-



dienen, und unter keinem Vorwand etwas für den Oberamtman noch Jemand anders bezogen werden.

11. Einem Weibel, der aus Befehl des Oberamtmanns einen Gefangenen in dem Amte abholen muß, soll für diese Berrichtung mit Begriff seiner eigenen Verköstigung entrichtet, auch im Falle der Gefangene zu bezahlen unvermögend wäre, der Obrigkeit angerechnet werden 2 Fr.

12. Werden Gefangene weiter versendet, so soll solches ordentlicher Weise durch die Landjäger geschehen, welche dafür eine kleine Zulage an ihren Sold erhalten.

13. Die Unterhaltungskosten eines Gefangenen auf der Reise sollen fleißig aufgeschrieben, und die Verzeichnisse dem Oberamtman eingegeben werden, welcher selbige bezahlen, und im Falle des Unvermögens der Obrigkeit ansehen wird.

---

## X. T i t e l.

### Taggelder und Reitlöhne der Oberamtleute, Schreiber und Weibel.

1. Wenn der Oberamtman, Schreiber oder Weibel für Augenscheine oder andere Berrichtungen von Pflichten wegen, oder auf Begehren der Parthenen, sich von Hause begeben, und sich selbst unterhalten müssen; so soll für jeden Tag, den sie in solchen Berrichtungen und auf ihre eigene Kosten zubringen, entrichtet werden:

Dem Oberamtman 16 Fr.

Dem Schreiber . . . 8 —

Dem Weibel . . . 3 —

2. Ist die Verrichtung in der Nähe, daß keine Verstärkung nöthig ist, so gebührt ihnen in allem nur die Hälfte, als:

Dem Oberamtmann 8 Fr.

Dem Schreiber . . . 4 Fr.

Dem Weibel . . . 1 Fr. 5 Bz.

3. Hierunter soll der Tag- und Reitlohn, Pferde und Knechte, und alles dergestalt begriffen seyn, daß unter keinem Vorwande etwas mehr gefordert werden mag; auch soll der Schreiber schuldig seyn, für diejenigen Verhandlungen, für welche er den Tag- oder Reitlohn genießet, das Concept und den Aufsatz ohne Entgelt zu verfertigen.

4. In Criminal-Fällen, wo der Angeschuldigte keine Kosten zu bezahlen hat, oder dieselben zu bezahlen außer Stande ist, kann nie mehr als die Hälfte der oben ausgesetzten Emolumente obrigkeitlich verrechnet werden.

5. Wenn die Oberamtsleute aus obrigkeitlichen Aufträgen in Regierungs- oder Administrations-Geschäften Augenscheine einnehmen müssen, so können sie nichts dafür verrechnen.

---

## XI. T i t e l.

**Scripturen, welche in den Amtschreiberenen  
verfertigt werden.**

1. Für die Ausfertigung der Sprüche, Urtheile und Urkunden, so in Rechts- wie in andern Sachen vor der richterlichen Audienz, oder vor Gericht gefällt werden,

mag der Schreiber, wo nicht ein mehreres bestimmt ist, von jedem Doppel fordern 1 Fr. 5 Bz.

Halten aber dieselben mehr als drey Seiten, alsdann von der vierten und jeder folgenden Seite annoch 2 Bz.

2. Die Einverleibung der in das Recht gelegten Akten und Prozedur-Schriften in die Urkunden, soll hinfüro abgestellt und verboten, auch einer jeden Parthen Willführ überlassen seyn, davon Abschriften zu nehmen oder nicht. Falls aber eine Parthen davon Abschrift begehrt, soll sie selbige durch die Amtschreiberen verfertigen lassen, und dafür bezahlen, mit Begriff der Vidimation, von jeder Seite 3 Bz.

3. Die in das Recht gelegten Schriften soll der Amtschreiber dahin vidimiren, daß solches die wahren, auf den gesetzten Tag in das Recht gelegten Schriften seyen, und sie dann nachwärts den Parthenen zu ihrem Gebrauch wieder zurückgeben; für welche Vidimation er zu beziehen haben wird 4 Bz.

Original-Dokumente sollen aber nicht vidimirt werden; maassen es genugsam ist, wenn sie in dem Urkund als in das Recht gelegt deutlich vernamset werden.

4. Die Sprüche und Urkunden sollen wörtlich in das Protokoll getragen und dafür bezahlt werden 5 Bz.

Halten sie aber mehr als zwey Seiten, so kann von der dritten und jeder folgenden Seite annoch gefordert werden 2 Bz.

5. Die Einschreibung der in das Recht gelegten Schriften soll hinfünftig als unnöthig und beschwerlich ausbleiben.

6. Die Kundschafts-Aussagen sollen den Parthenen abschriftlich zugestellt, auch in der Amtschreiberey eingeschrieben, und dafür bezahlt werden, von jeder Seite 3 Bz.

7. Wenn die eine oder andere Parthen im Laufe eines Prozesses kein Urkund begehren wird, so soll ihr solches nicht aufgedrungen, mithin weder Schreib- noch Siegelgeld dafür bezogen werden.

Von Absprüchen und Endurtheilen über schriftlich verführte Prozesse, sollen die Parthenen die Urkunden herauszulösen schuldig seyn.

Die Urkunden, so an dem Gastgerichte gefällt worden, soll man hinkünftig nicht mehr doppelt bezahlen.

8. Von Geldaufbruch- und Ablosungscheinen, sie mögen weitläufig oder kurz seyn, soll für die Einschreibung und Ausfertigung in allem mehr nicht bezahlt werden, als 7 Bz. 5 Rp.

9. Von Verbürgungs- und Autorisations-Scheinen kann in allem mit Begriff der Einschreibung, sie mögen kurz oder weitläufig seyn, bezogen werden 1 Fr.

10. Von Homologations- und Freyungs-Urkunden gebührt dem Schreiber:

Für die Ausfertigung 3 Fr.

Für die Einschreibung 5 Bz.

11. Von Reversen, Uebergaben und Bürgschaftsbriefen, sie seyen weitläufig oder kurz, wenn die Parthenen solche durch die Amtschreiberey verfertigen lassen, ist in allem zu erheben 1 Fr. 5 Bz.

12. Von Quittanzen oder Attestationen , wenn die Parthenen solche durch die Amtschreiberen verfertigen lassen, 7 Bz. 5 Rp.

13. Von einer Legalisation 4 Bz.

14. Von einem Rogotorio 5 Bz.

Von einem Nebendoppel , wenn man eines begehrt , 2 Bz.

15. Von einem Lehr- oder Bürger-Annehmungsbrief:

Auf Papier geschrieben . 3 Fr.

Auf Pergament geschrieben 5 Fr.

16. Für einen Berrufzettel . 5 Bz.

17. Von einer jeden Publikation 5 Bz.

18. Für ein jedes Verbot , mit Inbegriff der Einschreibung , 1 Fr.

Werden aber mehr als ein Doppel ausgefertigt , alsdann von jedem Nebendoppel 4 Bz.

19. Für einen Leibhaft 1 Fr.

20. Will Jemand freywillig in der Amtschreiberen eine Supplikation , Memorial oder Lehrbrief verfertigen lassen , so mag für jede Seite gefordert werden 7 Bz. 5 Rp.

21. Für Sachen , die Almosen , Liebessteuern oder Unglücksfälle betreffen , sollen die Amtschreiberen nichts fordern , sondern dergleichen Sachen unentgeltlich verfertigen.

22. Für Abschriften oder Extrakte , von jeder Seite 2 Bz.

23. Bey allen und jeden , sowohl in diesem als in andern Titeln vorkommenden Scripturen muß aber das



dazu gebrauchte Stempelpapier noch besonders bezahlt werden, indem dessen Betrag nicht mit unter den Schreibgebühren begriffen ist.

24. Auf allen ausgefertigten Schriften soll jeweilen darauf verzeichnet werden, was sowohl an Schreib- als andern Gebühren, als für den Stempel, bezahlt worden sey; und ist für Gebühren nichts gefordert worden, so ist statt der Tare, das Wort unentgeltlich bezusetzen.

## XII. T i t e l.

### Notarialische Stipulationen.

1. Von einem Gültbrief oder Schadlosbrief, und dergleichen Versicherungsschriften, wird für den Aufsat, Einschreibung und Ausfertigung, ausser dem Siegelgeld, in allem ein Halbes vom Hundert bezahlt; das ist, von 100 Franken 5 Bz.

2. Von diesem Emolumente, das der stipulirende Notarius bezieht, erhält:

Der Notarius, welcher den Contract stipulirt, es sey nun der Amtschreiber, oder ein anderer mit dem Stipulations-Recht begabter Notarius, drey Vierteltheile.

Der Amtschreiber für das Certificat, daß der Contract von dem stipulirenden Notarius in das betreffende nach Nummer und Seite anzuzeigende Hypotheken-Protokoll eingetragen worden, und daß in diesem Protokoll keine mehreren Verhaftungen, als die angegebenen, eingeschrieben seyen, wegen der dazugehörigen Verantwortlichkeit, ein Vierteltheil.

3. Das Capital mag aber noch so klein seyn, so soll doch für diese sämtlichen Gebühren in allem können gefordert werden 2 Fr.

4. Das Emolument soll der Schuldner bezahlen, und der Schuldtitel dem Gläubiger ohne Entgelt zugestellt werden.

5. Dergleichen Versicherungsschriften sollen, nach Inhalt der Gerichtssatzung, jederzeit notarialiter ausfertigt werden, und zwar entweder durch den Amtschreiber des Orts, oder einen Amts-Notarius desjenigen Amtsbezirktes, in welchem die sämtlichen Unterpfänder oder der mehrere Theil derselben liegen.

6. Von Tausch - Kauf - Steigerungs - Gantsteigerungs - auch sogenannten Fertig - Briefen, wie auch Schatzungs - und Schleiß - Briefen, wird ausser dem Siegelgeld für den Aufsat, Einschreibung und Ausfertigung, nebst der damit verbundenen Abgabe an die Regierung, in allem bezahlt, Eins vom Hundert; das ist: von jedem Hundert Franken 1 Fr.

7. Diese Gebühr wird im Ganzen von dem Amtschreiber bey der Herausgabe des Contrakts erhoben, und sie soll spätestens vier Monate nach der Angabe des Contrakts bezahlt werden.

Der Amtschreiber hat dann die Hälfte davon, oder das Halbe vom Hundert dem Oberamtman zu obrigkeitlichen Händen zuzustellen; die zweyte Hälfte aber, welche das andere Halbe vom Hundert ausmacht, wird er auf dem gleichen Fuße vertheilen, wie im Art. 2. dieses Titels wegen der Gültbriefe vorgeschrieben ist.

Es erhält also:

Der Notarius, welcher den Contract stipulirt, es sey nun der Amtschreiber, oder ein anderer mit dem Stipulations - Rechte begabter Notarius, drey Vierteltheile.

Der Amtschreiber für das Certificat, daß der Contract von dem stipulirenden Notarius in das betreffende nach Nummer und Seite anzuzeigende Hypotheken-Protokoll eingetragen worden, und daß in diesem Protokoll keine mehreren Verhaftungen, als die angegebenen, eingeschrieben seyen, wegen der daberigen Verantwortlichkeit ein Vierteltheil.

8. Das Capital mag aber noch so klein seyn, so soll doch für sämtliche diese Schreib- und Controllirungs-Gebühren, in allem können gefordert werden 2 Fr.

Was hingegen denjenigen Theil der Stipulations-Gebühr betrifft, welcher als Abgabe an die Regierung bezahlt wird, so kann in keinem Falle ein mehreres dafür bezogen werden, als das oben ausgesetzte ein Halbes vom Hundert.

9. Von einem Nebendoppel kann an Schreibgebühr nie mehr gefordert werden, als von jeder Seite 4 Bz.

10. Bei solchen Contracten soll der Käufer jederzeit das ganze Emolument des Eins vom Hundert bezahlen; es sey denn, daß die Contrahenten sich hierüber anders verglichen haben.

11. Bei Tauschbriefen soll jeder Tauscher die oben bestimmten Schreibgebühren nur von dem Werthe seines ertauchten Guts bezahlen, und von der Nachtauschsumme

nichts erhoben werden; das zu obrigkeitlichen Händen zu bezahlende ein Halbes vom Hundert aber wird nur von dem Werthe der höher angeschlagenen Liegenschaft bezahlt.

12. Es sollen bey Tausch-Contrakten allezeit beyde Doppel ausgefertigt werden, weil jede Parthey einen Titel für ihr Eigenthum haben muß.

13. Bey Kauf- und Steigerungs-Contrakten ist nur die einfache Ausfertigung nöthig, und zwar zu Händen des Käufers, wenn die Kaufsumme an den Gläubiger zu bezahlen angewiesen oder alsobald ausbezahlt wird: will solchen Falls der Verkäufer auch ein Doppel haben, so wird ihm frey stehen, dasselbige ausfertigen zu lassen; bleibt aber noch etwas von der Kaufsumme zu bezahlen übrig, so soll dennzumalen dem Verkäufer der Kaufbrief unter dem Namen Kaufbeyle als ein Schuldtitel zugestellt und des Käufers Willkühr überlassen werden, auch ein zweytes Doppel zu begehren.

14. Von Steigerungs-Rödeln, wo dieselben üblich sind, wird das gleiche Emolument des Eins vom Hundert bezogen, wie oben Artikel 6. wegen der Tausch- Kauf- und Steigerungsbriefen überhaupt vorgeschrieben ist, und es wird dasselbe auf vollkommen gleichem Fuße vertheilt; da dann aber der stipulirende Notarius für seine bey der Steigerung habenden Bemühungen ansetzen kann, was oben Titel X. in Betreff der Taggelder und Reitlöhne vorgeschrieben ist.

Werden die Güter nicht eigenthümlich hingegeben, sondern nur der Abnuß Lebensweise versteigert, so soll ausser 5 Bz. Siegelgeld nur ein Halbes vom Hundert als

Schreibgebühr an den stipulirenden Notarius bezahlt werden, mit der Erläuterung: daß dieses Emolument nicht von dem Werthe des Capitals, sondern nur von dem Werthe der für so manches Jahr als das Gut hingeliehen wird, erlösten Zinse erhoben werden soll.

Wird die Steigerung fruchtlos ablaufen, mithin kein Contract errichtet werden; so gebührt dem Schreiber für seine mit der Steigerung gehabte Bemühung und Taggeld in allem 4 Fr.

Das Siegelgeld wie das Schreib-Emolument für die Steigerungs-Rödel, soll der Versteigerer bezahlen.

Das Haupt-Instrument des Steigerungs-Rodels soll dem Verkäufer zugestellt werden.

Will dann Jemand einen Titel für sein Eigenthum bekommen, so soll ihm frey stehen, einen Kaufbrief ausfertigen zu lassen; dafür wird er aber an Siegelgeld, Schreib- und Controlle-Gebühren das nämliche Emolument bezahlen, wie von einem gewöhnlichen Kaufbriefe.

Wird der Versteigerer selbst über einen Theil der verhandelten Güter Kaufbriefe verlangen, so sollen selbige ausgefertigt, und zwar, im Falle Kaufrestanzen verschrieben bleiben, unter dem Namen Kaufbenle ihm zugestellt werden; wofür er aber kein mehreres Emolument zu bezahlen schuldig ist, als von jeder Seite der Expedition 4 Bz.

15. Alle diese Verschreibungen sollen jederzeit durch einen Notarius geschehen, hinter dessen Bezirk die erhandelten Güter sämtlich, oder der mehrere Theil derselben liegen; maßen Niemanden frey stehen wird, einen andern Schreiber zu gebrauchen.



16. Von Theilungen und Erbauskäufen, mag für den Aufsaß, Einschreibung und Ausfertigung in allem bezogen werden, von dem fruchtbaren Vermögen:

- a. Von dem Hauptdoppel ein Halbes vom Hundert, das ist, von jedem Hundert Franken 5 Bz.
- b. Von einem zweiten oder dritten Doppel, Falls solche begehrt würden, von jeder Seite 3 Bz.
- c. Von einer jeden Abfertigung, die begehrt wird, von jeder Seite 3 Bz.

17. Wird aber das Vermögen, nach Abzug der Schulden, nur 1000 Fr. und darunter seyn, soll alsdann weniger nicht bezahlt werden, als 5 Fr.

18. Mit diesem obbestimmten Emolument sollen sich die Schreiber begnügen, und unter keinem Vorwande mehrere Emolumente noch einigen Tag- oder Reitlohn beziehen, sondern an denjenigen Tagen, die sie mit der Inventorisation oder Berichtigung der Erbschaft ausser dem Hause zubringen werden, sich mit freyer Kost und Unterhalt ersättigen.

19. Da nun durch diese Einrichtung, eines um und für das andere genommen, mithin der Reiche für den armen Bedürftigen bezahlen wird, so soll auch der Schreiber des Orts, wo der Erblasser gesessen ist, schuldig und verbunden seyn, in allen denjenigen Fällen, wo durch den 25. 26. und 27. Art. die notarialische Verschreibung anbefohlen ist, die Theilung nach seinem besten Vermögen zu verfertigen.

20. Es soll aber dieß Emolument nur von dem fruchtbaren Vermögen bezogen werden; das ist: von demjenigen, so nach Abzug der Schulden übrig bleiben wird.

21. Bei den Erbauskäufen ist das bestimmte Emolument nur von der Erbauskauflsumme, nicht aber von dem ganzem Vermögen des Erblassers zu beziehen.

22. Wird ein Erbauskaufl einer Theilung vorgehen, so soll dafür das Emolument vorerst von der Erbauskauflsumme erhoben, und dann erst nachwärts, nach Abzug derselben und übrigen Erbschaftsschulden, von dem restirenden fruchtbaren Vermögen das Emolument für die Theilung bezogen werden.

23. Die Nebendoppel bei Theilungen und Erbauskäufen, eben wie die Abfertigungen, sollen den Parthenen nicht aufgedrungen, sondern nur im Fall sie es begehren, ausgefertigt werden; die Bögte aber, so die Hauptdoppel nicht in die Hände bekommen, sollen jederzeit entweder ein Nebendoppel, oder eine Abfertigung zur Justifikation ihrer Verhandlungen und Rechnungen ausfertigen lassen.

24. Wenn bei Theilungen Wittwen und Waisen interessirt sind, so können die Instrumente von den Böigten in Gegenwart eines oder mehrerer dazu bestellten Gemeindegesezten ausgefertigt werden; in andern Fällen aber mögen die Interessirten die Theilung unter ihnen selbst ausfertigen.

25. Jedoch im Fall bei Theilungen und Erbauskäufen die Erbportionen auf liegende Güter angewiesen und überbunden werden, soll die Ausfertigung des Instruments durch einen stipulirenden Notarius geschehen, und widrigenfalls das Unterpfandreht verlieren.

26. Wird Jemand von den Interessirten die notariatische Verschreibung zu seiner Sicherheit begehren, so sollen die andern solches geschehen zu lassen schuldig seyn.

27. In den Fällen, wo Erbauskäufe und Theilungen notarialisch ausgefertigt werden müssen, oder die Parthenen selbiges begehren, soll hierzu jederzeit ein Schreiber desjenigen Amtes gebraucht werden, wo der Erblasser gesessen war, auch Niemand befugt seyn, einen andern Notarius hierzu zu berufen.

28. Von Testamenten und dergleichen Vergabungen, wie auch von Eheverkommnissen oder Ehebriefen, mag der Notarius für den Aufsatz, Einschreibung und Ausfertigung eines, bey beyden letzten Instrumenten aber der beyden Doppeln, je nach den Vermögensumständen der Personen, für seine Gebühr fordern 5 Fr.

bis höchstens . . 40 Fr.

29. Von einem Codicil oder Vergabung mag der Notarius für den Aufsatz, Einschreibung und Ausfertigung, nach dem mehr oder mindern Werthe des Vergabeten oder Weitläufigkeit des Codicils, in allem fordern: von 3 Fr. bis höchstens 6 Fr.

30. Von einem Verpfründungsbrieft mag der Notarius für den Aufsatz, Einschreibung und Ausfertigung, je nach den Vermögensumständen dessen, so sich verpfründen will, in allem für seine Gebühr fordern: von 3 Fr.

bis höchstens . . 16 Fr.

Verlangen aber die Parthenen die Ausfertigung eines zweyten Doppels, so mag dafür bezogen werden, von jeder Seite 3 Bz.

31. Nach der Gerichtssatzung ist jede Mannsperson befugt, ihr Testament oder Codicil selbst zu schreiben oder mündlich zu machen.

32. Will aber eine Mannsperson ihr Testament oder Codicil durch einen geschwornen Notarius verfertigen lassen, oder auch eine Weibsperson nach Vorschrift der Gerichtssatzung testiren; so kann die eine und andere solches thun, an welchem Orte sie will: jedoch in dem Verstande, daß an demjenigen Orte, wo sie testiren wird, sie zur Verfertigung des Testaments einen solchen Notarius gebrauche, der daselbst das Stipulationsrecht habe, es sey denn, daß selbiger Verwandtschaftshalber das Testament nicht empfangen und ausfertigen könnte. Alles bey der auf den fehlbaren Schreiber gelegten Strafe der Ersetzung des Schadens, zwanzig Pfunden Buße, und Gutmachung der entzogenen Schreib - Emolumenten.

33. Ehebriefe, Eheverkommnisse und Verpfründungsbriefe können die Eheparthenen insgemein selbst ausfertigen; wenn aber in solchen Instrumenten Unterpfänder verschrieben werden, soll nach Inhalt der Gerichtssatzung das Instrument notarialiter ausgefertigt werden, und zwar an dem Orte, wo der mehrere Theil derselben gelegen ist.

34. In den Fällen aber da die Parthenen freywillig einen Notarius zu Ausfertigung von Ehebriefen, Eheverkommnissen oder Verpfründungsbriefen gebrauchen wollen, kann solches nach der Wahl der Parthenen geschehen; jedoch in dem Verstande, daß der Notarius, welchen man hierzu gebrauchen will, an dem Orte, wo der Contract verfertiget wird, das Stipulationsrecht habe.

35. Von einer Obligation mag für den Aufsatz, Einschreibung und Ausfertigung in allem bezogen werden,

von dem Werthe der Schuld, ein Quart vom Hundert;  
das ist, von jedem 100 Fr. 2 Bz. 5 Rp.

Doch weniger nicht, als 1 Fr.

Und mehr nicht, als 4 Fr.

36. Es wird aber, nach Inhalt der Gerichtssatzung, der Wahl eines Schuldner überlassen, entweder seine Obligation selbst zu schreiben, oder zu unterschreiben; will er aber die Obligation notarialisch ausfertigen lassen, so kann er solches thun, durch welchen Notarius er will; jedoch in dem Verstande, daß selbiger an dem Orte, wo die Verschreibung vor sich geht, das Stipulationsrecht habe.

37. In allen denjenigen Fällen, da in einem Contract oder Instrumente Unterpfänder verschrieben werden, oder Lehengüter Hand ändern, davon der mindere Theil in einem andern Gerichtsbann liegen; soll der Notarius, so das Instrument ausfertigen wird, pflichtig und verbunden seyn, demjenigen Amtschreiber, hinter dessen Bezirk der mindere Theil dieser Güter liegt, ein Verzeichniß derselben samt Auszug aus dem Instrumente zu übersenden; da dann der letztere auch schuldig und verpflichtet seyn wird, das erhaltene Verzeichniß der verschriebenen Unterpfänder, oder vorgegangenen Handänderungen, in seinem Protokoll einzuschreiben und zu registriren; widrigenfalls derjenige Notarius, so hierin etwas versäumen würde, für allen Schaden und Nachtheil verantwortlich bleiben und verhaften soll, so aus der Unterlassung entstehen könnte.

38. Diese Vorschrift sollen die Notarien, nicht nur in Ansehung der Gült- Schadlos- Kauf- und Tauschbriefe,



sondern auch bey Theilungen, Erbaufkauf, Schenkungs- und Schleichbriefen, Verpfändungs- und Ehebriefen, Eheverkommnissen und allen andern Contracten befolgen, welcherley Namen sie immer haben möchten, ausgenommen bey den Testamenten und Codizillen.

39. Damit aber ein jeder Schreiber für diese Bemühung das billige Emolument empfangen, soll für jede Seite, welche dieses Verzeichniß oder Auszug haltet, von der Parthen bezogen werden 6 Bz.

Hievon soll der halbe Theil dem betreffenden Amtschreiber zugleich mit übersendet werden.

### XIII. T i t e l.

#### Von den Gerichten.

1. Alle Jahre sollen an einer jeden Gerichtsstelle ordentlicher Weise zwölf ordinaire Gerichte gehalten werden, welche zum Behelf derjenigen, so Scheine fällen lassen, und anderer Personen mehr, die Kosten auszuweichen suchen, gewidmet sind, und welche zu dem Ende auf eine schickliche, ohngefähr gleich weit auseinander liegende Zeit abgehalten werden sollen.

Diese ordinaire Gerichte werden die Oberamtleute jährlich bestimmen, dabey aber in Acht nehmen, daß diese Gerichtstage nicht auf die in hiesiger Hauptstadt oder andern den Gerichtsstellen nahe gelegenen Städten abhaltende Jahrmärkte fallen.

2. An einem solchen Gerichtstage sollen der Gerichtstatthalter, die Bessizer und Weibel sich ohne Entgeld

der Parthenen einfinden, und von denselben weiter nichts als die bestimmten Emolumente erheben; auch soll der Schreiber keinen Taglohn fordern, sondern allein für sein Pferd und Verköstigung in allem erheben 3 Fr.

3. Wird Jemand neben diesen Gerichtstagen ein Gericht begehren, dem soll dasselbe nicht abgeschlagen werden.

4. In solchem Falle sollen nebst den fallenden Emolumenten annoch zu beziehen haben:

Der Gerichtsstatthalter . . 3 Fr.

Jeder Benfizer des Gerichts 1 Fr.

Der Schreiber, mit Begriff seiner Verköstigung,  
in allem:

am Wohnorte selbst . . 3 Fr.

ausser seinem Wohnorte . 6 Fr.

Der Weibel . . . . . 1 Fr.

5. An einer ordinairen Gerichtsversammlung kann ein jeder sich einfinden und das Gericht anrufen, ohne daß eine richterliche Bewilligung hierzu nöthig sey; doch sollen die Parthenen gehalten seyn, sich vorher bey dem Gerichtsstatthalter anschreiben zu lassen.

6. Derjenige dann, welcher auffer den bestimmten ordentlichen Gerichtstagen die Abhaltung eines Gerichts begehrt, und die Bewilligung dazu von dem Oberamtmanne erhält, als welcher einzig dieselbe zu ertheilen befugt ist, soll für diese Bewilligung bezahlen 5 Bz.

7. Die in dem 2ten und 4ten Artikel verordneten Tag- und Sitzgelder des Gerichtsstatthalters, der Gerichtsben-

siger, des Schreibers und Weibels, so wie der zu Ende dieses Titels bestimmte Bieterlohn, sollen nicht von einer jeden Parthen allein erhoben, sondern auf alle Parthenen, die selbigen Tages vor Gericht erschienen sind, zu gleichen Theilen verlegt werden; worunter jedoch diejenigen nicht begriffen sind, welche nur Geldaufbruch = Ablosungs = und Verbürgungs = Scheine fällen lassen, maßen selbige mehr nicht als die festgesetzten Emolumente zu bezahlen schuldig sind; es sey denn, daß sie selbst die Gerichtsversammlung begehrt haben, in welchem Falle sie auch ihren Antheil an den Tag = und Reitlöhnen bezahlen werden.

8. Von einem jeden Geldaufbruchs = Ablosungs = Verbürgungs = und Autorisations = Schein gebührt dem Gerichte 1 Fr.

9. Von Fertigungsurkunden :

Von einem liegenden Gute von und unter dem Werthe von 3000 Fr., in allem 5 Bz.

Von einem liegenden Gute über den Werth von 3000 Fr., in allem 1 Fr.

Davon soll der hiernach dem Gerichtsstatthalter bewilligte Bazen für das Siegel erhoben werden.

10. Von Käufen und Tauschen, welche ausbezahlt und von den Parthenen selbst ohne Notarius verschrieben werden, soll ein Halbes vom Hundert des Capital-Werths der betreffenden Liegenschaft zu obrigkeitlichen Händen bezahlt, bey Ertheilung des Urkunds von dem Gerichte bezogen, und dem Oberamtmann zum Verrechnen zugestellt werden.

11. Von allen andern Scheinen , die vor Gericht gefällt werden , mag selbiges erheben 1 Fr.

12. Bei Homologationen oder Freynungen soll von jedem Urkund entrichtet werden :

Dem Gericht, Urkundgeld . . . . 4 Fr.

Dem Schreiber von jedem Urkund 3 Fr.

Für die Einschreibung . . . . . 5 Bz.

Dem Gerichtstatthalter gebührt für die Aufdrückung seines Siegels , auf was für eine Akte es immer seyn mag 1 Bz.

13. Allen Schreibern ohne Ausnahme soll in Zukunft , wie im Vergangenen , verbothen seyn und bleiben , für die Ablesung der Schriften oder Gesetze einiges Lese- geld oder anderes Emolument zu erheben ; massen sie für ihre an den Gerichtstagen habende Bemühungen sich mit ihrem Taggelde und obenbestimmten Emolumenten begnügen sollen.

14. Wenn der Gerichtstatthalter , die Gerichtsbefizzer oder andere Vorgesetzte , gerichtlich erkannten Augenscheinen , Inventorisationen , Schakungen , Schadenbesichtigungen , oder andern dergleichen Geschäften benwohnen müssen ; so gebührt ihnen für jeden Tag , den sie in solchen Verrichtungen zubringen werden , 1 Fr. 5 Bz.

Wenn sie ausser dem Hause zehren , und sich selbst verköstigen müssen , alsdann in allem 2 Fr. 5 Bz.

15. Die festgesetzten ordinaire Gerichte sollen wenigstens acht Tage vorher Jedermann zum Verhalt von den Kanzeln verkündet werden , so daß mithin kein Bieterlohn gefordert werden soll.

16. Bey außerordentlicher Weise angestellten Gerichtsversammlungen, soll den Gerichtsbensitzern und dem Schreiber dazu gebothen werden; und hat der Weibel von daher zu beziehen 1 Fr.

#### XIV. T i t e l.

#### Von den Weibeln.

1. Für ihre Abwart vor Audienz des Oberamtmanns und der Gerichten, wie auch bey Geldstagen, Augenscheinen und dergleichen Verrichtungen, sind ihre Emolumente allbereits in den vorhergehenden Titeln bestimmt.

2. Die Pfänder auszutragen, oder selbige auszurufen, gebührt dem Weibel für jede Verrichtung, 1 Fr. 5 Bz.

3. Für eine jede Vorladung oder Citation vor eine richterliche Behörde; denne einem Vogt, einem Schärer oder einer Kundschaft zu bieten; Verbothe, Notifikationen oder andere Fürbotte anzulegen; eine jede Pfandforderung, eine Leistung, oder ein Abbott anzukünden; überhaupt für alle und jede Fürbotte, die ein Weibel in seinem Gerichtsbezirke anlegt, für jeden Gang mit Begriff der Zeugnisse und der darauf erhaltenen Antwort, in allem 4 Bz.

4. Für eine Rogatorial-Citation, wie auch für die Anlegung eines Arrestes, jedesmal 4 Bz.

5. Gastgerichtliche Fürbotte sind doppelt zu bezahlen.



6. An denjenigen Orten dann, wo die Weibel von einer Gemeinde eine Pension oder ein Beneficium zu genießen haben, damit sie ihre Berrichtungen mit weniger Kosten ablegen, soll es fernerhin bey der an jedem Orte eingeführten Uebung verbleiben.

## XV. T i t e l.

### Recht der Armen.

1. Wenn beyde Parthenen zugleich das Recht der Armen erhalten haben, so soll dennzumalen weder der Richter, der Schreiber und der Weibel, noch Jemand anders, einige Emolumente beziehen, sondern das Recht umsonst, ohne Beziehung einiger Kosten, angedeihen lassen.

2. Wenn aber eine Parthen allein das Recht der Armen erhalten hat, so soll in solchem Falle, die andere Parthen so es vermag, um ihren Antheil der Kosten, nach Gebühr abschaffen.

3. Insbesondere soll von denjenigen Personen, die Armensteuern von der Obrigkeit erhalten, oder wegen Unglücksfällen die obrigkeitliche Hülfe begehren, Niemand einiges Emolument erheben, sondern es sollen ihnen die nöthig habenden Supplikationen, Attestationen, oder andere Schriften gratis ausgefertigt und besiegelt werden.

## XVI. T i t e l.

### General = Vorschrift.

1. Von Jemanden, der nur Rath begehrt, und über dessen Anliegen keine richterliche Verfügung erfolgt, ist kein Emolument zu beziehen.

2. Auch in Fällen, da der Oberamtmanu Jemanden zur Freundlichkeit weist, soll von den Parthen kein Emolument für solche Anweisung bezogen werden.

3. Für die Ablesung und Eröffnung der obrigkeitlichen Erkenntnisse und Schreiben, soll ebenfalls kein Emolument erhoben werden.

4. Alle Kosten mit Mahlzeiten sollen gänzlich abgestellt, auch allen Richtern und Weibern ernstgemeint verboten seyn, Jemanden etwas Ferneres, als was im Tarif ist, abzufordern.

## XVII. T i t e l.

### Tarif für das Appellations-Gericht.

#### A. Civil- und Consistorial-Geschäfte.

1. Für jedes in Appellations-Weise vor das Tribunal gelangende Geschäft wird bezahlt:

a. Gerichtsgebühr:

Wenn beyde Parthen rekurriren, so zahlt diejenige, so die Hauptsache rekurriert, Rekurs-Emolument 16 Fr.

Und die andere Parthen 7 Fr. 5 Bz.

Wenn nur eine Parthen rekurriert, so zahlt sie Rekurs-Emolument 16 Fr.

Hat sie das Armenrecht, so zahlt sie keines.

Hat der Intimat das Armenrecht, so zahlt der Rekurrent Rekurs-Emolument 12 Fr.

Spruchgeld jede Parthen . . . 4 Fr.

## b. Schreibgebühr :

Für Concept , Expedition und Einschreibung der  
Erkenntniß , von jeder Parthen 2 Fr.

Für den Rapporteur - Zettel 2 Bz.

## c. Weibelsgebühr :

Für Circulation der Prozeduren , von jeder Par-  
then 1 Fr. 5 Bz.

Für Abwart , von jeder Parthen 4 Bz.

## d. Siegelgeld :

Von jeder ausgefertigten Erkenntniß 3 Bz.

2. Für eine Competenz oder Ersizungsvorfrage , zahlt  
jede Parthen :

Falls sie erkennt wird :

a. Gerichtsgebühr 3 Fr.

b. Schreibgebühr 1 Fr.

c. Weibelsgebühr . . 4 Bz.

d. Siegelgeld . . . 3 Bz.

Falls sie nicht erkennt wird :

a. Urtheilgeld . 3 Fr.

b. Schreibgebühr 1 Fr.

## 3. Für einen Rechtszug wird bezahlt :

a. Gerichtsgebühr . 3 Fr.

b. Schreibgebühr . 1 Fr.

## c. Weibelsgebühr :

Für die Rüse . . . . . 9 Bz.

Für die Abwart . . . . . 4 Bz.

Aufällige Circulation 1 Fr. 5 Bz.

d. Siegelgeld 3 Bz.

e. Zu Handen des Staats , Buße 1 Fr. 5 Bz.

4. Für ein Compromiß-Urkund, von jeder Parthei:
  - a. Schreibgebühr 1 Fr.
  - b. Weibelsgebühr:
    - Für Abwart und Circulation 1 Fr. 9 Bz.
  - c. Siegelgeld 3 Bz.
  
5. In Prozeduren zu Aufhebung eines von diesem Tribunal ertheilten Rechtszuges:
  - a. Gerichtsgebühr.
    - Für ein allgemeines Urkund 2 Fr.
    - Für die definitive Erkenntniß 4 Fr.
  - b. Schreibgebühr.
    - Für das einfache Urkund . . . 7 Bz. 5 Rp.
    - Für Vidimation einer Rechtschrift 3 Bz.
    - Für Abschriften derselben v. d. Seite 3 Bz.
    - Für die definitive Erkenntniß 1 Fr. 5 Bz.
  - c. Weibelsgebühr.
    - Für die Circulation der Prozedur 1 Fr. 5 Bz.
    - Für Abwart bey jeder Erscheinung 4 Bz.
  - d. Siegelgeld . . . . . 3 Bz.
  
6. Bey Augenscheinen über streitige Gegenstände:
 

Dem Richter und dem Sekretair, täglich, jedem über die gänzliche Verköstigung aus, ein Taggeld von 12 Fr.
  
7. Für einen General-Leibhaft:
  - a. Gerichtsgebühr 1 Fr.
  - b. Schreibgebühr 7 Bz. 5 Rp.
  - c. Weibelsgebühr 4 Bz.

### B. Obermoderation.

1. Refurs - Emolument bey der Tagansetzung 6 Fr. 5 Bz.
2. Dem Präsidenten für die Einschreibung, so wie für jedes auszustellende Zeugniß 4 Bz.
3. Moderations - Emolument :
  - a. Von Artikel 1. bis 50. 10 Fr.  
 Von jedem mehrern Artikel 1 Bz. wovon denn aber obiges Refurs - Emolument abzurechnen ist.
  - b. Dem Weibel: von Art. 1. bis 50. 1 Fr.  
 von Art. 51. bis 100. 1 Fr. 5 Bz.  
 von mehr als 100 Art. 2 Fr.
4. Von einer Erkenntniß, von jeder Parthen :
  - a. Spruchgeld . . . . . 2 Fr.
  - b. Schreibgebühr, von jeder Seite 1 Fr.
  - c. Dem Weibel, für Abwart . . . . . 4 Bz.
  - d. Siegelgeld, falls sie ausgefertigt wird 3 Bz.

### C. Polizey = und Frevelsachen.

Die untenliegende Parthen zahlt:

- a. Commissional - Sitzgeld 3 Fr.
- b. Spruchgeld . . . . 8 —
- c. Schreibgebühr . . . . 1 —
- d. Dem Weibel :  
 Für Abwart, sowohl bey der Commission als bey dem Tribunal, jedesmal 4 Bz.  
 Für Circulation der Akten bey der Commission 5 Bz.
- e. Siegelgeld 3 Bz.



## D. Examination und Patentirung der Advokaten.

Diese Gebühr wird im bevorstehenden dahерigen Reglement angezeigt werden.

## E. Criminalgeschäfte.

Der schuldig Erfundene zahlt:

- a. Commissionaal-Siegelgeld 6 Fr.
- b. Für den Rapport des Referenten der Criminal-Commission, von jeder Seite 7 Bz. 5 Rp.
- c. Für die Bemühung eines allfälligen General-Prokuratoren, von jeder Seite 7 Bz. 5 Rp.
- d. Urtheilgeld 8 Fr.
- e. Schreibgebühr:  
Für jede Seite 7 Bz. 5 Rp.  
Für die Abschrift, von jeder Seite 3 Bz.
- f. Dem Weibel:  
Für Abwart 4 Bz.  
Für Circulation der Prozedur bey der Commission 5 Bz.
- g. Siegelgeld 3 Bz.

## F. Allgemeine Vorschrift.

1. Für jede vor Gericht gelangende mündliche oder schriftliche Petition, worüber eine Umfrage gehalten wird, hat der Petent zu bezahlen:
  - a. An Gerichtsgebühr 3 Fr.
  - b. An Schreibgebühr:  
Für den Aufsatz und die Einschreibung 1 Fr.
  - c. An Weibelsgebühr:  
Falls die Parthen erscheint 3 Bz.

2. In gastgerichtlichen Prozessen wird in alle Wege das Doppelte bezahlt, mit Ausnahme der Weibelsgebühr für die Circulation der Prozedur, falls keine statt hätte.
  3. Die Stempelgebühr, so lange der Stempel noch fortbesteht, soll nebst den vorangezeigten Sporteln erlegt werden.
  4. Diejenigen Parthenen, welche das Armenrecht genießen, bezahlen nichts als die Stempelgebühr.
  5. Dem jeweiligen Präsidenten des Tribunals oder einer Commission gebührt für jedes Zeugniß, das von ihm begehrt wird, und für jede ertheilte Bewilligung 4 Bz.
  6. Dem Sekretair :  
 Für Commissional- und andere Schreiben mit Inbegriff der Einschreibung, von jeder Seite 7 Bz. 5 Rp.  
 Für Vorträge und andere dergleichen Scripturen, von der verfällten Parthen, von jeder Seite 7 Bz. 5 Rp.  
 Für einen Zettel 3 Bz.  
 Für Abschriften und Extrakte, von jeder Seite 3 Bz.  
 Für Zeugnisse 3 Bz.  
 Aufschlaggeld 3 Bz.
  7. Dem Weibel :  
 In Fällen, wo er jedem Richter bieten soll, von der Parthen, die solches veranlaßt, in allem 1 Fr. 5 Bz.  
 Einer Person eine Citation anzulegen :  
 In der Stadt . 4 Bz.  
 Ausser der Stadt 7 Bz. 5 Rp.  
 Für ein ausgestelltes Zeugniß 3 Bz.
-

## XVIII. T i t e l.

## Von der Exekution.

1. Das Appellations = Gericht, Unsere Oberamtleute, Amtsgerichte, Amtschreiber, wie auch alle andere Unterbeamte, Gerichtsstellen und Weibel, sollen sich an den in diesem Tarif ihnen vergönnten Emolumenten begnügen, und selbige nicht eigenmächtig erhöhen, noch mehr als das Bestimmte beziehen; viel weniger aber sollen sie neue Emolumente einführen, oder solche erheben, die in diesem Tarif ausgelassen oder nicht benamset worden sind.

2. Damit aber ein jeder wissen möge, was für Emolumente in Vorfällenheiten zu bezahlen seyen; so verordnen Wir, daß in einer jeden Audienzstube der Oberamtleute, in einer jeden Amtschreiberey, wie nicht weniger auch an allen Gerichtsstellen, ein Doppel des ganzen Tarifs aufbehalten und Jedermann auf Begehren vorgewiesen werden soll.

3. Desgleichen soll ein jeder Unterbeamte und Weibel ein Doppel des ganzen Tarifs in Händen haben, damit er selbst sich darnach richten, und ihn allen denjenigen vorweisen könne, die selbigen zu ihrem Behuf einzusehen verlangen werden.

4. Die Unterbeamten, Weibel und Vorgesetzten sollen fleißig Acht haben, daß diesem Tarif nachgelebt werde, und bey ihrer Pflicht verbunden seyn, die Fehlbaren dem betreffenden Oberamtman zu verleiden.

5. Unsere Oberamtleute dann sollen die Oberaufsicht haben, daß diesem Tarif von den Schreibern und Unterbeamten pünktlich nachgelebt werde.

6. Wird der Oberamtmanu entdeckt, oder wird ihm klagend angebracht werden, daß wider den Tarif gehandelt worden; so soll er den Fehlbaren zur Restitution des unrecht Bezogenen, auch Abtrag aller Kosten und alles Schadens anhalten. Sollte aber wegen der Verschreibung oder wegen der Emolumenten einiger Streit entstehen, so soll der Oberamtmanu der Richter seyn, und der beschwerenden Parthey den Refurs vor Uns den kleinen Rath gestatten.

7. Dem verordneten Appellations-Gerichte dann soll obliegen, aus Anlaß der vor dasselbe kommenden Prozesse und Geschäfte, jederzeit genau darauf zu achten, daß diesem Tarif in Beziehung der Emolumente nachgelebt werde, maßen dieses Tribunal hierdurch begwältigt wird, im Fall Widerhandlungen oder Neuerungen bemerkt würden, die Fehlbaren ohne Nachsicht Uns dem kleinen Rathe zu verleiden, da Wir dann die Sache ex officio untersuchen lassen und das Behörige vorsehren werden.

8. Es werden die betreffenden Kostens-Moderatoren sich angelegen seyn lassen, bey Ermäßigung der Kostens-verzeichnisse genau darauf zu achten, daß dieser Tarif pünktlich befolgt werde. Falls sie einige Vergehungen dawider bemerken würden, werden sie zwar die angesetzten Emolumente als ausgegebenes Geld passiren lassen; sie sind zugleich aber bey ihrer Pflicht schuldig, den Fehlbaren, wer es immer seyn möchte, Uns dem kleinen Rathe

anzuzeigen, damit von Uns aus die Sache untersucht und das Angemessene vorgekehrt werden könne.

Gegeben in Bern, den 16. Jänner 1804.

Der Amts-Schultheiß,  
N. v o n W a t t e n w y l,  
Namens des Raths,  
der Staatschreiber,  
T h o r m a n n.

## V e r o r d n u n g u n d B e s c h l u ß ü b e r die Beziehung des Ohmgelds.

**W**ir Schultheiß, klein und große Rätthe des Cantons Bern, thun kund hiermit: Daß Wir in Rücksicht auf die Bedürfnisse des Staats und die Nothwendigkeit, den sich erzeigenden Defizit in den Finanzen durch allgemeine Auflagen zu decken, gut befunden haben, in Betreff der bis hierhin bezogenen Getränksteuer folgende Veränderungen vorzunehmen, und demnach erkennt und

v e r o r d n e t:

1) Aller Wein, Branntwein, Essig, Bier, und alle gebrannten Getränke ohne Ausnahme, sind einem gleichförmigen, von jeder Maas zu erhebenden Ohmgeld für den Staat unterworfen.



2) Diese im ersten Artikel festgesetzte Abgabe wird auf drey Rappen von einer jeden Bern - Maas bestimmt.

3) Ueber diese allgemeine Abgabe von drey Rappen wird allen Städten und Gemeinden in dem ganzen Canton gestattet, von dem Branntwein und allen gebrannten Wassern, welche in ihrem Bezirke sowohl im Kleinen verkauft als aber ausgeschenkt werden, zu ihren Händen ein Ohmgeld von zwey Baken von jeder Bern - Maas zu beziehen. Diese Getränke dürfen aber nur in Wirthshäusern, Pinten- und Bierschenken, oder an solchen Orten ausgeschenkt werden, für welche die Bewilligung dazu von kompetenter Behörde ertheilt worden ist.

4) Denjenigen Städten, Gemeinden und Partikularen, welche ehemals ein Ohmgeld oder andere Abgabe von dem Wein bezogen, ist nach Anleitung der Verordnung vom 3. und 10. Junii 1803 ferner gestattet, dieses ihr Recht auszuüben; jedoch werden sie Unserm kleinen Rathe durch Vorweisung rechtsgültiger Titel bescheinigen, daß sie solches wirklich besessen haben, so wie die Reglemente zur Bestätigung vorlegen, die sie wegen dieser fernern Beziehung machen möchten.

5) Unserm kleinen Rathe wird die Art und Weise, wie das Ohmgeld bezogen werden soll, zu bestimmen überlassen.

6) Alle vorherigen Gesetze und Beschlüsse, so wider gegenwärtige Verordnung streiten, sind aufgehoben.

7) Gegenwärtige Verordnung soll zu Jedermanns Wissenschaft abgedruckt und an den gewohnten Orten angeschlagen werden.

Gegeben in Unserer großen Raths-Versammlung,  
den 21., 24. und 26. December 1803.

Der Amts-Schultheiß,  
R. v o n W a t t e n w y l.  
Namens des großen Raths,  
der Staatschreiber,  
T h o r m a n n.

**W**ir Schultheiß und Rath des Cantons Bern, thun kund hiermit: Demnach die hochobrigkeitliche Verordnung vom 26. December 1803 allen Wein, Branntwein, Essig, Bier, und alle gebrannte Getränke ohne Ausnahme, einem gleichförmigen, auf drey Rappen von der Bern-Maas gesetzten Ohmgeld unterwirft; Uns dann von dem großen Rathe die Art und Weise, wie dieses Ohmgeld bezogen werden soll, zu bestimmen überlassen worden ist; als haben Wir, in der sichern Erwartung, daß ein Jeder, den es betreffen mag, es sich zur Pflicht machen werde, seine schuldige Gebühr redlich zu bezahlen, den Bezug des Ohmgelds so einzuleiten gesucht, daß dadurch dem freien Handel und dem Verbrauch der dieser Abgabe unterworfenen Getränke der möglichst wenige Eintrag gebracht werde; da Wir denn aber auch auf der andern Seite, in Betreff aller derjenigen Cantons-Bewohner, welche der Bezahlung ihres schuldigen Ohmgelds sich zu entziehen versuchen möchten, solche Maasregeln damit verbunden haben, die Wir unserer Pflicht gegen den Staat, so wie denjenigen, die ihre Gebühren treu und redlich bezahlen, schuldig zu seyn vermennen. Wir

haben demnach festgesetzt und verordnet, was hiernach folget, und

v e r o r d n e n :

1. Das durch die Verordnung vom 26. December festgesetzte Ohmgeld der drey Rappen von jeder Bern-Maas, wird von allem Wein, Branntewein, Essig, Bier und allen gebrannten Getränken ohne Ausnahme, erhoben, die in dem Canton, es sene in Gebäuden oder mit dazu erhaltener Bewilligung auf offenen Straßen und Plätzen, im Kleinen (*en détail*) verkauft werden.

2. Unter Verkauf im Kleinen (*en détail*) wird verstanden: jeder Verkauf von Wein, Branntewein, Essig und gebrannten Getränken, der unter einem Faß von vierhundert Bern-Maas, und fünf und zwanzig Maassen Bier geschieht.

3. Der Verkauf im Großen ist unter der im §. 11. Lit. a. enthaltenen Ausnahme von allem Ohmgeld frey. Unter demselben ist zu verstehen: jede Ladung von Wein, Branntewein, Essig und gebrannten Getränken von vierhundert und mehr Maassen, und fünf und zwanzig und mehr Maassen Bier, die auf einmal geladen werden und nur einem Käufer zugehören.

4. Niemand darf Wein, Branntewein, gebrannte Getränke und Bier im Kleinen verkaufen, er habe dann dazu von der kompetirlichen Behörde Titel und Recht erhalten, oder er sene schon vor dem Jahre 1798 dazu befugt gewesen.

5. Die sämtlichen Verkäufer von Wein, Branntewein, Essig, Bier und allen gebrannten Getränken, in

Gasthöfen, Wirthshäusern, Pintenschenken, Bädern, Kellern, und wo es sonst seyn mag, sind angewiesen, ihren betreffenden Oberamtleuten anzuzeigen, welche Anzahl von Bern-Maassen sie von obigen Getränken in diesem Jahre 1804 in jedem Verkaufsorte zu verkaufen vermeinen, welche schriftliche Anzeige sie längstens bis den 29. Horn. sollen eingegeben haben.

6. Diese Angaben sollen sorgfältig von unsern verordneten Ohngeldnern untersucht, und je nach den Umständen die weiter erforderlichen Berichte darüber eingezogen werden.

7. Diejenigen Verkäufer, deren Angabe angenommen worden ist, erhalten darauf hin einen Schätzungsschein, durch welchen sie vor jeder Controlle gesichert, frey und ungehindert ihr Gewerbe treiben mögen.

8. Denjenigen Verkäufern hingegen, deren Angaben zu niedrig gefunden worden sind, wird ihr wahrscheinlicher Verkauf geschätzt, und es soll ihnen diese Schätzung alsobald bekannt gemacht werden. Im Fall sie nun die Schätzung annehmen, worüber sie sich inner zweymal vier und zwanzig Stunden Zeit zu erklären haben, so erhalten auch sie einen förmlichen Schätzungsschein; wo nicht, so sind sie den unter §. 11. vorkommenden Maasregeln unterworfen.

9. Alle diejenigen Verkäufer, welche Schätzungsscheine in Händen haben, bezahlen ihre Schätzungssumme in Stößen von drey zu drey Monaten, und zwar für das laufende Jahr 1804 das erste und zweyte Quartal auf den 1. April nächstkünftig, das dritte Quartal auf den 1. Julii, und das vierte Quartal auf den 1. Oktober 1804 und so weiter, je zu Anfang eines jeden Quartals.



10. Denjenigen, welche ihre Schatzungsgebühr nicht auf diese bestimmte Zeit abführen, soll nach Verfluß eines Monats ihr Ausschenkort verschlossen, und es soll alsofort die rechtliche Betreibung durch unsere Ohmgeldner gegen sie angehoben werden.

11. Hingegen wird in Betreff derjenigen Verkäufer von Wein, Branntwein, Essig, Bier und gebrannten Getränken, welche keine Schatzungsscheine in Händen haben, und in Betreff derjenigen, welche mit dazu erhaltener Bewilligung auf offenen Strassen und Plätzen von obigen Getränken verkaufen, folgendes verordnet:

- a. Sie sind gehalten, allen Wein, Branntwein, Essig, Bier, und die gebrannten Getränke, so sie einkellern oder führen, auf der Stelle an den bestellten Beamten mit drey Rappen von der Bern-Maas gegen Quittung zu versteuern, ohne daß weder auf einen vorgeblichen Verkauf im Großen, noch auf eine andere Einwendung Rücksicht genommen werden soll.
- b. Keiner dieser Verkäufer darf einiges der genannten Getränke einkellern, oder auf offener Straße oder Plätzen anstecken, er habe dann den Beamten des Bezirks dazu berufen; und es wird den Küfermeistern alles Ernsts verboten, denselben vorher einigen Wein einzukellern.
- c. Der Beamte des Bezirks ist bevollmächtigt, im Fall Verdacht obwalten sollte, die Keller oder andere Ablagsorte zu visitiren.
- d. Betreffend den bei diesen Verkäufern bereits in den Kellern sich befindlichen Wein, welcher wirklich



noch kein Ohmgeld und keine Getränksteuer bezahlt hat; so soll selbiger gleich dem Branntwein, Essig, Bier, und den vorfindenden gebrannten Getränken, von dem Ohmgeld-Beamten in den Kellern selbst, in Ansehung der Quantität untersucht, und alsobald mit drey Rappen von jeder Bern-Maas verohmgeldet werden.

- e. Wenn ein solcher Verkäufer sein schuldiges Ohmgeld nicht bezahlt, so liegt er unter der Strafe der Confiskation des Weins und der Geschirre, welche eint- und anderes öffentlich versteigert werden soll. Von dem erlöseten Gelde dann werden bezahlt:

1. Die Prozeßkosten.
2. Das Ohmgeld zu Händen des Staats.
3. Ein Drittheil des übrigen der Armenkasse des Orts, wo der Frevel begangen worden ist.
4. Und die letzten zwey Drittheile dem Verleider.

12. Diejenigen Partikularen, welche mehr als vierhundert Maas Wein für ihren eigenen Hausgebrauch und nicht zum Verkauf, einzukellern wollen, sind gehalten, sich dafür an die verordneten Ohmgeldner zu wenden, und von denselben einen Schätzungsschein für das einzuf Kellernde Quantum anzubegehren, ohne welches sie sich in dem gleichen Falle befinden, wie diejenigen Verkäufer, welche keine Schätzungsscheine genommen haben.

13. Das laut Verordnung vom 26. December 1803 den Städten und Gemeinden über jene drey Rappen aus annoch bewilligte Ohmgeld von zwey Bazen von jeder Bern-Maas Branntwein und andern gebrannten Geträn-

fen, wird ihnen selbst zu beziehen überlassen; die Städte und Gemeinden sind aber gehalten, ihre darüber zu entwerfenden Reglemente der Bestätigung der betreffenden Oberamtsleute zu unterwerfen, ohne welches sie keine Handbietung von der Regierung zu erwarten haben sollen.

14. Ein jeder, der Wein, Brantwein, Essig, gebrannte Getränke und Bier verkauft, ist gehalten, vor seinem Verkaufsorte einen öffentlichen Schild auszuhängen, auf welchem die Getränke angezeigt sich befinden, die allda zu haben sind, und es soll dieser Schild überdieß aus die Nummer tragen, so von unsern Ohmgeldnern verzeigt werden wird.

15. In Fällen von Widerhandlung sind die Oberamtsleute erstinstanzlicher Richter, und sie sollen summarisch nach der Verordnung vom 26. December 1803 so wie nach dieser gegenwärtigen Verordnung sprechen, sub beneficio recursus vor Uns den kleinen Rath.

16. Bis daß neue Verordnungen in Betreff der Polizen über den Verkauf von Wein und andern Getränken erscheinen werden, sind die dießörtigen vor dem Jahre 1798 in Kraft gewesenen obrigkeitlichen Polizen-Reglemente andurch bestätigt.

17. Diese Verordnung nimmt für diejenigen Verkäufer, welche Schatzungsscheine begehren, schon seit dem ersten Januar 1804 ihren Anfang. Im übrigen aber soll das Ohmgeld von dem 1. April nächstkünftig hinweg, nach der Vorschrift dieser Verordnung, bezogen werden, da bis dahin die Getränkeabgabe nach Inhalt der helvetischen Gesetze zu beziehen ist.

18. Gegenwärtige Verordnung soll gedruckt, und an gewohnten Orten angeschlagen werden.

Gegeben in Bern, den 23. Jänner 1804.

Der Amts-Schultheiß,  
N. v o n W a t t e n w y l.  
Namens des Raths,  
der Staatschreiber,  
T h o r m a n n.

## V e r o r d n u n g zu Verbesserung der Pferdezucht.

**W**ir Schultheiß und Rath des Cantons Bern.

Auf den Uns erstatteten Bericht, wie daß die Pferdezucht in hiesigem Canton, besonders seit der Revolution von 1798, theils durch die Unterlassung der vorher üblich gewesenen Pferdezeichnung und daraus erfolgten Einführung schlechter Zuchthengste, und theils durch übel verstandenen Eigennuß der Pferdebesitzer, welche die schönsten Stuten zu verkaufen und die geringern zur Zucht zu behalten pflegten, zum großen Nachtheil des Landes sich merklich verschlimmert habe, und es daher nothwendig werde, zu Erhaltung und Beförderung dieser Thierzucht, besonders auch in denjenigen Gegenden des Cantons, wo dieselbe bisher fast ganz unbekannt und vernachlässigt war,

die erforderlichen Anstalten zu treffen; haben Wir nöthig befunden, zu diesem Ende eine eigene Pferdezucht-Commission niederzusetzen, auf deren Vortrag hin Wir erkennt und verordnet haben, was hiernach folget:

1. Die vor dem Jahre 1798 üblich gewesene Pferdezeichnung soll auf künftiges Frühjahr 1804, und sodann alljährlich, so lange Wir danahen nicht etwas anders zu verordnen gut finden werden, wiederum und zwar in dem ganzen Canton statt haben.

2. Damit aber durch diese Pferdezeichnung der vorhabende Zweck soviel möglich erreicht werde, so sollen keine andere als schöne, wohlgängige, und überhaupt mangel-freie Hengste, die das von unserer Pferdezucht-Commission zu bestimmende Alter haben, zu Beschellern oder Springhengsten gezeichnet werden, welche überdieß noch alle andern Merkmale eines guten Beschellers und dauerhaften Pferdes an sich tragen müssen, widrigenfalls solche nicht gezeichnet und zum Zulassen als untüchtig aberkannt werden sollen.

3. Weil aber in jenen Cantons-Gegenden, wo diese Pferdezeichnung bisher gar nicht üblich war, nicht durchgehends oder wenigstens nicht genugsame Zuchthengste gefunden werden dürften, so wollen Wir unsere verordnete Pferdezucht-Commission anmit begwältigt haben, die ihr nothwendig scheinenden allfälligen Ausnahmen von dem vorhergehenden Artikel dieser Verordnung zu machen; worüber Wir dann seiner Zeit den Rapport und die nöthigen Vorschläge zu Hebung daheriger Hindernisse erwarten.

4. In

4. In den Bezirken, wo diese Pferdezeichnung statt findet, darf kein anderer Hengst zum Zulassen gebraucht werden, bey einer Buße von 15 Franken, welche sowohl von dem Eigenthümer des Hengstes, als von dem Besitzer der Stute, zu erheben sind, und wovon die eine Hälfte dem Verleider, die andere aber den Armen des Orts anheim dienen und zufallen soll.

5. Damit aber die Besitzer der gezeichneten Hengste das Springgeld keineswegs nach Willführ und zum Nachtheil des Eigenthümers der Stuten fordern und erhöhen mögen, so soll für eine trächtige Stute mehr nicht, wohl aber minder als vier Franken, und für eine unträchtige höchstens fünfzehn Bazen gefordert werden können.

6. Um ferner den Landmann zu Anschaffung schöner und guter Hengste und zur Behaltung der besten und schönsten Zuchtstuten zu ermuntern, haben Wir auf jede Pferdezeichnung folgende Prämien, jedoch ohne Bestimmung der Anzahl, erkennt und festgesetzt, als:

- a. Für die schönsten Hengste, von 16 bis 48 Franken.
- b. Für die schönsten Zuchtstuten, von 16 bis 40 Fr.

7. Diejenigen Hengste und Stuten, die bezeichnet worden sind und Prämien erhalten haben, sollen ohne besondere Bewilligung der Pferdezucht-Commission binnen einem Jahre nicht ausser dem Canton weder verkauft, vertauscht, noch sonst veräußert werden können, unter Strafe des Ersatzes der erhaltenen Prämien, und einer Buße von fünfzehn Franken zu Handen der Armen und des Verleiders.



8. Es sollen auch sowohl Hengste als Stuten, die Preise erhalten haben, die Stuten dann mit ihren Füllen, auf der nächsten Pferdezeichnung vorgeführt und anerkannt werden, unter gleicher Buße.

9. Die Vollziehung gegenwärtiger Verordnung, und die Bestimmung der Tage und Orte, an welchen die Pferdezeichnungen vor sich gehen sollen, ist unserer verordneten Pferdezucht-Commission aufgetragen und gänzlich überlassen.

10. Gegenwärtige Verordnung soll gedruckt und zu Jedermanns Verhalt auf übliche Weise angeschlagen werden.

Gegeben in Bern, den 23. Jänner 1804.

Der Amts-Schultheiß,  
N. v o n W a t t e n w y l,  
Namens des Raths,  
der Staatschreiber,  
T h o r m a n n.

## V e r o r d n u n g

ü b e r

die Entrichtung der Zölle und Lizenz-Gelder.

Wir Schultheiß und Rath des Cantons Bern, thun fund hiermit: Daß Wir — auf den Vortrag unsers Finanzraths, und in Betrachtung, daß der von der eidsgenössischen Tagsatzung in Frenburg über

das Zollwesen genommene Beschluß einige Vorkehren erheische, das Beste des Staats dann wesentlich erfordere, daß den vielfältigen Abweichungen von den in Kraft bestehenden von ermeldter Tagsatzung bestätigten ältern Zollverordnungen und Tarifen die gehörigen Schranken gesetzt werden — beschlossen und verordnet haben, was hiernach folget, demnach dann

### v e r o r d n e n :

1. Jedermann soll schuldig seyn, den Land- Wasser- und Brücken-Zoll, das Geleit, den Impost vom Tabak, das Ausfuhr- und Tratten-Geld vom Vieh und Pferden, die Waaggelder, den Brüggsommer, den Salzzoll und übrige Zollabgaben, nach Vorschrift der bestehenden Verordnungen, Gesetze und Tarifen zu bezahlen.

2. Die ehemalige Verzollungsart soll wieder Platz haben; so daß Zoll und Geleit bey den Grenz- oder Eintritts-Bureauz, oder bey der Zollstatt, hinter welcher die Waare geladen wird, für die ganze Route bezogen, und den Fuhrleuten ein Acquit-Zettel dafür ertheilt werden soll, den sie bey jeder folgenden Zollstatt visiren lassen und im lezten Zoll-Bureau zur Einschreibung und Verifikation vorweisen und überliefern werden.

3. Hingegen sollen die übrigen Sachen, für die kein Acquit-Zettel, sondern bloß Zollzeichen ertheilt werden, als Vieh, Molken, Wein, Getreide, Salz u. s. w. bis auf weitere Verordnung, an jedem Orte ferner nach dem Tarif von 1743 verzollet, diese Zollzeichen dann bey dem folgenden Bureau, und was in die Stadt Bern kommt, bey den Thoren zur Controлле abgegeben werden.

4. In Aufhebung des von der helvetischen Regierung am 23. Hornung 1799 im Druck ausgegebenen Fuhrgesetzes, Kraft welchem die Ladung eines Güter- oder Bagage-Wagens, mit Inbegriff des Wagens und des führenden Geräths, auf 65 Zentner Markgewicht festgesetzt war, soll an dessen Statt das unterm 8. Herbstmonat 1788 von der damaligen Bernerischen Regierung ergangene Fuhr- und Lizenz-Mandat wieder eingeführt seyn; mithin dasselbe volle Kraft und Bestand haben, und vom 1. Merz 1804 an in Execution gesetzt werden, welches in Rücksicht der Güter-Bagage und Weinfuhren festsetzet: daß die Ladung derselben auf 52 Zentner oder 800 Maas bestimmt, ihnen jedoch erlaubt sey, gegen Bezahlung des Lizenzgeldes, auf einem Wagen bis auf 64 Zentner mit Inbegriff des Wagens, oder 1000 Maas zu führen.

5. Die Güter-Fuhrleute sollen nach der Verordnung vom Jahre 1744 mit spezifisirlich glaubwürdigen Ladezetteln aus den Kauf- oder Ablage-Häusern, da sie ihre Waaren geladen haben, versehen seyn, damit vermittelt derer die Ladung der Fuhrwerke bey unsern Zollstätten, und zwar bey der ersten Zoll-Waagstatt, verifizirt werden könne.

Eben so sollen die Wein-Fuhrleute gehalten seyn, für einbringenden und durchführenden Wein, Ladungs-scheine oder Fuhrbriefe von dem Orte, wo der Wein geladen worden, den Zollbeamten vorzuweisen, welche bestimmt den Halt jeden Fasses angeben.

6. Nach der Verordnung vom 18. Jänner 1749 soll ein jeder Fuhrmann oder Schiffmann, auch selbst jede zollpflichtige Person, so eine Zollstatt vorbeifährt, von

selbstn sich beim Zoll-Bureau anmelden, um die aufhabenden Waaren zu verzollen, ohne zu erwarten, daß ihn der bestellte Commis dafür zu Rede stöße.

7. Sämtliche Zollbeamten des Cantons sollen bey ihrer aufhabenden Pflicht, auf alle Widerhandlungen gegen die bestehenden Zollgesetze fleißig achten, und die Fehlbaren ohne Ansehen der Person sogleich bey dem betreffenden Oberamtmann verleiden, der die angeklagte Parthen verhören, und sodann nach Maassgabe der vorhandenen Zollverordnungen, sub beneficio recursus an Uns den kleinen Rath, sein erstinstanzliches Urtheil fällen wird.

8. Von den fallenden Bußen oder Confiskationen sollen zwey Drittel der Obrigkeit und ein Drittel dem Verleider zukommen.

Gegenwärtige Verordnung soll gedruckt, zu Jedermanns Wissenschaft und Verhalt bekannt gemacht, und zu dem Ende an den gewohnten Orten angeschlagen werden.

Gegeben in Bern, den 1. Februar 1804.

Der Amts-Schultheiß,  
A. v o n W a t t e n w y l.

Namens des Raths,  
der Staatschreiber,  
T h ö r m a n n.

---

## B e s c h l u ß.

### Katholischer Gottesdienst in Bern.

---

**D**er kleine Rath des Cantons Bern; —

Auf angehörten Rapport seines Kirchen-Raths, über das geziemende Ansuchen der zahlreichen in Bern sich aufhaltenden Katholiken um die Fortsetzung ihres bisher geübten Gottesdienstes; in Rücksicht auf das nunmehr eingeführte Schweizerische Staatsrecht; aus Achtung für die hier residierenden Herren Minister auswärtiger Mächte, und für die Gesandte der bevorstehenden Eidgenössischen Tagsatzung, die dem katholischen Glaubensbekenntnisse zugethan sind, verbunden mit demjenigen, was die Regierung ihrer Landesreligion und den etwanigen Besorgnissen ihrer lieben Cantons- und Religions-Angehörigen zu Behauptung der guten Ordnung, so wie der Ruhe und Sicherheit Unserer vaterländischen Kirche schuldig ist, und zum Theil bereits den 4ten November 1803 und 20sten Jenner 1804 hierüber erkennt worden;

b e s c h l i e ß t :

1. Die Ausübung des katholischen Gottesdienstes soll unter der Aufsicht des Kirchen-Raths in der Hauptstadt allein und nur so lange geduldet werden, als es dem Kleinen Rath gefallen wird, und keine Mißbräuche oder



nachtheilige Folgen daraus erwachsen; alles unter folgenden gemachten und allfällig noch zu machenden beliebigen Bedingen und Einschränkungen.

2. Sollen keine andere Geistliche die Mess lesen und officieren, als die, so dafür von den Kirchen-Ältesten bestellt und von denen weltlichen Gliedern des hiesigen Kirchen-Raths als solche sind anerkannt worden.

3. Die Vorsteher und Geistliche des katholischen Gottesdienstes sollen von dem Herrn Präsidenten des Kirchen-Raths aufs ernsthafteste und bey ihrer Verantwortung vermahnt werden, auch Ihm durch ein förmliches Handgelübd angeloben, sich nicht nur alles Proselytismus, es sey durch mündliche Unterredungen, öffentliche Religions-Vorträge, oder durch Verbreitung dahin zweckender Schriften und Bücher zu enthalten, sondern auch den Angehörigen ihrer Kirche aufs gemessenste zu untersagen, sich mit den hiesigen Cantons-Angehörigen in Religions-Gespräche und Untersuchungen einzulassen, wodurch Streitigkeiten und Erbitterungen veranlaßt, und das gute Vernehmen zwischen beyden gestört werden könnte; endlich dann diesen gegenwärtigen Beschluß in allen seinen Theilen genau zu befolgen; alles bey Verlust des ihnen zugestandenen Schutzes und Entsetzung von ihrer hier bekleideten Stelle. Der Polizen liegt ob, darüber ein wachsames Auge zu halten und gegen die Widerhandelnden mit allem Nachdruck zu verfahren.

4. Unter diesen Hauptbedingungen wird den Katholischen in hiesiger Hauptstadt zu Ausübung ihres Gottes-

dienstes einstweilen die Prediger - Kirche und in derselben die mittlere Sakristei für den Altar, jedoch so angewiesen:

- a. Daß kein Geläute dabei statt haben soll.
- b. Daß außer der Kirche keine Prozessionen und keine religiösen Ceremonien, welcher Art sie auch seyen, gehalten und geübt werden dürfen.
- c. Daß mit den Predigern der französischen Kirche die erforderliche Uebereinkunft wegen der Stunden und übrigen Einrichtungen zur Vermeidung aller Collisionsfälle und Störungen getroffen werde.
- d. Daß die daherigen Zurüstungen in der Kirche mit Vorwissen des Stadt-Raths und unter Aufsicht des Herrn Kirchmeyers, ohne Entgeld der Regierung noch der Stadt gemacht werden.

5. Aus dem Mittel der allhier angesessenen katholischen Einwohner selbst soll ein Collegium von Kirchen-Ältesten gewählt werden, welchem nach Vorschrift dieses ihnen mitzutheilenden Beschlusses die unmittelbare Aufsicht und Leitung ihrer Kirchen-Angelegenheiten allhier unter Verantwortung zukömmt. Dieses Collegium steht unter denen in hiesigem Kirchen-Rath befindlichen Mitgliedern des Kleinen Rathes, an welche es sich in wichtigen und schwierigen Vorfällen, um Rath, Weisung und Vollmacht zu wenden hat.

6. Die laut dem 2ten §. dafür bestellte und anerkannte katholische Geistliche mögen Eben zwischen Katholischen einsegnen, auch Kinder von katholischen Eltern tau-

fen; beides aber darf nicht anders als öffentlich und in der angewiesenen Kirche geschehen, und zwar so: daß die Ehen sowohl als die Taufen in eigens dazu bestimmten und gehörig eingerichteten Registern genau und unter Verantwortlichkeit verzeichnet werden.

7. Gemischte Ehen zwischen verschiedenen Religions-Verwandten, sollen von den Geistlichen derjenigen Religion, zu welcher der Mann sich bekennt, eingesegnet werden, also von dem katholischen Geistlichen, wenn der Verlobte katholisch, die Braut aber reformirt ist, und umgekehrt von dem reformirten Geistlichen, wenn der Bräutigam reformirt, die Verlobte hingegen katholisch ist.

8. Da überdieß die Kinder dem Glauben des Vaters folgen sollen, so ist es den katholischen Geistlichen auch allerdings vergönnt, Kinder katholischer Väter auch denn zu taufen, wenn die Mutter schon der protestantischen Lehrform zugethan wäre.

9. In allen diesen Fällen aber, die Versprechungen mögen zwischen bloß katholischen oder zwischen beiderley Religions-Verwandten Platz haben, soll die Einsegnung nicht eher vor sich gehen, als nachdem das hiesige Obere Ehegericht davon die erforderliche Bekanntschaft erhalten hat.

10. Dieser Einsegnung soll ferner eine, an drey aufeinander folgenden Sonntagen wiederholte Verkündigung von der Kanzel der katholischen Kirche und des Großen Münsters allhier vorgehen, und diese Verkündigung soll, wie jede andere Ehe-Verkündigung, durch die betreffenden

katholischen und reformirten Religions-Lehrer in der gewohnten Form bescheiniget werden.

11. Gegenwärtiger Beschluß soll mitgetheilt werden:

Erstens. Dem Kirchen-Rath zur Aufsicht, in Bezug auf die Landes-Religion und Mittheilung an das Kirchen-Convent, so auch zur Exekution durch die in dem Kirchen-Rath sitzenden Mitglieder des Kleinen Rathes.

Zweitens. Dem Ehegericht zur Wissenschaft und Verhalt.

Drittens. Dem Stadt-Rath allhier zur Aufsicht, so viel die Polizen und Zurüstung in der französischen Kirche betrifft, und endlich

Viertens. Seiner Excellenz dem Herrn Landammann, den hier residierenden Ministern auswärtiger Mächte, die dem katholischen Glaubens-Bekenntniß zugethan sind, in Folge der für Sie hegenden Achtung, davon Bekanntschaft zu geben.

Geben in Bern, den 1. Hornung 1804.

Der Amts-Schultheiß,  
N. v o n W a t t e n w y l.  
Namens des Rathes,  
der Staatschreiber,  
T h o r m a n n.

---

## V e r o r d n u n g.

### Ausübung der Polizen durch den Stadtrath zu Bern.

**W**ir Schultheiß und Rath des Cantons  
Bern;

Auf angehörten Vortrag Unseres Justiz- und Polizenraths über das Ansuchen des Stadtraths von Bern, daß ihm zu Benbehaltung der nöthigen Polizen in der Hauptstadt eine angemessene Competenz zu Bestrafung der geringern in die Ortspolizen einschlagenden Frevel, in näherer Bestimmung des §. 89. der Verordnung vom 20. Junius 1803, übertragen werde: Und da es einerseits nothwendig ist, zu Vereinfachung des Polizenwesens und zu Vermeidung aller dießörtigen Competenz-Streitigkeiten, diejenigen Gegenstände bestimmt zu vernamfen, welche der Aufsicht und Besorgung der Stadtbehörde in hiesiger Hauptstadt unterworfen seyn sollen; und dann auch andrerseits dieser Behörde die nöthige Strafbefugniß gegen diejenigen Frevler zu ertheilen, welche den über jene Gegenstände vorhandenen oder noch zu erlassenden Verordnungen zuwider handeln werden, haben hiermit beschlossen und

v e r o r d n e t:

1. Die in hiernach folgendem Verzeichnisse bestimmten Gegenstände sollen von nun an der Polizenaufsicht des



Stadtraths von Bern anvertrauet und zugetheilt, dieselbe aber durch eine einzige Behörde ausgeübt werden.

2. In Ausübung dieser Polizeiaufsicht wird der Stadtrath andurch bevollmächtigt: in dem Umfange der Stadt und Stadtbezirk die bestehenden oder noch künftighin zu erlassenden Polizeiverordnungen zu vollziehen, so wie auch die nöthig erachtenden Lokal-Reglemente selbst abzufassen, welche jedoch einem jeweiligen Herrn Amtsschultheissen als Oberamtman von Bern zur Genehmigung vorgelegt werden sollen.

3. Der Stadtrath von Bern ist befugt, die zu Vollziehung dieser Reglemente erforderlichen Bußen bis auf die Summe der fünfzig Franken zu bestimmen.

4. Ueber alle Polizeifrevel, die in die Competenz des Stadtraths einschlagen, spricht derselbe bis auf dreitägige Gefangenschaft, oder einer Buße von fünfzig Franken, absolut und ohne Weiterziehung ab. Schwerere Vergehen sollen dem kompetirlichen Richter anhängig gemacht werden.

5. Dem Stadtrathe ist endlich zu Vollziehung der ihm andurch übertragenen Polizeiaufsicht, die Disposition über die erforderliche Anzahl der in der Stadt stationirten Landjäger, nach getroffener Uebereinkunft mit dem Staatsrathe überlassen.

6. Diejenigen Geldbußen, welche der Stadtrath von Bern, zufolge der ihm andurch übertragenen Competenz, auflegen und beziehen wird, sollen dem Staate nicht verrechnet werden, und fallen in den Stadtseckel, da dann

dem Stadtrathe dafür der Unterhalt der in Folge eben derselben Competenz auf seinen Befehl gefangen gesetzten Personen, die Besoldung der von dem Staatsrathe ihm allfällig überlassenen Landjäger, so wie überhaupt die Bestreitung aller derjenigen Ausgaben, welche die Vollziehung gegenwärtiger Verordnung nothwendig machen wird, obliegen sollen.

Verzeichniß derjenigen Gegenstände, welche in der Stadt Bern und ihrem Bezirke der Aufsicht und Besorgung der Ortspolizey überlassen worden sind.

#### I. S a c h p o l i z e y.

##### a. In Bezug auf die innerliche Ruhe und Ordnung überhaupt.

Die Sorge für die Feuerfestigkeit der Gebäude, die Anwendung der erforderlichen Mittel zu Verhütung aller Feuersgefahr; Brandanstalten; Illumination; Aufsicht über öffentliche und Privatgebäude, über die Straßen, Gassen und Lauben im Allgemeinen; Aufstellung und Aufsicht über eine allfällige Polizen- oder Bürgerwache; Polizen über die Wirthshäuser, Schenken, Bierstübleins, Caffees, Bäder u. dgl.; Handhabung der öffentlichen Ruhe in den geringern Fällen, als: Zänkerereyen und Zusammenrottirungen auf den Straßen, nächtlichen Lärmen und Zusammenkünften, welche die Einwohner beunruhigen; Anzeige und Ueberlieferung der Frevler dieser Art an die obere Polizenbehörde.

b. In Bezug auf die Handels- und Gewerbs-Polizen insbesondere.

Die Aufsicht an Jahr- und Wochenmärkten; die Gewicht- und Maasfleckung, Fleisch- und Brodtage; Polizen der Handwerke und Gewerbe; besondere Aufsicht über den Kornmarkt und die Ankenwaage; Behinderung des Furfauß.

c. In Bezug auf Gesundheits- und Annehmlichkeits-Anstalten.

Vorsichtsmaasnahmen zu Behinderung ansteckender Seuchen, Viehpresten u. s. w. Aufsicht über den Kauf, Verkauf und Gebrauch der Lebensmittel, Verbot alles Handels mit unreinem Fleisch, schädlichem oder unzeitigem Obst, verfälschten Weinen, Bier, Branntwein, Verhängung von Confiskationen in dergleichen Fällen. Entfernung schädlicher Thiere und anderer schädlichen Sachen.

Polizen in Hinsicht auf Beerdigungen und Begräbnis-Plätze.

Sauberhaltung der öffentlichen Spaziergänge, Straßen, Gassen, Lauben, Bäume. Besorgung der Stadtuhren. Bestimmung der Lage derjenigen Artikel, welche von Partikularen in das Wochenblatt eingerückt werden.

d. In Bezug auf die Vergnügungen und Ergötzlichkeiten der Einwohner, als:

Die kleinern und größern Schauspiele aller Art, Bälle, Concerte, öffentliche Feste und Lustbarkeiten überhaupt.

## II. In Hinsicht auf Personen-Polizen.

- a. Ueber die Einwohner überhaupt. Ertheilung von Pässen an die, so sich fort begeben wollen; wobei aber der Betrag solcher Pässe, mit Inbegriff der dem Herrn Amts-Statthalter für seine Unterschrift gebührenden Tage, den gesetzlich bestimmten Preis der Pässe nicht übersteigen soll. Unterhaltung der Register über sämtliche Einwohner, und derjenigen über die Gebornen, Verstorbenen, und Ehen insbesondere.
- b. Ueber die Bettler. Fortführung derer, die nicht hier ansässig sind. Züchtigung derselben in vorkommenden Fällen. Genaue Aufsicht über die hier ansässigen Bettler; Maasregeln zu Behinderung des Bettels. Beschäftigung der Arbeitslosen.

7. Gegenwärtige Verordnung, welche so lange dauern soll, als es Uns belieben und gefallen wird, soll gedruckt und öffentlich bekannt gemacht werden.

Gegeben den 8. Februar 1804.

Der Amts-Schultheiß,  
 N. v o n W a t t e n w y l.  
 Namens des Raths,  
 der Rathsschreiber,  
 Gruber.

## P r o k l a m a t i o n

bey dem Abmarsch der französischen Truppen  
aus der Schweiz.

**W**ir Schultheiß und Rath des Cantons Bern, entbieten allen Einwohnern des Cantons Unsern geneigten Willen, und geben ihnen anben zu vernehmen:

Die Vermittlungs = Akte ist nun in der ganzen Schweiz in Ausübung gesetzt, die constitutionsmäßigen Behörden sind überall in Thätigkeit. Ruhe und Friede herrscht nun wieder in Unserm theuren Vaterlande.

Diese glückliche Lage benutzt der erste Consul der französischen Republik um die fränkischen Truppen aus der Endgenossenschaft zurückzuziehen, wirklich haben sie die Schweizergrenzen verlassen.

Indem der erste Consul durch diesen Entschluß sein gegebenes Wort ehrt, giebt derselbe der Schweiz den größten Beweis von Achtung, und setzt sie in den Fall des Glückes zu genießen, das Wir alle von Unserer gegenwärtigen Verfassung zu erwarten berechtigt sind.

Hierzu können Wir aber nicht anders gelangen, als durch Aufrechthaltung der öffentlichen Ruhe und durch Befolgung der Gesetze.

Beydes



Beides zu sichern ist Unser feste Entschluß. Auch ist die Lage der Schweiz überhaupt, vorzüglich aber Unsers Cantons, und die vaterländische Stimmung der grossen Mehrzahl seiner Bewohner, glücklicher Weise so beschaffen, daß Wir zuversichtlich die Erhaltung der innern Ruhe erwarten sollen. Sollten aber bekannte Menschen aus bekannten Ursachen, einige aus Unserm Volk zu unbedachtsamen gesetzwidrigen Schritten verleiten, so können Wir Unsern friede- und ordnungsliebenden biedern Mitbürgern die Versicherung geben, daß Wir im Bewußtseyn Unserer verfassungsmässigen Rechte und Pflichten und unserer vaterländischen Absichten, mit einer solchen Schnelligkeit, Entschlossenheit und Strenge gegen diese Vaterlands-Feinde zu Werke gehen werden, daß die öffentliche Ruhe durch dieselben nicht wesentlich gestört werden wird; auf diesem Wege, und auf diesem Wege allein wird die Schweiz ganz Europa zeigen, daß es keiner fremden Dazwischenkunft bedarf, um die Vermittlungs-Akte, deren Aufrechthaltung der erste Consul fordert, zu unterstützen.

Gegenwärtige Proclamation soll von Kanzeln verlesen, und an den gewohnten Orten angeschlagen werden.

Gegeben den 22. Februar 1804.

Der Amts = Schultheiß,  
 N. v o n W a t t e n w y l.  
 Namens des Raths,  
 der Rathsschreiber,  
 G r u b e r.

## Verordnung über den Bergbau.

**W**ir Schultheiß und Rath des Cantons Bern, thun kund hiermit: Daß nachdem Uns die Anzeige geschehen, wie viel Unordnung in den Gegenständen der Gewinnung aller Arten von Mineralien sich eingeschlichen habe, indem, theils durch Unwissenheit der Rechte, theils durch Mißbrauch, oder falsche Grundsätze, die Ausgrabung verschiedener Erd- und Steinarten widerrechtlich und zweckwidrig ist vorgenommen, oder aber unrechtmäßig mit Auflagen belegt worden, da doch in allen polizierten Ländern der Regierung allein das Recht zukommt, alle Arten von Mineralien entweder auf ihre eigene Rechnung ausgraben zu lassen, oder aber die Gewinnung derselben an Partikularen zu verleihen, und zu übertragen; so haben Wir in dieser Rücksicht, zum Besten des Landes, so wie zu Handhabung der hierin nöthigen Ordnung, und einer zweckmäßigen Bearbeitung, gut gefunden, einen Bergrath niederzusetzen, und demselben aufgetragen, in seinen Verrichtungen nachstehende Grundsätze zu befolgen, welche Wir nun zu Jedermanns Wissen und Verhalt öffentlich bekannt machen zu lassen nöthig erachtet haben.

1) Alle Mineralien gehören dem Staat; die Benutzung und Gutmachung derselben ist seinem freyen Willen gänzlich überlassen. Er kann dieselben in eignen Kosten und auf eigne Rechnung bearbeiten lassen, oder auch dieselben verleihen, und deren Gewinnung unter gut erachteten Bedingungen an Jemanden anders übertragen.

2) Unter Mineralien versteht man alle eigentliche Erze, Metalle, Salze, Salpeter &c. die in der Erde enthalten und begraben liegen.

3) Niemand darf sich ein solches zueignen, wenn er es auch zuerst entdeckt hätte, er seye dann dazu von dem Bergrath schriftlich berechtigt.

4) Dem Bergrath liegt die Ober-Aufsicht ob, über alle Grien-Thon- und Mergel-Gruben; über die Stein- und Gips-Gruben; über alle Bergwerke, und überhaupt über alle Gewerke, wodurch unterirdische Erzeugnisse gewonnen werden, damit man dieselben ordentlich und nach gewissen Regeln betreibe.

5) Die Entscheidung von Streitigkeiten zwischen den Güterbesitzern, wo Mineralien gefunden werden, und die von daher angesprochenen Entschädnisse, gehören vor den Ober-Amtmann in erster, und vor den kleinen Rath in zweyter Instanz.

Infolg dieser Verordnung und zu Einführung einer rechtlichen und regelmäßigen Betreibung aller Gewerke, sollen alle diejenigen, welche irgend eines betreiben, in Zeit von zwey Monaten, von dieser Publikation an, ihre Patente, Concessionen, oder Schürffscheine ihrer Oberbehörde vorweisen, damit dieselben gehörig untersucht werden können; diejenigen aber, welche keine dergleichen schriftlichen Bewilligungen haben, sollen sich für alle mineralischen Gegenstände, welche sie zu bearbeiten wünschen, bey dem Bergrath anmelden, damit er die Beschaffenheit ihres Vorhabens untersuchen, und je nach derselben die schriftliche Bewilligung ertheilen könne.

Diese Verordnung soll gedruckt, und zu Jedermanns Wissen und Verhalt, an den gewohnten Orten angeschlagen werden.

Bern, den 3. März 1804.

Der Amts-Schultheiß,

N. v o n W a t t e n w y l.

Namens des Raths, der Rathsschreiber  
Gruber.

## K ä f e r = M a n d a t.

**W**ir Schultheiß und Rath des Cantons Bern, thun kund hiermit: Daß der große Schaden, welcher dem Lande durch die übermäßige Vermehrung der Inger und Käfer zugefügt wird, größtentheils der Nachlässigkeit zuzuschreiben ist, womit die bisherigen zu verschiedenen mahlen über diesen Gegenstand ergangenen Verordnungen befolgt werden, so haben Wir zu künftiger Verhütung der daraus entstandenen traurigen Folgen, für nothwendig erachtet, diese Verordnungen aufs neue in Ueberlegung zu nehmen und solche Anstalten zu treffen, daß denselben besser als im vorigen nachgelebt werde; demnach Wir verordnen:

1) Zu der Zeit, wo die Käfer, unter der Gestalt von Würmern, Inger, Engrich oder Engerling genannt, sich in der Erde befinden, ist jeder Land-Eigenthümer gehalten, bey Ausbruch seines Bodens dieselben dem Pfluge nach sorgfältig auflesen und tödten zu lassen.

2) Im Fall der Unterlassung, solle derselbe für jeden Tag, da er den Pflug im Felde hat, eine Buße von zwey Franken bezahlen.

3) Von dieser Verfügung ist allein dasjenige Land ausgenommen, auf welches Schweine oder Gänse unmittelbar nach den Pflügen in hinreichender Menge getrieben werden.

4) In den Käfer-Jahren, an denen Orten wo sie sich zeigen, soll dieses Ungeziefer im Frühling, so bald und

so lang es fliegt, besonders Morgens in der Frühe, von den Bäumen geschüttelt, aufgelesen, in Säcke gethan, und dem bestellten Aufseher übergeben werden, der es auf gutbefindende Weise, zu Vermeidung üblen Geruchs, mit siedendem Wasser oder sonst tödten soll.

5) Jeder Guts-Besitzer wird von jeder Zuchart Land ein Viertel-Mäſ Käfer liefern, bis auf die Zahl der 50 Zucharten, was einer darüber besizet, soll nicht gerechnet werden; wenn aber einer weniger als vier Zucharten oder gar kein Land hat, soll jede Haushaltung, sie sey groß oder klein, ein Mäſ dieses Ungeziefers, dem bestellten Aufseher zu übergeben schuldig seyn, bey einer Buſſe von zwey Franken von jedem Mäſ, so einer zu wenig liefern wird.

6) Wenn aber einer mehr als seine Schuldigkeit entrichtet, so soll von jedem Mäſ, so er über dieselbe liefert, ein Baken von Unserm Oberamtman, durch den Aufseher entrichtet werden.

7) Da aber diese zum Nutzen des ganzen Landes abzweckende Verordnung nicht ohne Auslagen wegen der billigen Besoldung der Aufseher verbunden ist, so überlassen Wir den Vorgesetzten der Gemeinden und Dörfern, nach ihrer Lage und Beschaffenheit unter der Oheraufsicht Unserer Oberamtleuten, in den Jahren so die Käfer fliegen, ein Billiges per Zuchart auf das Land zu legen, da dann daraus die Aufseher bezahlt, und für den Ueberschuß gebührende Rechnung getragen werden soll.

8) Damit diese Verordnung gehörig befolgt werde, tragen Wir Unsern Oberamtleuten auf, aus der Zahl der Gemeinds-Vorgesetzten, diese Aufseher zu bestellen, und zugleich zu begwältigen auf die Saumseligen zu achten, die



Fehlbaren zu verleiden, die denn, ohne Ansehung der Person, mit der im §. 5. bestimmten Busse bestraft werden sollen, wovon ein Theil dem Aufseher oder Verleider, der andere, den Armen des Orts, wo der Bestrafte wohnt, heim fallen soll.

9) Die bestellten Aufseher sind für die genaue Vollziehung gegenwärtiger Verordnung verantwortlich, und verfallen, wenn sie vernachlässigen würden die Fehlbaren anzuzeigen, in die nämliche Busse, wie diese letztern.

10) Unsere Oberamtsleute werden sich von jeder Gemeinde in ihrem Amte über die Vollziehung aller hievore enthaltenen Vorschriften Bericht erstatten lassen, und auf die genaue Befolgung derselben machen.

11) In denjenigen Gegenden des Cantons, wo keine Käfer sind, sind Unsere Oberamtsleute bevollmächtigt, die erforderlichen Ausnahmen für die betreffenden Gemeinden zu bewilligen.

Gegenwärtige Verordnung soll gedruckt, gewohnter massen überall angeschlagen und die Publikation und Expedition derselben für diesmal sogleich — für die Zukunft aber alle Jahre in der ersten Woche des Märzmonats, von der Kanzel angezeigt und wo vonnöthen, aufs frische angeschlagen werden.

Gegeben, den 19. März 1804.

Der Amts - Schultheiß,  
N. v o n W a t t e n w y l.  
Namens des Raths,  
der Staatschreiber,  
T h o r m a n n.

## P u b l i k a t i o n

### über entflohene Züchtlinge und deren Wiedereinbringung.

**W**ir Schultheiß und Rath des Cantons Bern, thun kund hiermit: daß Wir nöthig befunden haben, nachstehende Verzeichniß derjenigen Züchtlinge, welche vom 10ten Merz bis den 31sten December 1803. aus dem Schallen- und Arbeitshaus desertirt sind, durch den Druck öffentlich bekannt zu machen.

Da nunmehr die Gefangenen des Schallen- und Arbeitshauses auf die vorhin übliche Weise gekleidet, mit Halseisen versehen, und zu Vermeidung des Ausreißens, denen im Schallenhause die Haare kurz abgeschoren sind: so zeigen Wir dieses jedermänniglich anmit an, und verbieten zugleich bey hoher Strafe, diesen Gefangenen weder Messer, Feilen, noch andere Instrumente, die ihnen zum Ausreißens beförderlich seyn könnten, zu geben oder zukommen zu lassen.

Sollte aber jemand sich so weit vergessen, den einten oder andern derselben seiner Eisen zu befreyen, oder ihnen, es sey durch Darleihung anderwärtiger Kleider oder gar durch Aufnahme und Beherbergung der Flüchtlinge selbst zu seiner Flucht Vorschub zu thun: so soll derselbe alle Kosten bezahlen, und Wir behalten Uns in fernern vor, denselben bewandten Umständen nach, weiters zu bestrafen.

Auf die entwichenen Züchtlinge soll genau geachtet, selbige angehalten, und durch die Landjäger wieder in die-

jenigen Häuser übergeben werden, aus denen sie entwichen sind; für jeden Eingebrachten wird eine Belohnung von sieben Franken fünf Bazen entrichtet.

NB. Das Verzeichniß selbst, das jährlich ändert, bleibt weg.

Gegeben den 9. April 1804.

C a n z l e n B e r n.

---

## V e r o r d n u n g

### über das große oder doppelte Mäs.

---

**W**ir Schultheiß und Rath des Cantons Bern, thun kund hiermit: Demnach von Unserm Finanz-Rath der Wunsch geäußert worden ist, daß in denjenigen Gegenden Unsers Cantons, wo bis dahin das Bern-Mäs üblich gewesen, nur ein Bern-Mäs eingeführt, demnach dann das sogenannte große oder Doppel-Mäs abgestellt werden möchte; als haben Wir zu Vereinfachung der Messungen, so wie zu Hebung der über das Verhältniß des einfachen und doppelten Mäses obwaltenden Zweifel, für das Beste zu seyn erachtet, den Gebrauch des doppelten Bern-Mäses von nun an und für alle künftigen Zehnd- und Bodenzins-Abrichtungen zu Handen der Regierung aufzuheben; da aber mehrere Urbarien vorschreiben, daß die Bodenzinse bey dem großen oder doppelten Bern-Mäs geliefert werden sollen, und eine Unserer ersten Pflichten ist, dem Staat seine rechtmäßigen Einkünfte und Gefälle ungeschmälert zu erhalten; so haben Wir zugleich das Verhältniß dieser beyden Mäße in Bestätigung der ehevorigen Verord-

nungen festsetzen und den Ersatz bestimmen wollen, den diejenigen Pflichtigen, welche ihre Bodenzinse bey dem großen Mäs abzuliefern schuldig sind, künftighin zu leisten haben werden.

Wir haben demnach erkannt und verordnet, was hier von einem zum andern folget, und verordnen:

1) Es soll von nun an und in Zukunft an allen denjenigen Orten, wo bis dahin das Bern-Mäs üblich gewesen und für alle zu Händen der Regierung zu beziehenden Bodenzinsen und Zehnden, nur ein Bern-Mäs gebraucht werden, und zwar das sogenannte einfache Bern-Mäs.

2) Dieses Bern-Mäs soll halten, nach dem hier in Bern sich befindlichen metallenen Mutter-Mäs: 960 Cubikzoll des Bernschubs oder an reinem Goodwasser 26 Pf. 29 Loth 51 Gran Eisengewicht. Die Form des Mäses dann soll zirkelrund seyn und der halbe Durchmesser die Höhe ausmessen. Zu den Bestrichern soll dörres Buchenholz genommen werden und es sollen dieselben zwey Zoll, drey und eine halbe Linie halten.

3) Bey diesem Mäs sollen hinfünftig alle und jede bey dem Bern-Mäs urbarisierten dem Staat zugehörigen Bodenzinsen, so wie die Zehnden gemessen werden.

4) Das große oder doppelte Bern-Mäs, das 1996  $\frac{4}{5}$  Cubikzoll des Bernschubes, oder 55 Pf. 31 Loth 69 Gran Eisengewicht reines Goodwasser enthält, und also gerade um 4 vom Hundert stärker ist, indem 50 doppelte Mäs 104 einfache ausmachen, ist und bleibt somit abgestellt.

5) Diesem Verhältniß ist aber bey den künftigen Bodenzins-Lieferungen, nämlich denen für das Jahr 1804. und folgenden, in soweit Rechnung zu tragen: daß da, wo der Bodenzins laut Urbar bey dem großen oder doppelten Bern-Mäs abzurichten ist, derselbe zwar bey dem einfachen Bern-Mäs bezogen, daß denn aber das Bier vom Hundert dazu geschlagen werde. Auf jedes 25 Mäs, ist mithin ein Mäs mehr, oder es sind statt 25 Mäs, künftighin 26 Mäs zu liefern. Wo hingegen der Bodenzins weniger als 25 Mäs von einer Getreideart auswirft, da ist dieser Ersatz von 4 vom Hundert, statt in Getreide, nach dem jedes Jahr zu machenden Anschlage, in Geld zu vergüten.

6) Dieser Ersatz des Bier vom Hundert, fällt aber ganz weg bey allen denjenigen Bodenzinsen, welche nicht laut Urbar bey dem großen oder doppelten Mäs abgerichtet werden sollen.

7) Was denn die rückständigen Zehnden und Bodenzinsen betrifft, die im Jahr 1803. oder früher noch bey dem großen oder doppelten Mäs hätten abgerichtet werden sollen; so sollen sie auch jetzt noch bey eben diesem Mäs eingemessen werden, als für welchen Gebrauch einzig sie einstweilen noch benzubehalten sind.

8) Alle diese Bestimmungen beziehen sich allein und ausschließlich auf das Bern-Mäs. Wo also die Bodenzinse laut Urbar, bey einem andern Mäs, als dem Bern-Mäs abzuliefern sind; da soll es bey der Vorschrift des Urbars sein gänzlichcs Verbleiben haben, und somit auch das Solothurn Doppel-Mäs, das Burgdorf Doppel-Mäs u. s. w. gebraucht werden, wenn der Bezug derselben so urbarisiert ist.



9) Gegenwärtige Verordnung soll gedruckt, öffentlich angeschlagen und auf gewohnte Weise bekannt gemacht werden.

Geben B e r n , den 28. Merz und 20. April 1804.

Der Amts - Schultheiß,  
N. v o n W a t t e n w y l.  
Namens des Raths,  
der Staatschreiber,  
E h o r m a n n.

---

### V e r o r d n u n g.

#### Benutzung der Eichen - und Rothtannen - Rinde zur Gerber - Lohe.

---

**W**ir Schultheiß und Rath des Cantons Bern, thun kund hiermit: Daß, da eine ehrende Meisterschaft des Rothgerber - Handwerks Uns durch ihre Ausgeschossenen hat vorstellen lassen, wie daß durch die Nichtbeobachtung derjenigen Verordnungen, welche über die Benutzung der Eichen - und Rothtannen - Rinde zur Gerber - Lohe von Zeit zu Zeit herausgekommen sind, ihrem für den Canton wichtigen und nützlichen Gewerbe ein merklicher Eintrag geschehe, indem durch die Weigerung der Wald - Eigenthümer, ein zu ihrem Lohgebrauche hinlängliches Quantum Eichen - und Rothtannen - Holz in der Saftzeit hauen zu lassen, die ihnen zu ihrem Gewerbe unentbehrliche Lohrinde entzogen, auch durch den Fürkauf der Lohestampfer und anderer unbefugter Lohfäufer, die verarbeitete Lohrinde über

Verhältniß vertheuert werde: So haben wir Uns nach reiflicher Erdauerung der Sache bewogen gefunden, zu billiger Begünstigung des für den ganzen Canton unentbehrlichen Rothgerber-Handwerks, zu verordnen, was hiernach von einem zum andern folget:

1. Soll alle Ausfuhr der Lohrinde, so wie des verarbeiteten oder gestampften Lohes, aus der Schweiz, wie bisher, gänzlich verboten seyn, die Widerhandelnden aber sollen mit Confiskation der auszuführenden Waare, und noch überdies mit 7 Franken 5 Bagen Buße von jedem Fuder ungestampfter und 15 Bagen Buße von jedem Sack gestampfter Lohes bestraft werden, von welcher Confiskation und Buße die Hälfte dem Verleider zukommen wird, die andere Hälfte aber zu obrigkeitlichen Händen zu beziehen ist.

2. Soll Jedermann, der nicht ein Gerbermeister ist, wirklich dieses Handwerk treibt, und daher eine eigene Gerberei besitzt oder eine in Zins hat, untersagt seyn, weder unverarbeitete Lohrinde noch gestampftes Loh zu kaufen, noch weniger damit zu handeln. Alles bey der im ersten Artikel festgesetzten Buße und Strafe für die Widerhandelnden. Von diesem Verbot sollen jedoch bis auf weitere Verfügung alle obrigkeitlich konzedirten Lohstampfer und diejenigen Sattlermeister, welche das Leder zu ihrem eigenen Gebrauche selbst gerben, ausgenommen seyn.

3. Selbst den Gerbermeistern soll der Handel mit verarbeitetem und unverarbeitetem Loh bey der im ersten Artikel festgesetzten Buße und Strafe untersagt, und dieselben allein befugt seyn, zu ihrem eigenen Gebrauche die nöthige Lohrinde zu kaufen; doch soll den Gerbermeistern in

den Berggegenden, wo keine Eichenrinde zu haben ist, und die sie aus der Ferne ankaufen müssen, erlaubt seyn, einen andern Gerbermeister oder eine andere Person zu profuriren, ihnen die nöthige Eichenrinde anzukaufen, wenn sie es nicht selbst thun können.

4. Damit jeder Rothgerbermeister sich ein der Ausdehnung seines Gewerbes angemessenes Quantum Lohrinde verschaffen könne; so soll jeder derselben, ohne sich an einen gewissen Termin zu binden, befugt seyn, von den Bannwarten der obrigkeitlichen Wälder zu fordern, daß dieselben von demjenigen Quantum des Eichenholzes und tannenen Brenn- und Zäuneholzes, welches sie ohnedem alljährlich in ihren Wäldern fällen lassen, einen solchen Theil in der Saftzeit hauen lassen, als innert der vorgeschriebenen Zeit gefällt und aus dem Walde geführt werden kann. Sollte der Bannwart sich weigern, einiges Holz oder ein gar zu geringes Quantum in der Saftzeit hauen zu lassen, so soll der Gerbermeister die Sache dem Ober-Amtmann des Bezirks anzeigen, welcher befugt seyn soll, nach sorgfältiger Erdauerung der Sache, je nach Befinden der Umstände, von dem ohnedieß zu hauen festgesetzten Fahrholz ein angemessenes Quantum, so in der Saftzeit zu hauen ist, zu bestimmen, und der Bannwart soll gehalten seyn, sich diesem Entscheid zu unterwerfen und denselben zu befolgen. Auf die Nichtbefolgung eines solchen Entscheids soll eine Buße von 7 Franken 5 Bazen gesetzt, und zu obrigkeitlichen Händen zu beziehen seyn.

5. Die Rinde aus den obrigkeitlichen Wäldern soll den Gerbermeistern nach ihrem wahren Werthe vermittelt einer durch Experte zu machenden unparthenischen Schätzung, und an einer Steigerung zum Verkauf dargeschlagen werden.

6. In den obrigkeitlichen Wäldern soll es mit dem Beziehen des Rindengeldes bey derjenigen Uebung verbleiben, welche in jedem Walde vor 1798 Statt fand. Ward das Rindengeld zu Händen der Obrigkeit, oder zu Händen ihrer Beamten erhoben, so soll es von den Oberamtleuten bezogen und von denselben verrechnet werden.

7. Von dem Fällen in der Saftzeit sollen ausgenommen seyn, solche Einschläge und andere Bezirke, wo bloß noch Mutterbäume im jungen Saamen stehen, und solche Bezirke, die fast ausschließlich mit schönem Bau- oder Spaltholz besetzt sind, und wo zu befürchten wäre, daß beym Fällen in der Saftzeit die stehen bleibenden Stämme durch die Fallenden gestreift und so an der Rinde beschädigt werden möchten, daß sie in der Folge anbrüchig und zu Bauholz untüchtig werden müßten.

8. Für die Abfuhr des geschälten Holzes sollen die Wälder bis zum 1sten Julius offen seyn, nach dieser Zeit aber sollen die Wälder geschlossen, und der auf die Abfuhr des Holzes Bezug habende Artikel der Forstordnung in voller Kraft seyn.

9. Diesem 8ten Artikel sollen diejenigen Berggegenenden nicht unterworfen seyn, wo es von jeher gebräuchlich war, das Holz in der Saftzeit zu fällen und zu schälen, aber erst zur Winterszeit abzuführen.

10. Sollten besondere Lokalitäts- oder andere Umstände noch andere Ausnahmen erfordern, so wird den Oberamtleuten anmit die Vollmacht gegeben, selbige zu ertheilen; doch bleibt denjenigen, welche sich darüber beschweren zu können glauben, unbenommen, sich dafür bey Uns anzumelden.

11. Allen unsern Oberamtleuten ist eine genaue Aufmerksamkeit auf die Befolgung des oben stehenden Reglements empfohlen, und sie werden beauftragt, alle Dawiderhandelnden nach den darinn enthaltenen Vorschriften zu bestrafen.

Gegenwärtige Ordnung soll gedruckt und an gewohnten Orten angeschlagen werden.

Gegeben den 23. April 1804.

Der Amts-Schultheiß,  
N. v o n W a t t e n w y l.  
Namens des Raths,  
der Rathsschreiber,  
Gruber.

## Hauſier-Ordnung.

Wir Schultheiß und Rath des Cantons Bern, thun kund hiermit: Da Wir durch vielfältige Erfahrung belehrt worden, daß nicht nur durch so viele fremde Landstreicher und Hausierer Handel und Gewerbe in unserm Canton verderbt, sondern auch die Straßen durch dergleichen Leute in Unsicherheit gesetzt werden; so haben Wir aus landesväterlicher Vorsorge zu Neuöffnung des Handels und Benbehaltung allgemeiner Ruhe und Sicherheit, in Abänderung der in ehevorigen Zeiten ausgegangenen Verordnungen, nach den gegenwärtigen Bedürfnissen und Zeitumständen hiemit für die Zukunft festgesetzt und erkennt:

1. Alles Hausieren ohne Patenten soll von nun an verboten seyn.



2. Es können nur für folgende Gewerbe Hausier-Patenten ertheilt werden: Amelmehler, Bürstenbinder, Besenbinder, Blätzlihändler, Brennölsträger, Eisensammler, Feuerstein-Schwefelhölzlein- und Zundelhändler, Glas-träger, Glaser, Hechlenmacher, Gartensaamenhändler, Häftlimacher, Harzhändler, Holzgeschirrhändler, Hutfärber, Kalbermägenhändler, Kachelgeschirrträger, Kesselflicker, Korb- und Krattenmacher, Lumpensammler, Nagelhändler, Roßhaarhändler, Sagenfeiler, Sägesen-Sicheln- und Wehsteinhändler, Scheerenschleifer, Schaubhütler, Seifenträger, Siebmacher, Spinnrädermacher, Wachshändler, Wannenmacher, Weberblattmacher und Wagen-schmierträger.

3. Es sollen demnach alle Cantonsangehörige, die sich mit Hausieren in obgemeldeten Artikeln abgeben, allein bey ihren Ober-Amtleuten, und die Lumpensammler bey den Papierfabrikanten sich anmelden. Auf Verlangen und einzusendende gute Zeugnisse des Sanität-Raths, der Ober-amsleute, oder anderer betreffenden Behörden, soll Unser Commerzien-Rath die Patenten, mit Ausnahme der im nachfolgenden Artikel benannten Gewerbe, nach dem Bedürfniß jener Gegend ertheilen. Die nicht im Canton angesessenen, sondern bloß in demselben herumziehenden fremden Hausierer, sollen sich direct bey Unserm Commerzien-Rath melden, und nur alsdann patentirt werden, wenn sie gut bescheinigte Zeugsame ihrer Ortsobrigkeit vorweisen können. Für jedes Patent sollen, mit Inbegriff des Stempelpapiers, 10 Bazen und bey der alljährlichen Erneuerung 5 Bazen als Emolument, für den Staat bezogen werden.

4. Wurzelträger und Arznei-Dehlträger, patentirt einzig der Sanität-Rath, damit aber die Controlle der Hausierer

Hausierer vollständig seye, so muß das Patent dieser beiden Klassen von Leuten von dem Kommerzien-Rath visirt werden.

5. Sollen die Patente nur für die Personen, so sie erhalten, und auf deren Namen sie gestellet sind, keineswegs aber für jemand anders gültig seyn. Die Hausierer sollen auch keine andere Waaren noch Artikel mit sich führen, als die, so in ihren Patenten eingeschrieben stehen. Unter diesem Verbot ist insbesondere begriffen, der Verkauf aller Druckschriften, mit einziger Ausnahme des Kalenders. Ferners sollen dieselben keine Waaren, deren Ausfuhr verboten ist, aufkaufen und heimlich oder öffentlich außer Landes transportiren, auch an Sonn- und Festtagen sich alles Gewerbs enthalten, Niemanden mit Betteln oder sonst auf irgend einige Weise durch abfordernde Herberge oder Speise im geringsten beschwerlich fallen, bey Strafe einer Geldbuße, die aber den Werth von Fr. 4 nicht übersteigen soll, zum ersten- und der Zurückung ihrer Bewilligungen zum zweytenmal.

6. Untersagen Wir allen Fuhrleuten die Einbringung fremder, auf eigene Rechnung eingekaufter Waaren, in der Absicht, solche unter Wegs an irgend jemand abzugeben, und verbieten ihnen insonderheit, solche weder an Orten, wo keine Zollstätte sich vorfinden, noch da, wo keine Aufsicht gehalten wird, abzulegen, bey Strafe von Fr. 8 Buße für das erstemal, und schärferer Abndung, ja Gefangenschaftsstrafe in Rezidivfällen.

7. Verbieten Wir allen Laden- und Marktkrämern, welche beyde Klassen einstweilen bis auf weitere Verord-

nung keines Patents bedürfen, mit ihren Waaren zu haufieren, bey gleicher Strafe, wie im 6ten Artikel.

8. Alle Unsere bestellten Zollkommissen sollen schuldig seyn, auf die unpatentirten Hausierer fleißig zu achten, sie bey dem Eintritt ins Land zu warnen, denen Fehlbaren ihre Waaren anzuhalten, und sie sofort dem Richter anzuzeigen; dieses sollen auch die Landjäger genau beobachten.

9. Unser Commerzien-Rath und Ober-Amtleute sollen die Oberaufsicht zu Handhabung dieser Verordnung besorgen, und alles veranstalten, was zu Erfüllung derselben gereichen kann.

Welche Unsere Verordnung zu jedermanns Nachricht öffentlich an gewohnten Orten angeschlagen und von den Kanzeln angezeigt werden soll.

Gegeben den 27. April 1804.

Der Amts-Schultheiß,  
N. v o n W a t t e n w y l.  
Namens des Raths,  
der Staatschreiber,  
T h o r m a n n.

## D e k r e t.

### Besoldung und Wahlen der Geistlichkeit.

Wir Schultheiß, klein und große Rätthe des Cantons Bern, thun kund hiermit: Daß Wir zu Aufnahme der heiligen Religion Unserer Väter,

und zur Aufmunterung der würdigen Diener derselben festgesetzt haben, was hienach folget und demnach

v e r o r d n e n :

I. Verwaltung des Kirchen-Guts und  
Besoldung der Geistlichkeit.

§. 1. Der Staat übernimmt nach dem Wunsch der Geistlichkeit die Beziehung und Verwaltung aller derselben zugehörenden urbarisirten Einkünfte, und wird sämtlichen von der Regierung besoldeten Geistlichen mit Inbegriff der vormaligen obrigkeitlichen Beschlüsse alljährlich zu ihrer Besoldung ausrichten die Summe der Liv. 275,000, der Beziehung halb jedoch mit der hienach im §. 6. bestimmten Ausnahme.

§. 2. In dieser Summe ist nicht begriffen, die Benutzung der Pfarr-Gebäude, der Gärten, und einer Pflanzstelle, welche den Pfarrherren nicht angerechnet werden sollen.

§. 3. Denen Pfarrstellen, welche solches ehemals genossen, wird sowohl an Zäune- als Brenn-Holz das benötigte noch ferner angewiesen, doch soll letzteres das Quantum der 20 Klafter nicht übersteigen.

§. 4. Der Staat übernimmt da, wo ihm das Collatur-Recht zustehet, wie bisher, die Erhaltung der Pfarrgebäude ohne Entgeld der Geistlichkeit.

§. 5. Die Besoldungen der angestellten Geistlichen schreiten nach einer von Unserm Kleinen Rath zu machenden Eintheilung von einem Minimum von Liv. 1000 bis zu einem Maximum von Liv. 2200, mit Ausnahme jedoch:

- a) Der bisherigen Vorpösten, die auf Liv. 800 gesetzt seyn sollen.
- b) Des Defans von Bern, welchem als Haupt der Geistlichkeit über die ihm zukommende anderwärtige Besoldung aus, eine besondere Gehalts-Zulage von Liv. 1000 zuerkennt wird.
- c) Der sechs bisherigen geistlichen Lehrstellen an der hiesigen Akademie, deren fester Gehalt dormalen auf Liv. 1400 bis 1600 festgesetzt ist.
- d) Der fünf Leib-Gedinge jedes von Liv. 800, die für solche Pfarrherren errichtet werden, die wegen Alters oder anderer Gebrechen ihre Stellen nicht mehr bedienen können.
- e) Der Pfarrstellen, wovon die Collatur der Regierung nicht zugehört, so wie auch derjenigen, die in andern Cantonen sich befinden, und zu einem der bernischen Capitel gehören, als welche bey ihren Urbarien und der bisherigen Beziehungsart ihrer Einkünfte verbleiben, doch soll der Betrag der denselben ertheilten obrigkeitlichen Vorschüsse mit in der obbestimmten Summe der Liv. 275,000 begriffen seyn.

§. 6. Jeder von der Regierung besoldete Geistliche nutzt auf Abschlag der ihm zukommenden Besoldung die seiner Pfarrstelle angewiesene Capital, Pfarrgüter, Primizen, und Zuschüsse von Partikularen, Gemeinden und Stiftungen, doch bleibt der Regierung vorbehalten, die zweckmäßigen Abänderungen in Betreff der Pfarrgüter, deren Verkauf oder Abtausch treffen zu können.

§. 7. Die über dem an jeden angestellten Geistlichen zu bezahlende und in Geld berechnete Besoldungs-Summe,



ist gleich den Civil-Besoldungen, vierteljährlich zu  $\frac{2}{3}$ tel in Dinkel und  $\frac{1}{3}$ tel in Geld auszurichten, und können die Pensionen entweder in Bern oder auf den Oberämtern angewiesen werden.

Es wird jedoch dem Kleinen Rath überlassen, das Getreid nach einem alljährlich auf Martini nach dem dennzumaligen Mittelpreise von Bern zu machenden Anschlage statt in Frucht, in Geld ausrichten zu lassen. Sollte aber dieser Anschlag unter zehn Franken der Mütt fallen, so ist den Pfarrherren ihre Getreide-Pension mit zehn Franken von jedem Mütt zu vergüten.

## II. Wahlart.

§. 8. In Aufhebung der bisherigen je nach dem mehr oder mindern Werth einer Pfrund bestimmten Classification und Wahlart für die Pfarrstellen, erhalten nunmehr die Pfarrherren der von der Regierung besoldeten Pfarrstellen in dem Canton ihre Besoldung nach Maaßgab ihres Ranges in dem Ministerio oder ihrer Dienst-Jahre, ohne Rücksicht, auf welcher dieser Pfarrstellen sie sich befinden mögen.

§. 9. Alle Pfarrstellen, welche direkt von der Regierung vergeben werden, werden von Unserm Kleinen Rath zu einem Drittel nach der freyen Wahl und zu zwey Dritteln nach dem Alters-Range, jedoch in Befolgung der für die ehemaligen Rang-Pfründen in dem Pfrund-Reglement enthaltenen Vorschrift besetzt, in dem Verstand: daß niemand zu einer Pfarrstelle wahlfähig seyn solle, der nicht fünf Jahre im Ministerium gewesen ist.

§. 10. Die Collatur-Pfarren werden noch ferner nach der bisherigen Wahlart besetzt.

§. 11. Dem Kleinen Rath wird überlassen in Betreff der Besetzung der Pfarrenen, sowohl nach der freyen Wahl als nach dem Rang und in Betreff der Art und Weise, wie die Besoldungs=Vermehrungen zuerkannt werden sollen, das Erforderliche zu bestimmen.

### III. Einführung dieser Verordnung.

§. 12. Die in Folge dieser Verordnung auszurichtenden Besoldungen sollen von dem 1sten Jenner 1804 ihren Anfang nehmen.

§. 13. Der Kleine Rath wird mit der Vollziehung derselben und aller zu diesem Ende nothwendigen Einrichtungen, so wie auch mit der Sorge, daß die Kirchen-Zucht und Disciplin genau beobachtet werde, beauftragt.

Gegeben in Unserer Großen Raths-Versammlung  
in Bern den 7. May 1804.

Der Amts-Schultheiß,  
N. v o n W a t t e n w y l.

Namens des Großen Raths,  
der Staatschreiber,  
T h o r m a n n.

---

## B e s t i m m u n g

### des Stempel-Ertrags von Viehscheinen zu einer Entschädigungs-Casse bey Vieh-Seuchen.

Wir Schultheiß, klein und große Räthe des Cantons Bern, thun kund hiermit: Nachdem Wir in Betrachtung gezogen, wie daß der Viehstand als einer der wichtigsten Zweige der Landes-Oekonomie schon zu öftern malen durch ansteckende Krankheiten beträchtlich gelitten hat, deren Ausbreitung nicht selten durch übel-verstandenes Interesse und Vorurtheile der Vieh-Eigenthümer selbst begünstiget wird, besonders dann durch die Erfahrung belehrt, daß dergleichen verheerende Krankheiten sich niemals so weit ausbreiten, noch so große Fortschritte machen können, wenn deren Ausbruch alsogleich angezeigt, und die dagegen zu treffenden Maaßregeln gleich bey Entstehung des Uebels genommen werden können; überzeugt endlich, daß der bisherige Mangel einer für die Viehverlustigen gesetzlich bestimmten Entschädniß den dies-örtigen Sanitäts-Polizy-Verordnungen, und insbesondere der fürdersamen Bekanntmachung des Uebels, so wie dem Niederschlagen der angesteckten Heerden am mehrsten entgegen gestanden ist, als haben Wir erkannt und verordnen hiermit:

- 1) Es soll in näherer Bestimmung der §§. 8. und 9. des Stempels-Gesetzes vom 12ten und 14ten Christmonat 1803, aus dem Ertrag der Stempel-Lage für die Vieh-Scheine eine besondere Cassa angelegt werden, welche un-

ter der Oberaufsicht des Kleinen Rathes und zu bestimmen der Bürgerschaft administriert werden soll.

2) Sollen diese Stempel-Gebühren ohne einigen Abzug der Administrations-Kosten in diese Cassa gelegt, und so lange fort bezogen werden, bis dieselbe auf die Summe der Fünzigtausend Franken angestiegen seyn wird, von welchem Zeitpunkt hinweg aber dieselben bis und so lange der Zweck dieser Anstalt wieder neue Einlagen erforderlich machen sollte, weiters hin nicht mehr bezogen werden sollen.

3) Soll der Betrag dieser Cassa ausschließlich und allein zu Entschädnissen, in anerkannt ansteckenden Krankheiten des Horn-Viehs, als bey Lungen-Seuchen, Löfer-Dürre, auch Vieh-Pesten genannt, und bey andern dergleichen anerkannt ansteckenden Krankheiten mehr, verwendet werden.

4) Diesemnach wird in oben bestimmten Unglücksfällen den verlustigen Vieh-Besitzern nachfolgende Entschädniß zugesichert, als:

- a. Für geschlagenes, bey der Eröffnung aber gesund erfundenes Vieh, dessen Fleisch, Haut, u. noch benutzt werden kann, und wovon der Ertrag obbemeldeter Cassa zufallen soll, drey Viertel des Werths, und
- b. Für krank geschlagenes, oder bey der Eröffnung sonst infizirt befundenes, die Hälfte des Werths, beides nach einer vorhergegangenen billigen Schätzung. Für wirklich gefallenes Vieh aber, soll keine Entschädniß bezahlt werden: Sach wäre dann, daß für den Eigenthümer besonders günstige Umstände, als Armuth, nur ein Stück Viehs u. d. gl. vorwalten sollten, als in welchen Fällen allein eine Unterstützung gereicht werden darf, welche aber den dritten Theil des muth-

maßlichen Werths des gefallenen Vieh's nicht übersteigen soll.

- c. Sollte aber der Fall dieser zu bezahlenden Entschädnissen eintreten, ehe die Cassa mit hinlänglichen Fonds zu Bestreitung derselben angestiegen seyn würde; so wird der kleine Rath bevollmächtigt, das Fehlende durch eine Lelle auf den gesamten Viehstand des Cantons zu verlegen.

5) Sollte sich aber ein Viehbesitzer vorsätzlicher Verheimlichung einer ansteckenden Krankheit an seinem Vieh schuldig machen, oder den diesförtigen Sanitäts-Polizien-Verordnungen und Befehlen auf eine Weise widerstreben, so soll derselbe nicht nur von obiger Entschädniß ausgeschlossen, sondern auch überdieß für allen Schaden, der aus einer solchen Renitenz entstehen würde, verantwortlich gemacht werden, auch je nach den Umständen mit körperlicher Strafe belegt, welche aber vier wöchentliche Gefangenschaft, oder ein Jahr Einsperrung nicht übersteigen soll.

6) Die Pflichten und Verantwortlichkeit der Thierärzte, sind so wie die übrigen auf gegenwärtiges Defret Bezug habenden Verordnungen Unserm kleinen Rath zu bestimmen überlassen.

7) Gegenwärtiges Defret soll gedruckt, öffentlich bekannt gemacht, und an den gewohnten Orten angeschlagen werden.

Gegeben in Unserer großen Raths-Versammlung,  
in Bern, den 9ten May 1804.

Der Amts-Schultheiß,  
R. v o n W a t t e n w y l.  
Namens des großen Raths,  
der Staatschreiber,  
T h o r m a n n.



## D e k r e t.

### Competenz des erstinstanzlichen Moderations- Richters.

**W**ir Schultheiß, klein und große Rätthe des Cantons Bern, thun kund hiermit: Daß Wir auf den von Unserm kleinen Rath Uns gethanen Vorschlag und erstatteten Bericht, daß sowohl der §. 24. und 31. Unserer Verordnung vom 20. Juny 1803. und die 7te und 8te Sitzung pag. 447. der Bernischen Gerichtssatzung, in Absicht des erstinstanzlichen Moderations-Richters, und seiner Competenz, als aber die 9te Sitzung pag. 447. in Betreff des Refurses der erstinstanzlichen Ermäßigungen, und endlich die 6te Sitzung pag. 436. in Rücksicht des Termins der Fürbotten zur zwentinstanzlichen Moderation, verschiedentlich ausgelegt und angewendet werden, in Erläuterung und näherer Bestimmung dieser Satz- und Ordnungen verordnet haben wollen, was hienach folgt; demnach Wir

v e r o r d n e n:

**Erläuterung des 24. und 31. S. der Verordnung  
vom 20. Juny 1803. und der 7. und 8.  
Sitzung pag. 447.**

1) Der Ober-Amtmann mit Ausschluß der übrigen Benfizer am Amtsgericht, ist der erstinstanzliche Moderator der Prozeßkosten, doch mag eine solche Ermäßigung, falls das eingegebene Kostens-Verzeichniß ohne Modera-

tions-Kosten über Einhundert Franken, als die dem Ober-Amtmann hierinn geordnete Competenz, sich belaufen sollte, durch die beschwerende Parthen vor die Ober-Moderatoren gezogen werden.

### Erläuterung der Satzung 9. p. 447.

2) Wer sich über die erstinstanzliche Ermäßigung einer Kostens-Verzeichniß beschweren will, der hat sich lediglich bey dem jeweiligen Präsidenten der Ober-Moderation um eine Tagsansetzung zu melden, und zwar längstens innert 14 Tagen, den Tag der erstinstanzlichen Ermäßigung nicht mitgerechnet, bey Strafe der Erziehung des Rechts der Weitersziehung.

### Erläuterung der Satzung 6. p. 436.

3) Die in der 6ten Satzung p. 436. in Betreff des fatalen Termins zur Kundmachung des zwentinstanzlichen Abspruchstages, enthaltene Vorschrift, soll auch für die Moderations-Rekursen gelten.

Gegenwärtige Verordnung soll gedruckt, öffentlich bekannt gemacht, und an den gewohnten Orten angeschlagen werden.

Geben in Unserer großen Raths-Versammlung,  
den 16. May 1804.

Der Amts-Schultheiß,  
R. v o n W a t t e n w y l.  
Namens des großen Raths,  
der Staatschreiber,  
T h o r m a n n.

---

## D e r e t.

## Loskauf der Primigen und Lehens = Gefälle.

Wir Schultheiß, klein und große Rätthe des Cantons Bern, thun kund hiermit: Demnach in dem Gesetz über den Loskauf der Zehnden und Bodenzinsen vom 2ten July 1803. die Loskäuflichkeit der Primigen und der übrigen entweder wirklichen oder so geheissenen Lehensgefälle bereits erkennt, die Art und Weise dieses Loskaufs aber auf ein nachgehendes Gesetz verwiesen worden ist; als haben Wir, auf den Vortrag des kleinen Rathes in Betreff dieser Gefälle sowohl, als auch einiger andern in verschiedenen Gegenden des Cantons üblichen Auflagen und Leistungen, in so weit sie an die Regierung oder deren Beamten zu entrichten sind, beschlossen und erkennt, was hier von einem zum andern folget, wie Wir dann

## v e r o r d n e n :

§. 1. Alle diese Gefälle, Auflagen und Leistungen, sollen je nach ihrer Art und Beschaffenheit, entweder den Pflichtigen unentgeltlich erlassen seyn; oder sie sind loskäuflich erkennt, und müssen bis zum Loskauf noch ferner geleistet werden; oder aber sie sind als eine Abgabe für einen gewissen Genuß oder die Ausübung eines Rechtes anzusehen, und können daher mit keinem Loskaufgelde getilget werden, sondern hören bloß dann auf, wenn der Pflichtige auf die ihm zugesicherte Ausübung seines Rechtes oder seiner Nutzung Verzicht leisten würde.

## T i t e l I.

Gefälle, welche den Pflichtigen unentgeltlich erlassen werden.

§. 2. Die nachstehenden Gefälle und Leistungen, als: der Tving-Gerichts- und Herrschaftshaber, die sogenannten Ueberzinsen, die Hof- und Ehr-Lagwen, die Todfallspflicht, die Garten-Hühner, die Weid-Lämmer, Schweig-Schaafe und die Feuerstatt-Abgaben, in so fern sie eine Folge von gerichtsherrlichen Rechten sind, und nicht von Lehenpflicht herrühren, oder als Zehndentschädniß aufgelegt worden, sind und bleiben von nun an, als mit der gegenwärtigen Verfassung nicht verträglich, abgeschafft.

§. 3. Die Pflichtigen haben von wegen dieser Abschaffung keine Art von Ersatz zu leisten.

## T i t e l II.

Gefälle, die bis zu ihrem Loskaufe noch ferner zu entrichten sind.

§. 4. Die nachstehenden Gefälle und Leistungen, als: die Primizen, die Landgarben, der Sommerdinkel, die Pfluggarben oder Pfluggelder, denne die Feuerstatt-Abgaben, so als Zehndentschädnisse aufgelegt worden, sind noch ferner auf bisherigem Fuße, nach Inhalt der Urbarien und der darum vorhandenen Titeln benbehalten, und wie vor No. 1798. zu entrichten; die verschiedenen Arten der Ehrschäze dann, sind vom 1sten Juny nächstkünftig an, bey vorkommenden Fällen wieder zu bezahlen.

§. 5. Alle diese hier genannten Gefälle und Leistungen können jedoch von den Pflichtigen losgekauft werden.

### 1. Primizen - und Feuerstatt - Abgaben.

§. 6. Der Loskauf von den Primizen und der in die gleiche Classe gehörenden Gefälle der Landgarben, des Commer - Dinkels und der Pfluggarben oder Pfluggelder, so wie von den Feuerstatt - Abgaben, wo sie eine Folge der Lehen - Pflicht oder Zehndentschädniß waren, kann nicht von einzelnen Pflichtigen angebeht werden, sondern er soll nur von ganzen Gemeinds - Bezirken statt haben.

§. 7. Eine jede besondere Art dieser hier genannten Gefälle kann aber für sich insbesondere und einzeln losgekauft werden; also ohne daß die übrigen Arten zugleich mit losgekauft werden müssen.

§. 8. Wenn die Pflichtigen einer Gemeinde sich in irgend einem Jahre von einem dieser Gefälle loskaufen wollten, so müssen sie ihre dießörtige Erklärung dem Berechtigten noch vor dem ersten May schriftlich zustellen.

§. 9. Die Loskauf - Summe beträgt den fünf und zwanzigfachen Werth des alljährlichen Ertrags.

§. 10. Um diesen Ertrag, in so fern die Leistungen einer Veränderung unterworfen sind, zu finden, wird der zur Zeit des Loskaufs sich erzeigende Bestand der Haushaltungen oder die wirkliche Anzahl der Pflichtigen, mithin der denzumalige Betrag des schuldigen Gefälls zur Schätzung der Größe der Abgaben angenommen. Wo aber diese Abgaben bereits in einen fixen Canon verwandelt, oder sonst unveränderlich bestimmt sind, da soll es dabei Verbleiben haben.

§. 11. Der Werth des gefundenen Ertrags wird durch den Durchschnitts - Preis der betreffenden Naturalien in



den letzten dem Loskaufe vorgehenden zwanzig Jahren bestimmt und so berechnet, wie es für die Bodenzinsen vorgeschrieben ist.

§. 12. Die Loskaufsumme kann der Pflichtige entweder auf einmal oder zu dreyn gleichen Stößen ausbezahlen; einen Drittel auf den Verfalls - Tag desjenigen Jahres, wo er sich zum Loskauf erklärt hat, einen zweiten Drittel dreyn Jahre später, und den letzten Drittel nach sechs Jahren.

§. 13. Bis zur gänzlichen Ausbezahlung des schuldigen Capitals bleibt der Berechtigte für den restanzlichen Kauffschilling bey seinen Rechten, so wie ihm auch sein Titel bis dahin in Händen bleibt.

§. 14. Der restanzliche Kauffschilling ist unterdessen zu Vier von Hundert zinsbar.

§. 15. Der Zahlungs - Termin ist auf die für die losgekauften Gefälle bestimmte Verfallszeit gesetzt.

§. 16. In dem Loskauf - Jahre selbst soll die Entrichtung des losgekauften Gefälle annoch statt haben.

§. 17. Dem kleinen Rathe ist überlassen, diese Gefälle Gemeindeweise in einen fixen von der Gemeinde zu entrichtenden, entweder immerwährenden oder auf eine gewisse Anzahl Jahre beschränkten Canon zu verwandeln, und zu Begünstigung dieser Verwandlung den Pflichtigen oder ihren Gemeinden solche Erleichterungen zu verschaffen, die er der Lage der Sachen für angemessen zu seyn erachten wird.

## 2. E h r s c h ä ß e.

§. 18. Unter Ehrschäßen werden hier blos diejenigen verstanden, welche von Ehrschazpflichtigen Gütern oder

auch von Mannlehen zu bezahlen sind, nicht aber diejenigen von gewöhnlichen Bodenzinsen, wo nur ein zweiter Zins verfällt, als deren Loskauf in dem Preise des Bodenzins-Loskaufes begriffen, und bereits durch Unsere Verordnung vom 2ten July 1803. bestimmt ist.

§. 19. Jeder solcher Ehrschaz kann einzeln und für sich losgekauft werden, und der Loskauf zu jeder Zeit des Jahres geschehen.

§. 20. Die Auskauf-Summe beträgt den Werth eines ganzen und eines halben Ehrschazes, oder andert-halben Ehrschaz.

§. 21. Dieser Werth wird bey dem Loskauf selbst durch Schazung bestimmt. Von jeder Seite werden zwey Schäzer genommen, und sind diese in ihren Meinungen getheilt; so entscheidet der kleine Rath.

§. 22. Die herauskommende Summe muß der Pflichtige auf einmal und sogleich baar ausbezahlen, und bis es geschehen ist, bleibt der Berechtigte, jeder allfälligen Loskaufs-Erklärung ungeachtet, bey dem vollen Genuß seines Rechtes.

### T i t e l III.

Gefälle und Leistungen, welche nicht  
losgekauft werden können.

§. 23. Folgende Gefälle sollen für das Jahr 1804. und ferner, wie es vor No. 1798. geschehen, entrichtet werden; als:

1. Futter-Weid-Wald- und Stock-Haber.

§. 24. Diese Gefälle werden blos als Gegenleistung für irgend eine bestimmte Weid- oder Holz-Benutzung entrichtet.

entrichtet. Sie können daher nicht losgekauft, und auf keine andere Weise den Pflichtigen erlassen werden, als gegen eine förmliche Verzichtleistung auf die damit verbundene Gegennutzung.

§. 25. Eine solche Verzichtleistung kann aber nicht von einzelnen Pflichtigen angenommen werden, sondern sie muß Gemeindsweise geschehen.

§. 26. Sollten jedoch irgendwo Gefälle unter dem Namen von Futter - Weid - Wald - oder Stock - Haber erhoben werden, ohne daß eine Gegennutzung damit verbunden wäre, oder daß sie in die Classe der Primizen gehörten; so mögen dieselben, gleich den Grund - Zinsen überhaupt, losgekauft werden; jedoch sind und bleiben diejenigen dieser Gefälle, welche von bloßen gerichtsherrlichen Rechten herrühren, als unentgeltlich abgeschafft.

## 2. B r ü c k s o m m e r.

§. 27. Der Brücksommer ist eine bestimmte jährliche Abgabe, vermittelt welcher man sich von der Entrichtung irgend eines benachbarten Brücken - Zolles loskauft, und von daher einer gänzlichen Zoll - Freiheit genießt, und kann mithin keineswegs als eine Beschwerde, sondern er muß vielmehr als eine Begünstigung angesehen werden.

§. 28. Wegen dieser besondern Beschaffenheit des Brücksommers kann derselbe nicht losgekauft werden.

§. 29. Wenn die Pflichtigen dieser Leistung enthoben zu werden verlangen, so müssen sie sich bei dem betreffenden Zoll - Beamten erklären, daß sie künftighin, statt des Brücksommers, gleich allen und jeden Durchpassirenden, den Zoll nach der Zoll - Tafel bezahlen wollen.

§. 30. Eine solche Erklärung kann aber nicht von einzelnen Pflichtigen kommen; sondern sie muß Gemeindeweise geschehen. Sie muß auch im Laufe des vorhergehenden Jahres und zwar noch vor dem 1ten December eingegeben werden, damit der Bezug des Zolles gleich mit dem neuen Jahre seinen Anfang nehmen könne.

### 3. Acherum.

§. 31. Die Gefälle, welche unter der Benennung von Acherum erhoben werden, machen einen sehr schwachen Ersatz für die Benutzung des Acherums in gewissen bestimmten Waldungen aus.

§. 32. Diese Gefälle können daher nicht losgekauft, noch auf irgend eine andere Weise den Pflichtigen erlassen werden, als allein gegen eine förmliche Verzichtleistung auf die damit verbundene Gegennutzung.

§. 33. Eine solche Verzichtleistung kann aber nicht von einzelnen Personen angenommen werden, sondern sie muß Gemeindeweise geschehen.

§. 34. Unserm kleinen Rathe bleibt überlassen, da wo Acherum oder Holzzinsen von solchen Waldungen entrichtet werden, die der Zinsmann vor No. 1798. in seinem völligen Besiz, Administration und Benutzung gehabt hat, und noch hat, den Loskauf derselben nach der Verordnung des Loskaufs der Bodenzinsen vom 2ten July 1803. zuzugeben und zu gestatten.

### 4. Beholzungs-Rechte.

§. 35. Die Beholzungs-Rechte sind Berechtigungen, die auf gewissen Waldungen haften, und die bey deren Abtretung oder bey der, — einzelnen Gemeinden über-

lassenem Benutzung derselben als immerwährende Vorbehalte sind ausbedungen worden.

§. 36. Diese Bedinge müssen demnach so lange erfüllt und geleistet werden, als der Inhaber der Waldung noch ferner in dem Besitze oder dem Benutzungsrechte derselben verbleiben will.

§. 37. Nur mit der Verzichtleistung auf diese Rechte kann also die Beschwerde eines auf einer bestimmten Waldung haftenden Beholzungs-Rechtes zu Gunsten des Staats getilget werden; ein Loskauf derselben kann aber keineswegs statt haben.

#### 5. Auflagen auf Ehehaften.

§. 38. Die Auflagen, welche von Ehehaften bezogen werden, als von Radwerken, wie Mühlen, Schleiffen, Dehlen, Reiben, Stampfen, u. s. w. oder von Feueressen, von Gerbesäßen, von dem Wirthschafts-Rechte, dem Schaal-Rechte, Becker-Rechten, u. d. gl. haften weder auf dem Grund und Boden, noch liegen sie auf der Person des Pflichtigen, sondern sie sind eine Abgabe, welche für die obrigkeitlich bewilligte Ausübung irgend eines an einen gewissen Ort gebundenen Gewerbes entrichtet wird.

§. 39. Diese Auflagen sind eine Retribution an die Regierung, und müssen so lange geleistet werden, bis die für die Ausübung des Gewerbs erhaltene Bewilligung, auf Begehren des Inhabers einer solchen Ehehafte, ihm wieder abgenommen, oder aber sonst aus erheblichen Gründen von der Regierung zurückgenommen wird.

§. 40. Alle diese Arten von Auflagen können mithin keinem gänzlichen Loskauf unterworfen seyn.



§. 41. Es wird jedoch dem kleinen Rathe überlassen, in besondern Fällen, wenn nemlich diese Auflagen sehr beträchtlich, oder auch mit starken Bodenzinsen vereinigt sind, wie es bey Mühlezinzen nicht selten eintrifft, zu dem Loskaufe eines Theils derselben die obrigkeitliche Einwilligung zu ertheilen; da dann dieser Loskauf ganz auf dem Fuße geschehen muß, wie es in Betreff der Bodenzinse vorgeschrieben ist.

## T i t e l IV.

### Allgemeine Vorschriften.

§. 42. Wenn durch ungleiche Auslegung des eint- oder andern Artikels dieses Gesetzes, oder überhaupt in der Exekution desselben Anstände sich erheben sollten, so ist der Fall durch Vorstellung und Gegenvorstellung dem kleinen Rathe vorzutragen; der dann nach vorgegangener Untersuchung, darüber summarisch abspricht.

§. 43. Auch soll dem kleinen Rathe überlassen seyn, nach obigen Grundsätzen zu entscheiden, unter welche Klasse der Lebensgefälle solche Schuldigkeiten, die in diesem Gesetze nicht namentlich angeführt sind, gehören.

§. 44. Alle Vorschriften und Bestimmungen dieses Gesetzes, in soweit sie das Loszukaufende und das zu Entrichtende betreffen, beziehen sich sowohl auf die darin genannten Gerechtigkeiten der Gemeinheiten und Partikularen, als aber auf die des Staates.

§. 45. Alle vorherigen, gegenwärtiger Verordnung zuwiderlaufenden Gesetze und Verordnungen sind aufgehoben und abgeschafft.

§. 46. Gegenwärtiges Gesetz soll gedruckt, öffentlich bekannt gemacht, und an den gewohnten Orten angeschlagen werden.

Also beschlossen in Unserer großen Raths-Versammlung in Bern, den 18ten May 1804.

Der Amts-Schultheiß,  
N. v o n W a t t e n w y l.

Namens des großen Raths,  
der Staatschreiber,  
T h o r m a n n.

## D e k r e t

### über die Abzugs-Gerechtigkeit.

**W**ir Schultheiß, klein und große Rätthe des Cantons Bern, thun kund hiermit: Daß Wir in Betreff der Abzugs-Gerechtigkeit folgendes zu verordnen gutgefunden haben, und demnach

#### v e r o r d n e n :

§. 1. Der Abzug wird von allem Vermögen bezogen, das hiesigen Angehörigen zugehörte, und durch Aufgabe des hiesigen Land- und Bürgerrechts, oder durch Verheirathung oder Erbs- und Schenkungsweise an Landesfremde gelangt.

§. 2. Der Abzug wird zu zehn vom Hundert bezogen und zu Handen des Staats verrechnet.

§. 3. Alle Schweizer - Cantone sind der Verfassung zu Folge, in Betreff ihrer Angehörigen, gegen einander Abzugfrey.

§. 4. Es wird auch kein Abzug gegen die Angehörigen solcher Länder gefordert, mit welchen man dießorts in besondern Verträgen steht, oder wo die Regierung eine gegenseitige Abzugs - Freyheit einzuführen sich erklärt.

§. 5. Gegenwärtiges Gesetz soll gedruckt und an den gewohnten Orten angeschlagen werden.

Also beschlossen in Unserer großen Raths - Versammlung in Bern, den 18ten May 1804.

Der Amts - Schultheiß,  
N. v o n W a t t e n w y l.  
Namens des großen Raths,  
der Staatschreiber,  
T h o r m a n n.

## G e s e t z über den Bezug eines Hintersaß - und Einzug - Geldes.

**W**ir Schultheiß, klein und große Rätthe des Cantons Bern, thun kund hiermit: Daß Wir auf den Vortrag des kleinen Rathes in Bezug auf die Feststellung der Rechte und Obliegenheiten der Hintersäßen gegen diejenige Gemeinde, in welcher sie sich haushälterisch

niederlassen, so wie auch derjenigen, die in einer Gemeinde wo sie nicht verburgert sind, Grund-Eigenthum erwerben, festzusetzen gut befunden haben, was folgt; demnach Wir

v e r o r d n e n :

1) Jeder Cantons-Angehörige oder Schweizerbürger, der als Hintersäß in einer andern Gemeinde, als wo er verburgert ist, sich haushäblich niederlassen will, er mag daselbst ein Grund-Eigenthum erworben haben, oder bloß in einer Hausmiethe wohnen, ist gehalten, vor seinem Einzug, dem Stadt- oder Gemeinde-Rath, einen förmlichen Heimath-Schein für sich und die Seinigen zu hinterlegen; bey Strafe unterlassenden Falls, sogleich aus der Gemeinde fortgewiesen zu werden.

In Betreff der Niederlassung von Fremden, soll es bey Unserer darüber erschienenen Verordnung vom 5ten Christmonat 1803. sein Bewenden haben.

2) Demjenigen, der diesen Heimath-Schein hinterlegt hat, soll von dem Stadt- oder Gemeind-Rath eine Bescheinigung, die zugleich die Quittung für den empfangenen Heimath-Schein enthält, zugestellt werden.

3) Alle 10 Jahre sollen die Heimath-Scheine entweder erneuert, oder durch andere ersetzt werden.

4) Zu dem Ende sollen alle Jahre bey Ablage der Rechnungen über das Stadt- oder Gemeinds-Gut, ein vollständiges Verzeichniß dieser Hintersäßen, mit Anzeige des Datums ihrer Heimath-Scheine; so wie auch die Heimath-Scheine derjenigen vorgelegt werden, die im letzten Jahre in die Gemeinde gezogen sind.

5) Wenn ein Hintersäß in einer Gemeinde, während eines Zeitraums von 10 Jahren, geduldet würde, ohne

daß demselben die Einlage oder die Erneuerung seines Heimath-Scheins gefordert worden, und der Hintersäß kein anderweitiges Heimathrecht besitzen sollte; so soll derselbe im Fall von Verarmung, von der Gemeinde, wo er sich niedergelassen, verpflegt werden.

6) Wenn ein Hintersäß eine Gemeinde, in der er seinen Wohnsitz aufgeschlagen, verläßt; so soll ihm gegen Zurückstellung der ihm ertheilten Quittung, sein Heimath-Schein gleichfalls wieder herausgegeben werden.

7) Von der im Art. 1. vorgeschriebenen Einlage eines Heimath-Scheins sind befreit:

1. Die geistlichen und weltlichen Beamte, welche Kraft ihres Amtes in der Gemeinde wohnen müssen, während ihrer Amts-Zeit.
2. Die so im Militair-Dienst in einer Gemeinde sich aufhalten, und die Polizen-Diener, während ihrer Dienstzeit; endlich die Küher, in so fern sie sich nicht länger als acht Monate in einer Gemeinde aufhalten; doch sollen letztere gehalten seyn, den Gemeinds-Beamten, wenn es von ihnen verlangt wird, ihren Heimath-Schein vorzuweisen.

8) Jeder Stadt- oder Gemeind-Rath ist berechtigt, von denjenigen, die in seinem Bezirk sich haushäblich niederlassen, ohne in der Gemeinde ihr Heimathrecht zu haben, sie mögen Fremde, Schweizer oder Cantons-Angehörige seyn, unter dem Namen von Hintersäß-Geld alljährlich eine Gebühr zu beziehen.

9) Der kleine Rath wird den Betrag des von jeder Gemeinde zu beziehenden Hintersäßgelds bestimmen; er wird



aber dafür von jedem Stadt- oder Gemeind-Rath einen Bericht abfordern, der zur Einsicht der Hintersässen, in die Amtschreiberen des Orts gelegt werden soll, damit dieselben beliebigen Falls einen Gegenbericht dem Ober-Amtmann einreichen können, als wozu ihnen ein Termin von vier Wochen, von dem Tag an zu rechnen, wo die Einlage des Berichts öffentlich bekannt gemacht seyn wird, vergönnt ist.

10) Dieses Hintersässgeld soll nirgends höher als auf Fr. 10, und nicht tiefer als auf Bz. 7 Rp. 5 festgesetzt werden können.

11) Von Bezahlung des Hintersässgelds sind ausgenommen, die in dem Art. 7 benannten Personen; ferner, diejenigen, die in einer Stadt oder Gemeinde eine Schul-lehrer- oder Schulmeister-Stelle bekleiden; und endlich diejenigen, so Kraft des Art. 14. mit Vormundschaften von der Gemeinde beschwert sind, oder Gemeindsbeamtungen übernommen haben, während der Dauer dieser Beschwerden.

12) Das Hintersässgeld soll halbjährlich zum voraus bezahlt werden, und ist jeweilen auf 1sten Jenner und 1sten July, und in der Zwischenzeit vom Augenblick an, wo jemand sich in dem Gemeinds-Bezirk niederläßt, fällig. Die Gemeindsbehörden werden zu der Beziehung desselben einen oder mehrere Tage festsetzen, und solche bekannt machen lassen.

13) Welcher Hintersässgeldpflichtige zur bestimmten Zeit seine Gebühr nicht bezahlt, soll vor allem aus gewarnt werden, und Falls diese Warnung fruchtlos wäre, und er binnen 14 Tagen nicht bezahlen würde, mag der Stadt- oder Gemeind-Rath denselben durch Pfandbote,

gegen welche keine Art von Einwendung zugelassen werden soll, betreiben lassen, oder aber, wenn er nicht mit Grund-Eigenthum in der Gemeinde angesessen ist, denselben zu uneingestellter Fortweisung aus der Gemeinde dem Ober-Amtmann verleiden.

14) Ausser der Bezahlung des geordneten Hintersäßgelds, sollen die Hintersäßen unter keinerlei Vorwand, von den Gemeinden zu Bestreitung der ihnen auffallenden öffentlichen Ausgaben um ein mehreres angelegt werden können, als die Gemeindeglieder selbst; sie sind jedoch den nämlichen persönlichen Dienstleistungen unterworfen, wie letztere, und diejenigen Hintersäßen, so in dem Gemeindeglieds-Bezirk mit Grund-Eigenthum angesessen und in hiesigem Canton verbürgert sind, können zu Uebernehmung von Vormundschaften und Gemeindegliedsbeamtungen angehalten werden, so wie sie auch die auf die Güter verlegten Gemeindeglieds-Beschwerden, gleich den Güterbesitzenden Gemeindegliedern zu ertragen haben.

15) Neben den im Art. 1. und 13. angegebenen Fällen kann ein Hintersäß, der nicht mit einem Grund-Eigenthum in einer Gemeinde angesessen ist, aus der Gemeinde fortgewiesen werden.

1. Wenn er entweder selbst oder durch die Seinigen sich wiederholter Holzfreveln schuldig macht. —

Dem Kleinen Rath bleibt überlassen, zu Behinderung des Holzfrevels von Seiten der Hintersäßen, den Häuserbesitzern, die nach den Localitäten schicklich scheinenden Verpflichtungen aufzulegen.

2. Wenn er entweder selbst oder durch die Seinen, nach vorhergegangener Mahnung, der Gemeinde durch Betteln beschwerlich fällt.
3. Wenn er, ohne daß er erweislich darthun kann, daß er sonst für die Erziehung seiner Kinder Sorge, ungeachtet der an ihn ergangenen Aufforderung, dieselben nicht zur Schule schickt.
4. Wenn er, nach vorgegangener Zurechtweisung, durch Hang zum Trunk, unsittliche Aufführung oder ruhestörendes Betragen, seinen Nachbarn beschwerlich fällt; und endlich
5. Wenn er criminalisirt, oder wegen größerm oder geringerm Frevel mehrere male vor den Civil- und Polizen-Richter gefordert wird.

In diesen Fällen kann der Fehlbare auf die Anzeige des Gemeinds-Raths von dem Ober-Amtmann aus der Gemeinde fortgewiesen werden, im übrigen aber ist der Aufenthalt eines Hintersäßen in einer Gemeinde von dem Willen der Ortsbehörde unabhängig.

16) Jeder Stadt- und Gemeinde-Rath ist berechtigt, von denjenigen, so nicht Gemeindsbürger sind, von jedem Grundstück, das sie in der Gemeinde erwerben, unter dem Name: Einzug-Geld, eine Gebühr zu fordern. —

17) Von der Bezahlung des Einzug-Gelds sind jedoch befreit, diejenigen Hintersäßen, welche in einer Gemeinde Heimathrechtig sind, die zu dem nämlichen Kirchspiel gehören, so wie auch diejenigen, die als Erben in auf- oder absteigender Linie, oder durch eine Geldstags-Collocation, ein Grund-Eigenthum erwerben. In Betreff der-

jenigen Landschaften, deren verschiedene Gemeinden bis dahin, in Betreff des Einzug-Gelds, gegen einander frey waren, soll es bey der alten Uebung sein Verbleiben haben.

18) Das Einzug-Geld für Grund-Eigenthümer wird auf  $\frac{1}{4}$  von Hundert des Werths des Grund-Eigenthums bestimmt. In Fällen, wo der Werth des Grund-Eigenthums nicht durch den Erwerb-Titel bestimmt ist, mag eine unparthenische Schätzung veranstaltet werden.

19) Die Stadt- und Gemeind-Räthe sind ferner berechtigt, auch von denjenigen Hintersäßen, die kein Eigenthum in der Gemeind besitzen, bey ihrem Einzug in die Gemeinde, unter dem Name: Einzug-Geld, eine Gebühr zu fordern, die dem Betrag eines jährlichen Hintersäß-Gelds gleich seyn soll.

20) Der Ertrag der Einzuggelder soll als Armen-Gut an Zins gelegt, die Hintersäßgelder hingegen, entweder zur jährlichen Verpflegung der Armen, oder zur Unterhaltung der Kirchen und Schulen verwendet werden.

21) Alle Streitigkeiten, die in Betreff der Anwendung gegenwärtiger Verordnung, zwischen den Gemeind-Räthen und Hintersäßen sich ereignen könnten, sollen auf Vorstellung und Gegenvorstellung hin, summarisch von dem Ober-Urtheil bespröchet werden, unter Vorbehalt des Rekurses an den kleinen Rath.

22) Gegenwärtige Verordnung soll in Betreff der Erhebung der Einzug- und Hintersäß-Gelder vom 1sten July 1804 an, in Kraft seyn.

23) Durch dieselbe sind die Bestimmungen aller ältern Gesetze und Concessionen über diesen Gegenstand aufgehoben.

24) Gegenwärtige Verordnung soll gedruckt, öffentlich bekannt gemacht, und an den gewohnten Orten angeschlagen werden.

Geben in Unserer großen Raths-Versammlung,  
den 9ten, 11ten, 21sten und 23sten May 1804.

Der Amts-Schultheiß,  
R. v o n W a t t e n w y l.  
Namens des großen Raths,  
der Staatschreiber,  
T h o r m a n n.

### D e k r e t.

#### Heyrath mit katholischen Glaubensgenossen.

Wir Schultheiß, klein und große Rätthe des Cantons Bern, thun kund hiermit: Daß Wir den gegenwärtigen Verhältnissen und der bestehenden Verfassung angemessen gefunden haben, in der Vorschrift Unserer Ehegerichts-Satzung, betreffend die Heyrathen mit römisch-katholischen Glaubensgenossen, eine Abänderung zu treffen, ohne jedoch dem Schutze, welchen Wir Unserer theuren Landes-Religion schuldig sind, etwas zu vergeben, demnach Wir

#### v e r o r d n e n :

1. Daß in der Ehegerichts-Satzung §. 9. Seite 19 enthaltene Verbot der Ehen mit römisch-katholischen Weibspersonen ist anmit aufgehoben.



2. Die aus den Ehen hiesiger Cantons-Burger mit römisch-katholischen Weibspersonen erzeugten Kinder sollen in Unserer Landes-Religion erzogen und unterrichtet werden.

Gegenwärtiges Gesetz soll gedruckt und öffentlich bekannt gemacht werden.

Geben in Unserer großen Raths-Versammlung, den 23. May 1804.

Der Amts-Schultheiß,  
N. v o n W a t t e n w y l.  
Namens des großen Raths,  
der Staatschreiber,  
E h o r m a n n.

## G e s e t z über die Jagd.

**W**ir Schultheiß, klein und große Rätthe des Cantons Bern, thun kund hiermit: Daß Wir auf den Vortrag Unsers kleinen Raths, in Folge der Uns zukommenden Jagd-Gerechtigkeit, in Betreff des Rechts und der Befugniß Jagen zu dürfen, beschlossen, und verordnet haben, was hienach folget; demnach Wir

v e r o r d n e n :

§. 1. Die Beschützung und Nuzung der Jagd-gerechtigkeit zu Handen des Staats, ist dem kleinen Rath

übertragen, welcher über die Vollziehung und Handhabung gegenwärtiger Verordnung ausschließlich zu wachen hat.

§. 2. Alle Jagdfrevel, von welchen die Buße die Summe der Liv. 50 nicht übersteigt, werden von Unsern Oberamtleuten, als absoluten Polizeyrichtern, endlich gefertigt.

§. 3. Diejenigen Jagdfrevel aber, welche diese Competenz übersteigen, können vor unsern kleinen Rath gezogen werden, welcher dann als letztinstanzlicher Richter darüber entscheidet.

§. 4. Alles Gewildlauern, alles Garnstellen für kleine Vögel: Finken, Lerchen, Krametsvögel (Reckholdervögel) alles Letschen und Fallenlegen oder Gewehr richten, ist, jedoch unter Vorbehalt der hienach in dem §. 6. 7. und 8. bestimmten Ausnahmen, jedermann und zu allen Zeiten bestimmt untersagt, das Jagen aber nur denjenigen Personen erlaubt, welche ein eigenes Jagdpatent erhalten haben, und zwar bey Strafe nachfolgender Bußen, als:

- a. Für alles Jagen mit oder ohne Hund, Liv. 30 und Confiskation des Jagdgeräths.
- b. Für das Lauern auf Gewild bey nächtlicher Weile, ebenfalls Liv. 30 und Confiskation der Flinte.
- c. Für das Garnstellen für kleine Vögel, wie Finken, Lerchen, Krametsvögel (Reckholdervögel) für das Letschen und Fallen legen, gleichfalls Liv. 30 und Confiskation aller ausgestellten Jagdgeräthe.

d. Für das Gewehr richten, Liv. 100 und noch größere Strafe, nebst Vergütung des Schadens, wenn dadurch Menschen oder Vieh verunglückt würden.

§. 5. Eben so ist verboten, das Ausnehmen von Haasen, Vögeln und Eiern, bey Liv. 10 Buß von jedem Haas, wie auch von jeder Brut und von jedem Nest. Davon sind jedoch ausgenommen alle Raubvögel, ferner Raben, Krähen, Aegersten und Dohlen, wie auch wilde Tauben, Rinderstaaren und Späzen.

§. 6. Auch mögen alle reißenden und schädlichen Thiere, als: Bären, Wölfe, Füchse, wilde Schweine zu allen Zeiten, und an allen Orten gefangen und gefällt werden. Doch, wenn der reißenden Thiere wegen, allgemeine Jagden vorzunehmen nöthig wären, soll dafür die Bewilligung der betreffenden Oberamtleute angebehrt werden.

§. 7. Jedermann ist erlaubt, vom 1sten Herbstmonat bis den 1sten Christmonat für die Vögel Letschen zu stellen. Vom 1sten Christmonat an aber sollen sie hinweggenommen werden, bey Strafe der im §. 4. ausgesetzten Busse, von jedem Letsch, so hernach ausgesteckt gefunden würde. Krametsvögel (Reckholdervögel) mögen den ganzen Winter hindurch bis den 1sten Merz mit Garnen gefangen werden.

§. 8. Von den im §. 4. vermeldten Jagdpatenten oder Erlaubnißscheinen zum Jagen sind frey, und dürfen in der offenen Zeit und den erlaubten Bezirken mit oder ohne Hund jagen, Unsere Oberamtleute, jeder in seinem Amtsbezirk für sich und sein Haus, mit einem der Jagd-Commission anzuzeigenden Haus- oder Amtsjäger.

§. 9.

§. 9. Alle übrigen Cantons-Einwohner, welche auf ein Jahr lang in der offenen Zeit mit einer größern oder kleinern Jagdbefugniß belehnt zu seyn wünschen, sind gehalten, alljährlich bey der von unserm kleinen Rath zu bestellenden Behörde Jagdpatente einzulösen, und zwar um folgende Preise:

- a. Für das Jagen in der offenen Zeit, mit oder ohne Hunde, die Frühlings-Schnepfenjagd mit inbegriffen, Liv. 16.
- b. Wenn jemand einen Knecht dazu gebraucht, so zahlt er Liv. 8. mehr, also Liv. 24.
- c. Für die Frühlings-Schnepfenjagd allein, Liv. 8.
- d. Für ebendieselbe, mit einem Knecht, Liv. 12.
- e. Endlich für das Virsen und Bogelschiessen allein, jedoch nur für Knaben unter 16 Jahren, Liv. 4.
- f. Für alles Garnstellen für Finken, Lerchen, Kra-  
metsvögel, Liv. 8.

§. 10. Jeder im Canton Angeseffene kann ein Patent erlangen, ausgenommen Bergeldstage, vom Almosen Lebende und Knechte, welche letztere nicht ohne ihre Herren auf die Jagd gehen dürfen, bey Liv. 40 Buße, und Confiskation der Jagdgeräthe. Unter Knechten werden nicht nur diejenigen begriffen, welche an eines Herrn Muß und Brod leben, sondern auch solche, die von der Polizen als Bediente eingeschrieben, und in dieser Rücksicht von verschiedenen Beschwerden frey sind.

§. 11. In Betreff der Jagdpatente werden ferner noch folgende Erläuterungen und Bedingnisse gesetzlich vorgeschrieben, als:

I.

B h

- a. Diese Patente sollen alljährlich vor der offenen Zeit durch die Oberamtleute bey der von dem kleinen Rath bestellten Behörde anbegehrt, und der Betrag davon demselben eingehändigt werden.
- b. Den Partikularen sollen sie nicht anders als gegen baare Bezahlung ertheilt werden.
- c. Sie sollen nur für diejenige Person und Zeit, auf welche sie gestellt sind, gelten.
- d. Jeder patentirte Jäger ist verbunden, sein Patent den bestellten Aufsehern auf Begehren vorzuweisen, bey Liv. 40 Buß und Confiskation des Jagdgeräths.
- e. Sowohl zur Controлле als zu Jedermanns Kenntniß wird alljährlich die Liste der patentirten Jäger gedruckt, und denselben, wie auch allen Autoritäten, und Aufsehern ausgetheilt werden.

§. 12. Wenn ein patentirter Jäger einen Fremden, welcher nicht im Canton angesessen ist, mit sich auf die Jagd führen will, so mag er sich bey dem Ober-Amtmann des Bezirks um die Erlaubniß dazu bewerben, welchem solche zu ertheilen überlassen ist.

§. 13. Einem jeden Grund-Eigenthümer soll erlaubt seyn, innert den Grenzen seiner eingefriedeten Güter alles Gewild zu erlegen, durch welches ihm Schaden zugefügt wird.

§. 14. Die Jagdzeit soll offen seyn, mit ausdrücklicher Ausnahme jedoch aller Sonn- und Feiertage:

- a. Für das Birsen oder Bogelschiessen vom 20sten Heumonath bis 31sten Christmonath.



- b. Für das Jagen mit Hunden vom 2ten Montag im Herbstmonat bis 31sten Christmonat.
- c. Für die Frühlings-Schnepfenjagd vom 10ten März bis 15ten April.
- d. Für die Moos-Jagd vom 1sten Augustmonat bis den 31sten Christmonat.

Woben es sich aber versteht, daß weder in Fruchtfeldern noch Pflanzplätzen soll gejagt werden. Das ganze übrige Jahr ist die Jagd mit Vorbehalt der im §. 7. gemachten Ausnahme für jedermann verschlossen, und zwar bey Strafe der Confiskation aller Jagdinstrumente und einer Busse von Liv. 100, wenn man auf Hochgewild, und Liv. 30, wenn man auf klein Gewild jagen würde, welche Busse noch für jedes erlegte Stück Hochgewild mit Liv. 40, und für jedes kleine Stück mit Liv. 10 vermehrt werden soll. Diese Busse von Liv. 40 per Stück Hochgewild und Liv. 10 per Stück klein Gewild liegt auch auf denen, welche in der Frühlingszeit anderes Gewild als Schnepfen schießen.

§. 15. Nicht nur in der beschlossenen, sondern auch in der offenen Zeit ist alles Jagen und Bogelschießen, auf was Weise es immer seyn mag, an allen Sonn- und Feiertagen gänzlich verboten, und soll die nach Beschaffenheit des Falls, in Folge des §. 4. oder §. 14. zu diffirende Strafe für das Jagen und Bogelschießen an Sonn- und Feiertagen, jeweilen noch mit einer außerordentlichen Busse von Liv. 40 vermehrt werden.

§. 16. Das Bogelschießen in den Dörfern ist gänzlich verboten, und ausser dem Eigenthümer, darf nie-

mand von einem Haus- oder Scheuerdach Vögel herunter schießen, bey Liv. 5 Busse von jedem Schuß und Vergütung alles Schadens, welcher durch dergleichen Unvorsichtigkeiten geschehen mag.

§. 17. Während der beschlossenen Zeit ist alles Handeln mit Gewild und Vertragen desselben verboten, unter Confiskation des Gewilds und Liv. 40 Busse. Dem Verkäufer aber ist überlassen, sich an den Jäger zu halten, welcher ihm das Gewild zum Verkaufen übertragen hat.

§. 18. Zu Fristung und Anpflanzung des Gewilds ist dem kleinen Rath vorbehalten, einen oder mehr Bezirke, auf ein oder mehrere Jahre, in Bann und Verbot zu legen, dergestalten, daß während dieser Zeit niemand vergönnt seyn darf, innerhalb derselben Bezirke zu jagen oder dem Gewild nachzustellen; in dem Verstand jedoch: daß dem in einem Bann-Bezirk wohnenden Grundeigenthümer unbenommen bleibt, das in dem §. 13. ihm zugestandene Recht auch in diesem Falle zu gebrauchen.

§. 19. Alle solche in Bann gelegte Bezirke sollen umständlich beschrieben und öffentlich bekannt gemacht werden.

§. 20. Wer in einem solchen Bann-Bezirk mit einer Flinte angetroffen wird, bezahlt Liv. 40, wenn es in der offenen, und Liv. 80, wenn es in der beschlossenen Zeit geschieht.

§. 21. Unter dem Bann und Verbot sollen zu allen Zeiten und für Jedermann sich befinden: die Hirschen, Rehe und Gemse, als welche zu jagen und zu erlegen bey Strafe einer Busse von Liv. 100 per Stück, anmit Jedermann verboten seyn soll; es sey denn, daß der kleine

Rath oder die von ihm bestellte Behörde für diese Jagd besondere Erlaubnißscheine auf beschränkte Zeiträume und für eine bestimmte Zahl von Thieren ertheile, wofür dann eine jedesmal zu bestimmende Summe zu bezahlen seyn wird, welche aber niemals unter Liv. 16 seyn darf. Den Oberamtleuten in Berggegenden ist zugegeben, das Jagen von Gemsen zu bewilligen.

§. 22. Zu pünktlicher Vollziehung dieser Verordnung wird der kleine Rath die erforderlichen Jagdaufseher bestellen, dieselben durch ein Zeichen den Jägern kenntlich machen, und sie in jedem Amtsbezirke durch die Oberamtleute besonders beeidigen lassen, da dann ihren amtlichen Aussagen vor dem competierlichen Richter voller Glaube hengemessen werden soll.

§. 23. Alle fallenden Bussen sollen in zwei Theile getheilt, der eine dem Verleider ausbezahlt, der andere aber zu Handen der Regierung bezogen und verrechnet werden, in unvermögenden Fällen wird für Liv. 10 Busse 24 Stunden Gefangenschaft auferlegt.

§. 24. Zu Aeußnung der Jagd und Hegung des Gewildes ist der kleine Rath auch begewältiget, nicht nur, wie von Alters her, für die Erlegung schädlicher Thiere Schußgelder von 4 bis 40 Liv. zu ertheilen, sondern auch Füchse, Dachsen, Marder und dergleichen, in der beschlossenen Zeit durch beeidigte Aufseher schießen oder fangen zu lassen.

§. 25. Diese Verordnung, durch welche nun alle vorhergehenden Jagd-Verordnungen aufgehoben sind, soll gedruckt und öffentlich bekannt gemacht werden.

Geben in Unserer großen Raths - Versammlung,  
den 16. 23. und 25. May 1804.

Der Amts-Schultheiß,  
A. v o n W a t t e n w y l.

Namens des großen Raths,  
der Staatschreiber,  
T h o r m a n n.

## G e s e z über die Organisation der Miliz.

Wir Schultheiß, klein und große Rätthe  
des Cantons Bern, thun kund hiermit: Daß Wir  
nach angehörtem Vortrag des kleinen Raths, in Betreff  
der Militair-Organisation des Cantons, bestimmt und fest-  
gesetzt haben, was hienach folget, demnach denn

v e r o r d n e n:

§. 1. Der Canton Bern ist in 11 Militair-Depar-  
temente eingetheilt, nämlich:

1. Bern, die Stadt und Stadt-Bezirk.
2. Konolfingen.
3. Zollikofen mit Büren.
4. Sternenberg.
5. Gestrigen mit Schwarzenburg.
6. Oberland.



7. Thun mit Frutigen.
8. Simmenthal mit Sanen.
9. Emmenthal.
10. Burgdorf.
11. Wangen mit Langenthal.

§. 2. Jedes Departement ist in so viel Stammquartiere getheilt als Kirchspiele darinnen sind. Die großen Kirchspiele können in mehrere Trüllen abgetheilt werden.

§. 3. Der kleine Rath ist beauftragt, diese Eintheilungen zweckmäßig zu veranstalten.

§. 4. Jedes Departement steht in militairischer Rücksicht unter einem Departements-Commandant, der die Militair-Organisation und Verwaltung desselben leitet. Unter diesen steht für jede Trüll ein oder mehrere Trüllmeister. Aus der Zahl dieser Trüllmeister werden, wo möglich, die nöthigen unmittelbaren Gehülfen der Departements-Commandanten mit einem höhern Rang als den der übrigen Trüllmeister erwählt. Der kleine Rath verfügt über die Wahlart dieser Behörden.

§. 5. Jeder schweizerische Cantons-Einwohner vom zurückgelegten 16ten Jahr bis zum angetretenen 50sten seines Alters, soll auf die Mannschftsliste seines Stammquartiers eingeschrieben werden, mit Ausnahme derjenigen Personen, die durch ein eigenes Gesetz vom Militair-Dienst zu dispensiren seyn werden.

§. 6. Die eingeschriebene Mannschaft wird in zwei Hauptklassen eingetheilt.

Die erste Classe begreift die Mannschaft vom angetretenen 18ten bis zum zurückgelegten 30sten Jahr Alters.



Die zweite Classe enthält diejenige vom zurückgelegten 16ten bis zurückgelegten 17ten Jahr und vom zurückgelegten 30sten bis zum zurückgelegten 49sten Jahr Alters.

Diese Classirung gilt aber nicht für die Ober-Offiziers, welche ohne Unterschied aus der Mannschaft vom zurückgelegten 16ten bis zum angetretenen 40sten Jahr erhoben und angestellt werden können.

§. 7. Es soll zu Vertheidigung des Vaterlandes ein Corps Auszügler organisirt werden: Bestehend aus Artillerie, Infanterie und Scharfschützen, dessen Zahl mit Inbegriff der Offiziers 5500 Mann nicht übersteigen darf.

Die Mannschaft der zweiten Classe denn, wird in Stamm- und Reserve-Compagnien abgetheilt, die aber keinen Dienst thun, als in ausserordentlichen Umständen und für allfällige örtliche Polizeiwachen.

§. 8. Diese Anzahl von Auszügern soll auf die Stammquartiere nach dem Verhältniß ihrer Mannschafts-Liste, verhältnißmäßig vertheilt werden; jedoch sollen sämtliche Ober-Offiziers ohne alle Rücksicht, auf allen Stammquartieren vorerst erhoben und bei Lieferung der Contingente, keineswegs in Rechnung der zu stellenden Auszügler kommen.

§. 9. Die Auszügler jeden Stammquartiers werden an einer jährlichen Ergänzungs-Musterung erhoben. Der Departements-Commandant sündert die Schwachen, Kränklichen, zum Dienst Untauglichen ab. Sodann müssen die übrigbleibenden unverheiratheten Männer der ersten Classe unter sich loosen. Doch können tüchtige Freywillige aus allen Classen vom Departements-Commandant angenommen werden, welche für das Stammquartier zählen, aus

dem sie sind, die sich aber den nämlichen Vorschriften unterwerfen müssen, wie die, welche das Loos bezeichnet hat.

§. 10. Von 2 oder 3 Brüdern kann nicht mehr als einer, und von 4, 5 bis 6 Brüdern nicht mehr als 2, durch das Loos erhoben werden.

§. 11. Wenn in einem Stammquartier nicht genug unverheirathete Männer der ersten Classe sind, das Contingent desselben zu stellen; so soll der Departements-Commandant die Mangelnden nicht aus den Verheiratheten dieser Classe ersetzen, sondern aus den Unverheiratheten der zweiten Classe durch das Loos, wie im §. 9. und 10. verordnet ist.

§. 12. Der kleine Rath wird die Dienstzeit der Auszügler festsetzen, doch kann dieselbe nicht weniger als 6 und nicht mehr als 9 Jahre dauern. Nach dieser Zeit kann man in die Reserve zurücktreten, unter welcher die Auszügler eine besondere Classe von Veteranen bilden, die die Regierung in Zeiten dringender Gefahr unter das Gewehr rufen kann. Wenn ein Auszügler 6 bis 9 Jahre als solcher gedient hat, und nun in die Veteranen eintritt, so bleibt ihm beim nachherigen gänzlichen Austritt die Kleidung und Armatur eigenthümlich, die ihm der Staat gegeben hat; damit sie aber für's erste Mal nicht alle zugleich erneuert werden, so werden die gesammten Auszügler zu seiner Zeit durchs Loos in drey gleiche Theile getheilt, und zu drey verschiedenen Terminen, die von dem kleinen Rath zu bestimmen seyn werden, zu erneuern seyn.

Die Dienstzeit der Offiziers der Auszügler-Compagnien ist bis zum Antritt des 40sten Jahrs festgesetzt, sie mögen verheirathet seyn oder nicht, wo sie als Offizier in die

Veteranen übertreten. Die Dienstzeit der Staats-Offiziers ist auf das 50ste Jahr festgesetzt, nachher können sie ihre Entlassung fordern und sind Dienstfren.

§. 13. Die Dienstpflicht unter den Auszögern kann losgekauft werden und zwar nur bey Ziehung des Looses mittelst Stellung eines tüchtigen Mannes aus der Reserve und Bezahlung von 200 Schweizer-Franken in die Militair-Casse des Departements.

Wer sich einmal losgekauft hat, tritt in die Reserve und kann nicht mehr zum Dienst angehalten werden, als wenn die Reserve aufgeboten werden sollte.

Wer das Brévet eines Ober-Offiziers nicht annimmt, trittet, wenn es sein Alter mitgiebt, in die Zahl der Auszöger, und bezahlt noch Liv. 200 in die Militair-Casse seines Departements.

§. 14. Wer sich verehlicht während er als Gemeiner oder Unteroffizier unter den Auszögern steht, der kann sechs Monat nach vollzogener Copulation in die Reserve zurücktreten, wenn er seine Armatur abgiebt und für die Kleidung 30 Schweizer-Franken in die Militair-Casse des Departements bezahlt.

Wer durch den Verlust seiner bürgerlichen Rechte, durch Verlassung des Cantons oder durch Todesfall vor Beendigung seiner Dienstzeit aus den Auszögern kommt, desselben Montur und Armatur, die er von dem Staat empfangen hat, soll der Militair-Casse seines Departements zurückgestellt werden. Ist dieselbe ganz oder zum Theil nicht mehr vorhanden, so hat die Militair-Casse das Recht für das Mangelnde, eine Entschädigung in Geld nach dem festzusetzenden Tarif zu fordern. Diese Ansprachen

sollen den gleichen Rang wie die Bussen haben. Die Väter sind verantwortlich für ihre Söhne, und die Vögte für ihre Pupillen, in so fern sie eigenes Vermögen zur Bezahlung haben.

§. 15. Die Auszügler sollen als eine auserlesene Miliz auf den bestmöglichen Fuß gesetzt und in dem Dienst unterrichtet, wie auch nach und nach auf Unkosten der Kriegs-Casse bewaffnet und bekleidet werden.

§. 16. Die Formation der Compagnien und Bataillone, so wie die Bewaffnung und das Exerzier-Reglement soll auf dem Fuß angenommen werden, welchen die Tagsatzung für die gemeinschweizerische Armee einführen wird.

§. 17. Es ist dem kleinen Rath aufgetragen, die Kleidung der bernerischen Miliz zu bestimmen.

§. 18. Der kleine Rath wird die Trüll- und andere Musterungen zweckmäßig einrichten.

§. 19. Jeder Trüllpflichtige Auszügler, der sich ohne ehebaste Gründe oder ohne Erlaubniß des Trüllmeisters einer Trüllmusterung entzieht, soll für das erste Mal 1 Franken, für das zweite Mal 2 Franken, für das dritte Mal 4 Franken, und nachher jedes Mal im gleichen Jahr 2 Franken mehr, Busse zahlen, unvermögenden Falls, muß er jeweilen eine Franke mit 24 Stunden Gefangenschaft abdieneu.

Der Trüllmeister bezieht von der Geldbusse einen Drittheil, und muß zwei Drittheile der Militair-Casse des Departements verrechnen.



§. 20. Die Kriegszucht der bernerischen Truppen, wenn sie bey einer gemein-bundsgenössischen Armee, oder unter dem Central-Commando stehen, soll nach den Vorschriften gehandhabt werden, welche die Tagsatzung darüber festsetzen wird.

Für den besondern Dienst im Canton, wird der kleine Rath die nöthigen Vorschriften für die Mannszucht und Kriegsvergehen entwerfen und dem großen Rath zur Genehmigung vorlegen.

§. 21. Die bernerische Miliz bezieht in eidgenössischem Dienst den Sold und Rationen, welche der Besoldungs-Etat mitgiebt, den die Tagsatzung für eine bundesgenössische Armee annehmen wird. Den Sold und die Rationen im besondern Dienst des Cantons wird der kleine Rath bestimmen, dabey aber in keinem Falle den eidgenössischen Besoldungs-Fuß überschreiten.

Die Besoldungen der Departements-Militair-Behörden, als die Departements-Commandanten und die Trüllmeister, sind dem kleinen Rath festzusetzen überlassen.

§. 22. Der kleine Rath ist beauftragt, das Militair-Fuhrwesen für den ordentlichen und ausserordentlichen Dienst gehörig zu organisieren, und so bald möglich, einen Gesetzes-Vorschlag zu endlicher Festsetzung dieser Organisation und Bestimmung der Fuhrpflicht, dem großen Rath vorzutragen.

§. 23. Die ehemaligen Reisgelder sollen den Gemeinden auf immer und unwiderruflich überlassen bleiben. Dagegen soll in jedem Departement eine Militair-Casse errichtet werden; aus dieser werden die Auszügler gekleidet, bewaffnet, die Departements-Militair-Behörden,



Lambouren 2c. bezahlt, und überhaupt die Unkosten der Organisation und Instruktion der Miliz bestritten.

§. 24. In diese Militair-Cassa sollen alle hievor bemeldten Bussen und Loskaufgelder fallen. Ferners soll jedes Quartier alljährlich für jeden Mann, den es zu den Auszögern stellen muß, bis auf weitere Verordnung, acht Schweizer-Franken in dieselbe entrichten.

§. 25. Jede Gemeinde kann dieses Auszügler-Geld von ihren Gemeindsangehörigen und denjenigen, die in ihrer Gemeinde wohnen oder Güter besitzen, auf dem für andere allgemeine Anlagen üblichen Fuß beziehen. Doch soll niemand dazu beitragen müssen, der selbst unter den Auszögern dienet.

§. 26. Die §§. 24. und 25. sind nur auf eine Probezeit von zwey Jahren festgesetzt, nach welcher dem großen Rath der Rapport, in wie fern diese Bestimmungen dem Zweck entsprechen, erstattet, und ein Vorschlag zu derselben Bestätigung oder Abänderung vorgetragen werden soll.

§. 27. Der Staats-Rath zieht eine General-Rechnung aller Departements-Militair-Cassen zusammen, die dem kleinen Rath, und von diesem, dem großen Rath alljährlich zur Passation vorgelegt werden muß.

§. 28. Die Anweisungen auf die Departements-Seckelmeister, durch welche die Regierung, die für die Besorgung der Angelegenheiten der Miliz nöthigen Summen beziehen kann, müssen von dem Präsident des Staats-Raths unterzeichnet seyn.

§. 29. Ein besonderes Gesetz wird über die zweckmäßige Einrichtung eines Cavallerie-Corps und über die

nöthigen Aenderungen der vormaligen Pflicht zum Dragoner-Dienst verfügen.

§. 30. Gegenwärtiges Gesetz soll gedruckt und den Oberamtleuten zu Händen der Gemeinds-Vorgesetzten mitgetheilt werden.

Gegeben in Unserer großen Raths-Versammlung  
in Bern, den 26. May 1804.

Der Amts-Schultheiß,  
R. v o n W a t t e n w y l.  
Namens des großen Raths,  
der Staatschreiber,  
T h o r m a n n.

---

### Polizei-Verordnung über die Pässe.

---

**W**ir Schultheiß und Rath des Cantons Bern,  
thun kund hiemit: Daß Wir zu Einführung einer zweck-  
mäßigen Aufsicht über die Reisenden und Ertheilung der  
Pässe, für nöthig erachtet haben, nachfolgende Vorschrif-  
ten zu bestimmen und zu jedermanns Kenntniß öffentlich  
bekannt zu machen, demnach Wir

v e r o r d n e n :

1.) Alle Angehörigen oder Einwohner des hiesigen Can-  
tons, welche in das Ausland reisen wollen, sind gehalten,  
sich zu dem Ende mit Pässen zu versehen.

2) Die Pässe werden durch die betreffenden Amtschreibereyen ausgefertigt, von Unsern Oberamtleuten unterschrieben und besiegelt und von Unserer Staats-Canzley legalisirt.

Wenn der Paß auf fremde Staaten ausgestellt ist, die einen bevollmächtigten Minister in der Schweiz haben, so werden sich die Reisenden bey demselben um das nöthige Visa melden.

3) Alle in hiesigem Canton zu ertheilenden Pässe müssen gedruckt, mit Numero, Namen des Amtsbezirks und dem Stempel versehen seyn.

4) In der Stadt Bern werden die Pässe durch die Polizen-Behörde unter dem Siegel Unsers Amts-Statthalters daselbst ausgefertigt, nach der über die Stadt-Polizen überhaupt am 8ten Februar dieses Jahrs erlassenen Verordnung.

5) Keinem Angehörigen oder Einwohner des hiesigen Cantons, der nicht der Behörde, die den Paß ertheilt, persönlich bekannt ist, soll ein Paß ertheilt werden, er habe denn vorgelegte Schriften oder glaubwürdige Zeugen der Identität oder daß er wirklich derjenige sey, für den er sich ausbebe, beweisen, und auch dargethan, daß ihm ohne Bedenken ein Paß ertheilt werden könne.

6) Jeder zu ertheilende Paß soll den Namen und Geschlechts-Namen der Person, das Alter, und die außere Beschreibung derselben, ihre Heimath, ihren Beruf und gewöhnlichen Aufenthalts-Ort, enthalten; es soll darinn ferner der Ort wohin die Reise gerichtet, so wie der Zeitraum, während welchem der Paß gültig ist, und zwar letzterer nicht in Zahlen, sondern mit Buchstaben ganz ausgesetzt, angegeben werden.

7) Auch soll jeder Paß bey der Ausfertigung von dem Reisenden eigenhändig unterschrieben, oder wenn derselbe nicht schreiben kann, die daherige Erklärung beygesetzt werden.

8) Kein Paß darf auf mehr als eine Person ausgestellt werden; Weibspersonen, Kinder und Bediente, die sich im Gefolge eines Reisenden befinden, ausgenommen, die jedoch gleichfalls in dem zu ertheilenden Passe angemerkt werden sollen.

9) Es sollen auch mit Pässen versehen seyn, alle Ausländer, welche wegen ihrer Geschäfte im Canton herumreisen, oder auch bloß durch denselben passiren, um sich anders wohin zu begeben.

10) Fremden, welche mit guten Pässen versehen ankommen, sollen keine neue Pässe gegeben, sondern ihre mit sich führenden Pässe lediglich an dem Grenzorte ihres Eintritts durch den Ober-Amtsmann oder damit beauftragten Beamten, und in der Hauptstadt durch die Stadt-Polizy-Behörde visirt werden.

11) Falls Fremde wegen der Sprache oder aus andern Ursachen, die Umwechslung ihrer mit sich führenden Pässe gegen neue begehren würden, so mag ihnen solches gestattet werden, jedoch sollen jeweilen bey Ausstellung des neuen Passes in demselben die ältern Pässe angezogen werden.

12) Fremden, welche ohne Pässe, als Deserteurs oder nur mit schlechten Pässen versehen, in dem Canton herumreisen, sollen ihre Pässe, wenn sie welche haben, abgenommen und innbehalten, und bloße Laufpässe ertheilt werden, worinn eine Marschrouten, und die Zeit, innerhalb welcher sie auf der Grenze anlangen sollen, bestimmt werden, mit angehängter Bedrohung von Strafe, wenn sie von der angewiesenen



wiesenen Marschroute abweichen, oder sich über die bestimmte Zeit hinaus in dem Canton aufhalten würden.

13) Sollten sich bey solchen Fremden verdächtige Umstände erzeugen, so sollen sie dem betreffenden Ober-Amtmann zugeführt, daselbst ihre Papiere untersucht, und nach Befinden höhern Orts die Anzeige gemacht werden.

14) Allen Polizy-Beamten ist verboten, Laufpässe für die von ihren Marschrouten Abweichenden zu visiren. Sollten allenfalls Nothfälle solche Abweichungen erfordern, so sollen die Visa allein von den Herren Ober-Amtleuten gemacht werden.

15) Alle Ober-Amtleute werden monatlich ein Verzeichniß der von ihnen ausgestellten Pässe der Staats-Canzleyen einsenden, welche darüber, so wie über diejenigen, die von ihr selbst legalisirt werden, eine genaue Controlle führen soll.

16) Die Gebühr für die Pässe ist folgendermassen bestimmt:

1. Für die großen Pässe, Schreibtage, Bz. 4.

Siegel, . . — 3.

Stempel, . — 3.

---

Bz. 10.

2. Für die Laufpässe, Art. 12., für diejenigen, welche bezahlen können:

Schreibtage, Bz. 2.

Siegel, . . — 1.

Stempel, . — 1.

---

Bz. 4.



17) Die genaue Befolgung aller hievor enthaltenen Vorschriften ist Unsern Ober-Amtleuten und Polizistenbeamten, (so wie allen Gastwirthen und solchen, die im Falle sind, Fremde zu beherbergen) auf das nachdrücklichste und unter ihrer eigenen Verantwortung anbefohlen.

18) Gegenwärtige Verordnung soll gedruckt, von den Kanzeln angezeigt, und an den gewohnten Orten zu jedermanns Verhalt angeschlagen werden.

Bern, den 11. Juny 1804.

Der zweene Schultheiß,  
v o n M ü l l e n.  
Namens des Raths,  
der Staatschreiber,  
Thormann.

## D e f r e t.

Anzeige der durch die freye Wahl zu  
besetzenden Pfarrenen.

Der kleine Rath des Cantons Bern,  
nach Anhörung Seines Kirchen- und Schul-Raths und  
in näherer Bestimmung des §. 9. des Gesetzes vom 7ten  
May lezthin, welcher vorschreibt: daß mit Ausnahme  
der Collatur-Pfründen ein Drittel der übrigen Pfarrstel-  
len des Cantons von dem kleinen Rath nach der freyen  
Wahl vergeben werden sollen,

b e s c h l i e ß t:

1) Folgende 51 Pfarrstellen, welche diesen dritten Theil ausmachen, sollen bey ihrer Verledigung von nun an, nach der freyen Wahl vergeben werden, als:

### **C l a s s e B e r n.**

Stellen.

In der Stadt:

Die drey Pfarr- und drey Helferstellen im Münster, und die beyden Pfarrstellen zum heil. Geist, und auf der Nydeck.

Auf dem Land:

Die Pfarrstellen: Muri, Kirchdorf, Guggisberg, Laupen, Frauentappelen, Bolligen, Thur-  
nen, Köniz, Belp, Gerzensee, Höchstetten, Wich-  
trach und Münsingen; zusammen

21

### **C l a s s e T h u n.**

Die Pfarrstellen: Thun, zwey Stellen, Steffis-  
burg, Hilterfingen, Wimmis, Zweisimmen, Sa-  
nen, Frutigen, Gsteig bey Lauterbrunnen und  
Meyringen; zusammen

10

### **C l a s s e B u r g d o r f.**

Die Pfarrstellen: Burgdorf, Utenstorf, Kirch-  
berg, Langnau, Grafenried und Gumismwald; zu-  
sammen

6

### **C l a s s e N y d a u.**

Die Pfarrstellen: Erlach, Ins, Walperswil,  
Eiselen; zusammen

4

---

41

### **C l a s s e B ü r e n.**

Die Pfarrstellen: Büren, Narberg, Oberwyl,  
Schüpfen und Kirchlindach; zusammen 5

### **C l a s s e L a n g e n t h a l.**

Die Pfarrstellen: Wangen, Herzogenbuchsee,  
Narwangen, Huttwyl und Ursenbach; zusammen 5

In allem, Stellen . 51

2) Dieser Beschluß soll dem Kirchen- und Schul-  
Rath zur gehörigen Wissenschaft mitgetheilt und in die  
Sammlung der Dekrete und Beschlüsse eingerückt werden.

Geben in Bern, den 24. July 1804.

Der zweite Schultheiß,  
in dessen Abwesenheit,  
B a n.

Namens des Rathes,  
der Staatschreiber,  
E h o r m a n n.

**V e r o r d n u n g**  
**g e g e n**  
**Stümpel = und Neben = Böthe.**

**W**ir Schultheiß und Rath des Cantons Bern, thun kund hiermit: Demnach Wir bey erneuerter Hingleihung Unserer Posten vernehmen müssen, wie Fremde und Einheimische, zu großer Beschwerde Unsers Postwesens, sich mit regelmäßiger Verfahung von Personen, Geld, Baloren, und sogar Briefen abgeben, wodurch allen öffentlichen Posteinrichtungen sehr großer Abbruch geschehen müßte, wenn diesen ordnungswidrigen Eingriffen nicht gesteuert würde; als haben Wir in Betreff des Post- und Bothenwesens Unsers Cantons beschlossen und verordnet, was hier von einem zum andern folgt, wie Wir denn anmit

**v e r o r d n e n :**

1) Es stehen alle regelmäßig zwischen bestimmten Orten und an bestimmten Tagen hin- und herfahrende, reitende und gehende Fuhrwerke, Personen und Unternehmungen unter der Aufsicht Unserer Postbestcher, als welche mit der Genehmigung Unserer dazu verordneten Post-Commission, dergleichen anzustellen oder zu gestatten allein befugt sind.

2) Alle und jede versiegelte Briefe, alle Geldsorten, alle Sachen von Werth, welche das Gewicht von fünfzehn bis zwanzig Pfunden nicht übersteigen, wie auch solche

Gegenstände, deren Werth den Portlohn übertreffen, und ihrer Größe halb auf den Postfuhrwerken mitgenommen werden können, (jedoch alle hölzernen, irdenen und gläsernen Waaren, desgleichen Lebensmittel und Schießpulver ausgenommen) sollen ausschließlich durch die Posteinrichtungen gehen, da wo dergleichen zwey- oder mehrmal wöchentlich bestehen; und es soll sich diese Verordnung auch auf das Fahren reisender Personen zu bestimmten Tagen und zwischen bestimmten Orten beziehen; wo aber keine Posteinrichtungen sind, oder wo nur einmal in der Woche die Post ankommt oder abgeht, oder wo Jemand sein Eigenthum oder seine Briefe selbst, oder durch einen Expressen befördern will, bleibt Jedermann unbenommen, sich nach Vermögen zu behelfen.

3) Es ist Unsern Postbestehern bewilligt, auf verdächtige Bothen, desgleichen bey dem Durchreisen verdächtiger Kutscher „auf selbige durch die Landjäger, nach „zuvor erhaltener Bewilligung des betreffenden respectiven „Herrn Ober-Amtmanns, genau achten,“ auch solche durchsuchen, sodann im Fall etwas Verdächtiges, und dieser gegenwärtigen oder andern Verordnungen Zuwiderlaufendes entdeckt würde, dergleichen Personen ohne anders anhalten, und dem Ober-Amtmann des Orts, als Richter in erster Instanz, zuführen zu lassen.

4) Für jeden versiegelten Brief, welcher in Unserm Canton gesammelt, oder von andern Orten her ins Land gebracht wird, um anders als durch die Post vertheilt zu werden, und ein Porto zu beziehen, ist eine unablässige Busse von zehn Baken gesetzt, welche, nebst den daherigen Kosten, zu Handen des Verleiders, zu bezahlen ist. Die



Briefe dann sollen der Post zur Taxation und Austheilung übergeben werden.

Die in diesem Fall sich befindlichen Groups, Paque-  
ter, oder verpackte und versiegelte Geld-Summen aber  
sind der Konfiskation unterworfen, doch soll daraus der  
Post das Porto vergütet werden; der Ueberrest dann, ist  
zwischen dem Verleider und den Armen des Orts zu ver-  
theilen. Ueber das aus aber verfällt der Träger in eine  
Busse von zwanzig bis vierzig Baken.

5) Jede Person, welche sich ohne Erlaubniß Unserer  
Postbestehrer mit der Ablage und Buchhaltung, zu Ver-  
sendung von Briefen, Päckchen, Baloren und Personen  
befassen würde, ist durch den betreffenden respektiven Herrn  
Ober-Amtmann, mit ein- bis dreitägiger Gefangenschaft  
zu bestrafen, und für jeden versandten Artikel mit obge-  
meldten Bussen zu belegen.

6) Sollte Jemand mit einem Fuhrwerk oder Pferd,  
dieser Verordnung zum zweytenmal zuwiderhandeln, so  
sollen ihm, über die auf den ersten Fall gesetzte Strafe  
aus, annoch sein Pferd und Wagen und andere zum  
Bothenwesen dienende Geräthschaften konfiscirt werden.

7) In Fällen, wo diese Verordnung übertreten wird,  
hat der betreffende Herr Ober-Amtmann, wenn der Ge-  
genstand nicht seine Competenz übersteigt, als absoluter  
Richter abzusprechen; wenn aber die Strafe eine Geld-  
Busse von 50 Franken oder eine Gefangenschaft von drey  
Tagen übersteigt; so urtheilt derselbe in erster Instanz,  
unter Vorbehalt des Recurses an den kleinen Rath.

8) Gegenwärtige Verordnung, welche so lange dauern  
soll, bis allfällig bey der Ausführung sich zeigende Inkon-

venienzen, Uns zu ihrer Abänderung vermögen dürften, soll gedruckt, öffentlich bekannt gemacht und an den gewohnten Orten, so wie auch an den Post-Ablagen, angeschlagen werden.

Geben in Bern, den 25ten July 1804.

Der zweite Schultheiß,  
in dessen Abwesenheit,  
B a n.

Namens des Raths, der Rathsschreiber  
G r u b e r.

## D e k r e t.

### Dispensationen vom Militair-Dienst.

Wir Schultheiß und Rath des Cantons Bern, thun kund hiermit: Demnach der §. 5. des Gesetzes über die Militair-Organisation des Cantons deutlich vorschreibt, daß eine eigene Verordnung alle diejenigen Fälle bestimmen solle, die jemand vom Miliz-Dienst freysprechen — und ohne diese Verordnung mit der Organisation der Miliz nicht kann fortgeföhren werden; so haben Wir dem zufolge nach angehörtem Vortrag des Staats-Raths

v e r o r d n e t :

Alle Personen, so lange sie die nachstehenden Stellen bekleiden, sollen vom Miliz-Dienst befreyt seyn, als:

- 1) Die Mitglieder des kleinen Raths.
- 2) Die Ober - Appellations - Richter.
- 3) Die Richter des obern Ehegerichts.
- 4) Die Ober - Amtsleute.
- 5) Die Amts - und Gerichts - Statthalter.
- 6) Die Amts - Richter.
- 7) Die Chefs - de - Bureau , nach der Bestimmung des Staats - Raths.
- 8) Die Gerichtschreiber.
- 9) Die Amtschreiber.
- 10) Alle die , so geistlichen Standes sind , so wie auch die Professoren und Studiosi der Theologie.

Ferner sind nach einem dem Staats - Rath einzugebenden und von demselben zu bestimmenden Verzeichniß , von dem Miliz - Dienst befreit :

- 11) Die patentirten Aerzte , Wundärzte , Apotheker und Pferdärzte , welche nur in ihrem Berufsfach angestellt werden können.
- 12) Die Salz - Beamte in Bern und Salzfactoren.
- 13) Die obrigkeitlichen Cassenführer.
- 14) Das zu Besorgung der Post unumgänglich erforderliche Personale.
- 15) Die Zoll - und Kaufhaus - Beamte.
- 16) Die Münz - Beamte.
- 17) Die Schaffner.
- 18) Die Förster und Bannwarten.
- 19) Die Schulmeister und Sigristen.

- 20) Die Salpeter- und Pulvermacher.
- 21) Die patentirten Bergknappen.
- 22) Die Wegknechte.
- 23) Diejenigen, welche die Standesfarbe tragen.

Endlich sind vom Miliz-Dienst befreit:

- 24) Zu zwey Mahlhäusen ein Müller und der Mühle-farrer.
- 25) Die Küher, nach den Umständen und nach bisheriger Übung.
- 26) Diejenigen, so in den stehenden Truppen angeworben sind.
- 27) Alle diejenigen, welche durch Attestate der dazu bestellten Aerzte und Wundärzte bescheinigen können: daß sie durch körperliche Gebrechen, oder schlechten Gesundheits-Zustand zum Militär-Dienst untauglich sind.

Gegenwärtige Verordnung soll gedruckt, und auf gewohnte Weise bekannt gemacht werden.

Geben den 30. Heumonath 1804.

Der zweyte Schultheiß,  
in dessen Abwesenheit,  
B a n.

Namens des Raths,  
der Staatschreiber,  
T h o r m a n n.

## V e r o r d n u n g.

### Bestellung und Stipulations = Recht der Amts = Notarien.

**W**ir Schultheiß und Rath des Cantons Bern, thun kund hiermit: Daß Wir über die Amts = Notarien und übrigen geschwornen Schreiber und deren Stipulations = Recht, in Abänderung und näherer Bestimmung des §. 3. des ersten Titels (Gesetze und Dekrete erster Band, Seite 255) und der §§. 32. 33. 34. und 36. des zwölften Titels Seite 295 und 296 des Tarifs der Emolumenten vom 16ten Jenner 1804. nöthig befunden haben zu verordnen, und festzusetzen, was hienach von einem zum andern folgt:

1) Die Amtschreiber und bestellten Amts = Notarien, haben die Befugniß in den Nlemtern, wofür sie bestellt sind, alle und jede Contrakten und Instrumente notariäli-ter auszufertigen; besonders auch haben sie das ausschließliche Stipulationsrecht derjenigen Contrakten, in welchen liegende Gründe ihres Bezirks unterpfändlich verschrieben werden.

2) Die Amts = Notarien werden aus der Zahl der übrigen geschwornen Schreiber erwählt, und müssen um wahlfähig zu seyn, wenigstens vier Jahre lang das Notariat in dem Canton ausgeübt haben, auch nach ihrer Anstellung in dem Amtsbezirk wohnen, für welchen sie bestellt sind.



3) Die Amts-Notarien werden nach vorhergegangener Ausschreibung der zu besetzen nöthig befundenen Stelle auf den reglementmäßigen Vorschlag des Justiz-Raths, mit Vorlegung des Verzeichniß derjenigen, so sich haben anschreiben lassen, von Uns ernannt, und nach Leistung der gesetzlichen Bürgschaft von drehtausend Franken an den Finanz-Rath, von Unserer Canzlen patentirt; für welche Patente die gegenwärtig bestellten Amts-Notarien eine Gebühr von vier Franken, die in Zukunft zu ernennenden aber eine Gebühr von 16 Franken zu bezahlen haben.

4) Alle von der Cantons-Regierung patentirte Notarien haben die Befugniß: alle Akten und Instrumente zu verfertigen, deren Verschreibung durch die gegenwärtige Verordnung nicht ausschließlich den Amts-Schreibern und Amts-Notarien des Bezirks zukommt.

5) Eine besondere Verordnung wird über die Deposition der Protokolle der Notarien das Nöthige verfügen.

6) Gegenwärtige Verordnung, wodurch alle derselben entgegen stehende Dispositive aufgehoben sind, soll vom ersten September 1804. an, ihren Anfang nehmen; dieselbe soll gedruckt u. und gleich dem Tarif, den Ober-Amtleuten zur Expedition und Bekanntmachung auf allen Gerichtsstellen zugesandt werden.

Bern, den 6. August 1804.

Der zweite Schultheiß,  
in dessen Abwesenheit,  
B a n.

Namens des Raths,  
der Rathsschreiber,  
G r u b e t.

## D e r e t.

### Organisation des Sanität = Rathes.

**W**ir Schultheiß und Rath des Cantons Bern, thun kund hiermit: Daß Wir in Betrachtung gezogen, wie nothwendig es sey, die Handhabung der Gesundheits-Polizen neu zu beleben, und dem damit beladenen Collegium das nöthige Ansehen und Kraft zu verschaffen, als haben Wir erkannt, was hier von einem zum andern folget, und

v e r o r d n e n :

#### T i t e l I.

##### Einsetzung eines Sanität = Rathes.

1. Die Sanitäts-Polizen wird einem eigenen Sanität-Rathe übertragen. Derselbe soll bestehen aus einem Präsidenten des kleinen, vier Assessoren aus dem kleinen oder großen Rath, und zweyen in Bern angesessenen Medizinal-Personen. Er hat einen eigenen Sekretair und zur Abwart einen Offizialen.

2. Die Erwählung der Mitglieder geschieht vom kleinen Rathe auf einen doppelten Vorschlag des Sanität = Rathes. Diese Vorschläge können von dem kleinen Rath vermehrt werden.

3. Der Sekretair wird von dem Sanität-Rathe vorgeschlagen und von dem kleinen Rath ernannt.

4. Den Offizialen bestellt die Behörde selbst aus der Zahl der Weibeln.

5. Die Mitglieder des Sanität-Raths dienen , so weit es die gewöhnlichen Sitzungen anbetrifft , unentgeltlich. Wenn aber die Geschäfte desselben sich in schwierigen Zeiten ungewöhnlich vermehrt hätten , so wird der kleine Rath den Mitgliedern eine Gratifikation zuerkennen. Für schriftliche Arbeiten , welche das Sekretariat ihrer Natur nach nicht übernehmen könnte , mag den Verfassern ein angemessenes Honorarium bestimmt werden.

## T i t e l II.

### Pflichten und Geschäftskreis des Sanität-Raths.

6. Dem Sanität-Rath liegt die Besorgung aller Zweige der Sanitäts-Polizen für Menschen und Vieh ob. Sie hängen von dem administrativen (der Sach-Polizen) oder von der Medizinal-Ordnung (der Personen-Polizen) ab.

7. Durch die Sach-Polizen bezwecket er direkte das physische Wohl des Menschen und seiner nützlichen Hausthiere.

8. In Rücksicht auf den Menschen giebt er sich mit der Verhütung der Krankheiten , besonders ihrer Ausbreitung und mit Hülfe in denselben und in physischen Unglücksfällen ab. Er trägt auch so viel an ihm zur Erhaltung der öffentlichen Sicherheit und zu Entdeckung der Verbrechen bey. Den Gerichtsstellen soll also das Recht vorbehalten seyn , von der Sanitäts-Behörde gutachtliche Gedanken und Vorschläge über allgemeine in die gerichtliche Arzneykunde einschlagende Gegenstände einzufordern.

9. In Hinsicht auf die Hausthiere, soll der Sanität-Rath wie bey dem Menschen, die Ausbreitung von Krankheiten zu verhüten und die ausgebrochenen zu hemmen trachten.

10. Vermitteltst der Medizinal-Ordnung beschlägt er alle Medizinal-Personen, sie besorgen Menschen oder Thiere, sie seyen beamtet oder unbeamtet.

11. Zu den Nichtbeamteten für den Menschen gehören alle Aerzte, Wundärzte und Geburtshelfer, die Hebammen und die Krankenwärter. Für das Hausvieh dann die Apotheker, die Laboranten, die Material-Wurzeln-Kräuter- und Arzneyhändler im Kleinen wie im Großen, u. s. w.

12. Beamtete Medizinal-Personen sind die Physici, die gerichtlichen und die Militär-Aerzte, die Spithal-Aerzte, Wundärzte und Apotheker für die Menschen; für das Vieh dann die Vieh-Inspektoren, die Markt-Berg- und Grenz-Inspektoren, die Sanitäts-Wachen, &c. und endlich die Wassenmeister.

13. Der Sanität-Rath sorget für die Bildung der Medizinal-Personen und patentirt dieselben nach vorgangener Prüfung ihrer Fähigkeiten. Er wacht auf die treue und thätige Ausübung ihrer Pflichten und fördert nach Vermögen ihr Fortkommen.

14. Er hindert die Pfscheren, entfernt die medizinischen Pfscher und steuert allem Polizenwidrigen Arzneygewerbe.

### T i t e l   I I I .

#### C o m p e t e n z   u n d   G e w a l t   d e s   S a n i t ä t - R a t h s .

15. In Rücksicht auf die Sach-Polizen ist der Sanität-Rath begewältigt bey Fällen von Epizootien in den infizirten Bezirken sowohl Menschen als Vieh in den Bann zu legen , so wie auch alle Arten von Viehsperren zu verhängen , und Vieh niederschlagen zu lassen. In wichtigen Fällen soll er Uns aber davon die unverweilte Anzeige thun. Ueber seine Competenz in Publikation von Verordnungen und Bestimmung von Strafen wird ein Gesetz entscheiden. Er stellt durch die Ober - Amtleute die erforderlichen Sanitäts - und Grenz - Wachen auf.

16. Als Aufseher auf die Personen-Polizen patentirt der Sanität - Rath alle Medizinal - Personen und nimmt sie in Eid und Pflicht auf. Vorübergehenden Reisenden , welche auf kurze Zeit einen besondern Zweig der Arzneykunde ausüben wollen , kann er nach vorhergegangener Prüfung oder auch mit Uebergehung derselben , die Ausübung ihrer Kunst gestatten.

17. Er giebt Patenten zu bedingtem Arzney- und Gift-Verkauf.

18. Medizinal-Personen welche ihrer Pflicht zuwider handeln , kann er einstellen und ihnen das Patent zucken.

19. Er ernennt alle Sanitäts-Beamten des Cantons , mit Ausnahme der Vieh - Inspektoren , welche von den Ober-Amtleuten , und andere welche von den Orts-Behörden bestellt werden. Er ernennt auch die Wasenmeister. Der Sanität-Rath korrespondirt mit allen obern und untern exekutiven Cantons - Behörden , welche seine Befehle eben so auszuführen



zuföhren haben , und ausföhren lassen sollen , als wären sie von Uns ergangen.

Er unterhält einen regulären Briefwechsel mit den Sanitäts - Behörden der endgenössischen Cantone , und mit den Polizen - Behörden der angrenzenden Staaten.

## T i t e l I V.

### S a n i t ä t s - C a s s a.

Der Sanität - Rath wird eine eigene Cassa haben. Eines seiner Mitglieder wird dieselbe verwalten. Welches jedoch ohne den Befehl der Kammer weder im Eingeben noch im Ausgeben verhandeln soll.

Der Sanität - Rath legt alljährlich auf einen zu bestimmenden Tag , eine , mit Benlagen bescheinigte , auf den 31sten Christmonat gestellte , und von ihm selbst schon pasirte Rechnung dem Finanz - Rath ab.

Die Sanitäts - Cassa wird geschöpft :

1) Aus Benscüssen welche der kleine Rath dem Sanität - Rathe zu Bestreitung seiner Auslagen zukommen lassen.

2) Aus den Patent - Geldern von Medizinal - Personen und Medizinal - Beamten , welche der kleine Rath bestimmen wird ; und

3) Aus allfälligen Bussen welche im Canton von Vergehen gegen die Sanitäts - Polizen fallen , und wenn er dazu gesetzlich authorisirt werden sollte , von ihm selbst , von den Gerichtsstellen und den Oberamt Männern sind verhängt worden.

Aus dieser Cassa werden bezahlt :

1) Die Kammer - Auslagen , dahin gehören :

a) Die Besoldung des Sekretairs. b) Die Bedienung des Weibels. c) Die Bureau - Correspondenz - und Druckkosten , und d) die litterarischen Bedürfnisse , Land - Karten , ic.

2) Die Polizen - Anstalten und Belohnungen für Versuche zu Rettung von Unglücklichen und Scheintodten.

3) Alle Polizen - Anstalten gegen und während ansteckenden und epidemischen Krankheiten an Menschen und Vieh.

4) Die Honoraria an Medizinal - Personen , welche von der Behörde Aufträge erhalten haben.

5) Die Besoldungen der Sanitäts - Beamten.

6) Aufmunterungen an solche die sowohl bey Erler-  
nung als auch bey der Ausübung der Arzneiwissenschaft  
oder eines ihrer Zweige , oder auch durch vorzügliche Ar-  
beiten sich auszeichnen oder nützliche Entdeckungen gemacht.

Unterstützungen an solche , welche ungeachtet ihrer  
vorzüglichen Brauchbarkeit , wegen Unvermögen sich doch  
nicht ehrlich forthelfen können. Mit der Einschränkung  
jedoch , daß

a) In einem Jahre nicht mehr dann Liv. 1000 ; daß

b) Für eine einzige Person nicht mehr dann Liv.  
250 ; daß

c) Für die gleiche Person nicht mehr als zweymal  
aus der Cassa geschöpft ; endlich dann , daß der  
Sanität - Rath

d) Alles was diese Competenz übersteigt, durch Vorträge an Uns gelangen lassen soll.

Gegenwärtige Verordnung soll gedruckt und öffentlich bekannt gemacht werden.

Gegeben in Bern, den 17. August 1804.

Der Amts-Schultheiß,  
N. v o n W a t t e n w y l.  
Namens des Raths,  
der Rathschreiber,  
Gruber.

## T a r i f

### der Emolumente für die Chorgerichte des Cantons Bern.

**W**ir Schultheiß und Rath des Cantons Bern, thun kund hiermit: Daß Wir zu Vervollständigung des unter dem 16ten Jenner dies Jahrs erlassenen allgemeinen Emolumenten-Tarifs für nothwendig erachtet haben, die Gebühren der in Folge der Verordnung vom 20sten Juny 1803. §. 76. niedergesetzten Chorgerichte auf eine billige und gleichmäßige Art zu bestimmen, demnach Wir

v e r o r d n e n :

Die Gebühren der Chorgerichte sind so wie die des allgemeinen Tarifs auf eine Probezeit von sechs Jahren bis auf den 1sten Merz 1810. festgesetzt wie folget, und soll unter keinerley Vorwand ein mehreres gefordert werden.

## I. Vorladungen und Bewilligungen.

1) Eine Parthen, die sich von selbst vor dem Chorgericht stellt, oder von dessen Amtes wegen vorbeschieden wird, bezahlt weder Vorladung noch Sitzgeld.

2) Wenn hingegen eine Parthen eine andere vorladen läßt, so bezahlt die Vorladende dem Präsident oder Vice-Präsident (wie in Civilsachen) ein Bewilligungs-Geld von . . . . . hz. 3.

Dem Weibel, Vorladung . . . . . hz. 3.

3) Ben Rogatorien, im ganzen Canton, ebendasselbe.

4) Falls jemand aus einer andern Gemeinde von Amtswegen rogirt wird, so soll der Richter des Vorge-ladenen solches unentgeltlich bewilligen.

**E r l ä u t e r u n g.** Jedes Unter-Chorgericht im Canton kann nemlich ein anderes ex officio durch ein Schreiben rogiren jemand vorzuladen, ohne wechselseitige oberamtliche Bewilligung, und unentgeltlich mit Ausnahme des ausgelegten Geldes, und des Chorweibels Citations-Gebühr. Erst ben ungehorsamem Ausbleiben ist das oberamtliche Rogatorium und Handbietung nöthig, gegen Bezahlung der Gebühr.

5) Ben Ediktal-Vorladungen bezieht der Pfarrer für die Verlesung von der Kanzel für jedesmal hz. 2, also für alle drey Male hz. 6, denne für das daherige Zeugniß hz. 3.

## II. Sitzungs- und Spruchgelder, Zeugnisse etc.

6) Für Sitzungs-Geld bezahlt jede Parthen vermögenden Falls hz. 7½, also ben Gegenverhören beyde Parthenen zusammen . . . . . Fr. 1. hz. 5.



7) Falls außer den gesetzlichen oder gewöhnlichen Sitzungstagen, (alle 14 Tage) eine besondere Versammlung gefordert wird, ist diese Gebühr doppelt, (die Scripturen aber nicht) so wie sie schon in der Ehegerichtsatzung S. 79. festgesetzt ist.

8) Von Zeugen - Verhören von jeder Kundschaft bz. 4. Schriftliche Zeugnisse aber werden unentgeltlich abgenommen.

9) Die bestellten Genistmänner beziehen für jede Genist, mit Einbegriff ihres daherigen Zeugnisses, jeder Fr. 1. bz. 5.

10) Für die Eides - Unterweisung bezieht der Pfarrer von jeder Person die unterwiesen wird . . Fr. 3.

Für die Ausfertigung des daherigen Zeugnisses bz. 5.

11) Leumdens - Zeugnisse, die nur von Amtswegen ausgestellt werden können, sind unentgeltlich.

12) Für einen Spruch, in Fällen, die zu Folge der Ehegerichtsatzung unter der Befugniß der Ehorgerichte sind, wird bezahlt von jeder Parthen . . bz. 7. rp. 5.

Wäre aber eine Buße ausgesprochen worden, so ist dieses Spruchgeld unter derselben schon einbegriffen.

13) Erkenntnisse zu bloßer Berichterstattung an das Ober - Ehegericht sind ebenfalls von dem Spruchgeld ausgenommen, und entweder unter der unentgeltlichen amtlichen Correspondenz, oder wenigstens unter dem Sitzungs-Gelde begriffen.

14) Alle dergleichen Sprüche und Erkenntnisse werden lediglich, auf Begehren der Parthenen, Auszugsweise aus dem Protokoll mitgetheilt, und dafür blos die unten bestimmte Schreibgebühr bezahlt.



15) Blosser Eröffnungen von Urtheilen des Ober-Ehegerichts, sind ebenfalls unentgeltlich.

16) Alle dem ganzen Gerichte zufallende Gebühren, werden in eine gemeinsame Büchse gelegt, von einem Mitgliede verwaltet, und halbjährlich unter alle Glieder, mit Einschluß des Aktuars, zu gleichen Theilen vertheilt, mit Ausnahme des Präsidenten oder Vice-Präsidenten, dem wegen seiner besondern Mühwalt ein doppelter Antheil zukommen soll.

17) Falls ein Mitglied mehrere Male ohne ehebaste Ursachen ausbleiben würde, so wird ihm verhältnißmäßig von seinem Antheil abgezogen.

18) Der Weibel bezieht in denjenigen Fällen, da die Parthenen bezahlen, von jeder für seine Abwart bz. 1. rp. 5.

19) Ben Extra-Gerichten doppelt.

20) Ben Einschließung und Loslassung, jedesmal  
 . . . . . bz. 7. rp. 5.

### III. Scripturen und Siegel.

21) Für das ordentliche Concept, oder Aufsatz, und die Einschreibung ins Protokoll, hat der Aktuar nichts zu fordern, sondern seinen Antheil an der Büchse als Entschädniß anzusehen.

22) Für jede schriftliche Vorladung von einem Chorgericht durch ein anderes Chorgericht, so wie auch für ein Berichtschreiben an ein solches, oder einen Citations- oder andern kurzen Bericht an das Ober-Ehegericht, bezieht der Aktuar . . . . . bz. 7. rp. 5.

23) Für jeden umständlich ertheilten Bericht an ein anderes Chorgericht oder das Ober-Ehegericht Fr. 1. bz. 5.

24) In beiden obigen Fällen gebührt dem Ober-Amtmann für das Siegel . . . . . hß. 1. rp. 5.

**E r l ä u t e r u n g.** Alle Ober-Ägergerichtliche Schreiben werden von den Ober-Amtleuten eröffnet, und die von den Unter-Ägergerichten an das Obere von denselben besiegelt; ausgenommen jedoch die ganz einfachen Citations-Berichte, und die offiziellen Vorladungen von einem Ägergericht an das andere.

25) Falls auf Verlangen der Parthenen von dem Aktuar eine Vorladung oder Bewilligung verfaßt wird, bezahlt sie für diese Abfassung . . . . . hß. 2.

26) Für jedes mündliche Zeugen-Verhör, das der Aktuar niederschreiben muß, bezahlt ihm der Zeugenführer . . . . . hß. 4.

27) Für die allfällige Abfassung eines Genistberichts, auf mündliches Angeben der Genistmänner . . . hß. 4.

28) Die Endes-Unterweisungs-Zeugnisse sind oben tagirt, die Leumdens-Zeugnisse aber unter der amtlichen Correspondenz begriffen.

29) Für jeden Auszug oder Abschrift bezieht der Aktuar . . . . . hß. 5.  
und wenn er mehr als zwei Seiten haltet, von jeder folgenden noch . . . . . hß. 2.

30) In allem obigen ist der Stempel nicht einbezogen, sondern besonders zu vergüten.

31) In Armensachen, welche so viel möglich durch Armuthsscheine zu belegen sind, soll nichts als die Vergütung des Stempelpapiers gefordert, deswegen aber kein Aktenstück verweigert oder zurückgehalten werden.

## IV. B u s s e n.

32) Alle aufgelegten Bussen, unter der gesetzlichen Befugniß der Ehorgerichte, (laut Ehegerichtsatzung 10 Pfund) sind ohne Ausnahme in die vorgemeldte Büchse zu verlegen.

E r l ä u t e r u n g. In einstweiliger Abänderung der Ehegerichtsatzung S. 93 thut auch der Staat auf seinen Dritttheil dieser Bussen Verzicht, (so wie schon in dem neuen Tarif die Ober-Amtmänner davon ausgenommen sind) so daß allfällig nur der dem Verleider gesetzlich bestimmte Dritttheil wegfällt, das übrige aber der Büchse zur vorgemeldten Vertheilung zukommt.

Dieses hat aber nichts mit den gesetzlichen Ober-Ehegerichtlichen Abbüßungen gemein, welche, in sofern sie in Geld abgekauft werden, wie bisher dem Armenseckel der Gemeinde der Fehlbaren zufallen.

33) Die Aktuarii der Untern Ehorgerichte werden alljährlich Unsern Ober-Amtleuten eine Rechnung über den gesammten Betrag der im Laufe des Jahres von dem Gerichte bezogenen Emolumente, so wie über die auferlegten und bezogenen Bussen, mit Spezifikation dieser letzteren, zu Unseren Händen einsenden.

34) Gegenwärtige Verordnung soll gedruckt, öffentlich bekannt gemacht und an den gewohnten Orten angeschlagen werden.

Geben in Bern, den 3ten Herbstmonat 1804.

Der Amts-Schultheiß,

N. v o n W a t t e n w y l.

Namens des Raths, der Staatschreiber

E h o r m a n n.